GEV
GRUNDEIGENTÜMER-VERSICHERUNG

GRUNDEIGENTÜMER-VERSICHERUNG VVaG . Große Bäckerstraße 7 . 20095 Hamburg R

Herr
Max Mustermann
Musterstr. 10
10000 Musterstadt

Direktvertrieb
GEV Grundeigentümer-Versicherung VVaG
Große Bäckerstraße 7
20095 Hamburg

Telefon: 040 - 3766 3333
E-Mail: kundenservice@grundvers.de

Hamburg, im September 202

Jahresbeitragsrechnung

Zu Ihrer Privathaftpflichtversicherung

Rechnungsnummer: 0000000000-1

Policennummer: 00000000000000000

Die **Policennummer** ist die unveränderliche Hauptnummer Ihrer Versicherung. Bei Rückfragen geben Sie bitte diese Nr. an, damit wir Ihnen schnellstmöglich weiterhelfen können.

Vertragsnummer: 00000000000000000

Die **Vertragsnummer** erfasst etwaige Tarifänderungen und ändert sich auch dementsprechend. Wir nutzen diese Nummer in erster Linie für interne Zwecke.

Sehr geehrter Herr Mustermann,

heute erhalten Sie Ihre Beitragsrechnung.

Für den Zeitraum 01.01.202 bis 01.01.202 berechnen wir folgenden Beitrag:

Beitragszusammen-setzung	Nettobeitrag	Steuerbetrag, Steuersatz 00,00 %	Bruttobetrag
	60,20 €	11,44 €	71,64 €
Gesamtbeitrag (brutto)/Rechnung			**71,64 €**

Fälligkeitstermin: 01.01.202

Abbuchungsdatum und Abbuchungsbetrag: 04.01.202 / 71,64 €

Sie brauchen nichts weiter zu tun. Vereinbarungsgemäß buchen wir den oben genannten Abbuchungsbetrag jährlich von Ihrem Konto ab: Musterbank, IBAN DEXX XXXX XXXX XXXX XX00 00

SEPA-Mandatsreferenznummer: 000000000000
Gläubiger-ID Grundeigentümer-Versicherung VVaG: DE0000000000000000

Eine Beitragsrechnung erhalten Sie wieder zur nächsten Hauptfälligkeit des Vertrages.

Bei Fragen zu Ihrer Beitragsrechnung können Sie sich auf unserer Website gev-versicherung.de/faq unter “Häufige Fragen und Antworten zur Beitragsabrechnung“ informieren.

Bitte beachten Sie: Sie können den Versicherungsschutz auch dann verlieren, wenn wir aus von Ihnen zu vertretenden Gründen nicht von dem vereinbarten Konto abbuchen lassen konnten. Bitte sorgen Sie daher für eine ausreichende Kontodeckung.

Änderungen zu Ihren Versicherungen: Bitte denken Sie daran, dass Sie Adressänderungen, aber auch Risikoerweiterungen (z. B. neue Grundstücke, neue Tiere in der Haftpflichtversicherung; Leerstand von Gebäuden, Aus- und Anbauten in der Sachversicherung) der Versicherung melden, damit der Versicherungsschutz angepasst werden kann. Im Zweifelsfall sind zu sämtlichen Verträgen alle Änderungen zu Positionen, nach denen wir bei Antragstellung gefragt haben, mitteilungsbedürftig, da sich geänderte Sachverhalte auf Ihren Versicherungsschutz auswirken können.

Die Vorsorgeversicherung tritt für neue Haftpflichtrisiken z. B. nur ein, wenn diese innerhalb eines Monats nach Erhalt dieses Hinweises gemeldet werden.

Eine verspätete Meldung kann den Versicherungsschutz gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

GEV Grundeigentümer-Versicherung

Dr. Matthias Salge

Dr. Jan-Peter Horst

Finanzamtsbestätigung:

Diese Beitragsrechnung gilt auch als Bestätigung für das Finanzamt.

Mieterhöhungen und alle anderen Erklärungen, die Vertragsänderungen betreffen, muss der Vermieter schriftlich abgeben. Soweit gesetzlich zulässig, reicht die Abgabe der Erklärung in Textform aus.

Mit dieser Miete sind sämtliche Betriebskosten bezahlt, soweit sich nicht aus Ziffer 2 etwas anderes ergibt.

☐ Die Wohnung wurde mit öffentlichen Mitteln gefördert und ist deshalb preisgebunden; die Miete ist daher auf Grund einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelt.

☐ Die Wohnung wurde öffentlich gefördert. Die Mieterhöhungsmöglichkeiten richten sich nach der Fördervereinbarung / Förderzusage in Verbindung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Die höchstzulässige Miete beträgt _____ Euro bis zum _____ (Ende der Bindung).

Der Vermieter erteilt dem Mieter alle Auskünfte zur Mietbindung aus der Förderzusage.

2. Zusätzlich zur Miete bezahlt der Mieter

   a) für Heizung und Warmwasser eine Vorauszahlung in Höhe von _____ Euro monatlich.

   b) für Wasserversorgung, Entwässerung, Müllabfuhr (weitere Betriebskosten hier eintragen:)

   _____

   _____

   ☐ einen Pauschalbetrag ☐ eine Vorauszahlung in Höhe von _____Euro monatlich.

   Über die Vorauszahlungen wird jährlich abgerechnet. Ist ein Pauschalbetrag vereinbart, erfolgt keine Nachforderung.

3. Der Gesamtbetrag der Miete in Höhe von monatlich _____Euro ist auf das Konto des Vermieters zu zahlen. Kontoinhaber (falls abweichend): _____

   IBAN _____BIC _____ oder

   Konto-Nr. _____BLZ _____Bank _____

4. Der Vermieter versichert, dass im Durchschnitt der letzten zwei Abrechnungsperioden Heizkosten für das gesamte Objekt von nicht mehr als monatlich _____Euro/qm angefallen sind.

   Soweit der Mieter weitere Betriebskosten zusätzlich zur Miete bezahlt, versichert der Vermieter, dass der vereinbarte Vorauszahlungsbetrag ausreicht, die voraussichtlich entstehenden Kosten auszugleichen.

§ 4 Verteilung und Abrechnung der Heiz- und Betriebskosten

1. Soweit Vorauszahlungen vereinbart wurden, gilt folgendes: Sind bei den Kosten für Heizung und Warmwasser die Grundsätze über die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung maßgeblich, werden die Kosten des Betriebes der zentralen Heizungsanlage und der zentralen Warmwasserversorgung anteilig auf die Mieter des Hauses umgelegt.

2. Die Gesamtkosten für Heizung und Warmwasser werden zu 50 Prozent nach Wohnfläche (qm-Zahl) und zu 50 Prozent nach dem festgestellten Wärmeverbrauch umgelegt, soweit nicht nachstehend ein anderer nach der Heizkostenverordnung zulässiger Verteilerschlüssel gewählt wurde.

3. Die Verteilung der Heiz- und Warmwasserkosten erfolgt zu _____ Prozent (30 Prozent oder 40 Prozent) nach Wohnfläche zu _____ Prozent (70 Prozent oder 60 Prozent) nach Verbrauch.

Barmenia, 42094 Wuppertal

Barmenia-Vertragsservice
vertrag-kfz@barmenia.de
0202 438 3002

Frau
Ida Müller
Musterstr. 1
12345 Musterstadt

Im Juni 2020

Beitragsrechnung für Ihr Fahrzeug A-BC 123

00 123 456 A 50

Guten Tag, Frau Müller,

heute erhalten Sie die Tarifinformationen zu Ihrer Kfz-Versicherung ab dem **01.08.2020**.

1

Kfz-Haftpflichtversicherung

	Typklasse	Regionalklasse	SF-Klasse	Beitragssatz	
bisher	13	R 5	SF 29	23 %	
Neu	15	R 5	SF 30	22 %	**49,57 EUR**

5 6 7

2/3

Versicherungssumme 100 Mio. EUR für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, max. 15 Mio. EUR je geschädigte Person inkl. Schutzbrief und Entschädigungsausfallschutz im Ausland

4

Kaskoversicherung

	Typklasse	Regionalklasse	SF-Klasse	Beitragssatz	
bisher	19	R 2	SF 28	23 %	
Neu	19	R 2	SF 29	23 %	**83,19 EUR**

Vollkaskoversicherung mit 500 EUR Selbstbeteiligung inkl. Teilkaskoversicherung mit 150 EUR Selbstbeteiligung

Abbuchungsbetrag **132,76 EUR**

Diese Beitragsrechnung gilt auch als Nachweis für das Finanzamt.

Ihr Vertrag wird betreut durch:
Mustervermittler
Barmenia-Allee 1
42119 Wuppertal
Telefon: 0202 438 3002
Telefax: 0202 438 2057

Hinweise zur Beitragszahlung

Den Beitrag buchen wir zum jeweiligen Fälligkeitstermin von dem zur Zeit gespeicherten Konto ab.

Die Beiträge sind jeweilis zum 01.01., 01.04., 01.07. und 01.10. fällig.

In den Beiträgen ist die zurzeit gültige Versicherungssteuer von 19% mit 21,20 EUR berücksichtigt (Versicherungssteuernummer: 810/V90810006337).

Berücksichtigte Tarifierungsmerkmale

8

Jährliche Fahrleistung:	9.000 km
Nutzerkreis:	Versicherungsnehmer, Partner, Sohn, Tochter, sonstige Personen
Rabattschutz:	inklusive

9

10

11

Ihrem Vertrag liegt eine Sondereinstufung zu Grunde. Bei Versichererwechsel wird nur die tatsächlich vorhandene SF-Klasse an den Nachversicherer bestätigt.
In der Kfz-Haftpflicht beträgt die tatsächliche SF-Klasse SF 2.
In der Kaskoversicher beträgt die tatsächliche SF-Klasse SF 1.

Etwaige Nachlässe oder Zuschläge sind in den Beiträgen bereits berücksichtigt.

Bei diesen Angaben haben wir den Vertragsstand vom 13.11.2020 berücksichtigt. Sollten eine von Ihnen beantragte Vertragsänderung in dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt sein, bitte wir Sie um etwas Geduld. Sie erhalten zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Versicherungsschein.

12

Bei einer Erhöhung der Beiträge auf Grund von Änderungen der Typ-, Regionalklassen oder einer Tarifänderung haben Sie die Möglichkeit, innerhalb eines Monats nach Zugang dieser Mitteilung – frühestens jedoch zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Erhöhung – die Kfz-Versicherung zu kündigen.

Haben Sie noch Fragen zu Ihrer Beitragsrechnung?

Weitere Informationen und Erläuterungen finden Sie auf unserer Homepage unter kfz-beitrag.barmenia.de oder scannen Sie einfach den QR-Code:

Wir wünschen Ihnen eine gute und sichere Fahrt!

Freundliche Grüße aus Wuppertal

Geraldine Reiß
Barmenia-Vertragsservice

Schule (Stempel):

Ort, Datum

_____

_____

Bescheinigung über Schulbesuch

Es wird bescheinigt, dass der Schüler / die Schülerin _____,

geboren am _____

☐ derzeit die Klasse _____ unserer Schule besucht.

☐ ab dem kommenden Schuljahr die Klasse _____ unserer Schule besuchen wird.

☐ _____

Nur bei weiterführenden Schulen bzw. ab Klasse 9:

☐ Die Schulausbildung endet voraussichtlich am _____.

Unterschrift:

_____

steuern.de

ACHTUNG:

Dieses Steuerformular hilft Ihnen **nicht** dabei, die maximale Steuererstattung zu bekommen!

Risiken der Steuererklärung in Papierform:

- Fehler beim Ausfüllen
- Geringeres Steuersparpotenzial, da Formulare keine Hilfestellung und keine Steuerspartipps bieten
- Langsamere Bearbeitung als bei einer elektronischen Steuererklärung

Schenken Sie Ihr Geld nicht dem Finanzamt!

Mit einer Steuersoftware sparen Sie Zeit, Geld und Nerven:

- Mit smartsteuer dauert die Steuererklärung weniger als 1 Stunde
- Schritt-für-Schritt im Interview und garantiert verständlich
- Im Schnitt gibt es mit smartsteuer 1.328 Euro zurück

5-Euro-Gutschein für smartsteuer:

Ihr Gutschein-Code: STEUERFORMULAR

Gleich loslegen ❯

Anlage Sonderausgaben

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer**

Angaben zu Sonderausgaben

– Ohne Versicherungsaufwendungen und Altersvorsorgebeiträge –

Kirchensteuer

52

		2024 gezahlt EUR		2024 erstattet EUR
4 soweit diese nicht als Zuschlag zur Abgeltungsteuer einbehalten oder gezahlt wurde	103	,—	104	,—

Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge)

Spenden und Mitgliedsbeiträge (ohne Spenden in das zu erhaltende Vermögen einer Stiftung)

		laut Bestätigungen EUR		laut Betriebsfinanzamt EUR
5 – zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke an Empfänger im Inland	123	,—	124	,—
6 – zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke an Empfänger im EU- / EWR-Ausland	133	,—	134	,—
7 – an politische Parteien (§§ 34g, 10b EStG)	127	,—	128	,—
8 – an unabhängige Wählervereinigungen (§ 34g EStG)	129	,—	130	,—

Spenden in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A EUR		Ehefrau / Person B EUR
9 2024 geleistete Spenden an Empfänger im Inland (laut Bestätigungen / laut Betriebsfinanzamt)	208	,—	209	,—
10 2024 geleistete Spenden an Empfänger im EU- / EWR-Ausland (laut Bestätigungen / laut Betriebsfinanzamt)	224	,—	225	,—
11 Von den Spenden in den Zeilen 9 und 10 sollen 2024 berücksichtigt werden	212	,—	213	,—
12 2024 zu berücksichtigende Spenden aus Vorjahren in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden	214	,—	215	,—

Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung

Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

13 Bezeichnung der Ausbildung, Art der Aufwendungen — 200 EUR ,—

Ehefrau / Person B

14 Bezeichnung der Ausbildung, Art der Aufwendungen — 201 EUR ,—

Weitere Aufwendungen

Gezahlte Versorgungsleistungen aus Renten laut Vertrag

Angaben zur 1. empfangsberechtigten Person

15 Rechtsgrund, Datum des Vertrags — 102 abziehbar in % — 101 tatsächlich gezahlt EUR ,—

16 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person

17 136 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 153 (1 = Ja, 2 = Nein)

Angaben zur 2. empfangsberechtigten Person

18 Rechtsgrund, Datum des Vertrags — 138 abziehbar in % — 137 tatsächlich gezahlt EUR ,—

19 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person

20 139 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 154 (1 = Ja, 2 = Nein)

202400340201

Steuernummer, Name und Vorname

21 **Gezahlte Versorgungsleistungen aus Renten laut gesonderter und einheitlicher Feststellung** 150 % 151 EUR ,—

Gezahlte Versorgungsleistungen aus Dauernden Lasten laut Vertrag

Angaben zur 1. empfangsberechtigten Person

22 Rechtsgrund, Datum des Vertrags — 100 tatsächlich gezahlt EUR ,—

23 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person

24 144 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 155 1 = Ja 2 = Nein

Angaben zur 2. empfangsberechtigten Person

25 Rechtsgrund, Datum des Vertrags — 145 tatsächlich gezahlt EUR ,—

26 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person

27 146 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 156 1 = Ja 2 = Nein

28 **Gezahlte Versorgungsleistungen aus Dauernden Lasten laut gesonderter und einheitlicher Feststellung** 152 ,—

Unterhaltsleistungen laut Anlage U – ohne Kindesunterhalt – an den

- geschiedenen Ehegatten, Lebenspartner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft
- dauernd getrennt lebenden Ehegatten / Lebenspartner

Angaben zur 1. unterstützten Person

29 Name und Geburtsdatum der unterstützten Person — 116 tatsächlich gezahlt EUR ,—

30 117 Identifikationsnummer der unterstützten Person — Die unterstützte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 157 1 = Ja 2 = Nein

31 In Zeile 29 enthaltene Beiträge (abzüglich Erstattungen und Zuschüsse) zur Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherung 118 ,—

32 Davon entfallen auf Krankenversicherungsbeiträge mit Anspruch auf Krankengeld 119 ,—

Angaben zur 2. unterstützten Person

33 Name und Geburtsdatum der unterstützten Person — 140 tatsächlich gezahlt EUR ,—

34 141 Identifikationsnummer der unterstützten Person — Die unterstützte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 158 1 = Ja 2 = Nein

35 In Zeile 33 enthaltene Beiträge (abzüglich Erstattungen und Zuschüsse) zur Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherung 142 ,—

36 Davon entfallen auf Krankenversicherungsbeiträge mit Anspruch auf Krankengeld 143 ,—

Ausgleichszahlungen im Rahmen des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs

37 Rechtsgrund, Datum der erstmaligen Zahlung — 121 tatsächlich gezahlt EUR ,—

38 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person

39 132 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 159 1 = Ja 2 = Nein

Ausgleichsleistungen zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs laut Anlage U

40 Name und Geburtsdatum der empfangsberechtigten Person — 131 tatsächlich gezahlt EUR ,—

41 135 Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person — Die empfangsberechtigte Person hat ihren Wohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt im Inland 160 1 = Ja 2 = Nein

2024AnlSonderausgaben402NET

Bitte auf Firmenbogen ausdrucken

Muster für einen Tätigkeitsnachweis

Frau/Herr **Vorname Zuname**, geb. am **Geburtsdatum** in **Geburtsort** ist seit **Eintrittsdatum** bis **befristet/unbefristet** in unserer Firma tätig als **Berufsbezeichnung.**

Ihr/sein Aufgabengebiet umfasst folgende Tätigkeiten/Zuständigkeiten:

Auflistung der Tätigkeiten
-
-
-

Datum

Unterschrift des (Personal-)Verantwortlichen

Muster

Anleitung zur Anlage Außergewöhnliche Belastungen 2024

Allgemeines

Außergewöhnliche Belastungen sind private Ausgaben, die Ihnen aufgrund besonderer Umstände zwangsläufig entstehen, z. B. aufgrund von

- Krankheit,
- Behinderung,
- Unwetterschäden oder
- Bestattung einer Angehörigen oder eines Angehörigen.

Diese Ausgaben können Sie, soweit sie Ihnen nicht ersetzt werden, steuermindernd geltend machen. Dies ist jedoch nur insoweit möglich, als die Ausgaben die sog. zumutbare Belastung übersteigen. Ihr Finanzamt berechnet die zumutbare Belastung automatisch. Es berücksichtigt dabei Ihre familiären Verhältnisse und die Höhe Ihrer Einkünfte. Die genaue Berechnung können Sie im § 33 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nachlesen.

Prozesskosten, wie z. B. die Kosten einer Scheidung oder für die Aufhebung einer Lebenspartnerschaft, stellen grundsätzlich keine außergewöhnlichen Belastungen dar.

Zeile 4 bis 9
Behinderten-Pauschbetrag

Es wurde eine Behinderung bei Ihnen festgestellt?
Dann können Sie wählen, ob Sie Ihre mit der Behinderung zusammenhängenden Aufwendungen im Einzelnen geltend machen (Zeile 21 bis 35) oder einen Pauschbetrag in Anspruch nehmen.

Der Behinderten-Pauschbetrag richtet sich nach dem höchsten Grad der Behinderung, der im Kalenderjahr festgestellt wurde:

Grad der Behinderung von mindestens	**Euro**
20	384
30	620
40	860
50	1.140
60	1.440
70	1.780
80	2.120
90	2.460
100	2.840

Blinde, Taubblinde sowie Menschen, die ständig hilflos sind (Merkzeichen „Bl“, „TBl“ oder „H“), können einen Behinderten-Pauschbetrag von 7.400 € jährlich erhalten. Dieser kann auch gewährt werden, wenn Sie als pflegebedürftige Person in die Pflegegrade 4 oder 5 eingestuft werden.
Geben Sie bitte den Grad Ihrer Behinderung an. Reichen Sie Nachweise nur bei erstmaliger Beantragung oder bei Änderung in Kopie ein. Nachweise sind z. B.

- ein Bescheid über die Feststellung der Schwerbehinderung,
- ein Rentenbescheid des Versorgungsamts,
- ein Rentenbescheid eines Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung oder
- ein Bescheid über Unfallruhegeld bei Beamtinnen oder Beamten.

Der Behinderten-Pauschbetrag berücksichtigt Aufwendungen für

- die Hilfe im alltäglichen Leben,
- die Pflege und
- einen ggf. erhöhten Wäschebedarf.

Wählen Sie den Behinderten-Pauschbetrag, dürfen Sie die Pflegeaufwendungen weder als außergewöhnliche Belastungen in den Zeilen 21 bis 35 noch als Pflegeleistungen im Haushalt in Zeile 5 der **Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen** eintragen. Zusätzlich zum Pauschbetrag können Sie unter bestimmten Voraussetzungen weitere Aufwendungen (z. B. Kosten für Heilbehandlungen, Kurkosten) eintragen. Bitte beachten Sie dazu die Erläuterungen zu den Zeilen 21 bis 38.
Sie können den Behinderten-Pauschbetrag für ein Kind oder Enkelkind, für das Sie Anspruch auf Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag haben, auf sich übertragen lassen. Einen entsprechenden Antrag stellen Sie in den Zeilen 58 bis 60 und 62 der **Anlage Kind**.

Zeile 10
Hinterbliebenen-Pauschbetrag

Neu!

Ihnen sind Hinterbliebenenbezüge

- nach dem SGB XIV oder einem anderen Gesetz, das die Vorschriften des SGB XIV über Hinterbliebenenbezüge für entsprechend anwendbar erklärt,
- aus der gesetzlichen Unfallversicherung,
- nach beamtenrechtlichen Vorschriften an Hinterbliebene von an den Folgen eines Dienstunfalls verstorbenen Beamtinnen oder Beamten und / oder
- nach den Vorschriften des Bundesentschädigungsgesetzes über die Entschädigung an Leben, Körper oder Gesundheit

bewilligt worden?

Dann können Sie den Hinterbliebenen-Pauschbetrag von jährlich 370 € beantragen. Den Pauschbetrag erhalten Sie auch dann, wenn Ihr Recht auf die Bezüge ruht oder Sie dafür eine Kapitalabfindung erhalten haben. Reichen Sie Nachweise bitte nur bei erstmaliger Beantragung in Kopie ein.
Als Nachweis eignen sich z. B. der Rentenbescheid des Versorgungsamts, der zuständigen Entschädigungsbehörde oder eines Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Rentenbescheid eines Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung genügt nicht als Nachweis.

Zeile 11 bis 18
Pflege-Pauschbetrag

Neu!

Sie pflegen eine pflegebedürftige Person in Ihrer oder deren Wohnung im Inland oder EU- / EWR-Ausland und erhalten dafür keine Einnahmen?
Dann können Sie für Ihre Aufwendungen einen Pflege-Pauschbetrag beantragen. Der Pflege-Pauschbetrag beträgt:

- bei Pflegegrad 2: 600 €,
- bei Pflegegrad 3: 1.100 €,
- bei Pflegegrad 4 oder 5 und / oder Merkzeichen „H“: 1.800 €

Zu den Einnahmen aus der Pflege zählt z. B. das Pflegegeld, das die pflegebedürftige Person von einer Pflegeversicherung erhält und an Sie weitergibt.
Nicht zu den Einnahmen zählt das Pflegegeld,

- das Sie als Elternteil eines Kindes mit Behinderung erhalten haben oder
- das Sie zur erforderlichen Grundpflege der pflegebedürftigen Person verwenden (z. B. Bezahlung einer fremden Pflegekraft, Anschaffung von pflegenotwendigen oder pflegeerleichternden Bedarfsgegenständen).

Der Pflege-Pauschbetrag richtet sich nach dem höchsten Pflegegrad, der im Kalenderjahr festgestellt wurde.
Bitte vergessen Sie nicht, die Identifikationsnummer der pflegebedürftigen Person in Zeile 15 einzutragen und geben Sie in Zeile 16 an, ob diese Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat. Ohne diese Angaben kann Ihr Finanzamt den Pflege-Pauschbetrag nicht gewähren.
Anstelle des Pflege-Pauschbetrages können Sie die einzelnen Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen in die Zeilen 24 bis 26 eintragen. Dies wirkt sich dann steuerlich aus, wenn die Pflegeaufwendungen den jeweiligen Pflege-Pauschbetrag oder die Einnahmen aus der Pflege übersteigen und die pflegebedürftige Person die Pflegekosten nicht selbst finanziell tragen kann. Allerdings wird dann Ihre zumutbare Belastung angerechnet. Beachten Sie bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 21 bis 38.
Der Pflege-Pauschbetrag kann Ihnen in der Regel nur für die Pflege von Angehörigen gewährt werden. Wird die Pflege von mehreren Personen vorgenommen, ist der Pflege-Pauschbetrag nach der Zahl der Pflegepersonen zu teilen. Eine Person, die für die Pflege Einnahmen erhält, ist nicht in die Aufteilung einzubeziehen und nicht in Zeile 12 einzutragen. Sie können den Pflege-Pauschbetrag zusätzlich zu einem übertragenen Behinderten-Pauschbetrag beantragen. Beachten Sie hierzu bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 4 bis 9. Weisen Sie bitte bei erstmaliger Beantragung oder bei Änderung der Verhältnisse (z. B. Änderung des Pflegegrades) die Pflegebedürftigkeit durch Vorlage des entsprechenden Bescheides (z. B. der Pflegekasse) oder durch einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „H“ in Kopie nach.
Sie lassen sich bei der Pflegeleistung unterstützen, z. B. durch einen ambulanten Pflegedienst?
Dann können Sie für die entstandenen Aufwendungen zusätzlich zu dem Pauschbetrag eine Steuerermäßigung beantragen. Beachten Sie bitte die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen.
Sie pflegen mehr als eine Person?
Dann machen Sie die erforderlichen Angaben zu den Zeilen 11 bis 18 bitte in einer formlosen Anlage mit der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Steuererklärung“ und tragen in Zeile 37 des **Hauptvordrucks ESt 1 A** eine „1“ ein.

Zeile 19 und 20
Behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale

Sie haben einen Grad der Behinderung von mindestens 80 oder von mindestens 70 und Merkzeichen „G“?
Dann haben Sie Anspruch auf eine behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale i. H. v. 900 €.
Wurde das Merkzeichen „aG“, „Bl“, „TBl“ und / oder das Merkzeichen „H“ festgestellt oder liegt bei Ihnen der Pflegegrad 4 oder 5 vor, haben Sie Anspruch auf eine behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale i. H. v. 4.500 €. Darüber hinaus können Sie keine weiteren behinderungsbedingten Fahrtkosten als außergewöhnliche Belastungen beantragen.
Sie haben die oben genannten Voraussetzungen erst im Laufe des Kalenderjahres erfüllt?
Dann berücksichtigt Ihr Finanzamt die behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale in der entsprechenden Höhe für das gesamte Kalenderjahr.
Die behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale wird bei der Einkommensteuerveranlagung zusammen mit den anderen außergewöhnlichen Belastungen von Ihrem Finanzamt um die zumutbare Belastung gemindert. Beachten Sie hierzu bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 21 bis 38.
Sie können die behinderungsbedingte Fahrtkostenpauschale für ein Kind oder ein Enkelkind, für das Sie Anspruch auf Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag haben, auf sich übertragen lassen. Den Antrag stellen Sie bitte in den Zeilen 63 und 64 der **Anlage Kind**.

Zeile 21 bis 38
Andere Aufwendungen

Anstelle oder neben den Pauschbeträgen (bei Aufwendungen wegen Behinderung oder Pflege) können Sie andere Aufwendungen geltend machen. Diese wirken sich steuerlich aus, soweit sie Ihre zumutbare Belastung übersteigen. Ihr Finanzamt berechnet die zumutbare Belastung automatisch.
Sind in den von Ihnen beantragten außergewöhnlichen Belastungen Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und / oder Handwerkerleistungen enthalten?
Dann kann es sein, dass sich ein Teil der in den außergewöhnlichen Belastungen enthaltenen Aufwendungen aufgrund der zumutbaren Belastung nicht auswirkt. Für die Aufwendungen, die sich nicht auswirken, können Sie eine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und / oder Handwerkerleistungen geltend machen. Tragen Sie bitte in die Zeilen 36 bis 38 alle in den außergewöhnlichen Belastungen enthaltenen Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und / oder Handwerkerleistungen ein.

Andere Aufwendungen

Krankheitskosten (z. B. Arzt- und Behandlungskosten, Arznei-, Heil- und Hilfsmittel, Kurkosten)

			EUR
21	Art der Aufwendungen: KRANKENHAUSAUFENTHALT		
22	Summe der Aufwendungen	302	4750,–
23	Summe der erhaltenen und / oder zu erwartenden Versicherungsleistungen, Beihilfen, Unterstützungen usw. (ggf. „0")	303	3650,–

Beispiel

Welche außergewöhnlichen Belastungen haben die Eheleute Muster?
Frau Muster war mehrere Wochen krank. Der Krankenhausaufenthalt hat insgesamt 4.750 € gekostet. Davon hat die Krankenkasse nur 3.400 € bezahlt. Ferner hat Frau Muster von ihrem Arbeitgeber eine steuerfreie Unterstützung von 250 € erhalten. Die Eheleute Muster benennen die Art der Aufwendungen in Zeile 21, tragen in Zeile 22 die Krankheitskosten und in Zeile 23 die Summe der erstatteten Beträge ein. Sie wissen, dass die verbleibenden Kosten von 1.100 € nicht in voller Höhe berücksichtigt, sondern von ihrem Finanzamt um die sog. zumutbare Belastung gekürzt werden.

Andere Aufwendungen sind z. B.:

Behinderungsbedingte Aufwendungen,
die Menschen mit Behinderungen erfahrungsgemäß durch ihre Krankheit oder Behinderung entstehen. Hierzu gehören z. B. Aufwendungen für den behindertengerechten Umbau oder Neubau einer Wohnung oder eines Hauses.

Bestattungskosten
für Angehörige, soweit sie den Nachlass und etwaige nicht steuerpflichtige Ersatzleistungen (z. B. Sterbegeldversicherung) übersteigen. Sie können nur die Kosten geltend machen, die mit der Bestattung unmittelbar zusammenhängen (z. B. für Grabstätte, Sarg, Blumen, Kränze, Todesanzeigen usw.). Kosten für Trauerkleidung und Bewirtung der Trauergäste sowie Reisekosten anlässlich der Bestattung erkennt Ihr Finanzamt nicht an.

Krankheitskosten,
soweit sie nicht durch einen Dritten steuerfrei ersetzt werden oder Ihnen ein Anspruch auf Ersatz zusteht, z. B. durch eine Krankenkasse.
Kosten für Arzneimittel, Heilmittel und Hilfsmittel dürfen Sie nur als außergewöhnliche Belastung eintragen, wenn Sie ihre medizinische Notwendigkeit durch eine ärztliche Verordnung oder die Verordnung einer Heilpraktikerin oder eines Heilpraktikers nachweisen können. Dies gilt auch für nicht verschreibungspflichtige Medikamente. Bei einer andauernden Erkrankung mit anhaltendem Verbrauch bestimmter Medikamente reicht die einmalige Vorlage einer solchen Verordnung aus.
Sofern Sie Kosten für Arzneimittel geltend machen möchten, die Ihnen per Elektronischem Rezept (E-Rezept) verordnet wurden, genügt als Nachweis der Kassenbon der Apotheke oder die Rechnung der Online-Apotheke, wenn darauf vermerkt ist, um welche Art des Rezeptes es sich handelt (z. B. Rezept mit Gebühr, grünes Rezept oder Privatrezept). Ebenso sollte Ihr Name auf dem Kassenbon durch die Apotheke vermerkt werden oder sich aus der Rechnungsanschrift ergeben. Auf die zusätzliche Vorlage der ärztlichen Verordnung oder der Verordnung einer Heilpraktikerin oder eines Heilpraktikers kann dann verzichtet werden.
Nachweise in Kopie müssen Sie nur einreichen, wenn Sie von Ihrem Finanzamt dazu aufgefordert werden.

Kurkosten,
wenn Sie die Notwendigkeit der Kur nachweisen können. Nachweise in Kopie müssen Sie nur einreichen, wenn Sie von Ihrem Finanzamt dazu aufgefordert werden. Als Nachweis eignet sich

- ein vor Kurbeginn ausgestelltes amtsärztliches Gutachten oder
- andere Unterlagen, aus denen sich die Notwendigkeit ergibt (z. B. bei Pflichtversicherten aus einer Bescheinigung der zuständigen Krankenkasse).

Der Zuschuss einer Krankenversicherung zu Arztkosten, Arzneimittelkosten und Kurmittelkosten reicht als Nachweis nicht aus.

Pflegekosten
für

- die Beschäftigung einer ambulanten Pflegekraft oder
- die Unterbringung in einem Pflegeheim, in der Pflegestation eines Altenheims oder in einem Altenpflegeheim.

Wenn Sie hier die tatsächlichen Pflegekosten angeben, erhalten Sie nicht zusätzlich den Behinderten-Pauschbetrag. Sind Sie krankheitsbedingt nicht nur vorübergehend in einem Alten- und Pflegeheim untergebracht und haben Ihren bisherigen Haushalt aufgelöst, ziehen Sie von den Pflegekosten bitte eine Haushaltsersparnis von 32,73 € täglich (982 € monatlich, 11.784 € jährlich) ab. Sind Sie und Ihre Ehegattin / Ihr Ehegatte oder Ihre Lebenspartnerin / Ihr Lebenspartner krankheitsbedingt in einem Alten- und Pflegeheim untergebracht, ist für Sie beide eine Haushaltsersparnis anzusetzen.
Ein Abzug ist auch für Aufwendungen möglich, die Ihnen aus der Pflegebedürftigkeit einer anderen Person zwangsläufig entstehen.

Beispiele

Neu!

Wiederbeschaffungskosten
für Hausrat und Kleidung, die durch ein unabwendbares Ereignis, z. B. Brand oder Hochwasser, vernichtet wurden, wenn keine allgemein zugängliche und übliche Versicherung möglich war. Dazu gehören auch die notwendigen und angemessenen Kosten für die Schadensbeseitigung.

Vertragsinformationen zur Hausrat- und Glas-Versicherung

- Produktinformationsblatt Versicherungen
- Kundeninformation
- Wichtige Anzeigepflichten
- Versicherungsbedingungen
- Satzung
- Informationen zur Datenverarbeitung

Version: 84-VH1-0923

1840.100 – b –

Mecklenburgische
VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT AUF GEGENSEITIGKEIT

Ihr Vertrauen – unsere Verpflichtung

Mietvertrag

Zwischen dem Vermieter

Name: .....

Straße, Nr.: .....

PLZ, Ort: .....

und dem Mieter

Name: .....

Straße, Nr.: .....

PLZ, Ort: .....

wird folgender Mietvertrag geschlossen:

§ 1 Mietraum / Mieträume

Im Haus (Ort, Straße, Haus-Nr., Etage) ..... wird dem o.g. Mieter möblierter Raum / möblierte Räume zur Verfügung gestellt. Das bzw. die Zimmer ist/sind abschließbar.

☐ Küche,
☐ Badezimmer mit WC (abschließbar),
☐ der Kellerraum,
☐ die Waschküche inkl. Waschmaschine und ggf. Trockenplatz

stehen nach Absprache mit dem Vermieter zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Dem o.g. Mieter werden vom Vertragspartner für die Zeit der Unterbringung ausgehändigt:

Hausschüssel
Wohnungsschlüssel
Zimmerschlüssel
weitere Schlüssel (z.B.- für Keller- / Bodenräume)

§ 2 Anzahl der untergebrachten Personen

In den vermieteten Räumlichkeiten sind Personen untergebracht.

§ 3 Mietdauer

☐ Das Vertragsverhältnis beginnt am und endet am .

oder

☐ Das Vertragsverhältnis beginnt am und läuft auf unbestimmte Zeit

Beginn des Mietvertrages ist der .

§ 4 Mietkosten

☐ Eine Miete wird nicht gezahlt.

oder

☐ Die monatliche Grundmiete beträgt Euro.

☐ Die monatliche Betriebskostenvorauszahlung[1] beträgt Euro.

☐ Die monatliche Heizkostenvorauszahlung[2] beträgt Euro.

Die Mietzahlung in Höhe von insgesamt € wird monatlich bis zum Dritten eines jeden Monats auf folgendes Konto des Vermieters gezahlt:

Kontoinhaber: _____

Bank: _____

IBAN: _____

BIC: _____

---

[1] Betriebskosten werden ohne Strom erhoben. Stromabschläge sind durch den Mieter eigenverantwortlich zu zahlen. Für die Ermittlung der tatsächlichen Betriebskosten ist 1x jährlich eine Betriebskostenabrechnung zu erstellen bzw. bei Auszug aus der Wohnung fällig.

[2] Für die Ermittlung der tatsächlichen Heizkosten ist 1x jährlich eine Heizkostenabrechnung zu erstellen bzw. bei Auszug aus der Wohnung fällig.

§ 5 Mängel und Schäden an der Wohnung

1. Zeigt sich in der Wohnung bzw. den überlassenen Räumlichkeiten ein Mangel, so muss dies der Mieter dem Vermieter unverzüglich mitteilen.

2. Hat die Wohnung einen nicht unerheblichen Mangel oder fehlt bzw. entfällt eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Mieter in angemessenem Umfang die Miete kürzen, bis der Vermieter den Mangel abstellt. Weitere Ansprüche, wie zum Beispiel Erfüllungs- und Schadensersatzansprüche, bleiben bestehen.

3. Lässt der Vermieter ihm mitgeteilte Mängel trotz Mahnung durch den Mieter nicht innerhalb eines Monats oder in dringenden Fällen unverzüglich beheben, so ist der Mieter außerdem berechtigt, die Mängel auf Kosten des Vermieters zu beseitigen. Der Mieter kann sich dabei einer Fachfirma bedienen und als Vorschuss einen angemessenen Betrag bei der nächsten Mietzahlung einbehalten.

4. Der Mieter haftet dem Vermieter für Schäden, die er selbst, seine Mitbewohner, Hausgehilfen, Untermieter sowie von ihm beauftragte Handwerker nach dem Einzug schuldhaft verursacht haben.

§ 6 Kündigungsfrist

Der Mietvertrag kann durch beide Vertragsparteien mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende gekündigt werden.

§ 7 Auszug des Mieters

Bei Auszug des Mieters müssen die Räumlichkeiten besenrein und mit sämtlichen Schlüsseln dem Vermieter oder seinem Verwalter zurückgeben.

§ 8 Betreten der Mieträume durch den Vermieter

Der Vermieter darf die zur Verfügung gestellten Räume nach vorheriger Abstimmung mit dem Mieter betreten.

§ 9 Sonstige Vereinbarungen zum Mietvertrag

.....

.....

.....

....., den .....

_____ _____

Unterschrift Vermieter Unterschrift Mieter

Rechnung § 11 UStG + § 14 UGB **Bauleistungen (Muster)**

Gerhard Lieferer e. U., Subunternehmer ❶ **A.**
3430 Tulln, Bahnhofstraße 7
UID-Nr.: ATU 12345678 ❾

B. Rechtsform: eingetragener Unternehmer
C. Sitz: 3430 Tulln
D. FB-Nummer: 123456 y
E. FB-Gericht: Landesgericht St. Pölten

❼ Tulln, am 27.11.2015
[Ausstellungsdatum der Rechnung!]

Gustav Bau GmbH ❷
Leistungsempfänger
UID-Nr.: ATU 87654321 ❿

Hamerlingstraße 5
3910 Zwettl

Rechnungsnummer 11-0003 *[fortlaufende Nummerierung!]* ❽
Leistungen 11-2015 *[Tag der Lieferung, Leistungszeitraum]* ❹

❸ Menge	❸ **gelieferter Gegenstand** (handelübliche Bezeichnung) Art und Umfang der **erbrachten Leistung**	❺ **Entgelt**
	Bauleistungen lt. beiliegendem Detail	4.346,00 €
	Rechnungsbetrag	**4.346,00 €**

Bei den verrechneten Leistungen handelt es sich um Bauleistungen im Sinne des §19 Abs 1a UStG 1994. Die verrechneten Beträge enthalten keine Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer wird vom Empfänger der Leistung geschuldet. ❺

Bestandteile gem. §11 UStG:
❶ Name und Anschrift liefernder/leistender Unternehmer
❷ Name und Anschrift des Leistungsempfängers
❸ Menge und Bezeichnung gelieferter Gegenstand bzw. der erbrachten Leistung
❹ Tag der Leistung bzw. Leistungszeitraum
❺ Entgelt und **Hinweis auf den Übergang der Steuerschuld!**
❼ Ausstellungsdatum der Rechnung
❽ Fortlaufende Nummer
❾ UID-Nummer des Lieferanten
❿ UID- Nummer des Leistungsempfängers

Bestandteile gem. §14 UGB [zusätzliche Angaben für im Firmenbuch eingetragene Unternehmer]
A. Firma [der Einzelunternehmer muss auch seinen Namen anführen, wenn er sich von der Firma unterscheidet!]
B. Rechtsform [e.U. – OG/KG – GmbH/AG]
C. Sitz
D. Firmenbuchnummer
E. Firmenbuchgericht

Hinweis: bei **GmbH&CoKG**s müssen diese Angaben auch zusätzlich für die GmbH angeführt werden!

© grübl steuerberater gmbh

Bundeszentralamt
für Steuern

Wichtige Informationen zur Steuerbescheinigung

Was ist eine Steuerbescheinigung?

Eine Steuerbescheinigung dient als Nachweis über:

- die Art der Kapitalerträge
- die Höhe der Kapitalerträge
- die hiervon einbehaltene Kapitalertragsteuer
  und
  den hiervon einbehaltenen Solidaritätszuschlag

Warum benötigt das BZSt eine Steuerbescheinigung?

Zur Bearbeitung Ihres Antrags auf Erstattung der deutschen Kapitalertragsteuer benötigt das BZSt zwingend eine Steuerbescheinigung nach amtlich vorgeschriebenem Muster. **Ohne Steuerbescheinigung kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden,** da die Vorlage gesetzlich vorgeschrieben ist (§ 50c Abs. 3 Satz 3 EStG).

Wer stellt die Steuerbescheinigung aus?

Die Steuerbescheinigung wird Ihnen durch die inländische (d.h. deutsche) Zahlstelle ausgestellt. Die inländische Zahlstelle ist verpflichtet, diese auszustellen (§ 45a Abs. 2 EStG).

Als Zahlstellen gelten gemäß § 44 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3a EStG:

1. inländische (d.h. deutsche) Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute,
2. inländische (d.h. deutsche) Wertpapierinstitute,

welche die Anteile verwahren oder verwalten und die Kapitalerträge auszahlen bzw. gutschreiben oder die Kapitalerträge an eine ausländische Stelle auszahlen.

Eine Steuerbescheinigung kann zu Kosten durch das Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut führen. Zur Höhe der Kosten wenden Sie sich bitte an Ihre depotführende Stelle.

Wie sieht eine Steuerbescheinigung aus?

Für die Steuerbescheinigung gibt es ein amtlich vorgeschriebenes Muster. Dieses Muster kann je nach Finanzdienstleistungs- oder Kreditinstitut Abweichungen in der Formatierung, im Aufbau sowie durch ergänzende Angaben der auszahlenden Stelle enthalten.

Das folgende aktuell gültige Muster III soll Ihnen als Beispiel dienen (Muster III siehe Seite 2):

Bundeszentralamt
für Steuern

Muster III

……..
……..
……..
(Bezeichnung der auszahlenden Stelle)

Adressfeld
……
……
……

Steuerbescheinigung

der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG sowie bei Einkünften im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds

[Ab 1. Januar 2018: der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG, bei Einkünften im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds]

☐ Einzelsteuerbescheinigung
Zusammengefasste Steuerbescheinigung für den Zeitraum .....

☐ **Wir versichern, dass Einzelsteuerbescheinigungen insoweit nicht ausgestellt worden sind.**

☐ Abstandnahme vom Steuerabzug nach § 43 Abs. 2 EStG

An

…….....
(Name und Anschrift der Gläubigerin/des Gläubigers/der Gläubiger der Kapitalerträge)

☐ wurden am …….
(Zahlungstag)

☐ *Die Steuerbescheinigung wird auf Antrag der/die ……(Name des ausländischen Kreditinstitutes, das in Vertretung des Anteilseigners den Antrag auf Ausstellung einer Einzelsteuerbescheinigung gestellt hat und die Gutschrift der Kapitalerträge erhalten hat) erteilt. Die Gutschrift der Kapitalerträge wurde an das ……(Name des ausländischen Kreditinstituts) erteilt.*

für …….....
(Name und Anschrift des Schuldners der Kapitalerträge, bei Wertpapieren WKN/ISIN)

☐ wurden für den Zeitraum ……..

folgende Kapitalerträge gezahlt/gutgeschrieben/gelten als zugeflossen:

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a EStG ……
> davon: Erträge, die dem Teileinkünfteverfahren unterliegen ……
> davon: Erträge im Sinne des § 19 Abs. 1 REITG ……
> davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger[4] ……

[4] Bei zusammengefasster Steuerbescheinigung entfallen die Erträge auf folgende Wertpapiere (weitere Zeilen ergänzbar):

Name Wertpapier	WKN/ISIN	Stückzahl	Zuflussdatum	Brutto-Kapitalertrag	KapSt	Solz

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG …..……
> davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger[5] …..……

[5] Bei zusammengefasster Steuerbescheinigung entfallen die Erträge auf folgende Wertpapiere (weitere Zeilen ergänzbar):

Name Wertpapier	WKN/ISIN	Stückzahl	Zuflussdatum	Brutto-Kapitalertrag	KapSt	Solz

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EStG ……..
Darin enthaltene Kapitalerträge, von denen der Steuerabzug in Höhe von **drei Fünfteln** vorgenommen wurde (§ 44a Abs. 8 EStG) …….. Summe der darauf entfallenden Kapitalertragsteuer ……..

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG

Pflegeversicherung

Musterrechnung ambulante Behandlung

MIELKE
WIR BERATEN EXPERTEN®

Versicherungsnehmer:

Beratung durch:

MIELKE Versicherungsmakler AG

Koogstraße 3 • 25541 Brunsbüttel
Tel.: 04852 / 54400
info@mielke-online.de
https://www.mielke-online.de

Rechnung

IK.Nr: 770517156	Datum: 01.09.2011	Seite 1 von 1
für Patient:	Geburtsdatum:	Pflegestufe: III
Vers.-Nr.:	Status	Debitor 20073

Abrechnungszeitraum vom

von	bis	Ziffer	Leistungsbeschreibung	Anzahl	Einzelpreis	Gesamtpreis
01.07	31.07	LK 01	Komplex Kleine Pflege	31	18,93 EUR	586,83 EUR
01.07	31.07	LK 02	Komplex Große Pflege	31	24,13 EUR	748,03 EUR
01.07	31.07	LK 02c	Hilfe bei Ausscheidung	10	2,37 EUR	23,70 EUR
01.07	31.07	LK 11	Mobilisation in der Wohn.	62	5,68 EUR	352,16 EUR
01.07	31.07	LK 19	Hausbesuchpauschale	31	4,76 EUR	147,56 EUR
01.07	31.07	LK 19a	½ Hausbesuchpauschale	15	2,83 EUR	35,70 EUR
01.07	31.07	LK 20	erhöhte Hausbesuchpausch.	10	9,52 EUR	95,20 EUR
01.07	31.07	LK 20a	erhöhte ½ Hausbesuchpausch.	6	4,76 EUR	28,56 EUR

Summe der Leistungen: 2.017,74 EUR

Rechnungsbetrag: 2.017,74 EUR

ambulante Behandlung:
Auch „günstige" Pflege zu Hause
wird auf Dauer ganz schön teuer

MUSTER

Diese Beratungshilfe dient ausschließlich der allgemeinen Information und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann auch keine Gewähr für die Aktualität der Informationen übernommen werden.

Besondere Lohnsteuerbescheinigung für das Kalenderjahr 2024

Diese Lohnsteuerbescheinigung ist bis zum 28. Februar 2025 dem Betriebsstättenfinanzamt zu übersenden und dem Arbeitnehmer eine Zweitausfertigung auszuhändigen.

Arbeitnehmer

Herrn/Frau

Identifikationsnummer:

Personalnummer:

Geburtsdatum:

Dem Lohnsteuerabzug wurden zugrunde gelegt:

Gültig ab		
Steuerklasse / Faktor		
Zahl der Kinderfreibeträge		
Steuerfreier Jahresbetrag	€	€
Jahreshinzurechnungsbetrag	€	€
Kirchensteuermerkmale		

Vorgelegen hat

☐ Bescheinigung des Finanzamts

Arbeitgeber

Anschrift der Betriebsstätte (Straße, Hausnummer, Ort)

Steuernummer	(Stempel, Unterschrift)

Finanzamt

1. Bescheinigungszeitraum		vom - bis	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn		Anzahl „U“	
Großbuchstaben (S, M, F, FR)			
		EUR	Ct
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9.und 10.			
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.			
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.			
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.			
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 3. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
8. In 3. enthaltene Versorgungsbezüge			
9. Ermäßigt besteuerte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre			
10. Ermäßigt besteuerter Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigt besteuerte Entschädigungen			
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.			
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.			
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.			
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 9. und 10. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
15. (Saison-)Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag			
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	a) Doppelbesteuerungsbkommen (DBA)		
	b) Auslandstätigkeitserlass		
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen, die auf die Entfernungspauschale anzurechnen sind			
18. Pauschal mit 15% besteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert wurden - in 3. enthalten			
20. Steuerfreie Verpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit			
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung			
22. Arbeitgeberanteil/ -zuschuss	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung		
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
23. Arbeitnehmeranteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung		
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
24. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse	a) zur gesetzlichen Krankenversicherung		
	b) zur privaten Krankenversicherung		
	c) zur gesetzlichen Pflegeversicherung		
25. Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung			
26. Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung			
27. Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung			
28. Beiträge zur privaten Kranken- und Pflege-Pflichtversicherung oder Mindestvorsorgepauschale			
29. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu 8.			
30. Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns zu 8. und/oder 9.			
31. Zu 8. bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden			
32. Sterbegeld; Kapitalauszahlungen/Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen - in 3. und 8. enthalten			
33. unbesetzt			—
34. Freibeträge nach DBA Türkei			
Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde (Name und vierstellige Nr.)			

20240312201

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer** lfd. Nr. der Anlage

Anlage R

Jeder Ehegatte / Lebenspartner mit Renten und Leistungen hat eine eigene Anlage R abzugeben.

Daten für die mit ⓔ gekennzeichneten Zeilen liegen im Regelfall vor und müssen nicht eingetragen werden.
– Bitte Anleitung beachten. –

☐ Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

☐ Ehefrau / Person B

Renten und andere Leistungen aus dem Inland

– Ohne Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen und aus der betrieblichen Altersversorgung –

Leibrenten / Leistungen aus gesetzlichen Rentenversicherungen, landwirtschaftlicher Alterskasse, berufsständischen Versorgungseinrichtungen, eigenen zertifizierten Basisrentenverträgen

71 / 72

		1. Rente		2. Rente		
		EUR		EUR		
4	Rentenbetrag (einschließlich Einmalzahlung und Leistungen)	101	,—	151	,—	ⓔ
5	Rentenanpassungsbetrag (in Zeile 4 enthalten)	102	,—	152	,—	ⓔ
6	Beginn der Rente	103		153		ⓔ
	Vorhergehende Rente:					
7	Beginn der Rente	105		155		ⓔ
8	Ende der Rente	106		156		ⓔ
		EUR		EUR		
9	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre / Kapitalauszahlung (in Zeile 4 enthalten)	111	,—	161	,—	ⓔ
	Öffnungsklausel					
10	Prozentsatz (laut Bescheinigung Ihres Versorgungsträgers)	112	%	162	%	
11	die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	113		163		
		EUR		EUR		
12	bei Einmalzahlung: Betrag	114	,—	164	,—	

Leibrenten aus privaten Rentenversicherungen (auf Lebenszeit / mit zeitlich befristeter Laufzeit)

(ohne Renten laut den Zeilen 4 bis 12)

		1. Rente		2. Rente		
		EUR		EUR		
13	Rentenbetrag	131	,—	181	,—	ⓔ
14	Beginn der Rente	132		182		ⓔ
15	Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantiezeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person	136		186		
16	Die Rente erlischt mit dem Tod von					
17	Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	133		183		ⓔ
		EUR		EUR		
18	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in Zeile 13 enthalten)	134	,—	184	,—	ⓔ

Leibrenten aus sonstigen Verpflichtungsgründen (z. B. Renten aus Veräußerungsgeschäften)

(ohne Renten laut den Zeilen 4 bis 18)

		1. Rente		2. Rente
		EUR		EUR
19	Rentenbetrag	141 ,—	191 ,—
20	Beginn der Rente	142	192
21	Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantiezeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person	146	196
22	Die Rente erlischt mit dem Tod von		
23	Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	143	193
		EUR	EUR
24	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in Zeile 19 enthalten)	144 ,—	194 ,—

Werbungskosten

Die Eintragungen in den Zeilen 25 und 26 sind nur in der ersten Anlage R vorzunehmen.

Werbungskosten zu den Zeilen 4, 13 und 19 – ohne Werbungskosten laut Zeile 26 –

	Art der Aufwendungen		EUR
25		800	,—

Werbungskosten zu den Zeilen 9, 18 und Zeile 24

	Art der Aufwendungen		
26		801	,—

Ansässigkeit in Belgien (gemäß Artikel 4 des Doppelbesteuerungsabkommens mit Belgien)

			EUR
27	Renteneinnahmen nach DBA Belgien (in Zeile 4 enthalten)	702	,—
28	Werbungskosten zu Zeile 27 (in den Zeilen 25 und 26 enthalten)	807	,—

Steuerstundungsmodelle

Einkünfte aus Gesellschaften / Gemeinschaften / ähnlichen Modellen i. S.d. § 15b EStG (laut gesonderter Aufstellung)

		EUR
29		,—

2024AnlR122NET

202400312202

Rheinhessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH
Binger Straße 135 · 55218 Ingelheim am Rhein

Kundenservice
Mo-Mi **07:15-16:15 Uhr,** Do **07:15-18:00 Uhr** und Fr **07:15-13:15 Uhr**
Telefon **0800 7801-300** · Fax **06132 7801-181** · WhatsApp **01577 7801777**
E-Mail **vertrieb@rheinhessische.de** · Internet **www.rheinhessische.de**

Rheinhessische
Energie. Natürlich. Gerne.

Kunden-Nr. 123.456.789-0
Bitte bei Rückfragen/Zahlung angeben.

Herrn
Manfred Mustermann
Musterstr. 123
12345 Musterhausen

M12 - Kundenserviceteam
Tel.: 0800 7801-300
Fax: 06132 7801-192
E-Mail: vertrieb@rheinhessische.de
Kundenportal:anmeldung.rheinhessische.de

Rechnungsdatum xx. xx 2023
Rechnungsnummer LM2023/12345678

Muster-Jahresrechnung

Abrechnungszeitraum: 01.07.2022 - 30.06.2023
Lieferstelle: Musterstraße in Musterhausen

Sehr geehrter Herr Mustermann,

nachfolgend erhalten Sie Ihre Abrechnung. Die detaillierte Berechnung finden Sie aufden folgenden Seiten.

	Letzte Abrechnung	(Tage)	Aktuelle Abrechnung	(Tage)	Netto EUR	USt EUR[1)]	Brutto EUR
Strom	4.245 kWh	(379)	2.678 kWh	(365)	797,25	151,49	948,74
Entlastungspaket Preisbremse gemäß StromPBG							4,20-
Gas	1.406 kWh	(379)	918 kWh	(365)	154,84	16,29	171,13
Entlastungspaket Preisbremse gemäß EWPBG							32,46-
Wasser	58 m³	(379)	43 m³	(365)	127,99	8,96	136,95
Gesamtbetrag							1.202,41

bis 11.07.2023 gezahlt	1.480,58-
weitere anzurechnende Beträge (Treuegutschrift)	14,73-
Guthaben (Jahresabrechnung)	179,42-
Guthaben, Auszahlung am 26.07.2023	472,32

Die Zahlen dienen lediglich der Erläuterung und stellen keine rechnerische Richtigkeit dar.

1) Für diese Rechnung finden Sie den Umsatzsteuerausweis gemäß UStG auf den folgenden Seiten.

Den Betrag von 472,32 EUR erstatten wir Ihnen am 26.07.2023 auf das Konto DE**0005. Die nachfolgenden Abschläge buchen wir zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen von diesem Konto ab. Aus Datenschutzgründen sehen Sie nur einen Teil der Bankverbindung.

Neuer Abschlag	Netto EUR	USt %	USt EUR	Brutto EUR
Strom	85,71	19	16,29	102,00[x)]
Gas	13,08	19	0,92	14,00[x)]
Wasser	11,21	7	0,79	12,00
Gesamtabschlag -Bankeinzug-				128,00

x) Der neue Abschlag wurde unter Berücksichtigung der Preisbremsen berechnet.

Sie haben Fragen? Rufen Sie uns unter 0800 7801-300 an oder schreiben Sie und eine E-Mail an vertrieb@rheinhessische.de! Ihre Rechnung archivieren wir zusätzlich in unserem Kundenportal unter anmeldung.rheinhessische. Dort stehen Ihnen weitere Services zur Verfügung. Reinschauen lohnt sich!

Mit freundlichen Grüßen

Rheinhessische
Energie- und Wasserversorgungs- GmbH
Ingelheim am Rhein

PrivatSchutz - Hausratversicherung (Online-Abschluss)

Wichtige Unterlagen zu Ihrem Versicherungsvertrag:

- Leistungen der Hausratversicherung
- Leistungen der Glasversicherung
- Hausratversicherung - Informationsblatt zu Versicherungsprodukten (IPID-Hausrat)
- Glasversicherung - Informationsblatt zu Versicherungsprodukten (IPID-Glas)
- Allgemeine Informationen zu Ihrem Versicherungsvertrag (AIB)
- Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Allgemeiner Teil (SVPS-AT)
- Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Hausrat Basis (SVPS-HR-B)
- Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Hausrat Komfort (SVPS-HR-K)
- Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Hausrat Top (SVPS-HR-T)
- Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Glas (SVPS-GL)
- Sanktionsklausel
- Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung
- Datenschutzhinweise Versicherungskunde
- Information über den Datenaustausch mit der Informa HIS GmbH auf Grundlage der Artikel 13 und 14 DSGVO
- Dienstleisterliste
- Mitteilung nach § 19 Absatz 5 VVG über die Folgen einer Verletzung der gesetzlichen Anzeigepflicht

PrivatSchutz

Sparkassen Versicherung

Damit was passiert, wenn was passiert.

Leistungen der Hausratversicherung

Diese Leistungsübersicht stellt einen stichwortartigen und verkürzten Überblick über die versicherten Leistungen dar. Maßgeblich sind die Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen, besonderen Vereinbarungen und Klauseln sowie der Versicherungsschein.

Versicherte Kosten	Basis	Komfort	Top
Beitragsbefreiung bei Arbeitslosigkeit	-	-	12 Monate
VSU-Modell: Erhöhung der vereinbarten Versicherungssumme (Vorsorge)	10 %	10 %	15 %
VSU-Modell: Erhöhung der versicherten Kosten	10 %	10 %	15 %
Aufräumungskosten	●	●	●
Schadenabwendungs- und Schadenminderungskosten; Feuerlöschkosten	●	●	●
Schadenermittlungskosten	●	●	●
Reparaturkosten am Gebäude nach Einbruchdiebstahl	●	●	●
Bewachungskosten	48 Stunden	72 Stunden	7 Tage
Kosten für provisorische Maßnahmen	●	●	●
Reparaturkosten für gemietete Wohnungen nach Leitungswasserschaden (z. B. Nässeschäden an Bodenbelägen)	●	●	●
Transport- und Lagerkosten	100 Tage	100 Tage	200 Tage
Sachverständigenkosten des VN ab 25.000 EUR Schadenhöhe	-	-	80 %
Hotelkosten	100 EUR je Tag 100 Tage	150 EUR je Tag 100 Tage	200 EUR je Tag (bis Wiederherstellung)
Reiserückholkosten (ab 5.000 EUR Schadenshöhe; Urlaubs- und Dienstreise)	-	max. 7.500 EUR	●
Verlust von Frischwasser nach Rohrbruch	-	max. 1.000 EUR	●
Kosten für die Wiederbeschaffung von Dokumenten	●	●	●
Kosten zur Wiederbeschaffung privater Computerdaten	-	max. 500 EUR	max. 2.500 EUR
Schlossänderungskosten für die Wohnung bei Abhandenkommen von Schlüsseln nach einem Versicherungsfall	●	●	●
Schlossänderungskosten für Pkw bei Abhandenkommen von Pkw-Schlüsseln nach einem Einbruchdiebstahl oder durch Raub	-	-	●
Kosten für Telefonmissbrauch (nach Einbruch oder Diebstahl, bis 24 Std.)	-	max. 500 EUR (nur nach Einbruch)	max. 1.000 EUR
persönliche Auslagen (z. B. Fahrt- oder Telefonkosten) bei Schäden ab 5.000 EUR	-	-	max. 500 EUR
Kosten für Behandlung, Unterbringung oder Bestattung von Haustieren aufgrund versicherter Schäden	-	-	max. 500 EUR
Befüllungskosten für Aquarien und Wasserbetten	●	●	●
Umzugskosten	-	max. 2.500 EUR	max. 5.000 EUR
Mehrkosten für Modernisierung von Haushaltsgeräten	-	max. 500 EUR	max. 1.000 EUR
Schäden infolge Fehlalarm von Rauch-/Gaswarnmeldern	-	-	max. 1.000 EUR
Updategarantie: Leistungsverbesserungen bei der Einführung neuer Versicherungsbedingungen gelten für die Dauer von 5 Jahren	-	-	●

Versicherte Gefahren	Basis	Komfort	Top
Brand, Blitzschlag, Explosion, Implosion, Verpuffung	●	●	●
Leitungswasser, Rohrbruch, Frost	●	●	●
Sturm / Hagel	●	●	●
Weitere Elementargefahren (Überschwemmung; Erdbeben; Rückstau; Schneedruck; Lawinen; Erdrutsch; Erdfall; Vulkanausbruch)	❍	❍	❍
Einbruchdiebstahl, Raub	●	●	●
Implosion	●	●	●
Überspannungsschäden durch Blitz	❍ *	●	●
Trickdiebstahl am Versicherungsort	-	-	max. 2.000 EUR
Einfacher Diebstahl und Taschendiebstahl (sofern unmittelbarer Zugriff bestand)	-	-	max. 2.000 EUR
Einfacher Diebstahl vom Versicherungsgrundstück	-	max. 1.000 EUR	max. 3.000 EUR
Einfacher Diebstahl von Fahrrädern und Pedelecs (25 km/h)	❍ *	max. 500 EUR*	max. 1.000 EUR*
Einfacher Diebstahl am Arbeitsplatz	-	-	max. 2.000 EUR (Bargeld und Wertsachen: max. 200 EUR)
Einfacher Diebstahl aus dem Krankenzimmer	-	-	● (Bargeld und Wertsachen: max. 200 EUR)
Einfacher Diebstahl aus verschlossenen Schiffskabinen / Schlafwagenabteilen	-	max. 10.000 EUR	● (max. 30.000 EUR)
Einfacher Diebstahl von Kinderwagen, Roll- und Krankenfahrstühlen, Rollatoren	-	-	max. 2.500 EUR
Einfacher Diebstahl von Gartenmöbeln und Wäsche	-	max. 2.500 EUR	●
Einfacher Diebstahl von elektrischen Geräten in Gemeinschaftsräumen	-	max. 1.000 EUR	●
Einbruchdiebstahl aus Kraftfahrzeugen	-	max. 2.500 EUR	max. 5.000 EUR
Einbruchdiebstahl aus Kraftfahrzeug-Dachboxen	-	-	max. 1.000 EUR
Wasseraustritt aus Aquarien und Wasserbetten	●	●	●
Gartenmöbel, Gartengeräte und Garteninventar außerhalb des Gebäudes gegen Sturm und Hagel versichert	-	max. 2.500 EUR	●
Transportmittelunfall (Beschädigung versicherter Sachen durch Verkehrsunfälle mit Auto, Bus oder Zug)	-	max. 250 EUR	max. 500 EUR
Verzicht auf den Einwand grober Fahrlässigkeit Dies gilt nicht für die Verletzung von Obliegenheiten, Sicherheitsvorschriften und Gefahrerhöhungen.	-	max. 10.000 EUR	●
Fahrzeuganprall (Schienen-, Straßen- und Wasserfahrzeuge)	-	-	●
Wasseraustritt aus innenliegenden Regenfallrohren	-	-	●
Rauch und Überschallknall	-	-	max. 5.000 EUR
Sengschäden, Schmorschäden	-	max. 10.000 EUR	●
Versicherung von Wäsche in der Waschmaschine (Defekt)	-	-	max. 500 EUR
Vermögensschäden durch Betrug bei Internetbanking (incl. Skimming)	-	-	max. 1.000 EUR
Scheck- und Kreditkartenmissbrauch	-	-	max. 1.000 EUR
Verlust von aufgegebenem Gepäck	-	max. 1.000 EUR	max. 3.000 EUR
Schäden durch Wildtiere	-	-	●
Schäden an Gefriergut durch Stromausfall	-	max. 500 EUR	●
Anzeigepflicht bei Unbewohntsein ab dem	61.Tag	61.Tag	181.Tag
Versicherte Sachen			
Wertsachen	130 EUR pro QM* / 20 % der VSU*	163 EUR pro QM* / 25 % der VSU*	196 EUR pro QM* / 30 % der VSU*
Entschädigung für Wertsachen außerhalb von verschlossenen Wertschutzschränken: - Bargeld - Urkunden, Sparbücher und sonstige Wertpapiere - Schmuck, Edelsteine, Perlen, Briefmarken, Münzen, Medaillen	max. 1.500 EUR max. 1.000 EUR max. 20.000 EUR	max. 2.000 EUR max. 2.500 EUR max. 25.000 EUR	max. 3.000 EUR max. 5.000 EUR max. 30.000 EUR
Vom Mieter in das Gebäude eingefügte Sachen	●	●	●
Beruflich oder gewerblich genutzte Sachen	●	●	●
Handelsware und Musterkollektionen	-	max. 1.000 EUR	max. 2.500 EUR
Abmontierte Kfz-Teile (z. B. Winterreifen)	●	●	●

Rechnungsempfänger:

_____

_____

_____

RECHNUNG

Nr. _____

Für ärztliche Leistungen bei der/dem Verstorbenen:

_____

erlaube ich mir gem. untenstehender Aufstellung die angekreuzten Leistungen zu berechnen.

Diagnose: (R99 G) Untersuchung der/des Verstorbenen

Datum	GOÄ-Nr.	Text	Faktor	Euro
	100	Untersuchung eines/r Toten und Ausstellung einer vorläufigen Todesbescheinigung, mindestens 20 min.	1	€ 110,51
	100	s.o. - Zeitaufwand mindestens 10 min.	0,6	€ 66,31
	101	Untersuchung eines/r Toten einschließlich Feststellung des Todes / Ausstellung eines Leichenschauscheines, mindestens 40 min.	1	€ 165,77
	101	s.o. - Zeitaufwand mindestens 20 min.	0,6	€ 99,46
☐	102	Zuschlag zu den Nummern 100 bzw. 101 bei einem/r Toten mit einer dem Arzt/der Ärztin unbekannten Identität und/oder besonderen Todesumständen (zusätzliche Dauer mindestens 10 min.)	1	€ 27,63
	F	Zuschlag für Leistung von 20 bis 22 bzw. 6 bis 8 Uhr	1	€ 15,15
	G	Zuschlag für Leistung von 22 bis 6 Uhr	1	€ 26,23
☐	H	Zuschlag für Leistung an Samstagen, Sonntagen oder Feiertagen	1	€ 19,82
	Wegegeld (Luftlinie 1fach)	tags / nachts	1	
	- 2 km	€ 3,58 / € 7,16		
	2 - 5 km	€ 6,65 / € 10,23		
	5 - 10 km	€ 10,23 / € 15,34		
	10 - 25 km	€ 15,34 / € 25,56		
	> 25 km	€ 0,26 / km bzw. tats. Kosten (Beleg) zzgl. € 51,13 wg. Abwesenheit bis 8h		
☐	Auslage Formular Leichenschauschein (tatsächliche Kosten)			

Summe _____

Bankverbindung:

IBAN _____

_____

Ort, Datum

Stempel/Unterschrift

Gemäß § 12, 1 der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) ist die Rechnung sofort fällig. Spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung tritt gem. § 286 III BGB ohne weitere Mahnung Verzug ein.

Anleitung zur Anlage Sonderausgaben 2024

Allgemeines

Sonderausgaben sind Aufwendungen der Lebensführung, die sich steuermindernd auswirken können. Dazu gehören Beiträge zur Altersvorsorge und sonstige Vorsorgeaufwendungen. Tragen Sie diese bitte in der **Anlage Vorsorgeaufwand** ein. Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage Vorsorgeaufwand. Altersvorsorgebeiträge zu sog. Riester-Verträgen tragen Sie bitte in der **Anlage AV** ein. Übrige Sonderausgaben sind die in den Zeilen 4 bis 41 näher bezeichneten Aufwendungen. Für die übrigen Sonderausgaben einschließlich des Schulgeldes (**Anlage Kind**) werden folgende Pauschbeträge berücksichtigt, wenn keine höheren Aufwendungen geltend gemacht werden:

- 36 € bei Einzelveranlagung
- 72 € bei Zusammenveranlagung

Tragen Sie Zuwendungen an politische Parteien sowie an unabhängige Wählervereinigungen stets in voller Höhe ein. Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 5 bis 12.

Zeile 4
Kirchensteuer

Tragen Sie hier bitte die Kirchensteuer ein, die Sie im Jahr 2024 gezahlt haben. Dazu zählt z. B. die Kirchensteuer,

- die vom Arbeitgeber einbehalten wurde,
- die Sie voraus- oder nachgezahlt haben und / oder
- die auf Kapitalertragsteuer der Kapitalerträge entfällt, die der tariflichen Einkommensteuer unterliegen.

Kirchensteuer, die als Zuschlag zur Abgeltungsteuer einbehalten oder gezahlt wurde, zählt nicht zu den Sonderausgaben. Nähere Erläuterungen dazu finden Sie in der Anleitung zur Anlage KAP.

Sie haben im Jahr 2024 Kirchensteuer erstattet bekommen? Dann tragen Sie diese bitte ebenfalls hier ein. Haben Sie im Jahr 2024 Kirchensteuer unter einer anderen Steuernummer gezahlt oder erstattet bekommen (z. B. als Erbe), tragen Sie diese bitte ebenfalls ein.

Mitgliedsbeiträge an Religionsgemeinschaften (Kirchenbeiträge), sind wie Kirchensteuer abziehbar. Als Religionsgemeinschaften gelten diejenigen, die mindestens in einem Bundesland als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sind, aber während des ganzen Kalenderjahres keine Kirchensteuer erheben. Der Abzug ist bis zur Höhe der Kirchensteuer zulässig, die in dem betreffenden Bundesland von den als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Religionsgemeinschaften erhoben wird. Bei unterschiedlichen Kirchensteuersätzen ist der höchste Steuersatz maßgebend. Tragen Sie den übersteigenden Betrag bitte als Spende in Zeile 5 ein.

Zeile 5 bis 12
Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) für steuerbegünstigte Zwecke

Spenden und Mitgliedsbeiträge zur Förderung **steuerbegünstigter Zwecke** (Zeile 5 und 6) werden bis zu 20 % des Gesamtbetrags Ihrer Einkünfte berücksichtigt. Hat Ihr Finanzamt für Sie zum 31. Dezember 2023 einen verbleibenden Spendenvortrag festgestellt, wird es diesen berücksichtigen. Bitte nehmen Sie entsprechende Eintragungen in Zeile 16 der **Anlage Sonstiges** vor.

Nicht abziehbar sind z. B. Mitgliedsbeiträge zur Förderung

- des Sports,
- der kulturellen Betätigungen, die in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen und / oder
- der Heimatpflege und Heimatkunde.

Bei Spenden und Mitgliedsbeiträgen an **politische Parteien** (Zeile 7) ermäßigt sich die Einkommensteuer um 50 % der Ausgaben, bei Einzelveranlagung höchstens um 825 € und bei Zusammenveranlagung höchstens um 1.650 €. Höhere Spenden und Mitgliedsbeiträge als 1.650 € oder 3.300 € berücksichtigt Ihr Finanzamt bis maximal 1.650 € oder 3.300 € als Sonderausgaben. Der Abzug ist nicht möglich, wenn die politische Partei von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen ist.

Bei Spenden und Mitgliedsbeiträgen an **unabhängige Wählervereinigungen** (Zeile 8), die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, ermäßigt sich die Einkommensteuer um 50 % der Ausgaben, bei Einzelveranlagung höchstens um 825 €, bei Zusammenveranlagung höchstens um 1.650 €.

Spenden in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) einer Stiftung sind innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren bei Einzelveranlagung bis 1.000.000 €, bei Zusammenveranlagung bis zu einem Gesamtbetrag von 2.000.000 € begünstigt. Tragen Sie bitte alle entsprechenden Spenden in Zeile 9 ein. Spenden in das verbrauchbare Vermögen einer Stiftung fallen nicht unter diese Regelung. Sie können ggf. nach allgemeinen Grundsätzen (Zeile 5) als Spende abgezogen werden.

Alle Spenden und Mitgliedsbeiträge für steuerbegünstigte Zwecke müssen Sie durch Bestätigungen nachweisen können, wenn Ihr Finanzamt diese anfordert. Bitte beachten Sie, dass Sie entsprechende Bestätigungen nur in Kopie einreichen.

Für Spenden und Mitgliedsbeiträge bis 300 € je Zahlung gilt: Ist der Empfänger der Spenden und Mitgliedsbeiträge eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle, genügt der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung (z. B. Kontoauszug). Bei gemeinnützigen Einrichtungen (z. B. Vereine, Stiftungen) benötigen Sie einen von der Einrichtung erstellten Beleg, der Angaben über die Freistellung von der Körperschaftsteuer und die Verwendung der Mittel enthält. Außerdem muss angegeben sein, ob es sich um Spenden oder um Mitgliedsbeiträge handelt.

Zuwendungsbestätigungen und Nachweise (Bareinzahlungsbeleg oder Buchungsbestätigung), die nicht von Ihrem Finanzamt angefordert werden, müssen Sie bis zum Ablauf eines Jahres nach Bekanntgabe des Steuerbescheides oder im Rahmen der gesetzlichen Fristen des § 147 der Abgabenordnung (AO) aufbewahren.

Zuwendungen an steuerbegünstigte Organisationen im EU- / EWR-Ausland sind nur begünstigt, wenn der ausländische Zuwendungsempfänger nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Ver-

fassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken i. S. d. §§ 51 bis 68 AO dient. Bitte reichen Sie hierzu geeignete Unterlagen (z. B. Satzung, Tätigkeitsbericht, Kassenbericht) in Kopie ein.
Bescheinigungen über die Höhe der Zuwendungen reichen als alleiniger Nachweis für eine steuerliche Berücksichtigung nicht aus.
Keine steuerlich begünstigten Spenden sind z. B.

- Aufwendungen für Lose einer Wohlfahrtslotterie,
- Zuschläge bei Wohlfahrts- und Sonderbriefmarken und
- Zahlungen an gemeinnützige Einrichtungen, die Ihnen als Bewährungsauflage im Straf- oder Gnadenverfahren auferlegt werden.

Zeile 13 und 14
Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung

Aufwendungen für Ihre eigene erstmalige Berufsausbildung oder Ihr Erststudium können Sie im Jahr der Zahlung bis zum Höchstbetrag von jährlich 6.000 € als Sonderausgaben geltend machen.
Sie haben bereits eine abgeschlossene Erstausbildung (Berufsausbildung oder Studium)?
Dann können Sie die Aufwendungen unter Umständen als Werbungskosten in der **Anlage N** und / oder **Anlage N-Doppelte Haushaltsführung** geltend machen. Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage N.
Zu den Ausbildungskosten gehören z. B.:

- Lehrgangs- und Studiengebühren,
- Kosten für Fachbücher und anderes Lernmaterial,
- Fahrtkosten,
- Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer,
- Tagespauschale für Tätigkeiten in der häuslichen Wohnung (Homeoffice) und
- Unterkunftskosten und Mehraufwendungen für Verpflegung bei einer auswärtigen Unterbringung.

Bei einem Vollzeitstudium oder einer vollzeitigen Bildungsmaßnahme können Sie für die Wege zwischen Wohnung und Bildungseinrichtung die Entfernungspauschale geltend machen.
Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 30 bis 53 in der Anleitung zur Anlage N. Ein Vollzeitstudium oder eine vollzeitige Bildungsmaßnahme liegt insbesondere vor,

- wenn Sie dieses oder diese außerhalb eines Dienstverhältnisses durchführen und daneben keiner Erwerbstätigkeit nachgehen oder
- wenn Sie während der gesamten Dauer des Studiums oder der Bildungsmaßnahme einer Erwerbstätigkeit mit nicht mehr als durchschnittlich 20 Stunden regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit nachgehen oder
- wenn Sie lediglich einer geringfügigen Beschäftigung (sog. Mini-Job) nachgehen.

Der Abzug von Verpflegungsmehraufwendungen ist hierbei nicht möglich.
Üben Sie neben dem Studium oder der Bildungsmaßnahme eine Erwerbstätigkeit mit durchschnittlich mehr als 20 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit aus, können Sie Verpflegungsmehraufwendungen und die tatsächlich entstandenen Aufwendungen für Fahrtkosten geltend machen.
Zweckgebundene steuerfreie Bezüge zur unmittelbaren Förderung der Ausbildung müssen Sie von den Aufwendungen abziehen.
Entstehen Ihnen Aufwendungen

- für eine weitere Berufsausbildung,
- für ein weiteres Studium,
- für ein Erststudium nach einer bereits abgeschlossenen nichtakademischen Berufsausbildung oder
- im Rahmen eines Ausbildungsdienstverhältnisses,

können Sie diese als Werbungskosten geltend machen, wenn Sie zuvor bereits eine Erstausbildung (Berufsausbildung oder Studium) abgeschlossen haben. Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen zu Zeile 63 in der Anleitung zur Anlage N. Eine Berufsausbildung als Erstausbildung liegt in der Regel vor, wenn eine geordnete Ausbildung mit einer Mindestdauer von 12 Monaten bei vollzeitiger Ausbildung und mit einer Abschlussprüfung durchgeführt wird.

Zeile 15 bis 28
Gezahlte Versorgungsleistungen (Renten und dauernde Lasten)

Neu!

Versorgungsleistungen aufgrund von Vermögensübertragungen bei vorweggenommener Erbfolge, die nach dem 31. Dezember 2007 vereinbart worden sind, können Sie als Sonderausgaben geltend machen.
Voraussetzung dafür ist, dass die Versorgungsleistungen im Zusammenhang mit der Übertragung

- eines Mitunternehmeranteils stehen,
- eines Betriebs oder Teilbetriebs stehen oder
- eines mindestens 50%igen GmbH-Anteils stehen, wenn die übertragende Person als Geschäftsführerin oder als Geschäftsführer tätig war und die übernehmende Person diese Tätigkeit nach der Übertragung übernimmt.

Tragen Sie diese Beträge bitte in Zeile 22 sowie ggf. in Zeile 25 ein.
Der Abzug von Versorgungsleistungen aufgrund von Vermögensübertragungen, die vor dem 1. Januar 2008 vereinbart worden sind, richtet sich nach § 10 Abs. 1 Nr. 1a des Einkommensteuergesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
Tragen Sie diese bitte in Zeile 15 sowie ggf. in Zeile 18 ein.
Bitte vergessen Sie nicht, jeweils die Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person einzutragen und geben Sie an, ob diese Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat (Zeile 17, 20, 24 und / oder 27). Ohne diese Angaben kann Ihr Finanzamt den Sonderausgabenabzug nicht gewähren.
Im Falle der gesonderten und einheitlichen Feststellung tragen Sie die Versorgungsleistungen bitte in Zeile 21 und / oder 28 ein. Keine Sonderausgaben sind Zuwendungen an Personen, die Ihnen gegenüber gesetzlich unterhaltsberechtigt sind, oder an die mit ihnen verheiratete oder verpartnerte Person. Unterhaltszahlungen an Ihre Eltern oder Kinder können Sie also nicht als Sonderausgaben geltend machen. Beachten Sie dazu aber bitte die Erläuterungen in der Anleitung zur Anlage Unterhalt. Bei Unterhaltszahlungen an die mit Ihnen verheiratete oder verpartnerte

Person beachten Sie bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 29 bis 36.
Hängt die Dauer einer Rente nicht von Ihrer Lebenszeit, sondern von der einer anderen Person oder mehrerer Personen ab, geben Sie bitte deren Namen, Adressen und Geburtsdaten an.

Zeile 29 bis 36
Unterhaltsleistungen an den geschiedenen Ehegatten, Lebenspartner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten / Lebenspartner

Neu!

Unterhaltsleistungen an

- die von Ihnen geschiedene Ehegattin oder den von Ihnen geschiedenen Ehegatten,
- die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft oder
- die von Ihnen dauernd getrennt lebende Ehegattin oder Lebenspartnerin oder den von Ihnen dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner

können Sie bis zum Höchstbetrag i. H. v. 13.805 € jährlich als Sonderausgaben geltend machen.
Der Höchstbetrag i. H. v. 13.805 € erhöht sich ggf. um die Beiträge zu einer Basis-Kranken- und / oder gesetzlichen Pflegeversicherung, die die Geberin oder der Geber für die andere Person übernommen hat.
Voraussetzungen für den Abzug sind, dass die unterstützte Person

- Ihrem Antrag (**Anlage U**) mit Unterschrift zustimmt und
- im Inland lebt (beachten Sie aber bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 11 bis 17 in der Anleitung zur Anlage WA-ESt).

Die Unterhaltsleistungen muss die unterstützte Person als sonstige Einkünfte versteuern (beachten Sie bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 6 und 7 in der Anleitung zur Anlage SO).

Der Antrag gilt nur für ein ganzes Kalenderjahr und kann nicht zurückgenommen werden. Die Zustimmung ist wirksam, solange sie die unterstützte Person nicht widerruft. Für den erstmaligen Antrag verwenden Sie bitte die **Anlage U**, die Sie bei Ihrem Finanzamt erhalten oder im Internet unter www.formulare-bfinv.de abrufen können.
Sie ist von Ihnen und auch von der unterstützten Person zu unterschreiben, wenn sie dem Abzug bisher noch nicht zugestimmt hat. Ohne Antrag oder Zustimmung der unterstützten Person können Sie diese Unterhaltsaufwendungen ggf. als außergewöhnliche Belastungen (**Anlage Unterhalt**) geltend machen. Die Unterhaltsleistungen können Sie insgesamt entweder nur als Sonderausgaben oder nur als außergewöhnliche Belastung geltend machen.
Bitte vergessen Sie nicht, jeweils die Identifikationsnummer der unterstützten Person einzutragen und geben Sie an, ob diese Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat (Zeile 30 und / oder 34). Ohne diese Angaben kann Ihr Finanzamt den Sonderausgabenabzug nicht gewähren.

Zeile 37 bis 39
Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich

Neu!

Ausgleichszahlungen im Rahmen des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs können Sonderausgaben sein. Tragen Sie bitte die tatsächlich geleisteten Zahlungen in Zeile 37 ein. Ihr Finanzamt berücksichtigt den abziehbaren Betrag. Die als Sonderausgaben abgezogenen Ausgleichszahlungen muss die empfangsberechtigte Person versteuern.
Beachten Sie dazu bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 4 und 7 in der Anleitung zur Anlage SO.
Bitte vergessen Sie nicht, die Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person einzutragen und geben Sie an, ob diese Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat (Zeile 39). Ohne diese Angaben kann Ihr Finanzamt den Sonderausgabenabzug nicht gewähren.

Zeile 40 und 41
Ausgleichsleistungen zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs

Neu!

Ausgleichsleistungen zur Vermeidung des Versorgungsausgleichs können Sie im Jahr der Zahlung als Sonderausgaben abziehen.
Voraussetzungen für den Abzug sind, dass die Zahlungsempfängerin oder der Zahlungsempfänger

- Ihrem Antrag (**Anlage U**) mit Unterschrift zustimmt und
- im Inland lebt (beachten Sie aber bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 11 bis 17 in der Anleitung zur Anlage WA-ESt).

Die Ausgleichsleistungen muss die empfangsberechtigte Person als sonstige Einkünfte versteuern (beachten Sie bitte die Erläuterungen zu den Zeilen 5 und 7 der Anleitung zur Anlage SO).

Der Antrag gilt nur für ein ganzes Kalenderjahr und kann nicht zurückgenommen werden. Die Zustimmung ist wirksam, solange sie die empfangsberechtigte Person nicht widerruft. Für den Antrag verwenden Sie bitte die **Anlage U**, die Sie bei Ihrem Finanzamt erhalten oder im Internet unter www.formulare-bfinv.de abrufen können. Sie ist von Ihnen und auch von der empfangsberechtigten Person der Ausgleichsleistungen zu unterschreiben.
Bitte vergessen Sie nicht, die Identifikationsnummer der empfangsberechtigten Person einzutragen und geben Sie an, ob diese Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat (Zeile 41). Ohne diese Angaben kann Ihr Finanzamt den Sonderausgabenabzug nicht gewähren.

Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung

AKB 2015 – Stand: 30.04.2025

Verfasser:

Arbeitsgruppe Bedingungen und betriebliche Grundsatzfragen der Kommission Kraftfahrt Betrieb (KKB)

Unverbindliche Bekanntgabe des
Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)
zur fakultativen Verwendung.
Abweichende Vereinbarungen sind möglich.

Anleitung zur Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen

2024

Allgemeines

Für Aufwendungen, die in Ihrem Haushalt im Inland oder in einem anderen EU- / EWR-Staat angefallen sind, können Sie folgende Steuerermäßigungen beantragen:

- für geringfügige Beschäftigungen im Privathaushalt: **20 %** der Aufwendungen, höchstens **510 €** jährlich
- für Beschäftigungsverhältnisse im Privathaushalt, für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung entrichtet wurden und für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen einschließlich Pflege- und Betreuungsleistungen: **20 %** der Aufwendungen, höchstens **4.000 €** jährlich
- für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen: **20 %** der Aufwendungen, höchstens **1.200 €** jährlich

Zeile 4 bis 9

Tragen Sie bitte Ihre Aufwendungen in die jeweiligen Zeilen ein. Diese sind dabei zu kürzen um:

- bereits erhaltene oder noch zu erwartende Erstattungen von dritter Seite (z. B. einer Versicherung),
- Leistungen der Pflegeversicherung und des persönlichen Budgets (§ 29 SGB IX), soweit sie ausschließlich und zweckgebunden für Pflege- und Betreuungsleistungen sowie für haushaltsnahe Dienstleistungen gewährt werden. Das Pflegegeld (§ 37 SGB XI) brauchen Sie nicht von den Aufwendungen abzuziehen. Für die – wegen Anrechnung von Pflegegeld oder Pflegetagegeld – nicht als außergewöhnliche Belastung abziehbaren Aufwendungen für die häusliche Pflege können Sie in Zeile 5 die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen beantragen.

Alle Aufwendungen dürfen

- keine Betriebsausgaben oder Werbungskosten sein,
- sich noch nicht als außergewöhnliche Belastungen ausgewirkt haben,
- nicht als Sonderausgaben berücksichtigt worden sein und
- nicht zu den Kinderbetreuungskosten (Zeile 66 bis 72 der **Anlage Kind**) gehören.

Sofern Sie den Behinderten-Pauschbetrag berücksichtigt haben möchten, können Sie die Pflegeaufwendungen weder als außergewöhnliche Belastungen laut den Zeilen 24 bis 26 der **Anlage Außergewöhnliche Belastungen** noch im Rahmen der Steuerermäßigung für Pflegeleistungen im Haushalt laut Zeile 5 geltend machen.

Leben mehrere alleinstehende Personen ganzjährig in einem Haushalt, können die Höchstbeträge insgesamt jeweils nur einmal in Anspruch genommen werden. Sind die alleinstehenden Personen Arbeitgeber im Rahmen eines haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnisses oder Auftraggeber von haushaltsnahen Dienstleistungen, von Pflege- und Betreuungsleistungen oder von Handwerkerleistungen, kann jeder seine tatsächlichen, anteiligen Aufwendungen grundsätzlich nur bis zur Höhe des hälftigen Abzugshöchstbetrages geltend machen. Etwas anderes gilt nur dann, wenn alle einvernehmlich eine andere Aufteilung wählen (Zeile 12 bis 14).

Eine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen (einschließlich Pflege- und Betreuungsleistungen) und Handwerkerleistungen erhalten Sie nur, wenn Sie die Aufwendungen durch

- Rechnungen belegen können und
- die Rechnungen auf ein Konto des Leistungserbringers beglichen haben.

Bitte reichen Sie entsprechende Belege in Kopie nur ein, wenn Sie von Ihrem Finanzamt dazu aufgefordert werden. Für Barzahlungen, Baranzahlungen oder Barteilzahlungen und Barschecks erhalten Sie keine Steuerermäßigung.

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse / Dienstleistungen

Haushaltsnahe Tätigkeiten und Dienstleistungen sind z. B.

- die Reinigung der Wohnung,
- die Gartenpflege,
- der Winterdienst auf dem eigenen Grundstück oder auf davor liegenden Gehwegen,
- die Zubereitung von Mahlzeiten im Haushalt,
- die Fütterung und Pflege von Haustieren im Haushalt,
- die Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, kranken, alten und pflegebedürftigen Personen, auch wenn die Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt der gepflegten / betreuten Person ausgeübt werden,
- das Hausnotrufsystem innerhalb des sog. „Betreuten Wohnens“.

Zu den haushaltsnahen Dienstleistungen zählt auch die mit einer Hilfe im Haushalt vergleichbare Tätigkeit bei eigener Unterbringung in einem Heim. In Frage kommen die (anteiligen) Aufwendungen für

- die Reinigung des Zimmers oder des Appartements,
- die Reinigung der Gemeinschaftsflächen,
- das Zubereiten und / oder das Servieren von Mahlzeiten und
- den Wäscheservice

im Heim.

Ein eigener Haushalt in einer Pflegeeinrichtung ist hierfür nicht erforderlich.

Handwerkerleistungen

Handwerkerleistungen sind z. B.

- die Reparatur und das Streichen oder Lackieren von Fenstern und Türen,
- die Reparatur oder der Austausch von Bodenbelägen,
- die Modernisierung des Badezimmers oder der Einbauküche,
- Dichtheitsprüfungen von Abwasserleitungen,
- die Kontrolle des TÜV bei Fahrstühlen,
- die Kontrolle von Blitzschutzanlagen.

Begünstigt sind nur die in der Rechnung oder Betriebskostenabrechnung enthaltenen Aufwendungen für Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten einschließlich der darauf entfallenen Umsatzsteuer. Füllen Sie daher bitte in den Zeilen 6 bis 8 die beiden Spalten „Rechnungsbeträge (bei Eintragung in Zeile 10 nur anteilig)“ und „darin enthaltene Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten inkl. Umsatzsteuer“ aus. Nicht begünstigt sind Aufwendungen für das verwendete Material und für gelieferte Waren. Ebenfalls nicht begünstigt sind handwerkliche Tätigkeiten im Rahmen einer Neubaumaßnahme. Dazu zählen alle Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Errichtung eines Haushalts bis zu dessen Fertigstellung anfallen.

Darüber hinaus ist eine Steuerermäßigung für die jeweilige Handwerkerleistung vollständig ausgeschlossen, wenn die Aufwendungen hierfür durch zinsverbilligte Darlehen oder steuerfreie Zuschüsse öffentlich gefördert werden (z. B. KfW-Bank, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle [BAFA], landeseigener Förderbanken oder Gemeinden).

Zeile 10 und 11
Haushaltsbezogener Höchstbetrag bei Alleinstehenden

Sie haben ganzjährig mit einer oder mehreren anderen alleinstehenden Person(en) in einem Haushalt zusammengelebt?

Dann tragen Sie bitte in Zeile 10 die Anzahl der Personen ein, mit denen Sie zusammen im Haushalt gelebt haben.

Sie haben ganzjährig mit mehreren anderen alleinstehenden Personen in einem Haushalt zusammengelebt, aber immer nur mit einer Person zeitgleich?

Dann tragen Sie bitte in Zeile 10 nur eine „1“ ein.

Sie haben ganzjährig mit einer oder mehreren Person(en) in einem Haushalt zusammengelebt, aber für einen Teil des Kalenderjahres mit mehreren Personen (z. B. Eltern) und für den anderen Teil des Kalenderjahres mit nur einer Person?

Dann tragen Sie bitte in Zeile 10 die Gesamtanzahl der Personen ein, mit denen Sie zusammen im Haushalt gelebt haben. Erläutern Sie bitte den Sachverhalt in einer formlosen Anlage mit der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Steuererklärung“ und tragen in Zeile 37 des **Hauptvordrucks ESt 1 A** eine „1“ ein.

Sie haben ganzjährig mit mehreren Personen in einem Haushalt zusammengelebt, aber in dem einen Teil des Kalenderjahres mit anderen Personen als im anderen Teil des Kalenderjahres (z. B. Umzug von Elternhaus in Wohngemeinschaft)?

Dann tragen Sie bitte in Zeile 10 die Gesamtanzahl der Personen ein, mit denen Sie zusammen im Haushalt gelebt haben. Erläutern Sie bitte den Sachverhalt in einer formlosen Anlage mit der Überschrift „Ergänzende Angaben zur Steuererklärung“ und tragen in Zeile 37 des **Hauptvordrucks ESt 1 A** eine „1“ ein.

Lohnabrechnung

Periode :	03.2022
Arbeitstage :	30.00
Monatslohn :	5'000.00
AHV-Nr :	756.0000.0000.00

Frau
MUSTER
Bahnhofstrasse
9000 St.Gallen

25.03.2022

HOTELA

Lohnart		Basis	Prozentsatz	Ansatz	Menge	Betrag
1000	Monatslohn					5'000.00
3999	B R U T T O L O H N					5'000.00
4002	AHV-Lohn					5'000.00
4030	AHV-Abzug	5'000.00	5.300			-265.00
4140	ALV-Abzug	5'000.00	1.100			-55.00
4240	NBUV-Abzug	5'000.00	1.501			-75.05
4474	KTG-Abzug	5'000.00	0.360			-18.00
4791	BVG-Abzug					-232.75
5998	TOTAL ABZÜGE					-645.80
5999	N E T T O L O H N					4'354.20
	Auszahlung					**4'354.20**

Überweisung
4'354.20 25.03.2022 CHxxxxxxxx

20240324201

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer**

Anlage Vorsorgeaufwand

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.

Daten für die mit ⓔ gekennzeichneten Zeilen liegen im Regelfall vor und müssen nicht eingetragen werden.
– Bitte Anleitung beachten. –

Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

Beiträge zur Altersvorsorge

52

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B		
			EUR		EUR	
4	Arbeitnehmeranteil laut Nr. 23 a / b der Lohnsteuerbescheinigung	300	,—	400	,—	ⓔ
5	Beiträge zur landwirtschaftlichen Alterskasse; zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen (abzüglich steuerfreier Zuschüsse laut Nr. 22 b der Lohnsteuerbescheinigung) **– ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden –**	301	,—	401	,—	
6	Beiträge zu gesetzlichen Rentenversicherungen **– ohne Beiträge, die in Zeile 4 geltend gemacht werden –**	302	,—	402	,—	
7	Erstattete Beiträge und / oder steuerfreie Zuschüsse zu den Zeilen 4 bis 6 (ohne Zuschüsse, die von den Beiträgen laut Zeile 8 abzuziehen sind und ohne Zuschüsse laut den Zeilen 9 und 10)	309	,—	409	,—	ⓔ
8	Beiträge zu zertifizierten Basisrentenverträgen (sog. Rürup-Verträge) mit Laufzeitbeginn nach dem 31.12.2004 (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) **– ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden –**	303	,—	403	,—	ⓔ
9	Arbeitgeberanteil / -zuschuss laut Nr. 22 a / b der Lohnsteuerbescheinigung	304	,—	404	,—	ⓔ
10	Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen im Rahmen einer pauschal besteuerten geringfügigen Beschäftigung	306	,—	406	,—	

Beiträge zur inländischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung

			EUR		EUR	
11	Arbeitnehmerbeiträge zu Krankenversicherungen laut Nr. 25 der Lohnsteuerbescheinigung	320	,—	420	,—	ⓔ
12	In Zeile 11 enthaltene Beiträge, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	322	,—	422	,—	
13	Arbeitnehmerbeiträge zu sozialen Pflegeversicherungen laut Nr. 26 der Lohnsteuerbescheinigung	323	,—	423	,—	ⓔ
	Zu den Zeilen 11 bis 13:					
14	Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	324	,—	424	,—	ⓔ
15	In Zeile 14 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	325	,—	425	,—	ⓔ
			EUR		EUR	
16	Beiträge zu Krankenversicherungen **– ohne Beiträge, die in Zeile 11 geltend gemacht werden –** (z. B. bei Rentnern, bei freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	326	,—	426	,—	ⓔ
17	In Zeile 16 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	328	,—	428	,—	
18	Beiträge zu sozialen Pflegeversicherungen **– ohne Beiträge, die in Zeile 13 geltend gemacht werden –** (z. B. bei Rentnern, bei freiwillig gesetzlich versicherten Selbstzahlern)	329	,—	429	,—	ⓔ
	Zu den Zeilen 16 bis 18:					
19	Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung erstattete Beiträge	330	,—	430	,—	ⓔ
20	In Zeile 19 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	331	,—	431	,—	
21	Zuschuss zu den Beiträgen laut den Zeilen 16 und / oder 18 **– ohne Beträge laut den Zeilen 34 und 36 –** (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	332	,—	432	,—	ⓔ
			EUR		EUR	
22	Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen) abzüglich erstatteter Beiträge	338	,—	438	,—	

Beiträge zur inländischen privaten Kranken- und Pflegeversicherung

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B		
			EUR		EUR	
23	Beiträge zu privaten Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	350	,—	450	,—	e
24	Beiträge zu Pflege-Pflichtversicherungen	351	,—	451	,—	e
	Zu den Zeilen 23 und 24:					
25	Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	352	,—	452	,—	e
26	Zuschuss von dritter Seite zu den Beiträgen laut den Zeilen 23 und / oder 24 (z. B. von der Deutschen Rentenversicherung)	353	,—	453	,—	e
27	Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen) und / oder zu zusätzlichen Pflegeversicherungen abzüglich erstatteter Beiträge	354	,—	454	,—	

Beiträge zur ausländischen gesetzlichen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung

			EUR		EUR
28	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse **– ohne Beträge laut Zeile 34 –**) zur Krankenversicherung, die mit einer inländischen Krankenversicherung vergleichbar ist (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	333	,—	433	,—
29	In Zeile 28 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt	334	,—	434	,—
30	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse **– ohne Beträge laut Zeile 36 –**) zur sozialen Pflegeversicherung / Pflege-Pflichtversicherung, die mit einer inländischen Pflegeversicherung vergleichbar ist	335	,—	435	,—
	Zu den Zeilen 28 bis 30:				
31	Von der Kranken- und / oder sozialen Pflegeversicherung / Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	336	,—	436	,—
32	In Zeile 31 enthaltene Beiträge zur Krankenversicherung, aus denen sich kein Anspruch auf Krankengeld ergibt, und zur sozialen Pflegeversicherung	337	,—	437	,—
33	Über die Basisabsicherung hinausgehende Beiträge zu Krankenversicherungen und zusätzlichen Pflegeversicherungen (z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen) abzüglich erstatteter Beiträge	339	,—	439	,—

Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse

			EUR		EUR	
34	Gesetzliche Krankenversicherung laut Nr. 24 a der Lohnsteuerbescheinigung	360	,—	460	,—	e
35	Private Krankenversicherung laut Nr. 24 b der Lohnsteuerbescheinigung	361	,—	461	,—	e
36	Gesetzliche Pflegeversicherung laut Nr. 24 c der Lohnsteuerbescheinigung	362	,—	462	,—	e

Als Versicherungsnehmer für andere Personen übernommene Kranken- und Pflege-Versicherungsbeiträge

– „Andere Personen“ sind z. B. Kinder, für die **kein** Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag besteht (bei Anspruch auf Kindergeld / Kinderfreibetrag sind die Eintragungen in den Zeilen 26 bis 37 der **Anlage Kind** vorzunehmen). –

37 600 Identifikationsnummer der mitversicherten Person

38 Name, Vorname, Geburtsdatum der mitversicherten Person

		Steuerpflichtige Person / Ehegatten / Lebenspartner		
			EUR	
39	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu privaten Krankenversicherungen (nur Basisabsicherung, keine Wahlleistungen)	601	,—	e
40	Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse) zu Pflege-Pflichtversicherungen	602	,—	e
	Zu den Zeilen 39 und 40:			
41	Von der privaten Kranken- und / oder Pflege-Pflichtversicherung erstattete Beiträge	603	,—	e
42	Beiträge (abzüglich erstatteter Beiträge) zu privaten Kranken- und / oder Pflegeversicherungen (ohne Basisabsicherung, z. B. für Wahlleistungen, Zusatzversicherungen)	604	,—	

2024AnlVor242NET

Weitere sonstige Vorsorgeaufwendungen

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A	Ehefrau / Person B
		EUR	EUR
43	Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung laut Nr. 27 der Lohnsteuerbescheinigung	370 ,—	470 ,—

Beiträge (abzüglich steuerfreier Zuschüsse und erstatteter Beiträge) zu

		Steuerpflichtige Person / Ehegatten / Lebenspartner
		EUR
44	– Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit **– ohne Beiträge, die in Zeile 43 geltend gemacht werden –**	500 ,—
45	– freiwilligen eigenständigen Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen	501 ,—
46	– Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie Risikoversicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen	502 ,—
47	– Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht und / oder Kapitallebensversicherungen mit einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren sowie einem Laufzeitbeginn und der ersten Beitragszahlung vor dem 1.1.2005	503 ,—
48	– Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht mit Laufzeitbeginn und erster Beitragszahlung vor dem 1.1.2005 (auch steuerpflichtige Beiträge zu Versorgungs- und Pensionskassen) **– ohne Altersvorsorgebeiträge, die in der Anlage AV geltend gemacht werden –**	504 ,—

Ergänzende Angaben zu Vorsorgeaufwendungen

		Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
49	Haben Sie zu Ihrer Krankenversicherung oder Ihren Krankheitskosten Anspruch auf steuerfreie Zuschüsse, steuerfreie Arbeitgeberbeiträge oder steuerfreie Beihilfen?	307	2 = Nein	407	2 = Nein
	Es bestand 2024 keine gesetzliche Rentenversicherungspflicht aus dem **aktiven** Dienstverhältnis / aus der Tätigkeit				
50	– als Beamter / Beamtin	380	1 = Ja	480	1 = Ja
51	– als Vorstandsmitglied / GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer/in	381	1 = Ja	481	1 = Ja
52	– als (z. B. Praktikant/in, Student/in im Praktikum)	382	1 = Ja	482	1 = Ja
53	Tätigkeitsbezeichnung zu Zeile 52				
54	Aufgrund des genannten Dienstverhältnisses / der Tätigkeit bestand hingegen eine Anwartschaft auf Altersversorgung	383	1 = Ja 2 = Nein	483	1 = Ja 2 = Nein
55	Es wurde Arbeitslohn aus einem **nicht aktiven** Dienstverhältnis – insbesondere Betriebsrente / Werkspension – bezogen, bei dem es sich nicht um steuerbegünstigte Versorgungsbezüge (Zeile 11 bis 16 der **Anlage N**) handelt. Bei Altersteilzeit ist hier keine Eintragung vorzunehmen.	385	1 = Ja	485	1 = Ja

2024AnlVor243NET

Stromabnahmevertrag SOLAR EINSPEISETARIF
zur Abnahme elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen bis 100 kWp (Überschusseinspeisung).

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus, und senden Sie es per Post oder E-Mail an die Salzburg AG. **Wichtig, ohne Retournierung des Vertrages erfolgt keine Einspeisevergütung.**

Mit diesem Vertragsangebot bieten Sie elektrische Energie aus einer PV-Anlage bis 100 kWp zur Lieferung an die Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation (im Folgenden „Salzburg AG“), Bayerhamerstraße 16, 5020 Salzburg, zu den nachstehenden Bedingungen und den umseitigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Abnahme elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen („AGB-Stromabnahme“) an.

Der Kunde ist Eigentümer der unter Punkt 2. angeführten PV-Anlage/n oder verfügt über eine aufrechte allgemeine oder gemäß § 18 Abs 3 lit. a) WEG gesetzliche Vertretungsbefugnis, die auf Nachfrage durch die Salzburg AG nachzuweisen ist. Der Kunde kann den Stromabnahmevertrag auch hinsichtlich einzelner PV-Anlagen-Zählpunkte kündigen, wobei der Vertrag hinsichtlich der verbliebenden Zählpunkte aufrecht bleibt.

Der Stromabnahmevertrag kommt nach Übermittlung des vorliegenden Angebots durch Annahme durch die Salzburg AG und Übermittlung einer Vertragsbestätigung an den Kunden zu Stande.

1. Kundendaten

Kundennummer: …….

Vertragskonto: …….

Vorname: …… Nachname: …….

Straße: …… Hausnummer: ……..

Postleitzahl: …… Ort: ……..

2. Daten der Photovoltaikanlage

Anlagenadresse: …….

Engpassleistung (kWp): ……..

Zählpunktbezeichnung: AT …….

3. Solar Einspeisetarif
Die von Salzburg AG abgenommene Energie wird gemäß beigeschlossenem Preisblatt nach Maßgabe des Abnahmevertrages vergütet. Das mit dem Kunden vereinbarte Preisblatt bildet einen integrierenden Bestandteil des Abnahmevertrages. Die PV-Anlage wird vorrangig zur Eigenversorgung und nicht zur Erzielung von Einnahmen am Markt betrieben, sodass keine umsatzsteuerlich beachtliche Tätigkeit vorliegt.

4. Belehrung über das Rücktrittsrecht von Konsumenten
Konsumenten im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes haben das Recht, binnen 14 Tagen ab Vertragsabschluss ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurückzutreten. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, von diesem Vertrag zurückzutreten, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechtes vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

5. Bankverbindung
Bitte füllen Sie das beigeschlossene SEPA-Formular aus und senden Sie es mit diesem Angebot zurück. Sollten Sie keine SEPA-Überweisung wünschen, geben Sie uns bitte ein Konto bekannt, auf das wir die Vergütung überweisen dürfen.

Mietvertrag für Wohnräume

zwischen

Herrn/Frau/Firma

Straße

PLZ Ort

nachfolgend Vermieter genannt

und

Herrn/Frau/Firma Geburtsdatum

Straße

PLZ Ort Telefon

nachfolgend Mieter genannt

§ 1
MIETSACHE
Der Vermieter vermietet dem Mieter zu Wohnzwecken die folgende Wohnung (Anschrift, Wohnungsnummer, Geschossbezeichnung, Lagebezeichnung):

Anzahl der Wohnräume (z.B. 3 Zimmer, Küche, Bad, Diele, GWC, Balkon) und Wohnungsgröße:

Folgende Zusatzräume und -flächen können mitbenutzt werden (z.B. Abstellraum, Garage, PKW-Stellplatz, Kellerräume, Sauna, Speicher, Gartennutzung):

§ 2
MIETE

1. Die Miete beträgt monatlich

2. Die Betriebskostenvorauszahlung beträgt monatlich

3. Die Vorauszahlung für Heizung und Warmwasser beträgt monatlich

Insgesamt zu zahlen

Die Heiz- und Wärmeversorgungsvorauszahlungen entfallen. ☐

Der Mieter schließt mit einem Dritten einen Vertrag über die Lieferung von Wärme und Warmwasser und rechnet mit dem Lieferanten direkt ab.

4. Die Betriebskostenvorauszahlung und ggf. die Vorauszahlung für die Heiz- und Warmwasserversorgung werden neben der Miete monatlich als Abschlag zu den bei Vertragsabschluss bekannten Betriebskosten (siehe Nr. 9) gezahlt. Die Betriebskostenvorauszahlungen können angepasst werden, sobald sich bei der Jahresabrechnung eine Nachzahlung ergibt.

5. Die Miete und die Vorauszahlungen sind vom Mieter monatlich im Voraus, spätestens zum 3. Werktag eines jeden Monats kostenfrei an den Vermieter zu entrichten. Die Zahlungen sind auf das folgende Konto zu überweisen:

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Bank

6. Werden öffentliche Abgaben neu eingeführt oder entstehen Betriebskosten neu, so können diese vom Vermieter im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften umgelegt und in einer angemessenen monatlichen Pauschale vom Mieter erhoben werden.

7. Die anzurechnenden Kosten werden auf den Mieter wie folgt umgelegt:

Soweit durch den Vermieter oder die Verwaltung maschinelle Wascheinrichtungen zur Verfügung gestellt werden, ist für deren Benutzung eine gesonderte Gebühr zu entrichten.

Sofern die Heiz- und Wärmeversorgung mit dem Vermieter vereinbart wurde, werden die anteiligen Kosten zum Betrieb der zentralen Heizungsanlage sowie der Warmwasserversorgungsanlage vom Vermieter entsprechend der Heizkostenverordnung umgelegt. Falls Heizkörper und Wasserverbrauchszähleinrichtungen vorhanden sind, gilt die Abrechnung des Wärmemessdienstunternehmens als vereinbart.

Alle anderen Kosten werden nach dem Verhältnis der Wohnfläche, nach Anzahl der Personen oder nach Wohneinheiten pauschal umgelegt.

8. Der Umlegungsschlüssel kann vom Vermieter festgesetzt werden, sofern keine andere private oder gesetzliche Regelung besteht. Er kann ebenfalls geändert werden, wenn dies z. B. durch Gründe einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung, Änderung der gesetzlichen Vorschriften, Kostenersparnis, Verwaltungsvereinfachungen u.s.w. erforderlich wird.

9. Betriebskosten sind die nachstehenden Kosten, die dem Vermieter für das Gebäude oder die Wirtschaftseinheit laufend entstehen:

- die laufenden öffentlichen Lasten des Grundstücks
- die Kosten der Wasserversorgung
- die Kosten der Straßenreinigung und Müllabfuhr
- die Kosten des Betriebs der zentralen Heizungsanlage einschließlich der Abgasanlage
- die Kosten des Betriebs der zentralen Warmwasserversorgungsanlage,
- die Kosten der Entwässerung
- die Kosten der Gebäudereinigung und Ungezieferbekämpfung
- die Kosten der Gartenpflege
- die Kosten der Beleuchtung
- die Kosten der Schornsteinreinigung, Immissionsmessungen etc.
- die Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung
- die Kosten für den Hauswart
- die Kosten (Reparatur und Wartung) der Gemeinschaftsantennenanlage
- die Kosten eines Kabelanschlusses (Breitband)
- die Kosten (Reparatur und Wartung) von Personen- und Lastenaufzügen
- die Kosten der Schnee- und Eisbeseitigung
- die Kosten für Allgemeinstrom
- die Kosten des Betriebes der maschinellen Wascheinrichtung
- die sonstigen Betriebskosten

10. Der Mieter bezieht die Versorgungsleistungen für Strom direkt auf eigene Rechnung

§ 3
MIETZEIT
Das Mietverhältnis beginnt am

und läuft auf unbestimmte Zeit**.** Kann die Wohnung aus Gründen, die der Vermieter nicht zu vertreten hat, nicht bezogen werden, ist eine Haftung bzw. sind Schadenersatzansprüche ausgeschlossen.

§ 4
SCHLÜSSEL
Von dem vom Vermieter erhaltenen Schlüssel darf der Mieter keine weiteren Schlüssel anfertigen lassen, ohne den Vermieter darüber zu informieren. Der Verlust eines oder mehrerer Schlüssel ist dem Vermieter sofort mitzuteilen. Der Vermieter ist aus Sicherheitsgründen berechtigt, auf Kosten des Mieters das Türschloss oder falls notwendig, die gesamte Schließanlage auszutauschen. Für verlorengegangene Schlüssel übernimmt der Mieter die Kosten für die Ersatzbeschaffung.

§ 5
ZAHLUNGSVERZUG
Bei Zahlungsverzug darf der Vermieter für jede schriftliche Mahnung 5,00 € pauschalierte Mahnkosten berechnen. Der Mieter schuldet Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem jeweiligen Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank, mindestens jedoch 6 % aus dem

3. Umfang der zu bescheinigenden Angaben

3 Es ist nicht zu beanstanden, wenn in Fällen, in denen ein in dem amtlichen Muster enthaltener Sachverhalt nicht gegeben ist (z. B. bei Muster I: es wurden keine Veräußerungsgeschäfte mit Aktien getätigt und/oder keine ausländische Steuer entrichtet), die entsprechende(n) Zeile(n) oder ggf. Teile des Textes einer Zeile des amtlichen Musters, die nicht zutreffend sind, entfallen. Entsprechendes gilt für die mit Ankreuzfeldern versehenen Zeilen und die in Muster II und III verwendete Überschrift. Aufgrund der Vielzahl der hier aufgeführten Sachverhalte, kann die Überschrift auf das tatsächlich ausschüttende Unternehmen oder den vorliegenden Sachverhalt gekürzt werden. Die Reihenfolge der ausgedruckten Zeilen/der Überschrift ist jedoch entsprechend dem amtlichen Muster beizubehalten.
Für Kapitalerträge, die vor dem 1. Januar 2027 zufließen, gelten die Ausführungen der bisherigen Rn. 2 Satz 5 in der Fassung des BMF-Schreibens vom 23. Mai 2022 (BStBl I S. 860), zuletzt geändert durch das BMF-Schreiben vom 13. Februar 2024 (BStBl I 2024 S. 223).

4. Ergänzende Angaben

4 Der Steuerbescheinigung können weitere Erläuterungen beigefügt werden, sofern die Ergänzungen im Anschluss an das amtliche Muster erfolgen und hiervon optisch abgesetzt werden.

5. Elektronische Übermittlung

5 Die nach amtlich vorgeschriebenem Muster ausgestellte Steuerbescheinigung kann dem Steuerpflichtigen in elektronischer Form übermittelt werden. Auf welchem Wege die elektronische Übermittlung erfolgt, lässt § 45a Absatz 2 Satz 2 EStG offen. Die Steuerbescheinigung kann insbesondere in eine elektronische PostBox eingestellt oder per E-Mail übermittelt werden.

Durch den elektronischen Versand wird das Recht auf Erteilung der Steuerbescheinigung in Papierform nicht ausgeschlossen. Der Steuerpflichtige kann die Steuerbescheinigung in Papierform innerhalb der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen der der Steuerbescheinigung zugrundeliegenden Daten bei der auszahlenden Stelle/dem Schuldner/dem Entrichtungspflichtigen anfordern.

6. Berichtigung

6 Sind in der Steuerbescheinigung die Kapitalerträge und die anrechenbare Kapitalertragsteuer zu niedrig ausgewiesen, kann von einer Berichtigung der Steuerbescheinigung nach § 45a Absatz 5 EStG abgesehen werden, wenn eine ergänzende Steuerbescheinigung ausgestellt wird, in die neben den übrigen Angaben nur der Unterschied zwischen dem richtigen und dem ursprünglich bescheinigten Betrag aufgenommen wird. Die ergänzende Steuerbescheinigung ist als solche zu kennzeichnen. Die ursprünglich ausgestellte Steuerbescheinigung behält in diesen Fällen weiterhin Gültigkeit.

Ist eine Steuerbescheinigung nach § 45a Absatz 5 EStG zu berichtigen, hat der Aussteller die elektronische Meldung von Daten fortlaufend oder als Sammelmeldung monatlich bis zum 10. des Folgemonats nach Maßgabe des § 93c der Abgabenordnung (AO) nach amtlich

Erläuterungen zum Beitragsbescheid

Dieses Muster soll Ihnen helfen, Ihre Beitragsrechnung leichter zu verstehen. Die Originalbescheide bestehen aus mehreren Seiten und enthalten zusätzlich Erläuterungen. Die hier genannten Beitragssätze sind ein Muster und nicht verbindlich.

Seite 1

SVLFG - Versicherung Beitrag - 34105 Kassel

Herrn
Max Mustermann
Musterteilort
Musterstr. 1
12345 Musterstadt

Geschäftsbereich	Versicherung Beitrag	
Aktenzeichen	111/XX/XXXXXXXX Bitte bei Zuschriften angeben	1
LSV-Mitgliedsnr.	XXXXXXXXXXXX	
Ansprechpartner	Herr Sachbearbeiter	2
Telefon	Vorwahl/Rufnummer	
Telefax	Vorwahl/Faxnummer	
E-Mail	BG-Beitrag@svlfg.de	
Datum	XX.08.2018	

Unfallversicherungsbeitrag für das Jahr 2017 und Beitragsvorschuss für das Jahr 2018 3

Sehr geehrter Herr Mustermann,

für das land-/forstwirtschaftliche Unternehmen in Musterstadt (Unternehmens-ID: XXXXXXXXXX) werden hiermit die Veranlagung festgestellt sowie der Unfallversicherungsbeitrag und Beitragsvorschuss festgesetzt.

Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Rückseite und der Anlage.

Die Beträge in Höhe von insgesamt 3.495,51 € sind wie folgt zu zahlen: 4

Fälligkeitstag	Betrag	
zum 15.09.2018	**865,37 €**	**und**
zum 15.01.2019	**1.315,07 €**	**und**
zum 15.05.2019	**1.315,07 €**	

5

Die Beträge werden wie folgt abgebucht: Zur Fälligkeit unter der Gläubiger-Identifikationsnummer DE56LBG00000143200 mit der Mandatsreferenznummer 000000123456 von Ihrem Konto DE11123456780012345678.

1 Ihr Aktenzeichen. Bitte bei Anfragen immer mit angeben. Dies erleichtert die Arbeit für unsere Mitarbeiter.

2 Kontaktdaten der SVLFG. Wir erhalten in den ersten Tagen nach Versand der Beitragsbescheide sehr viele Anrufe und sind dadurch nur eingeschränkt telefonisch erreichbar. Nutzen Sie deshalb auch die E-Mailadresse oder schreiben Sie uns.

3 Umlagejahre, für die der Beitrag und gegebenenfalls der Vorschuss berechnet werden.

4 Höhe der gesamten Beitrags- und gegebenenfalls Vorschussforderung. Werden mehrere Unternehmen bewirtschaftet, ist hier der Gesamtbetrag für alle Unternehmen aufgeführt.

5 Zur Fälligkeit 15. September 2018 wird die restliche Betragsforderung für 2017 genannt.
Liegt eine Einzugsermächtigung vor, wird der Beitragsvorschuss in zwei Teilbeträgen fällig. Dann ist auch angegeben, von welchem Konto die Beträge eingezogen werden. Sollte Ihr Konto nicht mehr richtig sein, ist eine entsprechende Nachricht erforderlich.

Liegt keine Einzugsermächtigung vor, sind der Fälligkeitstag, unsere Bankverbindung und der Verwendungszweck (bitte unbedingt angeben!) genannt. Wichtig: Die Beiträge müssen am jeweiligen Fälligkeitstag unserem Konto gutgeschrieben sein. Selbstzahler müssen deshalb die Banklaufzeiten berücksichtigen.

Seite 2

Beitragsabrechnung und Vorschussberechnung für das land-/forstwirtschaftliche Unternehmen in Musterstadt (Unternehmens-ID: XXXXXXXXXX):

Unfallversicherungsbeitrag

Beitragsforderung für das Jahr 2017	3.287,67 €	6
abzüglich bereits angefordertem Beitragsvorschuss für das Jahr 2017	2.422,30 €	7
Restforderung	865,37 €	8

Beitragsvorschuss

Beitragsvorschuss für das Jahr 2018	2.630,14 €	9

Seite 3

Anlage zum Beitrags- und Veranlagungsbescheid vom XX.08.2018
Veranlagung und Berechnungsgrundlagen für das Unternehmen (ID: XXXXXXXXXX) für das Jahr 2017

Risikogruppe Produktionsverfahren (PV)	Menge	Berechnungseinheiten (BER) je Einheit	BER PV	Hebesatz (EUR je BER)	Risikogruppenfaktor	Risikofaktor PV	Beitrag in EUR	
Hauptunternehmen								
Ackerbau								
Aus der Produktion genommene Flächen			0,8927	6,48	1,6386	0,9960	9,44	
Stilllegung/Pflege	2,38 HA	0,3751	0,8927					
Mähdrusch, Zuckerrübe			42,6062	6,48	1,6386	1,1064	500,53	
Mähdruschfrüchte	44,28 HA	0,9622	42,6062					
Grünland								
Almen, Alpen, Hutungen			2,7671	6,48	3,0086	0,9212	49,70	
Almen, Alpen, Hutungen	9,38 HA	0,2950	2,7671					
Grünland			60,8947	6,48	3,0086	1,0009	1.188,25	
Grünland	61,17 HA	0,9955	60,8947					10
Forst								
Forst			11,2170	6,48	9,9114	1,0000	720,42	
Forst	34,39 HA	0,3262	11,2170					
Unternehmen der Rinderhaltung								
Milchkühe, Deckbullen			275,3024	6,48	0,9736	0,9919	1.722,79	
Milchkühe, Deckbullen	64,00	4,3016	275,3024					
Sonstige Rinder			66,2966	6,48	0,9736	1,0257	429,01	
Sonstige Rinder	74,00	0,8959	66,2966					
BER			459,9767	11				
Risikobeitrag Hauptunternehmen							4.620,14	12

	BER mindestens 87,5000 höchstens 350,0000	Hebesatz (EUR je BER)	Deckungsfaktor	EUR	
Grundbeitrag	350,0000	6,48	0,1214	275,34	13

	EUR	
Risikobeitrag Hauptunternehmen	4.620,14	
abzüglich Bundesmittel	1.607,81	14
Grundbeitrag	275,34	
Beitragsforderung für das Jahr 2017	3.287,67	

Hinweis: Durch Bundesmittel wird Ihr Risikobeitrag Hauptunternehmen um 34,80 % gesenkt.

6 Beitrag für das Umlagejahr 2017, der in der Anlage des Beitrags- und Veranlagungsbescheides berechnet wird.

7 Dieser Vorschuss wurde mit dem Beitragsbescheid aus 2017 angefordert.

8 Differenz der vorstehenden Beträge und Zahlbetrag zum 15. September 2018.

9 80 Prozent der Beitragsforderung für 2017 (Vorschuss für 2018). Dieser Betrag ist am 15. Januar 2019 – bei vorliegender Einzugsermächtigung je zur Hälfte am 15. Januar und 15. Mai 2019 – fällig.

10 Berechnung des Beitrages für das Unternehmen – unterteilt nach den im Unternehmen am 15. Mai 2017 vorhandenen Risikogruppen und Produktionsverfahren (PV). Diese können von den aktuell erfassten Verhältnissen abweichen. Falls Änderungen bereits gemeldet wurden, ist eine erneute Angabe nicht erforderlich.

11 Gesamtmenge der Berechnungseinheiten (BER) aus den im Unternehmen vorhandenen Risikogruppen.

12 Berechneter Beitrag aus der Menge der BER aus den Risikogruppen. Berechnung: Menge BER x Hebesatz x Risikogruppenfaktor x Risikofaktor Produktionsverfahren.

13 Hier wird der Grundbeitrag berechnet. Unternehmen, deren individueller BER-Ansatz unter 87,5 BER liegt, werden für die Berechnung des Grundbeitrags auf 87,5 BER angehoben. Unternehmen, deren individueller BER-Ansatz über 350 BER liegt, werden für die Berechnung des Grundbeitrags auf 350 BER begrenzt. Der Mindestgrundbeitrag beträgt aktuell 68,83 Euro und der Höchstgrundbeitrag 275,34 Euro.

14 Gesamtbeitrag des Unternehmens. Er setzt sich aus dem Risikobeitrag und dem Grundbeitrag zusammen. Ist das Unternehmen bundesmittelberechtigt, werden hier die Bundesmittel genannt und abgezogen. Es wird der Zahlbetrag für das jeweilige Unternehmen dargestellt. Für den Fall, dass mehrere Unternehmen bewirtschaftet werden, ist dieser Betrag nicht identisch mit dem Zahlbetrag auf Seite 1 des Bescheides. Dort wird der Beitrag für alle Unternehmen genannt.

! Grundsätzlich nur für Mitgliedsunternehmen der ehemaligen Gartenbau-BG wird nach einer bis 2020 geltenden Übergangsregelung weiterhin ein Beitragsausgleichsverfahren durchgeführt. In den Beitragsbescheiden sind gegebenenfalls entsprechende Ansätze genannt.

FÄLLIGKEIT: DARAUF SOLLTEN SIE ACHTEN

Mit den Beitragsbescheiden wird der nach Abzug der gezahlten Vorschüsse verbleibende Restbetrag mit Fälligkeit am 15. September 2018 angefordert. Entsteht ein Guthaben, wird dies auf künftige Beitragsforderungen angerechnet, außer es wird eine Erstattung gewünscht. Beschleunigen Sie gegebenenfalls das Erstattungsverfahren durch Angabe Ihrer Bankverbindung.
Erneut werden mit dem Beitragsbescheid auch die in 2019 zu zahlenden Vorschüsse für das Umlagejahr 2018 festgesetzt. Machen Sie es sich selbst und uns einfach und erteilen Sie eine Einzugsermächtigung. Anderenfalls achten Sie bitte unbedingt auf die im Beitragsbescheid festgesetzten Fälligkeiten!

Deutsche Zahlstelle Ihrer Bank GmbH
Bankstr. 1
12345 Bankstadt

Telefon (0123) 456 - 7890
Telefax (0123) 456 - 7891

Max Mustermann
Musterstr. 1
1234 Musterstadt
Schweiz

Steuerbescheinigung

der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und / oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13,15,18 und 21 EStG, bei Einkünften im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds

☒ Einzelsteuerbescheinigung
☐ Zusammengefasste Bescheinigung für den Zeitraum _____
Wir versichern, dass Einzelsteuerbescheinigungen insoweit nicht ausgestellt worden sind.
☐ Abstandnahme vom Steuerabzug nach (§ 43 Abs. 2 EStG)

An
Max Mustermann
Musterstr. 1
1234 Musterstadt
Schweiz

☒ wurden am 04.05.2020

☒ Die Steuerbescheinigung wird auf Antrag der IHRE NICHT-DEUTSCHE BANK erteilt. Die Gutschrift der Kapitalerträge wurde an IHRE NICHT-DEUTSCHE BANK erteilt.

Für Bayer AG ISIN DE000BAY0017

☐ wurden für den Zeitraum _____
folgende Kapitalerträge gezahlt / gutgeschrieben / gelten als zugeflossen:

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a EStG	1.000,00	EUR
davon: Erträge, die dem Teileinkünfteverfahren unterliegen		
davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger	1.000,00	EUR
Kapitalertragsteuer	250,00	EUR
Solidaritätszuschlag	13,75	EUR

Die Steuerbescheinigung wurde erstellt am 31.08.2022

Diese Mitteilung wurde maschinell erstellt und wird nicht unterschrieben

Antrag auf Erstattung der Reisekosten und Zahlung von Entschädigungen

nach der Entschädigungsregelung für ehrenamtliche Mitglieder der Ausschüsse und für nebenberufliche und nebenamtliche Beraterinnen und Berater des Bundesverwaltungsamtes als zuständige Stelle nach § 73 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920)

Bundesverwaltungsamt
Referat SQ 7
50728 Köln

Kostenstelle 78160
Kapitel 0611 Titel 52602
Sachlich richtig

Datum, Name, Dienst- oder Amtsbezeichnung, Referat SQ 7

Prüfungsausschüsse (Obj. 02475772)
Ausbildungsberatung (Obj. 02475798)
Berufsbildungsausschuss (Obj. 02475780)

Antragsfrist 6 Monate!!!

Bitte Unterschrift auf der letzten Seite des Antrags beachten!!!

Angaben zur Antragstellerin oder zum Antragsteller	Regelmäßige tägliche Arbeitszeit
Name, Vorname	E-Mail
Dienststelle und Dienstort	Telefon (dienstlich)
Wohnungsanschrift	Abweichender Familienwohnort

Bankverbindung		
Name des Geldinstituts mit Ortsangabe	**IBAN**	**BIC**

Reiseerläuterungen und Angaben zur Dauer von Sitzungen und Ausbildungsberatungen		Fahrkosten Betrag	Wegstrecken-entschädigung km	Übernachtungs-kosten Betrag	Nebenkosten Betrag
Beginn der Reise Datum	Uhrzeit				
☐ ab der Wohnung ☐ ab der Dienststelle	zum Bahnhof/Flughafen mit Beförderungsmittel (ggf. Klasse)				
☐ in der eigenen Dienststelle					
nach (Ort)					
mit Beförderungsmittel (ggf. Klasse)					

Reiseerläuterungen und Angaben zur Dauer von Sitzungen und Ausbildungsberatungen				Fahrkosten Betrag	Wegstrecken-entschädigung km	Übernachtungs-kosten Betrag	Nebenkosten Betrag
Ankunft							
Datum		Uhrzeit					
Beginn des Dienstgeschäfts [für jeden Tag gesondert]		**Ende des Dienstgeschäfts** [für jeden Tag gesondert]					
Datum	Uhrzeit*	Datum	Uhrzeit*				
**) ggf. einschließlich Wegezeit ab / zur Unterkunft*							
Fahrten am Geschäftsort							
☐ Bus, Straßenbahn, S-/U-Bahn	Anzahl	☐ andere Beförde-rungsmittel	Anzahl				
Rückreise							
Datum		Uhrzeit					
nach (Ort)							
mit Beförderungsmittel (ggf. Klasse)							
vom Bahnhof/Flughafen mit Beförderungsmittel (ggf. Klasse)							
☐ zur Wohnung		☐ zur Dienststelle					
Ende der Reise							
Datum		Uhrzeit					
			Insgesamt				
					(0,42 € je km)		

Unentgeltliche Verpflegung oder Unterkunft des Amtes wegen wurde bereitgestellt			☐ ja ☐ nein
Frühstück (Datum)	Mittagessen (Datum)	Abendessen (Datum)	Unterkunft (Datum)

Ich habe erhalten	☐ Fahrkarte	☐ Zuwendungen Dritter	☐
	☐ Flugschein	☐ Abschlag/Vorschuss in Höhe von €	☐

Übernachtung	☐ Hotel	☐ Gästehaus
	☐ in eigener Wohnung am Geschäftsort	☐ in eigener Wohnung außerhalb des Geschäftsortes
	☐ bei Verwandten, Bekannten	☐

Erläuterung zu den Hotelkosten	☐ Buchung durch Bundesverwaltungsamt oder Reisestelle der eigenen Behörde ["Arbeitgeberveranlassung"]
	☐

Ergänzende Erläuterungen	[z.B. Gründe für eine Taxibenutzung]

Grund der Reise: **Bezeichnung des Prüfungsausschusses!**	☐ Sitzung des Prüfungsausschusses [bitte Bezeichnung angeben]	☐ Sitzung des Berufsbildungsausschusses oder seines Unterausschusses
	☐ Workshop für die Erstellung von Prüfungsaufgaben	☐ Ausbildungsberatung
	☐ Prüferschulung	☐ Sitzung der Ausbildungsberater/innen
	☐	

Tätigkeiten im Prüfungswesen

Vergütung von Aufgabenvorschlägen ☐ für die Abschlussprüfung ☐ für die Zwischenprüfung	Zahl der eingereichten Vorschläge für das Fach Nr.	
	Bearbeitungsdauer für die Prüflinge je Vorschlag (in Minuten)	
☐ im Beruf Fachangestellte/r für Bürokommunikation ☐ im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r ☐ im Beruf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste ☐ für die Fortbildungsprüfung "Verwaltungsfachwirt/in"	**Berechnung der Vergütung** [durch das Bundesverwaltungsamt] Summe der Bearbeitungsdauer: Min. : 10 Min. = x 5 € =	**€**

Korrektur von Prüfungsarbeiten		**Bearbeitungsdauer für die Prüflinge**		**Zahl der Prüfungsarbeiten**	**Berechnung durch BVA**
☐ der Abschlussprüfung ☐ der Zwischenprüfung ☐ im Beruf Fachangestellte/r für Bürokommunikation ☐ im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r ☐ im Beruf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste ☐ im Beruf Kauffrau/-mann für Büromanagement ☐ im Beruf Geomatiker/in ☐ im Beruf Geomatiker/in (Prüfungsbereich 1 und 2 nach realem Zeitversäumnis) ☐ der Fortbildungsprüfung "Verwaltungsfachwirt/in"	1. Prüfungsarbeit	Min.	: 60 Min. x 4 €	x =	**€**
	2. Prüfungsarbeit	Min.	: 60 Min. x 4 €	x =	**€**
	3. Prüfungsarbeit	Min.	: 60 Min. x 4 €	x =	**€**
	4. Prüfungsarbeit	Min.	: 60 Min. x 4 €	x =	**€**
	5. Prüfungsarbeit	Min.	: 60 Min. x 4 €	x =	**€**
	PB 1 + 2 Summe der Stunden	Std.	x 7 €	x =	**€**
	Praktische Prüfungsarbeit der Fortbildungsprüfung VFW		60,00 €	x =	**€**

Tätigkeiten in der Ausbildungsberatung

Datum	Std., Min.	Stichwortartige Erläuterung [soweit nicht auf vorheriger Seite angegeben]

Besoldungsgruppe [zur Überwachung der Höchstgrenzen nach § 6 Abs. 2 der Bundesnebentätigkeitsverordnung]

☐ Die Tätigkeiten, für deren Ausübung eine Entschädigung beantragt wird, gehören **nicht** zu meinem Hauptamt.

☐ Für die Ausübung der Tätigkeiten, für die eine Entschädigung beantragt wird, erfolgte **keine bezahlte Freistellung oder Beurlaubung** durch meinen Dienstherrn bzw. Arbeitgeber.

Meine Angaben sind richtig und vollständig

Ort, Datum, Unterschrift der/des Anspruchsberechtigten

Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Kostenbelege (Fahrkarten, Hotelrechnung etc.) beizufügen!!! Die Antragsfrist beträgt 6 Monate!!!

Berechnung der Entschädigung für Zeitversäumnis [wird vom Bundesverwaltungsamt ausgefüllt]

Datum	aufgerundete Std.	Datum	aufgerundete Std.	Berechnung			
				Summe	Stunden	x 7 € =	Entschädigungs-summe
						x 7 € =	**€**

Nachweis über Kindergartenbeiträge

Kindergarten

Name des Kindergartens	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	

Kind

Name des Kindes	
Geburtsdatum des Kindes	
Namen der Eltern bzw. des Erziehungsberechtigten	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	

Kindergartenbeiträge

Mtl. Grundbeitrag in Euro	_____ , _____ €
	Gültigkeit von: _____ / _____ (MM / JJJJ) bis: _____ / _____ (MM / JJJJ)

Mtl. Grundbeitrag in Euro	_____ , _____ €
	Gültigkeit von: _____ / _____ (MM / JJJJ) bis: _____ / _____ (MM / JJJJ)

Bestätigung des Kindergartens:

_____
Ort, Datum

_____
Stempel Kindergarten
Unterschrift des Trägers

Muster einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

A. Ideeller Tätigkeitsbereich

Einnahmen		
Beitragseinnahmen	..... €	
Spenden, staatliche Zuschüsse u.ä.	..... €	
Summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Beiträge an Verbände	..... €	
Versicherungen/Abgaben	..... €	
Löhne/Gehälter	..... €	
sonstige Ausgaben ideeller Bereich	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Überschuss / Verlust ideeller Bereich		**..... €**

B. Vermögensverwaltung

Einnahmen		
Zinsen und sonstige Kapitalerträge	..... €	
Miet- und Pachteinnahmen	..... €	
sonstige Erlöse	..... €	
Summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Bankspesen	..... €	
sonst. Werbungskosten Kapitalvermögen	..... €	
Heizung, Strom, Wasser, usw.	..... €	
Abschreibungen	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Überschuss / Verlust Vermögensverwaltung		**..... €**

C. Zweckbetriebe

1. Sportliche Veranstaltungen (soweit nicht unter D. zu erfassen)

Einnahmen		
Eintrittsgelder		
Start- und Nenngelder	..... €	
Sportunterricht	..... €	
sonstige Einnahmen	..... €	
Summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Sportgeräte	..... €	
Schiedsrichter, Linienrichter	..... €	
Kassen-, Ordnungs- und Sanitätsdienst,	..... €	
Werbeaufwand, Verbandsabgaben, Reisekosten	..... €	
Kosten für Trainer, Masseure	..... €	
Beschaffung und Instandhaltung von Sportmaterial	..... €	
Kosten anderer Sportabteilungen	..... €	
Verwaltungskosten u.a.	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Gewinn / Verlust		**..... €**

Muster einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

2. Kulturelle Einrichtungen und kulturelle Veranstaltungen

Einnahmen		
Eintrittsgelder	..... €	
sonstige Einnahmen	..... €	
summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Saalmiete	..... €	
Künstler	..... €	
Musik .	..... €	
Versicherungen/Abgaben	..... €	
sonstige Ausgaben	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Gewinn / Verlust		**..... €**

D. Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

1. Selbstbewirtschaftete Vereinsgaststätte

Einnahmen		
Erlöse Speisen	..... €	
Erlöse Getränke	..... €	
sonstige Einnahmen	..... €	
Summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Wareneinkauf	..... €	
Löhne und Gehälter	..... €	
Heizung, Strom, Wasser	..... €	
Betriebssteuern	..... €	
Reinigung	..... €	
Telefon/Porti	..... €	
Büromaterial	..... €	
Miete und Pacht	..... €	
Schuldzinsen	..... €	
Reparaturen	..... €	
Abschreibungen	..... €	
Geringwertige Anlagegüter	..... €	
sonstige Ausgaben	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Gewinn / Verlust		**..... €**

2. gesellige Veranstaltungen

Einnahmen		
Eintrittsgelder	..... €	
Speisen- und Getränkeverkauf	..... €	
Inserate	..... €	
sonst. Einnahmen	..... €	
Summe Einnahmen		..... €
Ausgaben		
Wareneinkauf	..... €	
Musik	..... €	
sonstige Ausgaben	..... €	
Summe Ausgaben		-..... €
Gewinn / Verlust		**..... €**

Versicherungsort	Basis	Komfort	Top
Garagen in der Nähe des Versicherungsortes (Radius 3 km)	●	●	●
Gewerblich genutztes Arbeitszimmer (Büro-, kaufm. Tätigkeit)	●	●	●
Außenversicherung (weltweit)	65 EUR pro QM / 10 % der VSU; max. 10.000 EUR max. 3 Monate	130 EUR pro QM / 20 % der VSU; max. 20.000 EUR max. 3 Monate	196 EUR pro QM / 30 % der VSU; max. 30.000 EUR; max. 6 Monate
Außenversicherung nach Einbruch in Wohnmobile und nicht dauerhaft (max. 6 Wochen) abgestellten Wohnwagen	-	max. 2.500 EUR	max. 5.000 EUR
Beruflich genutzte Zweitwohnung	-	-	max. 15.000 EUR
Wohnungen während der Ausbildung/Studiums und nach Auszug der Kinder:			
- unselbständiger[1] Hausstand während der Dauer der Ausbildung bzw. des Studiums [1] Student, Auszubildender hat vor in die Hauptwohnung zurückzukehren	65 EUR pro QM / 10 % der VSU; max. 10.000 EUR	130 EUR pro QM / 20 % der VSU; max. 20.000 EUR	196 EUR pro QM / 30 % der VSU; max. 30.000 EUR
- selbständiger[2] Hausstand während der Dauer der Ausbildung bzw. des Studiums [2] Student, Auszubildender hat bereits seinen eigenen Hausstand gegründet	-	-	max. 5.000 EUR
- selbständiger Hausstand, d. h. eigene Wohnung der Kinder für 6 Monate nach Auszug	-	max. 20.000 EUR	●
Ständige Außenversicherung für Sportgeräte	-	-	max. 5.000 EUR*
Ständige Außenversicherung in vermieteten Wohnungen (Waschmaschinen, Wäschetrockner, Rasenmäher)	-	-	max. 1.000 EUR
Die Plus-Variante			
Schutzbrief SorglosWohnen	❍	❍	❍

(● = versichert; - = nicht versichert; ❍ = individuell wählbar; * = Versicherungsschutz erhöhbar)

Briefkopf und Logo Muster-Hausverwaltung

Muster-Hausverwaltung, Musterstr. 23, 12345 Musterstadt, info@muster-hausverwaltung.de

Herrn
Max Mustermann
Musterstr. 4
52321 Musterdorf

QR-Code mit Abrechnungsdaten
für weiterführende Beratung.

Ihre Heizkostenabrechnung

Sehr geehrter Herr Mustermann,

beiliegend erhalten Sie Ihre Heizkostenabrechnung. Die Abrechnung schließt mit einer Nachzahlung von **451,22 €**. Bitte überweisen Sie den Betrag bis spätestens xx.xx.201x auf folgendes Konto: IBAN: DE00 1000 0000 1000 0000 00

Ihre Abrechnung	
Ihre Kosten	1.451,22 €
Ihre Vorauszahlung	1.000,00 €
Ihre Nachzahlung	**451,22 €**

Wie sich Ihre Kosten berechnen, erfahren Sie im Abschnitt 1 und 2.

Zusammen mit der Heizkostenabrechnung möchten wir Sie über Ihren Endenergieverbrauch und ggf. vorhandene Einsparpotenziale informieren.

Bewertung des Endenergieverbrauchs Ihrer Wohnung und der Liegenschaft*

Der Endenergieverbrauch Ihrer Wohnung entspricht Energieeffizienzklasse F.
Ihr Verbrauch liegt über dem Durchschnitt der Liegenschaft (Energieeffizienzklasse E).

Wohnung **166 kWh je m², Jahr**

Gebäude **145 kWh je m², Jahr**

* Bewertung erfolgt in Anlehnung an § 19 EnEV und bezieht sich auf den Durchschnitt der letzten drei Abrechnungsperioden.

Weitere Informationen erhalten Sie in den Abschnitten 3 und 4 sowie in den Erläuterungen in Abschnitt 5.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Hausverwaltung

Briefkopf und Logo Muster-Heizkostenverteiler-Unternehmen

Muster-Heizkostenverteiler-Unternehmen, Musterstr. 7, 12345 Musterstadt

Herrn
Max Mustermann
Musterstr. 4
52321 Musterdorf

Liegenschaft-Nr.:	12345
Liegenschaft:	Musterstr. 4 54321 Musterdorf
Wohnung:	VH, 4.OG, Nr. 1 rechts

Heizkostenabrechnung
Abschnitt 1: Berechnung und Verteilung des Verbrauchs

Zählerstände und Ablesewerte Liegenschaft	Zähler-Nr.	Raum	von	bis	Endstand	- Anfangsstand	= Differenz
Erdgaszähler	700402101	HZG	01.01.13	31.12.13	113.900 m³	100.000 m³	13.900 m³
Unterzähler Strom							
Wärmezähler Warmwasser	800703142	HZG	01.01.13	31.12.13	300.000 kWh	250.000 kWh	50.000 kWh
Summe Zählerstände Warmwasser Liegenschaft			01.01.13	31.12.13			450,5 m³
Summe HKV-Einheiten Liegenschaft			01.01.13	31.12.13			64.350

Zählerstände und Ablesewerte Wohnung	Zähler-Nr.	Raum	von	bis	Endstand	- Anfangsstand	= Differenz
Heizkosten-Verteiler	00012	BD	01.01.13	31.12.13	1.500	0	1.500
Heizkosten-Verteiler	00013	KI	01.01.13	31.12.13	2.000	0	+ 2.000
Heizkosten-Verteiler*	00014	WZ	01.01.13	31.12.13	4.000	0	+ 4.000
Heizkosten-Verteiler	00015	KU	01.01.13	31.12.13	1.200	0	+ 1.200
Heizkosten-Verteiler	00015	SZ	01.01.13	31.12.13	300	0	+ 300
Summe Heizkostenverteiler							**= 9.000**
Warmwasserzähler	54002	BD	01.01.13	31.12.13	127 m³	97 m³	30 m³
Warmwasserzähler	34112	KU	01.01.13	31.12.13	142 m³	122 m³	+ 20 m³
Summe Warmwasserzähler							**= 50 m³**

Aufteilung des Energieverbrauchs der Liegenschaft	Verbrauch		Heizwert	Verbrauch	≙ Anteil
Energieverbauch (Erdgaszähler)	13.900 m³	x	10 kWh/m³	= 139.000 kWh	100 %
davon Energieverbrauch Warmwasser (Wärmezähler)				- 50.000 kWh	36 %
davon Energieverbrauch Raumheizung (berechnet)				= 89.000 kWh	64 %

Energieverbrauch der Wohnung	Verbrauch	x Schlüssel in %	: Liegenschaft	x Wohnung	= Verbrauch Wohnung
Energieverbrauch Raumheizung verbrauchsunabhängig	89.000 kWh	30 %	1.000 m²	100 m²	2.670 kWh
Energieverbrauch Raumheizung verbrauchsabhängig	89.000 kWh	70 %	64.350 HKV	9.000 HKV	+ 8.713 kWh
Zwischensumme Energieverbrauch Raumheizung					**=11.383 kWh**
Energieverbrauch Warmwasser verbrauchsunabhängig	50.000 kWh	30 %	1.000 m²	100 m²	1.500 kWh
Energieverbrauch Warmwasser verbrauchsabhängig	50.000 kWh	70 %	450,5 m³	50 m³	+ 3.885 kWh
Zwischensumme Energieverbrauch Warmwasser					**= 5.385 kWh**
Gesamtsumme Energieverbrauch Wohnung					**=16.768 kWh**

Endenergieverbrauch der Liegenschaft	Verbrauch	: Wohnfläche	: Faktor Nutzfläche	x Faktor Witterung	= Kennwert je m²
Energieverbrauch Raumheizung (witterungsbereinigt)	89.000 kWh	1.000 m²	1,2	1,08	80 kWh
Energieverbrauch Warmwasser	50.000 kWh	1.000 m²	1,2	1,0	+ 42 kWh
Summe Endenergieverbrauch im Abrechnungszeitraum					**= 122 kWh**

Endenergieverbrauch der Wohnung	Verbrauch	: Wohnfläche	: Faktor Nutzfläche	x Faktor Witterung	= Kennwert je m²
Energieverbrauch Raumheizung (witterungsbereinigt)	11.383 kWh	100 m²	1,2	1,08	102 kWh
Energieverbrauch Warmwasser	5.385 kWh	100 m²	1,2	1,0	+ 45 kWh
Summe Endenergieverbrauch im Abrechnungszeitraum					**= 147 kWh**

Erfassungsrate	Summe HKV-Einheiten Gebäude		Energieverbrauch Raumheizung		Rechenwert Nutzungsgrad		Erfassungsrate
Erfassungsrate Raumheizung Gebäude	64.350	:	(89.000 kWh	x	80 %)	=	90 %

*Bei mit Sternchen gekennzeichneten Angaben handelt es sich um Schätzwerte.

Anmerkung: Erläuterungen und ein Glossar finden Sie in Abschnitt 5.

Briefkopf und Logo Muster-Heizkostenverteiler-Unternehmen

Muster-Heizkostenverteiler-Unternehmen, Musterstr. 7, 12345 Musterstadt

Herrn
Max Mustermann
Musterstr. 4
52321 Musterdorf

Liegenschaft-Nr.:	12345
Liegenschaft:	Musterstr. 4 54321 Musterdorf
Wohnung:	VH, 4.OG, Nr. 1 rechts

Heizkostenabrechnung
Abschnitt 2: Berechnung und Verteilung der Kosten

Einheitliche Kosten der Liegenschaft	Rechnungsdatum	Anzahl		Betrag
Energiekosten (Brennstoffkosten)				
Erdgas GASAG	08.05.14			
Grundkosten Tarif GASAG-Komfort		12 Monate		300,00 €
Verbrauchskosten Tarif GASAG-Komfort		139.000 kWh	+	10.106,55 €
Zwischensumme Erdgas			=	**10.406,55 €**
Hilfsenergie (Betriebsstrom)				
Stromkosten Vattenfall Berlin Klasik	31.12.13		+	300,00 €
Zwischensumme Energiekosten			=	**10.706,55 €**
Heiznebenkosten				
Wartung der Heizanlage (Firma Sanitär&Bad, Musterdorf)	17.11.13			500,00 €
Emissionsmessung (Firma Kehrgut, Musterdorf)	30.09.13		+	50,00 €
Verbrauchserfassung (Firma XY, Musterdorf)	31.12.13		+	595,00 €
Zwischensumme Heiznebenkosten			=	**1.145,00 €**
Gesamtsumme einheitliche Kosten der Liegenschaft			=	**11.851,55 €**

Zusatzkosten Warmwasser (Bsp. für Zusatzposition)	Rechnungsdatum	Anzahl	≙	Betrag
Miete Warmwasserzähler	31.12.13	20 Zähler		200,00 €
Summe Zusatzkosten Warmwasser				**200,00 €**

Kosten Warmwasserbereitung der Liegenschaft	Anteil		Betrag
Summe einheitliche Kosten der Liegenschaft (Basis für die Berechnung)	100,0 %		11.851,55 €
davon einheitliche Warmwasserkosten (gemäß Aufteilung Abschnitt 1)	36,0 %	-	4.263,15 €
Summe Zusatzkosten Warmwasser		-	200,00 €
Summe Warmwasserkosten		=	**4.463,15 €**

Kosten Raumheizung der Liegenschaft		Betrag
Summe einheitliche Kosten der Liegenschaft		11.851,55 €
abzgl. einheitliche Warmwasserkosten der Liegenschaft	-	4.263,15 €
Summe Kosten Raumheizung	=	**7.588,40 €**

Verteilung der Kosten der Liegenschaft	Anteil	≙	Betrag	: Verteilung über Einheit		=	Betrag je Einheit
Kosten für Raumheizung	100 %		7.588,40 €				
Verbrauchsunabhängige Kosten	30 %		2.276,52 €	1.000 m²	Wohnfläche		2,28 €
Verbrauchsabhängige Kosten	70 %		5.311,88 €	64.350	HKV-Einheiten		0,08 €
Warmwasserkosten	100 %		4.463,15 €				
Verbrauchsunabhängige Kosten	30 %		1.338,94 €	1.000 m²	Wohnfläche		1,34 €
Verbrauchsabhängige Kosten	70 %		3.124,20 €	450,5 m³	Warmwasser		6,93 €

Kosten der Wohnung	Ihre Einheiten	x	Betrag je Einheit	=	Betrag
Kosten für Raumheizung					
Verbrauchsunabhängige Kosten	100 m²	Wohnfläche	2,28 €		227,65 €
Verbrauchsabhängige Kosten	9.000	HKV-Einheiten	0,08 €	+	742,92 €
Warmwasserkosten					
Verbrauchsunabhängige Kosten	100 m²	Wohnfläche	1,34 €	+	133,89 €
Verbrauchsabhängige Kosten	50 m³	Warmwasser	6,93 €	+	346,75 €
Summe Kosten der Wohnung				=	**1.451,22 €**

Anmerkung: Erläuterungen und ein Glossar finden Sie in Abschnitt 5.

„Standardisierte Abrechnung“ aus dem Projekt „Rechtliche Hemmnisse für den Klimaschutz bei der Planung von Gebäuden“ (UFOPLAN-Projekt FKZ 3712 18 102).

Abrechnung der Brutto-Netto-Bezüge

Oktober

Pers.-Nr. 1	Abteilung	Kst.-St.	SV-Nummer		Steuer ID Nr.
Eintritt 01.01.2017	Austritt	Geb.datum [redacted]	Kasse	AOK BW-HV	St.Kl. (Faktor) / Kinder 1 / 0.0
		Personengruppe 101	KV / AN-Beitrag KV	14.60% / 8.30%	Konfession –
			PV-Zuschlag	ja / 0.25%	Freibetrag mtl. / jährl.
			Gleitzone nein	MFB ja	Hinzurech. mtl. / jährl.

	SV-Tage				St.-Tage
	KV	RV	AV	PV	
monatlich	30	30	30	30	30
kumuliert	300	300	300	300	300
BGR	1	1	1	1	

Urlaub Vorjahr	0,00	Urlaub - monatlich genommen	0,00
Urlaubsanspruch	30,00	Resturlaub	30,00

Meine tolle Firma
Superstraße 1, 77707 Fritzburg

Herrn
Max Mustermann
Maxstraße 3
77707 Fritzburg

Lohnart	Bezeichnung	bezahlte Menge	Faktor	%-Zuschlag	St*	SV*	GB*	Betrag
1	Lohn	176,00	17,5000		L	L	J	3.080,00 EUR
18	Erschwerniszulage	120,00	0,7500		L	L	J	90,00 EUR
960	Feiertagszuschlag (125%) steuerfrei	16,00	13,3875		F	F	J	214,20 EUR
970	Feiertagszuschlag (125%) pflichtig	16,00	8,4875		L	L	J	135,80 EUR

Gesamtbrutto
3.520,00 EUR

Steuer / Sozialversicherung

Steuer - Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	SolZ	KV - Brutto	PV - Brutto	Steuerrechtl. Abzüge
3.305,80 EUR	513,33 EUR	0,00 EUR	28,23 EUR	1.878,34 EUR	1.878,34 EUR	541,56 EUR
Σ 3.305,80 EUR	Σ 513,33 EUR	Σ 0,00 EUR	Σ 28,23 EUR	Σ 1.878,34 EUR	Σ 1.878,34 EUR	Σ 541,56 EUR

RV - Brutto	AV - Brutto	KV - Beitrag	PV - Beitrag	RV - Beitrag	AV - Beitrag	SV - rechtl. Abzüge
2.527,37 EUR	2.527,37 EUR	155,90 EUR	28,65 EUR	236,31 EUR	37,91 EUR	458,77 EUR
Σ 2.527,37 EUR	Σ 2.527,37 EUR	Σ 155,90 EUR	Σ 28,65 EUR	Σ 236,31 EUR	Σ 37,91 EUR	Σ 458,77 EUR

Σ Gesamtsumme

Nettoentgelt
2.519,67 EUR

Aufgelaufene Jahreswerte	
Gesamtbrutto	Steuer - Brutto
35.920,00 EUR	35.705,80 EUR
Lohnsteuer	Kirchensteuer
5.866,80 EUR	0,00 EUR
SolZ	KV - Brutto
322,62 EUR	29.387,77 EUR
PV - Brutto	RV - Brutto
29.387,77 EUR	32.101,79 EUR
AV - Brutto	KV - Beitrag
32.101,79 EUR	2.439,20 EUR
PV - Beitrag	RV - Beitrag
448,17 EUR	3.001,53 EUR
AV - Beitrag	VWL - Gesamt
481,52 EUR	0,00 EUR
Betriebl. Altersversorgung	Auszahlungsbetrag
0,00 EUR	23.360,16 EUR

Nr.	Netto - Bezüge / Netto - Abzüge

IBAN:
BIC:
Bank:

Summe Netto Be-/Abzüge
0,00 EUR
Auszahlungsbetrag
2.519,67 EUR

1 Tabellenersatzgelt: Es wird die Tageslohnsteuertabelle angewendet und oder die automatische Lohnsteuerberechnung durchgeführt.

* Jeder Abrechnung, SV-Beiträge werden vom Arbeitgeber entrichtet, B=Einmalbezug, F=Frei, L=Laufender Bezug, M=Mehrjährige Vergütung, P=Pauschale Versteuerung, S=Sonstiger Bezug, V=Vorjahr, G=Gesamtbrutto, J=Mit Auswirkung auf das Gesamtbrutto, N=Ohne Auswirkung auf das Gesamtbrutto

Eingabebescheinigung nach § 108 Absatz 3 Satz 1 der Gewerbeordnung

Strom

Einspeisevertrag

Einspeisung aus einer Photovoltaikanlage

zwischen dem Anlagenbetreiber: **Max Mustermann, Musterstraße 12, 12345 Musterstadt**
(nachfolgend „Einspeiser“ genannt)

und dem Netzbetreiber: **TWL Netze GmbH, Industriestraße 3, 67063 Ludwigshafen**
(nachfolgend „Netzbetreiber“ genannt)

1. Daten der PV-Anlage

Anschlussstelle	Straße Hausnummer PLZ Ludwigshafen
Erzeugungsleistung	XX kWp
Einspeisespannung	**0,4 kV / 20 kV** bei einer Nennfrequenz von ca. 50 Hz
Parallelbetrieb mit	Niederspannungsnetz / Mittelspannungsnetz
Erstinbetriebnahme-Datum[1]	TT.MM.JJJJ
01.12.2023	TT.MM.JJJJ
Marktlokations-ID	XY
Marktstammdatenregister-Nummer	SEE-XY
Art der Einspeisung	Volleinspeisung / Überschusseinspeisung
Einspeisemanagement[2] ab 25 kWp	Nicht relevant / Technische Einrichtung zur ferngesteuerten Reduzierung der Einspeiseleistung (TRE)

Messeinrichtung	Einspeisung	Erzeugung – falls vorhanden
Art der Messeinrichtung	mME / LGZ / iMsys	mME / LGZ / iMsys
Messeinrichtung Fernauslesbar	Ja / Nein	Ja / Nein
Messlokations-ID	XX	XX
Messstellenbetreiber[3]	TWL Netze /Dritte	TWL Netze / Dritte /

2. Rechtliche Grundlagen

2.1. Gegenstand dieses Vertrages ist die Einspeisung, Abnahme und Vergütung von Strom im Sinne des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023; im Folgenden: EEG) in der jeweils gültigen Fassung. Nicht Gegenstand dieser Vereinbarung ist der Bezug von Strom durch den Einspeiser sowie die insoweit erforderliche Netznutzung.

[1] Gemäß Inbetriebnahmebegriff nach § 3 Nr. 30 EEG, dies kann unabhängig der Zählersetzung erfolgt sein

[2] Gemäß § 9 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

[3] Anfallende Kosten für den Messstellenbetrieb gemäß aktuellem Preisblatt „Jährliche Kosten für Messstellenbetrieb und Abrechnung von Erzeugungsanlagen“; Vertrag als **Anlage 5** beigefügt.

2.2. Planung Errichtung, Anschluss, Betrieb, Instandhaltung und Änderung der Erzeugungsanlage sowie Messstellenbetrieb und Messung sind nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Hierbei sind die einschlägigen DIN-VDE-Normen[4] sowie die im Internet (www.twl-netze.de) veröffentlichten technischen Anschlussbedingungen (TAB) (**Anlage 3**) und die Voraussetzungen für den Anschluss einer Erzeugungsanlage mit einer installierten Leistung ab 135 kWp (**Anlage 3**) zu beachten.

Dabei insbesondere:

- Bei Niederspannungsanlagen,
  - die „Richtlinie für Anschluss und Parallelbetrieb von Eigenerzeugungsanlagen am Niederspannungsnetz" (VDE-AR-N 4105)
- Bei Mittelspannungsanlagen,
  - die „Richtlinie für Anschluss und Parallelbetrieb von Eigenerzeugungsanlagen am Mittelspannungsnetz" (VDE-AR-N 4110).

3. Technische Änderungen / Mängel

3.1. Der Netzbetreiber ist berechtigt, vom Einspeiser Änderungen an zu errichtenden oder bestehenden Photovoltaikanlagen zu verlangen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung der Kunden des Netzbetreibers erforderlich ist. Die hierdurch entstehenden Kosten trägt der Einspeiser.

Der Einspeiser wird bei beabsichtigten Änderungen oder Erweiterungen seiner Photovoltaikanlage den Netzbetreiber hierüber vorher unterrichten und, soweit diese Maßnahmen Auswirkungen auf den Parallelbetrieb haben können (z. B. bei Änderung der Scheinleistung der Photovoltaikanlage, Auswechslung der Schutzeinrichtungen oder Änderung der Kompensationseinrichtungen), vor deren Durchführung die Zustimmung des Netzbetreibers einholen.

3.2. Der Netzbetreiber ist bei Mängeln an der Photovoltaikanlage des Einspeisers oder bei Mängeln in der Führung des Parallelbetriebes, die jeweils Rückwirkungen auf das Netz des Netzbetreibers oder Anlagen Dritter zur Folge haben, nach vorheriger Ankündigung gegenüber dem Einspeiser zur Trennung der Photovoltaikanlage vom Netz berechtigt. Besteht im Falle möglicher Rückwirkungen auf das Netz des Netzbetreibers und daraus resultierenden Gefahren für Leib oder Leben von Dritten oder der Gefahr der Beschädigung des Versorgungsnetzes oder einer Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit die Notwendigkeit von sofortigen Gegenmaßnahmen, genügt eine nachträgliche Benachrichtigung.

4. Vergütung

4.1. Der Netzbetreiber nimmt die erzeugte elektrische Energie der Erzeugungsanlage an der Übergabestelle ab und vergütet diese nach den gesetzlichen Vorgaben.

4.2. Die finanzielle Förderung für den Strom aus der betreffenden Photovoltaikanlage des eingespeisten Stroms, richtet sich nach dem EEG. Dabei sind die Tatbestände zur Verringerung der Einspeisevergütung nach §§ 51 ff. EEG zu beachten.

4.3. Einspeiseanlagen mit einer installierten Leistung von größer 100 kW unterliegen gemäß § 21 EEG der Direktvermarktungspflicht oder müssen den Strom vor Ort selbst verbrauchen.

4.4. Der finanziellen Förderung ist die jeweils gültige Umsatzsteuer hinzuzurechnen. Der Einspeiser ist verpflichtet, dem Netzbetreiber anzuzeigen, wenn und soweit er nicht mehr umsatzsteuerpflichtig ist.

4.5. Der Einspeiser hat das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Zahlung der finanziellen Förderung nach EEG nachzuweisen. Insbesondere ist der Einspeiser nach dem EEG verpflichtet, die Stammdaten der PV-Anlage im Marktstammdatenregister einzutragen.[5]

5. Ablesung und Abrechnung

5.1. Die unter Punkt 1 genannten Messeinrichtungen werden jährlich durch den Einspeiser, bei registrierender Leistungsmessung (RLM) oder intelligentem Messsystem (iMsys) monatlich mittels Fernabfrage, abgelesen. Darüber hinaus ist der Netzbetreiber berechtigt, Zwischenablesungen auf eigene Kosten vorzunehmen (**Anlage 1**).

Die Abrechnung der eingespeisten elektrischen Energie der PV-Anlage erfolgt daher:

- bei Anlagen <u>mit</u> Fernauslesung monatlich durch den Netzbetreiber.[6]
- Anlagen <u>ohne</u> Fernauslesung erhalten eine Jahresabrechnung zum 31.12. eines jeden Jahres und (i.d.R.) gemäß § 26 Abs. 1 EEG monatliche Abschlagszahlung auf die zu erwartende Jahresvergütung.[7]

---

[4] Weitere Informationen sind auf der Homepage des Verbands der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. (VDE) unter https://www.vde.com/de abrufbar

[5] Weitere Informationen zur Registrierung sind auf der Homepage des Marktstammdatenregisters zu entnehmen: https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR

[6] Abrechnungsentgelt für RLM siehe **Anlage 5**

[7] Detailfragen zur Berechnung der Abschläge sind unseren FAQs zu entnehmen: https://www.twl-netze.de/fuer-einspeiser/faqs/

5.2. Für die Jahresabrechnung erfolgt die Ablesung (zum 31.12. des Jahres) der PV-Anlage durch den Einspeiser. Dieser teilt den Zählerstand **bis zum 08. Januar des Folgejahres** dem Netzbetreiber mit. Der Netzbetreiber berechnet anhand der übermittelten Zählerstände die Jahreseinspeisevergütung und ermittelt den Differenzbetrag, der entweder vom Netzbetreiber (im Fall von zu gering ausgezahlten Abschlagszahlungen) nachzuvergüten oder vom Einspeiser (im Fall von zu hoch ausgezahlten Abschlagszahlungen) zurückzuerstatten ist. Der Differenzbetrag wird auf ein jeweils zu benennendes Bankkonto überwiesen.

5.3. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

6. Messung

6.1. Die TWL Netze stellt für den Messstellenbetrieb (Einbau, Betrieb und Wartung der Messeinrichtungen) ein Entgelt gemäß der im Internet (www.twl-netze.de) veröffentlichten Preisblätter in Rechnung, sofern TWL Netze Messstellenbetreiber der entsprechenden Messeinrichtung ist.[8]

6.2. Jeder Vertragspartner kann jederzeit eine Prüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 39 des Mess- und Eichgesetzes verlangen. Ergibt die Nachprüfung keine über die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen hinausgehenden Abweichungen, so hat der Antragsteller, im anderen Fall der Eigentümer der Messeinrichtung, die Kosten der Nachprüfung zu tragen.

6.3. Ergibt eine Nachprüfung der Messeinrichtungen ein Überschreiten der gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler an der Messeinrichtung oder in der Ermittlung der eingespeisten Energie festgestellt, so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag erstattet bzw. nachentrichtet. Kann die Höhe des Fehlers nicht einwandfrei angegeben bzw. festgestellt werden oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so wird für den betreffenden Zeitraum die eingespeiste elektrische Energie durch den Einspeiser und den Netzbetreiber einvernehmlich auf der Grundlage der Vorjahreseinspeisung festgestellt. Die tatsächlichen Verhältnisse werden dabei angemessen berücksichtigt.

7. Redispatch 2.0

7.1. Die folgenden Regelungen gelten nur, wenn die PV-Anlage verpflichtet ist am Redispatch 2.0 teilzunehmen und eine Zusatzvereinbarung mit TWL Netze GmbH geschlossen wurde.

7.2. Der Einspeiser verpflichtet sich, dem Netzbetreiber alle Daten mitzuteilen, die nach den jeweils geltenden Festlegungen der Bundesnetzagentur (im Folgenden: BNetzA), derzeit der Festlegung zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen vom 06.11.2020, Az. BK6-20-059 (im Folgenden: Festlegung zum bilanziellen Ausgleich) und zur Informationsbereitstellung von Redispatch-Maßnahmen vom 23.03.2021, Az. BK6-20-061 (im Folgenden: Festlegung zur Informationsbereitstellung) mitzuteilen sind. Satz 1 gilt mit Blick auf ggf. einzuhaltende Fristen entsprechend. Der Einspeiser wird dem Netzbetreiber die Stammdaten nach der Festlegung zur Informationsbereitstellung, spätestens vier Wochen vor der Inbetriebnahme mitteilen.

7.3. Der Einspeiser wird die Daten nach Absatz 1 über die Kommunikationsschnittstelle „Connect+“ mitteilen, soweit diese Daten über „Connect+“ mitgeteilt werden können. Daten, die nicht über die Kommunikationsschnittstelle „Connect+“ mitgeteilt werden können (gegenwärtig insbesondere Abrechnungs-, Bilanzierungs- und Echtzeitdaten), wird der Einspeiser dem Netzbetreiber unter Berücksichtigung der Formatvorgaben der BNetzA gemäß der Festlegungen nach Absatz 1 an die separat vereinbarte E-Mail-Adresse mitteilen.

7.4. Der Einspeiser teilt dem Netzbetreiber mit einem Vorlauf von mindestens 10 Werktagen mit, wer die Rolle des Einsatzverantwortlichen (im Folgenden: EIV) und/oder des Betreibers der technischen Ressource (im Folgenden: BTR) i. S. d. unter Absatz 1 genannten Festlegungen der BNetzA wahrnimmt und wer demgemäß die Rechte und Pflichten des EIV bzw. BTR übernimmt. Die jeweilige Rolle kann der Einspeiser selbst übernehmen oder einem Dritten übertragen. Satz 1 gilt sowohl bezogen auf die Technische Ressource im Sinne der Festlegung zur Informationsbereitstellung, als auch ggf. bezogen auf die Steuerbare Ressource im Sinne der Festlegung zur Informationsbereitstellung. Dem Einspeiser ist bekannt, dass er auch bei Beauftragung Dritter für die Erfüllung der Pflichten nach diesem Paragraphen nach außen hin der Verpflichtete bleibt.

7.5. Der Einspeiser wird dem Netzbetreiber mit einem Vorlauf von mindestens 10 Werktagen mitteilen, wenn er als Bilanzierungsmodell zur Abwicklung des Redispatch 2.0 anstelle des Prognosemodells das Planwertmodell wählen möchte. Bei Wahl des Planwertmodells muss der Einspeiser nachweisen, dass er die Anforderungen des „Kriterienkatalogs Planwertmodell“ im Anhang der Anlage 1 der Festlegung zum bilanziellen Ausgleich erfüllt. Wenn der Einspeiser keine Wahl zum Bilanzierungsmodell trifft oder die Anforderungen des „Kriterienkatalogs Planwertmodell“ nicht erfüllt, gilt das Prognosemodell als vereinbart, sofern nicht das Planwertmodell verpflichtend ist.

[8] Vgl. auch das Recht nach § 10a EEG zur freien Wahl des Messstellenbetreibers.

7.6. Maßnahmen des Netzbetreibers erfolgen nach § 13a Abs. 1 EnWG in der ab dem 08.10.2023 geltenden Fassung (im Folgenden: **EnWG**).gemäß separater Vereinbarung über den Duldungsfall oder den Aufforderungsfall im Sinne der Festlegung zum bilanziellen Ausgleich gemäß Absatz 1.

7.7. Der Netzbetreiber wird den Einspeiser per E-Mail unverzüglich informieren, wenn die Anlage zu einer Redispatch-Maßnahme herangezogen worden ist und dabei den tatsächlichen Zeitpunkt, den Umfang, die Dauer und die Gründe für die Redispatch-Maßnahme mitteilen.

8. Zutrittsrecht

7.1. Der Einspeiser hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers den Zutritt zu seinem Grundstück sowie zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen der Photovoltaikanlage oder zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag, insbesondere zur Ablesung und zur Überprüfung der Messeinrichtungen, erforderlich ist. Dies gilt unabhängig davon, ob der Netzbetreiber die Messeinrichtungen stellt.

8. Haftung und höhere Gewalt

8.1. Die wechselseitige Haftung der Vertragspartner richtet sich nach den in § 18 NAV (**Anlage 4**) festgelegten Bestimmungen. In allen übrigen Fällen ist die Haftung der Vertragspartner sowie ihrer Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.[9]

8.2. Die Verpflichtungen des Netzbetreibers aus diesem Vertrag zur Abnahme des angebotenen EEG-Stroms und Auszahlung der finanziellen Förderung entfallen, soweit und solange der Netzbetreiber durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, an der Abnahme bzw. der Einspeisung oder der Fortleitung der elektrischen Energie gehindert ist. Die Abnahmepflicht sowie die Pflicht zur Auszahlung der finanziellen Förderung entfallen ebenfalls, soweit die Einspeisung bei Betriebsstörungen oder zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten oder zur Vermeidung eines drohenden Netzzusammenbruchs oder einer drohenden Netzüberlastung auf Verlangen des Netzbetreibers eingestellt werden muss. Der Einspeiser unterrichtet den Netzbetreiber unverzüglich über Störungen oder Schäden an den Stromzuführungseinrichtungen oder der Photovoltaikanlage.

9. Vertragsdauer

9.1. Dieser Vertrag tritt am 01.12.2023 in Kraft und läuft unbefristet.

9.2. Beide Vertragspartner sind berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von vier Wochen zum Quartalsende zu kündigen.

9.3. Darüber hinaus endet dieser Vertrag, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit dem Auslaufen der für die in Punkt 1 genannte Photovoltaikanlage vom EEG vorgesehenen Förderdauer oder mit dem Außerkrafttreten oder der Unwirksamkeit des EEG.

9.4. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

10. Rechtsnachfolge

10.1. Die Vertragsparteien sind berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag durch Rechtsgeschäft auf einen Dritten zu übertragen. Die Übertragung wird jedoch erst rechtswirksam, wenn der Rechtsnachfolger seinen Eintritt in diesen Vertrag gegenüber dem verbleibenden Vertragspartner schriftlich erklärt und dieser sein schriftliches Einverständnis dazu gibt. Das Einverständnis darf nicht verweigert werden, wenn der Dritte sichere Gewähr für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten des übertragenden Vertragspartners bietet.

[9] Vgl. § 10 EEG 2023

11. Salvatorische Klausel

11.1. Sollten einzelne vorhandene oder zukünftig ergänzte Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder lückenhaft sein oder werden, wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen dadurch nicht berührt.

11.2. Die Vertragspartner werden anstelle der unwirksamen oder lückenhaften Bestimmung eine Regelung vereinbaren, die wirtschaftlich den mit dem Vertrag verfolgten Zwecken und den Vorstellungen der Vertragspartner in gesetzlich erlaubter Weise am nächsten kommt.

12. Schriftformklausel

12.1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nur wirksam, wenn sie schriftlich abgefasst und von den Vertragspartnern unterzeichnet wurden. Mündliche Nebenabreden, auch über die Aufhebung der Schriftform, sind unwirksam.

_____ ,	_____	Ludwigshafen ,	28.02.2024
Ort	*Datum*		
_____		i.A. _____	i. A. _____
Einspeiser		*Netzbetreiber*	

Folgende <u>Anlagen</u> sind Bestandteil dieses Vertrages:

Anlage 1:	Inbetriebnahmeunterlagen wie bei Inbetriebnahme vom Anlagenbetreiber unterzeichnet (liegen dem Anlagenbetreiber vor)
Anlage 2:	Lageplan Photovoltaikanlage und Einspeisungs-, Übergabe- und Anschlusspunkte, Eigentumsgrenze (liegt dem Anlagenbetreiber vor)
Anlage 3:	Technische Anschlussbedingungen des Netzbetreibers (TAB)* www.twl-netze.de/fuer-netzkunden/technische-anschlussbedingungen/
Anlage 4:	Niederspannungsanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. Juli 2022 (BGBl. I S. 1214) geändert worden ist (NAV)* https://www.gesetze-im-internet.de/nav/
Anlage 5:	Aktuelles Preisblatt – Jährliche Kosten für Messstellenbetrieb und Abrechnung von Erzeugungsanlagen
Anlage 6:	Information zum Datenschutz
Anlage 7:	Widerrufsbelehrung

*Falls kein Zugang zum Internet besteht, stellen wir Ihnen die Anlagen gerne zur Verfügung.

Wohnungsgeberbestätigung zur Vorlage bei der Meldebehörde

(§ 19 Bundesmeldegesetz (BMG))

Auszug aus § 19 Abs. 1 Satz 1 und 2 BMG
Mitwirkung des Wohnungsgebers

(1) Der Wohnungsgeber ist verpflichtet, bei der An- oder Abmeldung mitzuwirken. Hierzu hat der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person der meldepflichtigen Person den Einzug oder den Auszug schriftlich oder elektronisch innerhalb der in § 17 Absatz 1 oder 2 genannten Fristen (zwei Wochen) zu bestätigen.

Angaben zum Wohnungsgeber:

Familienname / Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ / Ort: _____

Straße / Hausnummer / Adressierungszusätze: _____

☐ Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig **Eigentümer** der Wohnung *oder*

☐ Der Wohnungsgeber ist **nicht Eigentümer** der Wohnung. Der Name und die Anschrift des **Eigentümers** lauten:

Familienname / Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ / Ort: _____

Straße / Hausnummer / Adressierungszusätze: _____

Anschrift der Wohnung in die eingezogen oder aus der ausgezogen wird:

PLZ / Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Zusatzangaben (z.B. Stockwerks- oder Wohnungsnummer): _____

In die oben genannte Wohnung ist/sind am _____ (Datum Ein-/Auszug) folgende Person/en ☐ **eingezogen:** ☐ **ausgezogen:**

Folgende Person/Personen ist/sind in die angegebene Wohnung ein - bzw. ausgezogen:

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

☐ weitere Personen siehe Rückseite.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift den Ein- bzw. Auszug der oben genannten Person(en) in die oben bezeichnete Wohnung und dass ich als Wohnungsgeber oder als beauftragte Person diese Bescheinigung ausstellen darf.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass ich ordnungswidrig handle, wenn ich hierzu nicht berechtigt bin und dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung eines Wohnsitzes einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch einen Dritten weder stattfindet noch beabsichtigt ist.

Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1000 Euro geahndet werden.

_____ Datum

_____ Unterschrift des **Wohnungsgebers** *oder* des **Wohnungseigentümers**

Name, Vorname	Geburtsdatum	Sachb.-Nr./DST: /
		Pers.-Nr.:
Anschrift		

Bescheinigung von der Krankenkasse für den Berechtigten (Punkt 1 ausfüllen)
den Angehörigen bzw. Kinder (Punkt 2 oder 3 ausfüllen)

Von der Kranken-, Pflegeversicherung/Kranken-, Pflegekasse auszufüllen!

Seit dem 01.01.2020 können Brandenburger Beamtinnen und Beamte, sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die eine gesetzliche oder private Krankheitskostenvollversicherung nachweisen, eine monatliche Pauschale (pauschale Beihilfe) erhalten.

Diese Bescheinigung dient zur Vorlage bei der Zentralen Bezügestelle zur Überprüfung der gezahlten pauschalen Beihilfe.
Die Vorlage der Bescheinigung für das Finanzamt ist nicht ausreichend, da für die Überprüfung der gezahlten pauschalen Beihilfe die festgesetzten monatlichen Beiträge zur Krankenversicherung Grundlage sind. Dabei ist es unerheblich, wann die Beiträge der Krankenkasse zugeflossen sind.

1. Es wird hiermit bescheinigt, dass Frau/Herr

Name, Vorname geboren am:

im Kalenderjahr: von bis

freiwillig gesetzlich versichert war.

privat krankenvollversichert (ohne Anspruch auf Beihilfe) war.

Für den o. g. Zeitraum wurden folgende Beträge zur Krankenversicherung festgesetzt: (Wann die Krankenkassenbeiträge gezahlt wurden, ist dabei unerheblich.)

Monat	Krankenversicherung* in Euro	Zusatzbeitrag in Euro	Pflegeversicherung in Euro
Januar			
Februar			
März			
April			
Mai			
Juni			
Juli			
August			
September			
Oktober			
November			
Dezember			
Prämienzahlungen			Euro
Beitragsrückerstattungen privater Krankenversicherungen (z. B. für leistungsfreie Jahre), soweit sie auf Versicherungsbeiträgen für GKV - entsprechende Leistungen (Basisabsicherung) beruhen:			Euro

* Bei einer privaten Krankenvollversicherung ist nur der Basistarif zu bescheinigen.

Hinweis:
Bonuszahlungen der GKV (z. B. Zuschüsse zu bestimmten Gesundheitskursen) werden bei der pauschalen Beihilfe nicht berücksichtigt.

2. Der berücksichtigungsfähige Angehörige

Name, Vorname geboren am:

ist hier im Kalenderjahr: von bis

freiwillig gesetzlich versichert.

privat krankenversichert.

privat krankenversichert mit einer Anwartschaftsversicherung.

Für den o. g. Zeitraum wurden folgende Beträge zur Krankenversicherung festgesetzt: (Wann die Krankenkassenbeiträge gezahlt wurden, ist dabei unerheblich.)

Monat	Krankenversicherung* in Euro	Zusatzbeitrag in Euro	Pflegeversicherung in Euro
Januar			
Februar			
März			
April			
Mai			
Juni			
Juli			
August			
September			
Oktober			
November			
Dezember			
Prämienzahlungen			Euro
Beitragsrückerstattungen privater Krankenversicherungen (z. B. für leistungsfreie Jahre), soweit sie auf Versicherungsbeiträgen für GKV - entsprechende Leistungen (Basisabsicherung) beruhen:			Euro

* Bei einer privaten Krankenvollversicherung ist nur der Basistarif zu bescheinigen.

Hinweis:
Bonuszahlungen der GKV (z. B. Zuschüsse zu bestimmten Gesundheitskursen) werden bei der pauschalen Beihilfe nicht berücksichtigt.

3. Folgendes Kind/Folgende Kinder

Name, Vorname geboren am:

ist/sind hier im Kalenderjahr: von bis

familienversichert.

pflichtversichert.

freiwillig gesetzlich versichert.

privat krankenversichert.

privat krankenversichert mit einer Anwartschaftsversicherung.

Für den o. g. Zeitraum wurden folgende Beträge zur Krankenversicherung festgesetzt: (Wann die Krankenkassenbeiträge gezahlt wurden, ist dabei unerheblich.)

Monat	Krankenversicherung* in Euro	Zusatzbeitrag in Euro	Pflegeversicherung in Euro
Januar			
Februar			
März			
April			
Mai			
Juni			
Juli			
August			
September			
Oktober			
November			
Dezember			
Prämienzahlungen			Euro
Beitragsrückerstattungen privater Krankenversicherungen (z. B. für leistungsfreie Jahre), soweit sie auf Versicherungsbeiträgen für GKV - entsprechende Leistungen (Basisabsicherung) beruhen:			Euro

* Bei einer privaten Krankenvollversicherung ist nur der Basistarif zu bescheinigen.

Hinweis:
Bonuszahlungen der GKV (z. B. Zuschüsse zu bestimmten Gesundheitskursen) werden bei der pauschalen Beihilfe nicht berücksichtigt.

Datenschutzhinweis:

Die mit diesem Fragebogen zu erhebenden personenbezogenen Daten werden unter Beachtung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG), insbesondere des § 26 BbgDSG verarbeitet. Ihre Angaben sind erforderlich, um die Erstattung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in richtiger Höhe berechnen und zahlen zu können.

Beachten Sie bitte auch die Informationen zu den datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der DSGVO auf der Internetseite der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg unter zbb.brandenburg.de in der Rubrik Service/Erklärung zum Datenschutz.

Handschriftliche Unterschrift(en) erforderlich

Stempel der Kranken-, Pflegeversicherung bzw. Kranken-, Pflegekasse

Datum und Unterschrift

DRUCKEN | Alle Eingaben löschen

Zentrale Bezügestelle
des Landes Brandenburg
Postfach 15 60 21
03060 Cottbus

Rücksendeanschrift.

MUSTER-RECHNUNG

Elemente einer ordnungsgemäßen Rechnung für Sponsoringleistungen

---

Sparkasse Südliche Weinstraße
Marie-Curie-Straße 5
76829 Landau

Rechnungsempfänger mit Anschrift und evtl. Ansprechpartner

Rechnung

Rechnung Nr. Datum xx.xx.xxxx
Steuer-Nr. Falls vergeben, wenn nicht Nummer des Freistellungsbescheides
Leistungserbringung am

Für Sponsoringleistungen im Zusammenhang mit .. . Veranstaltung, Aktion ...stellen wir, wie vereinbart, den folgenden Betrag in Rechnung:

Pos.	Leistung	Netto	USt.	Brutto
1	Sponsoring Fußballcamp des Mustervereins	500,00 €	19 %	595,00 €
2	Beispiel	300,00 €	7 %	321,00 €
3	Beispiel	100,00 €	gem. Befreiungs-vorschrift	100,00 €
	Gesamtbetrag netto	900,00 €		
	Gesamtbetrag brutto			**1.016,00 €**

Achtung: Bei Steuerbefreiung darf keine Umsatzsteuer ausgewiesen werden!

Die Leistungen sind ggf. nach unterschiedlichem Steuersatz aufzuschlüsseln.

Bitte überweisen Sie den Rechnungsbetrag auf angegebenes Konto.

Falls eine Umsatzsteuerbefreiung vorliegt, hier bitte die Rechtsgrundlage nennen

Freundliche Grüße

Ihr Musterverein

Vollständige Angaben zum Rechnungssteller inkl. Anschrift und Bankverbindung

Musterverein e.V.
Musterstr. 3
32456 Musterstadt

Telefon 12345 / 6789
Telefax 12345 / 6789
E-Mail info@musterverein.de
www.musterverein.de

Sparkasse Südliche Weinstraße
IBAN: DE00 548 500 10 0123456789
BIC: SOLADES1SUW

Muster Nebenkostenabrechnung

Name des Vermieters: [Vorname] [Nachname]
Straße, Haus-Nr.: [Name Straße], [Hausnummer]
PLZ, Stadt, Land: [PLZ], [Stadt], [Land]

Name des Mieters: [Vorname] [Nachname]
Straße, Haus-Nr.: [Name Straße], [Hausnummer]
PLZ, Stadt, Land: [PLZ], [Stadt], [Land]

Betreff: Nebenkostenabrechnung [Jahr], [Name Straße], [Hausnummer] in [PLZ] [Stadt]

Sehr geehrte/r Herr/Frau [Nachname Mieter],

anbei erhalten Sie die Nebenkostenabrechnung für das Jahr [Jahr]. Die Abrechnung beinhaltet den Zeitraum vom 01.01.[Jahr] – 31.12.[Jahr].

Bitte überweisen Sie im Falle einer Nachzahlung den entsprechenden Betrag binnen 14 Tagen auf das Ihnen bekannte Vermieterkonto:
Kontoinhaber: [Vorname, Nachname Vermieter] | IBAN: DEXXXXXXXXXX

Im Falle eines Guthabens zu Ihren Gunsten, nutzen wir das uns bekannte Mieterkonto zur Auszahlung des überschüssigen Betrags.

Eine Nachberechnung der Nebenkosten behalten wir uns für den Fall vor, dass sich die Betriebskostenbelastung infolge rückwirkender Erhöhung oder Ermäßigung verändert oder Betriebskosten zum Zeitpunkt der Abrechnung noch nicht bekannt waren.

Mit freundlichen Grüßen,

_____
Ort, Datum

_____
[Name Vermieter/Hausverwaltung]

Docutain **Scannen Sie den QR-Code** und laden Sie **kostenlos** die Docutain Scan-App herunter, um Ihre Dokumente digital zu verwalten.

Nebenkostenabrechnung [Jahr]

Abrechnungszeitraum: 01.01.[Jahr] – 31.12.[Jahr]

Nutzungszeitraum: 01.01 .[Jahr] – 31.12.[Jahr]

Name des Empfängers: [Vorname, Nachname Mieter]

Straße, Haus-Nr.: [Name Straße], [Hausnummer]

PLZ, Stadt, Land: [PLZ], [Stadt], [Land]

Umlagefähige Ausgaben [mit fiktiven Beispielangaben]:

Kostenart	Gesamtkosten	Umlageschlüssel	Ihr Anteil
Müllkosten	143,16€	3	143,16€
Grundsteuer	203,12€	1	203,12€
Heizkosten/ Heiznebenkosten	1.004,64€	4	1.004,64€
Wasser	293,65€	4	293,65€
Gebäude Haftpflicht Versicherung	510,96€	3	510,96€
…			
Summe			**2.155,53€**

Umlageschlüssel (gemäß Angaben im Mietvertrag)

1 = Wohnfläche

2 = Wohneinheiten

3 = Einzelabrechnung

4 = Verbrauch

Abzüglich Nebenkostenvorauszahlung pro Jahr: - 360,00 €

Gesamtnachzahlung/Gesamterstattung: **1.795,53€**

Ihre Betriebskostenabrechnung weist eine **Nachzahlung in Höhe von 1.795,53€** aus.

Bitte überweisen Sie den entsprechenden Betrag binnen 14 Tagen auf das Ihnen bekannte Mieterkonto.

Haben Sie uns für einen Lastschrifteinzug ermächtigt, werden wir den Betrag am TT.MM.JJJJ von Ihrem Konto einziehen.

Die dazugehörigen Belege können Sie zur Überprüfung anfordern.

Docutain **Scannen Sie den QR-Code** und laden Sie **kostenlos** die Docutain Scan-App herunter, um Ihre Dokumente digital zu verwalten.

Bau-Musterfirma GbR
Tel: 0234/56840
Fax: 0234/56841
E-Mail: Bau@Musterfirma.de
Steuer Nr.: 0123/789/4560
USt-ID: DE78456159

Bau-Musterfirma GbR/ Fantasiestr. 1/ Musterdorf 5426

24.09.20XX

Firma
Anton Bauleister
Zimmerei
Baumstr. 12
54829 Kundenstadt

Rechnung Nr.: 20XX-0111

Sehr geehrter Herr Bauleister,

ich bedanke mich für Ihren Auftrag und berechne für meine Leistungen wiefolgt:

Datum	Menge/Einheit	Leistung	Einzelpreis (Euro)	Gesamtpreis	USt
02.09.20XX	100 Std.	Maurerarbeiten bei Ihrem Kunden Musterhuber	40,00 €	4.000,00 €	§ 13b
		Rechnungsbetrag netto		4.000,00 €	
		+ 19% Umsatzsteuer		0,00 €	
		Rechnungsbetrag brutto		4.000,00 €	

Gemäß § 13b UStG sind Sie Schuldner der Umsatzsteuer (Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers!).

Bitte überweisen Sie den Rechnungsbetrag bis zum 08.10.20XX auf das unten genannte Konto.

Das Leistungsdatum entspricht, soweit nicht anders angegeben, dem Rechnungsdatum.

Privatpersonen sind verpflichtet, Handwerkerrechnungen zwei Jahre aufzubewahren!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bauteam

Alliander Netz Heinsberg GmbH, Boos-Fremery-Str. 70, 52525 Heinsberg

Fragen zur Rechnung:
Tel.: 0800 15 44 800
E-mail: Energiebuchhaltung@alliander.com

1.

Herrn
Max Mustermann
Musterstraße 1
52525 Heinsberg

2. **Kundennummer** : 4123456
3. **Steuernummer** : 123/1324/1234
Rechnungsnummer : EA 4000001234
Rechnungsdatum : 22.01.2014

Rechnung /Gutschrift

Abrechnung Einspeisung 4.

Einspeisestelle Musterstraße 1 // BHEinsp
Heinsberg

Sehr geehrter Herr Mustermann, 5.

für den Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 berechnen wir Ihnen folgende Vergütung:

6.

Anlagen	Anlagenschlüssel Zählpunktbezeichnung	Inbetriebnahme netztechnisch	erstmalig	Installierte Leistung (kW)
A1	K12345678900000000000000001234567 DE00123456789123456789123465678 91	25.08.2004	25.08.2004	5,5

7.

Verwendungszweck	Netto / Euro	Steuersatz (%)	Steuer / Euro	Brutto / Euro
Beträge Einspeisung				
Einsp. Strom	-1.244,64	19 % Gu.	-236,48	-1.481,12
Verrechnungspreise	14,46	19 % Re.	2,75	17,21
Rechnungsbetrag				**-1.463,91**
abzüglich gezahlte Abschläge				
Einsp. Strom	-1.247,95	19 % Gu.	-237,05	-1.485,00
Verrechnungspreise	18,48	19 % Re.	3,52	22,00
Abschlagssumme				**-1.463,00**
Resultierender Betrag	**3,31**	**19 % Gu.**	**0,57**	**3,88**
	-4,02	**19 % Re.**	**-0,77**	**-4,79**
sonstige Forderungen/ Guthaben				0,00
Guthaben				**0,91**
Fälligkeit				8. 06.02.2014

9.

10. Übersicht - Mengen & Zeiträume

Verwendungszweck				Vorjahr
Einsp. Strom	13.206,00 kWh	in 365 Tagen	13.151,00 kWh	in 366 Tagen
Erzeugung gesamt	**13.206,00 kWh**		**13.151,00 kWh**	

11.

Verwendungszweck	Netto / Euro	Steuersatz (%)	Steuer / Euro	Brutto / Euro
Einsp. Strom	-102,52	19 % Gu.	-19,48	-122,00
Verrechnungspreise	0,84	19 % Re.	0,16	1,00
neuer Abschlag				**-121,00**

Wir erstatten Ihnen einen Betrag in Höhe von 121,00 EUR am:

31.01.2014	28.02.2014	31.03.2014	30.04.2014	31.05.2014	30.06.2014
31.07.2014	31.08.2014	30.09.2014	31.10.2014	30.11.2014	31.12.2014

Die Abschläge werden wir Ihnen zu den vorgenannten Terminen auf das Konto DE12 3456 7891 2345 6789 12 bei der Heinsberger Volksbank (GENODED1HNB) überweisen.

12. Zählerinformation

ZA	Zähler	ZW	Einspeisezeitraum	Zählerstand neu	AA	Zählerstand alt	Differenz	Faktor	Gesamt
EZ	VNBE012345	280	01.01. - 01.03.2013	7.950,7	K	3.849,2	4.101,5	1,00	4.102
EZ	VNBE012345	280	02.03. - 31.05.2013	11.674,7	K	7.950,7	3.724,0	1,00	3.724
EZ	VNBE012345	280	01.06. - 30.06.2013	12.902,4	S	11.674,7	1.227,7	1,00	1.227
EZ	VNBE012345	280	01.07. - 30.09.2013	14.739,5	S	12.902,4	1.837,1	1,00	1.837
EZ	VNBE012345	280	01.10. - 05.12.2013	16.400,8	K	14.739,5	1.661,3	1,00	1.662
EZ	VNBE012345	280	06.12. - 31.12.2013	17.055,3	S	16.400,8	654,5	1,00	654

	Erzeugung (kWh)	Selbstverbrauch (kWh)	Einspeisung gesamt (kWh)	Anteil DV	Direktvermarktung (kWh)
Anlage A1 K12345678900000000000000001234567					
	13.206,00	**0,00**	**13.206,00**	**0,00**	**0,00**
	13.206,00	0,00	13.206,00		0,00

13. Vergütung

Zone		Menge (kWh)	Vergütungskategorie	Cent/kWh	Netto / Euro	Steuersatz (%)	Steuer / Euro
	Erzeugung (kWh)						
Fixpreis	A1	13.206,00	KWKG-02-521b-1	-5,110	-674,83	19 % Gu.	-128,21
	A1	13.206,00	52-vNNe--SpE07	-0,320	-42,27	19 % Gu.	-8,03
	A1	3.723,00	EEX--Q-I----13	-4,227	-157,38	19 % Gu.	-29,91
	A1	1.837,00	EEX--Q-II---13	-3,260	-59,89	19 % Gu.	-11,38
	A1	2.316,00	EEX--Q-III--13	-3,876	-89,77	19 % Gu.	-17,06
	A1	5.330,00	EEX--Q-IV---12	-4,137	-220,50	19 % Gu.	-41,89
					-1.244,64		-236,48

14.

Gebühren	Euro/a		Anz. Tage	Netto / Euro	Steuersatz (%)	Steuer / Euro
Abrechnungspauschale	11,22	x	60/365	1,84	19 % Re.	0,35
Ablesung	3,24	x	60/365	0,53	19 % Re.	0,10
Ablesung	3,24	x	91/365	0,81	19 % Re.	0,15
Abrechnungspauschale	11,22	x	91/365	2,80	19 % Re.	0,54
Ablesung	3,24	x	30/365	0,27	19 % Re.	0,05
Abrechnungspauschale	11,22	x	30/365	0,92	19 % Re.	0,17
Abrechnungspauschale	11,22	x	92/365	2,83	19 % Re.	0,54
Ablesung	3,24	x	92/365	0,82	19 % Re.	0,16
Abrechnungspauschale	11,22	x	66/365	2,03	19 % Re.	0,39
Ablesung	3,24	x	66/365	0,59	19 % Re.	0,11
Ablesung	3,24	x	26/365	0,22	19 % Re.	0,04
Abrechnungspauschale	11,22	x	26/365	0,80	19 % Re.	0,15
				14,46		2,75

15. Legende

Kürzel	Erklärung
AA	Ableseart
ES	Einspeisungszähler
EZ	Erzeugungszähler
Faktor	
Gu.	Umsatzsteuer der Gutschrift
K	durch Kunden abgelesen
Re.	Umsatzsteuer der Rechnung
S	Schätzlauf
ZA	Zählerart
ZW	Zählwerksnummer

Übersicht - Vergütungskategorien

Vergütungskategorie	Erklärung
52-vNNe--SpE07	vNNe, Spannungsebene: NS
EEX--Q-I----13	EEX-Preis
EEX--Q-II---13	EEX-Preis
EEX--Q-III--13	EEX-Preis
EEX--Q-IV---12	EEX-Preis
KWKG-02-521b-1	Fixpreis

Erläuterung einer Einspeiseabrechnung

(BHKW)

1. **Rechnungsadresse**

   Die Rechnungsadresse ist die Adresse, an die die Rechnung geschickt wird. Sie kann von der Einspeisestelle abweichen.

2. **Ihre Kundennummer**

   Als Kunde erhalten Sie von uns eine persönliche Kundennummer. Bitte teilen Sie uns diese Nummer mit, wenn Sie Kontakt mit der Alliander aufnehmen.

3. **Ihre Steuernummer**

   Die Steuernummer ist eine vom Finanzamt an Sie vergebene Nummer, unter der Sie beim Finanzamt geführt werden. Sollte diese abweichen, teilen Sie uns dies bitte mit.

4. **Einspeisestelle**

   Die Einspeisestelle ist die Anlagenanschrift, an der die abzurechnende Anlage steht. Diese Adresse kann von der Rechnungsadresse abweichen.

5. **Rechnungszeitraum**

   Der Rechnungszeitraum legt fest, für welchen Zeitraum die Mengen abgerechnet wurden.

6. **Anlageninformationen**

   In den Anlageninformationen finden Sie die Bezeichnung, des von uns vergebenen Zählpunktes, sowie das Datum der Inbetriebnahme und die installierte Leistung der Anlage.

7. **Mengenabrechnung**

   Hier werden die eingespeisten Mengen abgerechnet und mit den gezahlten Abschlägen verrechnet. Die Zusammensetzung der Nettopreise finden Sie in Ihrer Einspeiserechnung unter dem Reiter Vergütung (Punkt 13) und Gebühren (Punkt 14).

8. **Fälligkeit**

   Wir bitten Sie, die Rechnung innerhalb von 10 Werktage zu bezahlen. Falls Sie Geld von der Alliander erhalten, wird Ihnen der Betrag zum Fälligkeitsdatum überwiesen.

9. Bankverbindung

Unsere Bankverbindung finden Sie in der Fußzeile jeder Einspeiseabrechnung.

10. Mengenübersicht

Die Mengenübersicht weist die eingespeisten Mengen des aktuellen und des vorherigen Jahres aus, um einen Überblick über die Veränderungen der Mengen bei der Einspeisung zu bekommen.

11. Abschlagsbetrag

Anhand Ihres Verbrauches im vorigen Ablesezeitraum haben wir 12 monatliche Abschlagsbeträge für den aktuellen Zeitraum errechnet. Wir gehen dabei davon aus, dass die Einspeisung etwa gleich bleibt. Damit bekommen Sie monatlich von der Alliander in zwölf Teilbeträgen die Abschläge bezahlt. Der Abschlagsbetrag wird grundsätzlich für den zurückliegenden Monat erhoben und jeweils zum Monatsende fällig.

12. Zählerinformation

Unter Zählerinformation sind alle angeschlossenen Zähler mit dem Einspeisezeitraum, dem alten und neuen Zählerstand und der daraus resultierenden Differenz aufgelistet.

13. Vergütung

Die Mengen werden zu verschiedenen Vergütungskategorien vergütet. Diese werden mit verschiedenen Preisen/kWh abgerechnet. Die Informationen zu den einzelnen Vergütungssätzen finden Sie wie folgt:

- z.B. KWKG-02-521b-1: KWK Gesetz
- z.B. EEX-Q-III-13: Diese Vergütungssätze finden sie auf der Internetseite von der European Energy Exchange (EEX / Strombörse).
- z.B. 52-vNNe-SpE07: Die vermiedene Netznutzung finden Sie auf dem Preisblatt der Alliander. Dieses finden sie auf der Internetseite (https://www.alliander.de/geschaeftsfelder/energienetze/heinsberg/downloadcenter.html#c1204).

14. Gebühren

Bei der Ablesung und Abrechnung der einzelnen Anlagen fallen Gebühren an, die von Ihnen an die Alliander gezahlt werden müssen. Die Gebühren pro Jahr finden Sie auf dem Preisblatt der Alliander Netz Heinsberg GmbH.

15. Legende

In der Legende werden alle Abkürzungen erläutert.

Musterrechnung Bauleistung (Kunde ist Unternehmer)

1 Max Mustermann Bau GmbH
Straße
Postleitzahl und Ort
Österreich

2 Firma
Muster OG
Straße
AT-1010 Wien
Kunden-UID: ATU12345678 11

8 Schlins, am 19.10.2018

9 **Rechnung Nummer: RE2018001**

4 Leistungsdatum: 01.10.-10.10.2018

Menge	Einheit	Preis pro EH	Beschreibung der Leistung	Betrag in €
10	Stück	500	Beschreibung des Baumaterials	5.000,00
3 40	Stück	110	Beschreibung der Bauleistung	4.400,00
1	Pauschale	120	Lieferung	120,00
				5 9.520,00
			7	**9.520,00**

6 Es wird darauf hingewiesen, dass die Steuerschuld gem. § 19 Abs. 1a UStG auf den Leistungsempfänger übergeht.

Bitte bezahlen Sie diese Rechnung innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt,
spätestens bis 02.11.2018

Zahlbar und klagbar in Feldkirch. Unsere UID-Nr. ATU87654321 10
DG-Nr.: 40213547
Firmenbuch Nr.: FN 123465a, Firmenbuchgericht Feldkirch
Bankverbindung: Sparkasse Feldkirch
BIC: SPFKAT2X, IBAN: AT37 206 0400 0012 3456

Firmenbuchangaben sind bei GmbH und AG Pflicht

1 Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers
2 Name und Anschrift des Leistungsempfängers
3 Menge und handelsübliche Bezeichnung der Bauleistung, des Baumaterials und der Lieferung
4 Tag/Zeitraum der Lieferung oder sonstigen Leistung
5 Nettoentgelt für die Bauleistung
6 Hinweis auf Übergang der Steuerschuld
7 Rechnungsbetrag netto
8 Ausstellungsdatum
9 Fortlaufende Rechnungsnummer
10 UID-Nummer des Rechnungsausstellers und Dienstgeber-Nr. bei der GKK
11 UID-Nummer des Kunden

GERSTGRASSER
Steuerberatung · Unternehmensberatung

202400338201

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer**

Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse, Dienstleistungen und Handwerkerleistungen

Steuerermäßigung für Aufwendungen

18

Geringfügige Beschäftigungen im Privathaushalt – sog. Minijobs –

		Aufwendungen (abzüglich Erstattungen) EUR
4 Art der Tätigkeit	202	,—

Haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse / Dienstleistungen

– sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Privathaushalt
– haushaltsnahe Dienstleistungen, Hilfe im eigenen Haushalt
– Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt, bei eigener Heimunterbringung in den Heimkosten enthaltene Aufwendungen für Dienstleistungen, die mit denen einer Haushaltshilfe vergleichbar sind, sowie das in Zeile 26 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen als Erstattung für häusliche Pflege- und Betreuungskosten berücksichtigte Pflegegeld (§ 37 SGB XI) / Pflegetagegeld

		Aufwendungen (abzüglich Erstattungen) EUR
5 Art der Tätigkeit / Aufwendungen	212	,—

Handwerkerleistungen

für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im eigenen Haushalt
(**ohne** Handwerkerleistungen, für die eine öffentliche Förderung durch zinsverbilligte Darlehen oder steuerfreie Zuschüsse [z. B. KfW-Bank, BAFA, landeseigener Förderbanken oder Gemeinden] oder für die eine Steuerermäßigung für energetische Maßnahmen nach § 35c EStG in Anspruch genommen wird)

	Rechnungsbeträge (bei Eintragungen in Zeile 10 nur anteilig) EUR		darin enthaltene Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten inklusive Umsatzsteuer EUR
6 Art der Aufwendungen	,—		,—
7	,—	+	,—
8	,—	+	,—
9 Summe steuerlich berücksichtigungsfähiger Lohnanteile, Maschinen- und Fahrtkosten inklusive Umsatzsteuer	214	=	,—

Nur bei Alleinstehenden und Eintragungen in den Zeilen 36 bis 38 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

10 Es bestand ganzjährig ein gemeinsamer Haushalt mit einer oder mehreren anderen alleinstehenden Person(en): Anzahl der weiteren Personen im Haushalt 223

11 Name, Vorname, Geburtsdatum

Nur bei Alleinstehenden oder Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern und Eintragungen in den Zeilen 36 bis 38 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

Laut einzureichendem gemeinsamen Antrag ist der Höchstbetrag für die Aufwendungen in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen:

12 – Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 36 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 4 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt 224 %

13 – Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 37 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 5 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt 225 %

14 – Der bei mir zu berücksichtigende Anteil am Höchstbetrag für Aufwendungen laut Zeile 38 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder Zeile 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen beträgt 226 %

Nur in Fällen der Zusammenveranlagung oder Einzelveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern und Eintragungen in den Zeilen 36 bis 38 der Anlage Außergewöhnliche Belastungen und / oder in den Zeilen 4 bis 9 der Anlage Haushaltsnahe Aufwendungen:

	Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A		Ehefrau / Person B	
15 Es wurde 2024 ein gemeinsamer Haushalt begründet oder aufgelöst und für einen Teil des Kalenderjahres ein Einzelhaushalt geführt	219	1 = Ja	220	1 = Ja

Inhalt

Los geht's → 4

Was sind Kindertages-einrichtungsgebühren? 5

Wie hoch ist die Kita-Gebühr? 6

1. Besuchsgebühr 6
2. Verpflegungsgeld 7
3. Kooperative Ganztagsbildung 7
4. Welche Auswirkungen hat der staatliche Beitragszuschuss? 8

Wann können die Gebühren ermäßigt werden? 9

1. Ihre jährlichen Einkünfte liegen unter 80.000 Euro (brutto) 10
2. Sie erhalten Kindergeld für ältere Geschwister 10
3. Sie sind in einer sozialpädagogischen Notlage 11
4. Sie erhalten aktuell Sozialleistungen 11
5. Sie betreuen ein Pflegekind und bekommen Pflegegeld vom Stadtjugendamt 12
6. Sie leben in einer Gemeinschaftsunterkunft 12
7. Sie leben in einer gemeinsamen Wohnform für Mütter, Väter und Kinder oder in einem Frauenhaus 13
8. Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe 13

Wie wird der Antrag auf Ermäßigung gestellt? 19

1. Welche Unterlagen sind zur Antragstellung erforderlich? 20
2. Welche Fristen sind bei der Antragstellung zu beachten? 24

Was passiert nach der Antragstellung? 25

1. Wie wird den Eltern die Höhe der Gebühren mitgeteilt? 25
2. Wann erhalte ich meinen Gebührenbescheid? 25

Beispielhafte Berechnung der Kosten für stationäre und ambulante Pflege

Pflegeheim

In einem Pflegeheim entstehen folgende Kosten:

A. Kosten der Pflege – abzüglich der Zuschüsse der gesetzlichen Pflegeversicherung
B. Kosten für Unterkunft und Verpflegung – „Hotelkosten“
C. Ausbildungskosten
D. Investitionskosten
E. Serviceleistungen beispielsweise Wäscheservice oder Friseur

Ein Beispiel für einen vollstationären Pflegeplatz in Erfurt Pflegegrad 3:

Die Pflegekosten betragen 1.508,71 €. Die gesetzliche Pflegeversicherung zahlt 1262 €. Zu den verbleibenden 246,71 € kommen noch die eigentlichen Heimkosten bestehend aus Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie Investitionskosten von zusammen 1088,73. Der Gesamteigenanteil beträgt 1.335,44 €.

Monatssatz:

Pflegekosten: (abzüglich 1262 € Zuschuss der gesetzl. Pflegeversicherung)	**1.508,71 €**
Heimkosten:	
verbleibender einrichtungseinheitlicher Eigenanteil:	246,71 €
Unterkunft und Verpflegung	496,15 €
Investitionskosten	592,58 €
Verbleibender Gesamteigenanteil	**1.335,44 €**

Mobiler Pflegedienst

A. Kosten der Pflege - abzüglich der Zuschüsse der gesetzlichen Pflegeversicherung

Ein Beispiel für Würzburg:

Pflegekosten Pflegegrad 3 (6 Hausbesuche pro Woche, Mo-Sa):

Die Pflegekosten betragen 1.605,74 € bestehend aus 4 x Teilköperwäsche u. Morgentoilette, 2 x Ganzköperwäsche u. Morgentoilette, 6 x Lagern/Mobilisieren, 6 x Hilfe bei Darm-/Blasenentleerung, 4 x Zubereitung einer warmen Mahlzeit, 2 x Hilfen bei der Haushaltsführung je 1Std., 1 x Waschen der Wäsche und der Kleidung, 1 x Einkaufen, Einzelpreis 1 x Begleitung zu Aktivitäten und 6 Anfahrten. Abzüglich der Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von 1289 € bleibt ein Eigenanteil in Höhe von 307,74 €.

4 x Teilköperwäsche u. Morgentoilette, Einzelpreis	18,62 €
2 x Ganzköperwäsche u. Morgentoilette, Einzelpreis	29,26 €
6 x Lagern/Mobilisieren, Einzelpreis	5,32 €
6 x Hilfe bei Darm-/Blasenentleerung, Einzelpreis	3,72 €
4 x Zubereitung einer warmen Mahlzeit, Einzelpreis	14,36 €
2 x Hilfen bei der Haushaltsführung je 1Std., Einzelpreis	23,28 €
1 x Waschen der Wäsche und der Kleidung, Einzelpreis	15,96 €
1 x Einkaufen, Einzelpreis	7,98 €
1 x Begleitung zu Aktivitäten, Einzelpreis	31,92 €
6 x Anfahrt, Einzelpreis	4,40 €
Gesamtkosten pro Monat ca.	**1.605,74 €**
abzüglich des Anteils der Pflegekasse verbleiben ca.:	**307,74 €**

Stand August 2018

Der Magistrat

rüsselsheim
am main

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Stadtkasse
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim am Main

Tel.: 06142 83-2398
Fax: 06142 83-2353
E-Mail: zahlungsverkehr@ruesselsheim.de

Antrag auf Bescheinigung der gezahlten Kinderbetreuungskosten

(zur Vorlage beim Finanzamt)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit wird eine Bescheinigung über die gezahlten Gebühren für eine Kindertagesstätte oder Betreuungsschule der Stadt Rüsselsheim am Main beantragt.

Bescheinigungsjahr:	
Name des Zahlungspflichten oder der Zahlungspflichten:	
Vorname:	
Straße:	
Wohnort:	
Name des Kindes oder der Kinder:	
Name der Kindertagesstätte oder Betreuungsschule:	
Ihr Zeichen, Kassenzeichen	

Hinweise zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie hier.

Datum

Unterschrift

Speichern

Drucken

WIENER NETZE

MUSTER

NICHT RETOURNIEREN

Wiener Netze GmbH | Postfach 550 | 1006 Wien

Frau
Martha Musterfrau
Musterstraße 1/2/3
1010 Musterdorf

Kundenservice

So erreichen Sie uns:
Mo bis Fr von 8:00 bis 17:00 Uhr
Telefon: +43 (0)50 128 – 10100
E-Mail: info@wienernetze.at

1

Bei Rückfragen bitte anführen:
Kundennummer: 1234567890
Vertragskonto: 210987654321
Belegnummer: 1234554321

2

Datum: 1. September 2022

Jahresabrechnung – Einspeisung

für 1010 Wien, Musterstraße 1/2/3
Zählpunkt: AT9000590000000000000000000123456

3

Liebe Kundin*Lieber Kunde,

4

wir stellen Ihnen für den Leistungszeitraum **10.05.2021 bis 28.05.2022** Folgendes in Rechnung

Bezeichnung		Betrag in EUR
Einspeisemenge 284 kWh 5	Netzkosten	0,00 6
	gesetzliche Abgaben	0,00
	Summe exkl. USt	0,00
	20 % USt.	0,00
	Gesamt	0,00

Die Zahlungseingänge bis 05.10.2021 wurden berücksichtigt. Nachträgliche Rückbuchungen können zu Betragsänderungen führen.

Die Energierechnung erhalten Sie von Ihrem Energielieferanten **XYZ GmbH**.

Freundliche Grüße

Ihre Wiener Netze

7

Detailblatt zur Jahresabrechnung – Einspeisung

Netzebene: 7
Lastprofil: E1 8

Zählerstände und Einspeismenge: 9
Die folgenden Ablesewerte wurden mit dem Zähler Nr. **4027243** ermittelt.

Messung	Zeitraum	Zählerstand alt	Zählerstand neu	Differenz	Gesamt
Verbrauch	10.05.2021 bis 31.05.2021	Z 16,0	Z 100,0	84,0	84 kWh
	01.06.2021 bis 30.06.2021	Z 100,0	Z 250,0	150,0	150 kWh
	01.07.2021 bis 31.07.2021	Z 250,0	Z 300,0	50,0	50 kWh

10

Z … Zählerablesung durch die Wiener Netze
S … Selbstablesung durch die Kundin*den Kunden
H … rechnerische Ermittlung des Zählerstandes auf Basis der Vorwerte

11

Einspeiseentwicklung:
aktuell 284 kWh in 83 Tagen, 3,42 kWh pro Tag

Berechnung:

Bezeichnung	Zeitraum	Verrechnungsbasis	Verrechnungspreis	Nettobetrag in EUR
Netznutzung-Grundpreis	10.05.2021 bis 31.07.2021	83 Tage	0,0000 EUR / Jahr	0,00
Netznutzung-Arbeitspreis	10.05.2021 bis 31.07.2021	284 kWh	0,0000 Cent / kWh	0,00
Netzverlustentgelt	10.05.2021 bis 31.07.2021	284 kWh	0,0000 Cent / kWh	0,00
Elektrizitätsabgabe	10.05.2021 bis 31.07.2021	284 kWh	0,0000 Cent / kWh	0,00
Summe exkl. USt.				0,00

12

ZAHLUNGEN, EINSPRÜCHE, FRAGEN UND BESCHWERDEN

Zahlungen sind ausschließlich auf das UniCredit Bank Austria AG-Konto **IBAN AT20 1200 0100 1970 7933** zu leisten und haben nur dann schuldbefreiende Wirkung. Bei Zahlungsanweisungen aus dem EU-Ausland ist auch der BIC BKAUATWW anzugeben. Bitte denken Sie daran, dass Ihnen bei nicht rechtzeitiger Bezahlung **Mahnkosten** bzw. **Verzugszinsen** verrechnet werden.
Einspruch zur Rechnung: Einsprüche gegen die Rechnung haben binnen drei Monaten nach Erhalt zu erfolgen; andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt, es sei denn die Unrichtigkeit ist für die Kundin*den Kunden nicht oder nur schwer feststellbar.
Fragen und Beschwerden: Bei Fragen und etwaigen Beschwerden stehen Ihnen die Wiener Netze unter Telefon +43 (0)50 128 – 10100 oder wienernetze.at zur Verfügung. Weiters können Sie ein Streitbeilegungsverfahren bei der Regulierungsbehörde beantragen (nähere Informationen unter e-control.at).

EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

Gemäß Informationspflicht nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) verweisen wir auf unsere Webseite: wienernetze.at/datenschutz. Dort finden Sie Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten in der Datenschutzerklärung der Wiener Netze.

ERKLÄRUNG DER BEGRIFFE

Zählpunkt: Entnahmestelle, an der die Energie messtechnisch erfasst wird.
Netznutzungs-Grundpreis bzw. **Netznutzungs-Arbeitspreis:** Abgeltung der Kosten für Errichtung, Ausbau, Instandhaltung und Betrieb des Netzsystems, wobei der Grundpreis die verbrauchsunabhängige und der Arbeitspreis die verbrauchsabhängige Preiskomponente darstellen.
Netzverlustentgelt: Beim Energietransport entstehen Netzverluste. Für den Ausgleich muss Energie eingekauft werden, deren Kosten durch das Netzverlustentgelt abgegolten werden.
Entgelt für Messleistungen bzw. **Entgelt für Messgeräte** und **Entgelt für Zählerablesung:** Damit werden dem Netzbetreiber jene Kosten abgegolten, die bei der Errichtung und dem Betrieb der Mess- und Zähleinrichtungen, sowie bei der Eichung und Datenauslesung entstehen.
Gebrauchsabgabe: Der Gebrauch von öffentlichem Grund und des darüber liegenden Luftraumes unterliegen einer Gebrauchsabgabe. Die Gebrauchsabgabe ist in den jeweiligen Landesgesetzen geregelt und ist an die jeweilige Gemeinde abzuführen.
Elektrizitätsabgabe bzw. **Erdgasabgabe:** Bundesweit einheitlich geregelte Abgabe auf die Lieferung von elektrischer Energie bzw. Erdgas.
Zuschlag Biomasseförderung: Gemäß § 13 BFG-NÖ zu dem gemäß § 48 Ökostromgesetz 2012 zur Förderung von elektrischer Energie aus Ökostromanlagen mit Basis auf Biomasse.
Erneuerbaren-Förderpauschale: Wird gemäß § 73 Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz zur Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen an die Ökostromabwicklungsstelle abgeführt.
Erneuerbaren-Förderbeitrag: Dient gemäß § 75 Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz der Abdeckung der Förderung für Strom aus erneuerbaren Energiequellen und wird an die Ökostromabwicklungsstelle abgeführt.
Kostenbefreiung für einkommensschwache Haushalte: Stromkund*innen, die von der Entrichtung der Rundfunkgebühren gemäß § 3 Abs. 5 Rundfunkgebührengesetz befreit sind, können bei der GIS Gebühren Info Service GmbH die Befreiung von der Entrichtung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags für den Hauptwohnsitz beantragen. Kontaktmöglichkeiten bei der GIS Gebühren Info Service GmbH: Telefonisch an die Service Hotline 0810 00 10 80 oder per E-Mail an kundenservice@gis.at

SERVICE TREFF DER WIENER STADTWERKE

Bei Fragen zur Rechnung nehmen Sie bitte die Rechnung mit.
Montag und Donnerstag von 8:00 bis 17:30 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8:00 bis 15:00 Uhr
Spittelau: 1090 Wien, Spittelauer Lände 45, U4/U6-Station Spittelau, Ausgang J.-Holaubek-Platz

KONTAKTDATEN BEI STÖRFÄLLEN, GAS-NOTRUF 128

Bei Störungen im Stromnetz rufen Sie bitte 0800 500 600, bei Störungen im Gasnetz +43 (0)50 128 – 98088.
Bei Gasgeruch rufen Sie bitte unseren Gas-Notruf unter 128 an.
In dem Fall schließen Sie sofort alle Gashähne und lüften den Raum.

ZÄHLER-SELBSTABLESUNG, ABLESUNG BEI AUSZUG

Wenn Sie Zähler selbst ablesen, geben Sie bitte die Werte unter selbstablesung.wienernetze.at bekannt.
Planen Sie einen Auszug, geben Sie diesen zwei Wochen vorher bekannt, damit wir eine Ablesung veranlassen können.

INFORMATION DES GAS- BZW. STROM-NETZBETREIBERS GEMÄSS § 127 (1) GWG 2011 BZW. § 82 (1) ELWOG 2010

Name und Anschrift des Unternehmens: Wiener Netze GmbH, 1110 Wien, Erdbergstraße 236
Leistungen & Qualität: Als Gas- und Stromnetzbetreiber sorgen die Wiener Netze für die technische Sicherheit, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Erdgas- und Stromnetzes, erbringt Messleistungen und gewährt einen diskriminierungsfreien Netzzugang. Im Stromnetz beträgt die Nennfrequenz der Spannung 50 Hz. Die Nennspannung beträgt in der Regel 400/230 V gemäß EN 50160. Für grundsätzlich abweichende Systeme gilt die Nennspannung laut Netzzugangsvertrag.
Erstanschluss & Änderung: Neuerrichtung bzw. Änderungen eines Netzanschlusses sind bei den Wiener Netzen zu beantragen. Innerhalb von 14 Tagen nach Vorliegen des vollständigen Antrages stimmen diese die weitere Vorgehensweise, insbesondere die voraussichtliche Dauer der Errichtung des Netzanschlusses, mit der Kundin*dem Kunden ab.
Entgelte, Tarife & Bedingungen: Aktuelle Informationen sind auf der Homepage der Wiener Netze unter wienernetze.at veröffentlicht.
Grundversorgung: Verbraucher*innen i. S. d. Konsumentenschutzgesetzes und Kleinunternehmen können sich auf eine Grundversorgung berufen. Weiterführende Informationen dazu finden Sie in den Allgemeinen Bedingungen für den Zugang zum Gas-Verteilernetz bzw. in den Allgemeinen Bedingungen für den Zugang zum Strom-Verteilernetz und auf wienernetze.at.
Verbrauchs- und Energiekosteninformation: Kund*innen ohne Lastprofilzähler, deren Verbrauch nicht mithilfe eines intelligenten Messgerätes gemessen wird, haben die Möglichkeit, Zählerstände einmal vierteljährlich bekannt zu geben.
Zugang zu Verbrauchsdaten: Kund*innen, deren Verbrauch über ein intelligentes Messgerät gemessen wird, werden die täglichen Verbrauchswerte oder auf ausdrücklichen Wunsch je nach vertraglicher Vereinbarung oder Zustimmung Stundenwerte (Gas) oder Viertelstundenwerte (Strom) spätestens zwölf Stunden nach deren Auslesung über ein Webportal kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Kund*innenkonto im Webportal kann jederzeit durch die Kundin*den Kunden oder auf deren*dessen Wunsch durch den Netzbetreiber gelöscht werden.
Kommunikationsschnittstelle: Stromkund*innen können auf ausdrücklichen Wunsch auch über eine unidirektionale Kommunikationsschnittstelle des intelligenten Messgerätes alle darin erfassten Messwerte auslesen.
Bei Änderungen des Energiepreises bzw. der Systemnutzungsentgelte sowie beim Lieferantenwechsel kann der Zählerstand selbst abgelesen und unter **selbstablesung.wienernetze.at** bekanntgegeben werden.
Vertragsdauer und Beendigung des Vertrages: Der Netzzugangsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er kann von den Netzkund*innen zum Ende eines jeden Kalendermonats schriftlich – unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist – gekündigt werden. Das Recht beider Vertragspartner*innen zur Auflösung des Vertragsverhältnisses aus wichtigen Gründen bleibt davon unberührt.
Etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen: Es gelten die allgemeinen schadensersatzrechtlichen Vorschriften.
Ausführungen der Europäischen Kommission über die Rechte der Energieverbraucher*innen: Informationen dazu finden Sie auf der EU-Kommission Homepage http://ec.europa.eu

1 **Unsere Kontaktdaten**
Sie erreichen uns per Telefon und E-Mail. Mehr Information finden Sie auf unserer **Webseite wienernetze.at**. Wir haben für viele Themen die wichtigsten Fragen und Antworten in einer kompakten **FAQ-Seite** zusammengefasst. Nutzen Sie auch unsere rund um die Uhr **Online-Services** und erledigen schnell und einfach Ihr Anliegen, vom Einziehungsauftrag, Teilbetragsänderung bis zur Selbstablesung. Stellen Sie Ihre Fragen unserem **Chatbot**, gerne hilft Ihnen dieser für Ihr Anliegen weiter.

2 **Kund*innendaten**
Zur Identifizierung sind Ihre Kundennummer und Ihr Vertragskonto wichtig, besonders bei Rückfragen. Die Belegnummer ist ebenfalls angeführt.

3 **Ihr Zählpunkt**
Die Entnahmestelle, an der die Energie messtechnisch erfasst wird.

4 **Abrechnungszeitraum**
Jener Zeitraum, für den die Einspeisemenge verrechnet und die Rechnung erstellt wurde.

5 **Einspeisemenge**
Gemessene Energiemenge, die ins Netz eingespeist wird und vom ausgewählten Energielieferanten vergütet wird.

6 **Netzkosten**
Bei Rechnungen für die Einspeisung werden keine Kosten verrechnet, da die Netzkosten durch die jeweils dazugehörige Verbrauchsanlage abgegolten werden.

7 **Netzebene**
Hier ist angeführt, in welcher Netzebene Sie sich befinden. Tarife richten sich nach der Netzebene und werden von der E-Control festgelegt. Mehr Informationen zu den verschiedenen Netzebenen finden Sie hier.

8 **Lastprofil**
Das Lastprofil beschreibt das Abnahmeverhalten eines Verbrauchers.

9 **Zählernummer**
Die Zählernummer ist die Gerätenummer Ihres Strom- beziehungsweise Gaszählers. Sie finden Ihre Zählnummer ebenfalls auf der Rechnung angeführt.

10 **Einspeisemenge**
Gesamte gemessene Energiemenge, die ins Netz eingespeist wird und vom Energielieferanten vergütet wird.

11 **Einspeiseentwicklung**
Die Grafik zeigt Ihnen, ob Sie im aktuellen Abrechnungszeitraum mehr oder weniger als im letzten Abrechnungszeitraum eingespeist haben.

12 **Summe**
Bei Rechnungen für die Einspeisung werden keine Kosten verrechnet, da die Netzkosten durch die jeweils dazugehörige Verbrauchsanlage abgegolten werden.

Deutsche Rentenversicherung Bund

Ruhrstraße 2, 10709 Berlin
Postanschrift: 10704 Berlin

Telefon 030 865-0, Fax 030 865-27240
Servicetelefon: 0800 100048070
drv@drv-bund.de
www.deutsche-rentenversicherung-bund.de

Deutsche Rentenversicherung

Versicherungsnummer	Kennzeichen	MSAT / MSNR

Absender / Rehabilitationseinrichtung:

Beleg zur Reha-Kostenabrechnung

Reisekostenabrechnung für

☐ für die Anfahrt mit dem Kfz aufgrund eigener Ermittlungen:

von / nach und zurück _____ EUR _____

einfache Strecke _____ km

☐ für die Anfahrt mit der Bahn beziehungsweise dem Bus aufgrund der vorgelegten Fahrkarte (Fahrpreis 2. Klasse)

☐ für die Anfahrt mit der Bahn beziehungsweise dem Bus aufgrund der vorgelegten Fahrkarte (Fahrpreis 1. Klasse)
eine entsprechende Bewilligung des Rentenversicherungsträgers lag vor:

von / nach und zurück _____ EUR _____

_____
Unterschrift, Stempel der Rehabilitationseinrichtung, Datum

Empfangsbescheinigung

EUR _____ Fahrkarte beziehungsweise Wegstreckenentschädigung für Kfz-Benutzer

EUR _____ Liegewagen / Buchungsentgelt für Platzkarte

EUR _____ IC / ICE - Zuschlag

EUR _____ Gepäckbeförderung

EUR _____ Verpflegungsgeld

EUR _____ _____

Betrag in Höhe von: _____ EUR erhalten.

_____
Datum, Unterschrift

☐ **Die Fahrkarte wurde von DB Dialog ausgestellt. Keine Erstattung erforderlich.**

Jahresdepotauszug zum DekaBank Depot 2024
Depotübersicht

Für nähere Erläuterungen zum Jahresdepotauszug klicken Sie bitte auf die rotmarkierten Flächen.
Um zu dem Muster zurückzukehren klicken Sie bitte auf einen der blauen Pfeile.

Jahresdepotauszug und Quartalsbericht
per 31.12.2024
Depotübersicht

Deka Investments

Seite: 1
Depot: 0123456789
Depotinhaber: Mustermann
Vorname Michael
Daten für den automatisierten Kirchensteuerabzug liegen für 2025 vor
Sparer-Pauschbetrag

Erteilt 2024:	EUR	200,00
Beansprucht:	EUR	192,89

Herrn
Michael Mustermann
Beispielstr. 25
12345 Musterhausen

ISIN	Unter-depot	Bezeichnung	Wert in EUR per 31.12.2024*	Wertentwicklung in EUR seit 01.01.2024 1
LU2652768065	00	Deka-RohstoffStrategie CF	2.507,06	+66,86
LU0263138561	00	Deka-Commodities TF (A)	0,00	+287,68
DE000DK0ECU8	00	Deka-GlobalChampions CF	11.910,43	+1.897,50
DE000DK0ECU8	01	Deka-GlobalChampions CF VL-Vertrag: gesperrt bis zum 31.12.2024 Vertragsinhaber: Michael Mustermann	3.615,27	+576,07
LU0133666759	00	Deka-ConvergenceAktien TF	2.470,88	+82,88
DE0009771824	99	Deka-VarioInvest TF	0,00	+0,24
XF0009993710	00	Deka-FondsSparplan mit Sparprämie 42		
LU1508359509	00	- Deka-Industrie 4.0 CF	2.078,12	+180,39
		Gesamt in EUR	**22.581,76**	**+3.091,62**

* Beachten Sie hierzu bitte die Erläuterungen unter www.deka.de/privatkunden/depotberichte.
1 Hinweis: Der letzte Handelstag kann stichtagsbezogen vom Quartalsultimo abweichen.

Depotpreis inkl. Mehrwertsteuer (MwSt):
19,50 EUR inkl. 3,11 EUR MwSt wurden für 2024 belastet

Hinweis zum Sparer-Pauschbetrag (falls erteilt)

Entgelte werden gemäß Preis- und Leistungsverzeichnis erhoben.

Wichtiger Hinweis zur Steuerbescheinigung:
Die Steuerbescheinigung für 2024 erhalten Sie gesondert.

Sofern Sie mehr als ein Depot in unserem Hause haben, können die Angaben von mehreren Depots in EINER Steuerbescheinigung zusammengefasst sein.

Sofern in Ihrem Depot ausschließlich Deka-BonusRente und/oder Deka-ZukunftsPlan Verträge geführt wer
der Ansparphase steuerfrei und Sie erhalten KEINE Steuerbescheinigung.

Wichtiger Hinweis zu MiFID:
Alle auf dieser Depotübersicht aufgeführten Vermögenswerte fallen unter die Regelungen der Richtlinie 20
Durchführungsmaßnahmen bzw. der sie umsetzenden nationalen Regelungen.

Dieser Jahresdepotbericht enthält Informationen gem. Artikel 63 Abs. 1 und 2 der Delegierten Verordnun

Fortsetzung auf Seite 2

Weitere Hinweise stehen hier – je nach Depotbestand – zu folgenden Themen:
- automatischen Kirchensteuerabzug
- FATCA-Abkommen
- Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Finanzgruppe

Depotservice
DekaBank Depot
60625 Frankfurt

Telefon: (0 69) 71 47 - 6 52
Telefax: (0 69) 25 46 - 24 83
www.deka.de

Handelsregister:
Amtsgericht
Frankfurt am Main
HRA 16068

Jahresdepotauszug zum DekaBank Depot 2024
Depotübersicht

Für nähere Erläuterungen zum Jahresdepotauszug klicken Sie bitte auf die rotmarkierten Flächen.
Um zu dem Muster zurückzukehren klicken Sie bitte auf einen der blauen Pfeile.

Erläuterungen

Wert in EUR per 31.12.2024*

Der Wert der Wertpapieranlage berechnet sich aus dem Anteilbestand per 31. Dezember 2024 multipliziert mit dem Preis je Anteil. Die Bewertung des Wertpapieres erfolgt mit dem jeweils letzten verfügbaren Preis, der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Auszugs vorlag.

Wertentwicklung in EUR seit 01.01.2024 1

Die Berechnung der Wertentwicklung erfolgt für den Betrachtungszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember des betreffenden Kalenderjahres. Für den Zeitraum werden die Anfangs- und Endbestände sowie Buchungen, bei denen es zu einer stücke- und / oder geldmäßigen Bewegung kam, herangezogen.

Abgeführte Steuern werden nicht berücksichtigt. Die Wertentwicklung wird durch gezahlte Ausgabeaufschläge reduziert. Für ein Unterdepot, das im Betrachtungszeitraum ohne Bestand war, wird keine Wertentwicklung ausgewiesen.

Wichtig:
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass im Markt unterschiedliche Berechnungs-methoden zur Ermittlung der Wertentwicklung verwendet werden, z.B. geld- oder zeitgewichtete Berechnungsmethode. Bei Verwendung unterschiedlicher Berechnungsmethoden ist es möglich, dass die in anderen Informationen ausgewiesenen Wertentwicklungen von der in dieser Information dargestellten Wertentwicklung abweichen.

Depotpreis inkl. Mehrwertsteuer (MwSt):
19,50 EUR inkl. 3,11 EUR MwSt wurden für 2024 belastet

► Hinweis zum Sparer-Pauschbetrag (falls erteilt)

Bei gemeinschaftlichen Freistellungsaufträgen wird auf jeder Depotübersicht die Höhe der insgesamt erteilten und beanspruchten Freistellung angezeigt. Ihr Freistellungsauftrag / Ihre Nichtveranlagungsbescheinigung gilt für alle bestehenden und zukünftigen DekaBank Depots, die von Ihrer Sparkasse / Landesbank betreut werden.
Bitte beachten Sie auch die Informationen zur Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags – klicken Sie hier

► Daten für den automatischen Kirchensteuerabzug liegen für 2024 vor (falls zutreffend)

Wir sind gesetzlich verpflichtet, den Kirchensteuerabzug vorzunehmen – vorausgesetzt, Sie gehören einer steuererhebenden Religionsgemeinschaft an.

- Hierzu fragen wir das sogenannte Kirchensteuerabzugsmerkmal beim Bundeszentralamt für Steuern ab. Sollten uns entsprechende Informationen vorliegen, erhalten Sie den o.g. Hinweistext.
- Wenn der Hinweistext fehlt, liegt uns das Kirchensteuerabzugsmerkmal nicht vor. Das kann verschiedene Gründe haben, zum Beispiel, dass der DekaBank keine gültige Steuer-Identifikationsnummer vorliegt und die Abfrage der Religionszugehörigkeit daher nicht ausgeführt werden konnte.

Der Abzug von Kirchensteuer ist nur möglich bei Einzeldepots und bei Gemeinschaftsdepots von Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartnern.

Jahresdepotauszug zum DekaBank Depot 2024
Depotübersicht

Für nähere Erläuterungen zum Jahresdepotauszug klicken Sie bitte auf die rotmarkierten Flächen.
Um zu dem Muster zurückzukehren klicken Sie bitte auf einen der blauen Pfeile.

Erläuterungen

► FATCA-Abkommen (falls zutreffend)

Wir sind im Rahmen des FATCA-Abkommens (FATCA: Foreign Account Tax Compliance Act) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA verpflichtet, Kunden, die sogenannte US-Indizien aufweisen bzw. in den USA steuerpflichtig sind, zu melden. Relevante Kunden sind Depotinhaber, wirtschaftlich Berechtigte, Rechtsträger mit Geschäfts- oder Gründungsort in den USA sowie beherrschende Personen von Rechtsträgern. Depots mit diesem Hinweis unterliegen den Meldepflichten nach FATCA.

► Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (falls zutreffend)

Wir sind nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz verpflichtet, Kunde mit einer ausländischen Steuerpflicht (ohne USA) zu melden. Depots mit diesem Hinweis werden aufgrund vorliegender Informationen oder Erklärungen gemeldet.

Meldepflichten für FATCA und Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz:

Die DekaBank meldet folgende Angaben an das Bundeszentralamt für Steuern:

- Name, Adresse und Steuer-ID-Nr.
- Depotsaldo zum Ende des Jahres / Saldo unmittelbar vor einer Kontoschließung bzw. die Information, dass das Depot geschlossen wurde.
- Im Depot gebuchte Erträge sowie Veräußerungserlöse. Die Angaben werden im Rahmen des automatischen „Austauschs von Kontodaten in Steuerangelegenheiten“ vom Bundeszentralamt für Steuern an die jeweilige nationale Finanzbehörde weitergeleitet.

Vermieterbescheinigung

für
☐ Wohnungsbewerber/Interessent ☐ Mieter

Anzahl der Personen in der Wohnung:

Name, Vorname

für die Wohnung:

PLZ, Ort, Straße, Hausnummer

(geplanter) Mietbeginn: (geplantes) Einzugsdatum: Lage der Wohnung: ☐ KG ☐ EG ☐ OG ☐ DG öffentliche Förderung: ☐ ja ☐ nein

Wohnungsgröße: m² ; davon Wohnfläche: m² ; davon gewerbl. genutzt: m²

Anzahl Zimmer: Anzahl Küchen: Anzahl Bäder:

Die monatliche Gesamtmiete beträgt ab/seit Euro

☐ Grundmiete (Kaltmiete) Euro
☐ Betriebskosten (Umlagen) – ohne Kosten für die Heizung - Euro
☐ Kosten zentrale Heizungsanlage Euro
☐ Kosten für Garage/Einstellplatz Euro
☐ sonstige Kosten Euro

Die Wohnung wird beheizt mit:
☐ Kohle ☐ Strom ☐ Öl ☐ Sonstiges:
☐ Fernwärme ☐ Gas ☐ Pellets

Die Heizkostenvorauszahlung ist zu leisten an: ☐ Vermieter ☐ Energieversorger

Kosten der Warmwasserversorgung sind in den Heizkostenvorauszahlungen enthalten (zentrale Warmwasserbereitung): ☐ Ja ☐ Nein

Kosten der Warmwasserversorgung sind an den Energieversorger oder einen anderen Anbieter zu zahlen (dezentrale Warmwasserversorgung, z. B. mit Durchlauferhitzer oder Wasserboiler): Ja Nein

Es handelt sich um einen Staffelmietvertrag: ☐ Ja ☐ Nein

Die Wohnung wird möbliert vermietet: ☐ Ja ☐ Nein

Es handelt sich um einen Untermietvertrag: ☐ Ja ☐ Nein

Bei Neuanmietung:
Kaution/Sicherheitsleistung/Genossenschaftsanteil wird gefordert ☐ Nein ☐ Ja i.H.v. Euro
Die Wohnung wird renoviert übergeben: ☐ Ja ☐ Nein

Bei Bestandswohnung:
Es bestehen Mietrückstände: ☐ Nein ☐ Ja, i.H.v. Euro seit

Datum Unterschrift (ggf. Stempel) Vermieter o.Hausverwaltung

Wichtiger Hinweis:
Die Vorlage dieser Bescheinigung erfolgt freiwillig. Es steht Ihnen frei, die aktuelle Zusammensetzung Ihrer Kosten der Unterkunft und Heizung durch andere geeignete Unterlagen nachzuweisen.
Eine Verpflichtung Ihres Vermieters zum Ausfüllen der Bescheinigung besteht nicht.

Bundesministerium
der Finanzen

Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Nur per E-Mail

Oberste Finanzbehörden
der Länder

nachrichtlich:

Bundeszentralamt für Steuern

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

www.bundesfinanzministerium.de

16. Mai 2025

Betreff: Kapitalertragsteuer:
Ausstellung von Steuerbescheinigungen nach § 45a Absatz 2 und 3 EStG
GZ: IV C 1 - S 2401/00008/014/051
DOK: COO.7005.100.2.11986505

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Nach Erörterung mit den obersten Finanzbehörden der Länder wird das BMF-Schreiben vom 23. Mai 2022 (BStBl I S. 860) wie folgt neu gefasst:

Für Kapitalerträge, die nach § 43 Absatz 1 EStG dem Steuerabzug unterliegen, haben der Schuldner der Kapitalerträge, die die Kapitalerträge auszahlende Stelle oder die zur Abführung der Steuer verpflichtete Stelle dem Gläubiger der Kapitalerträge auf Verlangen eine Steuerbescheinigung nach amtlich vorgeschriebenem Muster auszustellen, die die nach § 32d EStG erforderlichen Angaben enthält; die Verpflichtung besteht unabhängig von der Vornahme eines Steuerabzugs. In den Fällen des § 56 Absatz 3 Satz 4 InvStG in der ab dem 1. Januar 2018 anzuwendenden Fassung – im Folgenden: InvStG – (Ansatz der Ersatzbemessungsgrundlage als Gewinn aus der fiktiven Veräußerung von Investmentanteilen) ist der Entrichtungspflichtige nach § 56 Absatz 3 Satz 5 InvStG zur Ausstellung einer Steuerbescheinigung verpflichtet. Zur Ausstellung von Steuerbescheinigungen gilt Folgendes:

Inhaltsverzeichnis

		Rn.
I.	**Allgemeines**	1 - 8
1.	Muster der Steuerbescheinigung	1
2.	Vergabe der Ordnungsnummer auf der Steuerbescheinigung nach § 45b Absatz 1 EStG	2
3.	Umfang der zu bescheinigenden Angaben	3
4.	Ergänzende Angaben	4
5.	Elektronische Übermittlung	5
6.	Berichtigung	6
7.	Allgemeine Angaben zum Gläubiger/Schuldner	7
8.	Keine Auswirkungen des § 36a EStG	8
II.	**Steuerbescheinigung für Privatkonten und/oder -depots sowie Verlustbescheinigung im Sinne des § 43a Absatz 3 Satz 4 EStG (Muster I)**	9 - 42
1.	Allgemeines	9 - 10
2.	Gläubiger der Kapitalerträge und Hinterleger der Wertpapiere	11 - 12
3.	Depotverwahrung	13
4.	Depotinhaber	14 - 15
5.	Vorlage einer Nichtveranlagungs-Bescheinigung	16
6.	Ausstellung einer Steuerbescheinigung für einbehaltene Kapitalertragsteuer in besonderen Fällen	17 - 25
	a) Bescheinigung der von Zinsen aus einem Mietkautionskonto, das auf den Namen des Vermieters lautet, einbehaltenen Kapitalertragsteuer	17 - 20
	aa) Allgemeines	17
	bb) Bescheinigungsverfahren	18 - 20
	b) Bescheinigung der von Zinsen aus der Anlage einer Erhaltungsrücklage einer Wohnungseigentümergemeinschaft einbehaltenen Kapitalertragsteuer	21 - 22
	aa) Bescheinigung des Vermögensverwalters	21
	bb) Behandlung der Kapitalertragsteuer	22
	c) Bescheinigung der von Zinsen aus einem Notaranderkonto einbehaltenen Kapitalertragsteuer	23 - 24
	d) Bescheinigung der von Kapitalerträgen aus einem Gemeinschaftskonto bei einer ehe- oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft einbehaltenen Kapitalertragsteuer	25
7.	Muster I im Einzelnen	26 – 42

III. Steuerbescheinigung einer leistenden Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse oder eines Personenunternehmens oder eines Spezial-Investmentfonds oder eines inländischen Betreibers/einer inländischen Zweigniederlassung eines ausländischen Betreibers einer Internet-Dienstleistungsplattform (Muster II) 43 - 56

1. Allgemeines 43
2. Berechtigung zur Ausstellung 44
3. Abweichende Anschrift 45
4. Muster der Steuerbescheinigung 46 - 47
5. Umfang der zu bescheinigenden Angaben 48 - 53
6. Anteilseigner 54
7. Anteile im Gesamthandsvermögen 55
8. Inländisches Kreditinstitut 56

IV. Steuerbescheinigung der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG, bei Einkünften im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 Satz 1 bis 3 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen, bei Einkünften von Körperschaften, Vermögensmassen und Personenvereinigungen sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds (Muster III) 57 - 64

1. Allgemeines 57 - 63
2. Muster der Steuerbescheinigung 64

V. Besonderheiten Muster I und III **65 - 70**

1. Zweigniederlassung 65
2. Gutschrift für andere Kreditinstitute, Kennzeichnung der Steuerbescheinigung 66 - 70
   a) Mitteilungsverpflichtung 66
   b) Ausstellung in Vertretung des Anteilseigners 67
   c) Kapitalerträge mit Zahlstellensteuerprinzip im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EStG 68
   d) Ausländische Wertpapiersammelbank 69
   e) Ausländisches Kreditinstitut 70

VI. Anwendungsregelung, Nichtbeanstandungsregelung und Fundstellennachweis 71 - 72

I. Allgemeines

1. Muster der Steuerbescheinigung

1 Für die Bescheinigung der Angaben sind die anliegenden amtlich vorgeschriebenen Muster I bis Muster III zu verwenden. Nach Inhalt, Aufbau und Reihenfolge der Angaben darf von ihnen nicht abgewichen werden. Die Gestaltung der Felder für die Bezeichnung des Instituts und des Gläubigers ist nicht vorgeschrieben. Eine Ergänzung der Steuerbescheinigungen um ein zusätzliches Adressfeld ist zulässig. Bei Lebensversicherungsunternehmen ist zusätzlich die Versicherungsnummer anzugeben.

Die Ausstellung erfolgt grundsätzlich für den zivilrechtlichen Gläubiger, nicht für den Steuergläubiger. Bei sogenannten Contractual Trust Arrangements (CTA)-Modellen kann die Steuerbescheinigung direkt an den steuerpflichtigen Treugeber (Arbeitgeber) versendet werden, vgl. Rn. 156 des BMF-Schreibens vom 14. Mai 2025 (BStBl I 2025 S. XXX).
Die Steuerbescheinigung für Erträge aus Versicherungsverträgen ist auf den Namen des Steuerpflichtigen auszustellen. Die Person des Steuerpflichtigen ist gemäß den Rn. 50 bis 53 des BMF-Schreibens vom 1. Oktober 2009 (BStBl I S. 1172), zuletzt geändert durch das BMF-Schreiben vom 9. August 2019 (BStBl I S. 829) zu ermitteln.

2. Vergabe der Ordnungsnummer auf der Steuerbescheinigung nach § 45b Absatz 1 EStG

2 Die die Kapitalerträge auszahlende Stelle weist jeder nach Maßgabe des § 45a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 EStG zu erteilenden Bescheinigung und jedem nach § 45b Absatz 5 EStG zu übermittelnden Datensatz eine nach amtlichem Muster zu erstellende Ordnungsnummer zu.
Die Ordnungsnummer ist für jede Steuerbescheinigung und für jeden übermittelten Datensatz als Universally Unique Identifier (UUID) nach Maßgabe des technischen Standards RFC 4122 zu generieren. Um die Eindeutigkeit sicher zu stellen, kann jede generierte UUID einer Steuerbescheinigung oder einem übermittelten Datensatz nur einmal zugewiesen werden.
Die Ordnungsnummer ist erstmals für die Bescheinigung oder Datenübermittlung von nach dem 31. Dezember 2026 zufließenden Kapitalerträgen zuzuweisen. Sie ist gut sichtbar im Adressfeld/Briefkopf abzudrucken. Steuerbescheinigungen nach Muster II sind keine Ordnungsnummer zuzuweisen.

Jede meldepflichtige Stelle kann Ordnungsnummern durch Verwendung einer UUID dezentral generieren und dem nach Maßgabe des § 45b EStG zu übermittelnden Datensatz zuweisen.
Die UUID ist entsprechend der Version 4 der nach Maßgabe des RFC 4122 zu generierenden UUIDs zu erstellen. Es wird nicht beanstandet, wenn die Erstellung nach Maßgabe der Versionen 3 oder 5 zu generierender UUIDs verwendet wird.

Die auf Basis des RFC 4122 generierte und als Ordnungsnummer verwendete Zeichenkette muss 36 Zeichen enthalten, die in fünf Gruppen unterteilt sind, davon 32 UUID hexadezimale Ziffern (Ziffern 0-9 und Buchstaben A-F) und vier an vorgegebenen Stellen vorhandene Bindestriche „-“.

Beispiel einer generierten Ordnungsnummer: f81d4fae-7dec-11d0-a765-00a0c91e6bf6

Bescheinigung zur Kranken- und Pflegeversicherung
(zur Vorlage beim Amt für Ausbildungsförderung)

Name, Vorname des/der Auszubildenden Förd.Nr. Geburtsdatum

_____

Vorgenannte/r ist in unserem Unternehmen wie folgt versichert:

1. Art der Krankenversicherung

☐ Beitragspflichtig versichert

☐ in der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 oder 10 SGB V oder als freiwilliges Mitglied

☐ bei einem Krankenversicherungsunternehmen, das die in § 257 Abs. 2a und 2b SGB V genannten Voraussetzungen erfüllt; aus dieser Versicherung können Leistungen beansprucht werden, die der Art nach den Leistungen des SGB V mit Ausnahme des Kranken- und Mutterschaftsgeldes entsprechen

☐ Beitragsfrei familienversichert

derzeitiger Monatsbeitrag: _____Euro

wie oben versichert ab/seit: _____

Die Versicherung ist ☐ keine Zusatzversicherung ☐ eine Zusatzversicherung

2. Es besteht eine beitragspflichtige Pflegeversicherung

☐ ja ☐ nein

derzeitiger Monatsbeitrag: _____Euro

3. Angaben zum Versicherungsunternehmen und Versicherungsvertrag

Bei unserem Versicherungsunternehmen handelt es sich um ein/e

☐ gesetzliche Krankenversicherung – Ersatzkasse - Betriebskrankenkasse

☐ privates Versicherungsunternehmen (**bitte nachfolgende Fragen beantworten**)

Unser Unternehmen erfüllt die Voraussetzungen des § 257 Abs. 2 a und 2 b SGB V
☐ ja ☐ nein

Die Leistungen aus dem bestehenden Versicherungsvertrag:

- sind auf einen bestimmten Anteil der erstattungsfähigen Kosten begrenzt
  ☐ ja ☐ nein

  wenn ja, bitte Höhe des Prozenttarifes angeben _____ % von 100

- umfassen gesonderte berechenbare Unterkunft und/oder wahlärztliche Leistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung ☐ ja ☐ nein

Name und Sitz des Versicherungsunternehmens und Telefonnummer für Rückfragen

_____

Ort, Datum Unterschrift und Stempel des Versicherungsunternehmens

Anlage R-AUS

Jeder Ehegatte / Lebenspartner mit Renten und Leistungen hat eine eigene Anlage R-AUS abzugeben.

☐ Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

☐ Ehefrau / Person B

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer** lfd. Nr. der Anlage

Renten und andere Leistungen aus ausländischen Versicherungen / ausländischen Rentenverträgen / ausländischen betrieblichen Versorgungseinrichtungen

Ausländische Leibrenten und Leistungen, die mit Leistungen eines inländischen Versorgungsträgers (gesetzliche Rentenversicherungen, landwirtschaftliche Alterskasse und berufsständische Versorgungseinrichtungen) vergleichbar sind 71 / 72

			1. Rente		2. Rente
4	Staat des Leistungsbezugs				
			EUR		EUR
5	Rentenbetrag (einschließlich Einmalzahlung und Leistungen)	351	,—	401	,—
6	Rentenanpassungsbetrag (in Zeile 5 enthalten)	352	,—	402	,—
7	Beginn der Rente	353		403	
	Vorhergehende Rente:				
8	Beginn der Rente	355		405	
9	Ende der Rente	356		406	
			EUR		EUR
10	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre / Kapitalauszahlung (in Zeile 5 enthalten)	361	,—	411	,—

Öffnungsklausel:

11	Prozentsatz (laut Bescheinigung Ihres ausländischen Versorgungsträgers / laut gesonderter Ermittlung)	362	%	412	%
12	die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	363		413	
			EUR		EUR
13	bei Einmalzahlung: Betrag	364	,—	414	,—

Leibrenten aus privaten Rentenversicherungen (auf Lebenszeit / mit zeitlich befristeter Laufzeit), sonstigen Verpflichtungsgründen (z. B. Renten aus Veräußerungsgeschäften)

(ohne Renten laut den Zeilen 4 bis 13)

			1. Rente		2. Rente
14	Staat des Leistungsbezugs				
			EUR		EUR
15	Rentenbetrag	381	,—	431	,—
16	Beginn der Rente	382		432	
17	Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantiezeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person	386		436	
18	Die Rente erlischt mit dem Tod von				
19	Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	383		433	
			EUR		EUR
20	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in Zeile 15 enthalten)	384	,—	434	,—

202400333201

Steuernummer, Name und Vorname, lfd. Nr. der Anlage

Leistungen aus ausländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtungen, die mit inländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtungen vergleichbar sind

		1. Rente		2. Rente	
21	Staat des Leistungsbezugs				
22	Leistungen aus einer ausländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtung, soweit diese auf im Inland geförderten Beiträgen beruhen	721	EUR ,—	741	EUR ,—
23	Lebenslange Leibrente aus einer ausländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtung, soweit diese auf im Inland nicht geförderten Beiträgen beruht	722	,—	742	,—
24	Beginn der Rente	723		743	
25	Geburtsdatum einer anderen Person, von deren Lebenszeit die Laufzeit der Rente (auch) abhängt; bei Garantiezeitrenten das Geburtsdatum der verstorbenen versicherten Person	724		744	
26	Abgekürzte Leibrente aus einer ausländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtung, soweit diese auf im Inland nicht geförderten Beiträgen beruht	725	EUR ,—	745	EUR ,—
27	Beginn der Rente	726		746	
28	Die Rente erlischt / wird umgewandelt spätestens am	727		747	
29	Einmalleistungen aus einer ausländischen betrieblichen Altersversorgungseinrichtung, soweit diese auf im Inland nicht geförderten Beiträgen beruhen	728	EUR ,—	748	EUR ,—
30	Datum des Vertragsabschlusses	729		749	
31	Nachzahlungen für mehrere vorangegangene Jahre (in den Zeilen 22, 23 und / oder 26 enthalten)	792	EUR ,—	793	EUR ,—

Werbungskosten

Die Eintragungen in den Zeilen 32 bis 36 sind nur in der ersten Anlage R-AUS vorzunehmen.

32	Werbungskosten zu den Zeilen 5 und 15 – ohne Werbungskosten laut Zeile 33 – Art der Aufwendungen	812	EUR ,—
33	Werbungskosten zu den Zeilen 10, 20 und zu Nachzahlungen (Zeile 31), die in den Einnahmen der Zeilen 23 und 26 enthalten sind Art der Aufwendungen	813	,—
34	Werbungskosten zu den Zeilen 22 und 29 Art der Aufwendungen	814	,—
35	Werbungskosten zu den Zeilen 23 und 26 Art der Aufwendungen	815	,—
36	Werbungskosten zu Nachzahlungen (Zeile 31), die in den Einnahmen der Zeile 22 enthalten sind Art der Aufwendungen	816	,—

Steuerstundungsmodelle

37	Einkünfte aus Gesellschaften / Gemeinschaften / ähnlichen Modellen i. S. d. § 15b EStG (laut gesonderter Aufstellung)	EUR ,—

2024AnlR-AUS332NET

Max Mustermann
Wärme, Kälte, Schall- und Brandschutz
Musterstraße 1
99999 Musterstadt
Tel.: 0999 / 999 91
Fax: 0999 / 999 92

Max Mustermann GmbH - Musterstr. 1 - 99999 Musterstadt

Oliver Muster GmbH
Heizung - Lüftung - Sanitär
Herrn Muster
Musterring 5
80025 München

Schlussrechnung

Nr.: R12-0035

Kundennr.:	K05/0001
Ihre Auftrags-Nr.:	
Datum:	20.04.2012
Seite:	1

Projekt:
Altenheim, Musterstr. 5, 12345 Musterstadt
Dämmarbeiten an technischen Anlagen

Die in der Rechnung aufgeführten Leistungen wurden im März und April 2012 erbracht.

Position	Beschreibung	Anzahl	Einheit	Einzelpreis	Gesamtpreis
Los:	**01 Dämmarbeiten Neubau**				
Titel:	**01 Dämmarbeiten Heizung**				
01.01.0010	Bezugsbeschreibung Wärmedämmung an Heizungs- oder Warmwasserleitungen oder Schwitzwasserdämmung an Kaltwasserleitungen mit Rohrschalen aus Mineralfaser, mit Aluminiumgitterfolie kaschiert, nicht brennbar nach DIN 4140 A2, Wärmeleitfähigkeit 0,035 W/(m*K), Rund- und Längsnähte sind mit Streifen aus selbstklebender Aluminiumfolie überklebt, für nicht stoßgefährdete oder nicht sichtbare Bereiche, fachgerecht ausgeführt. DN 12, ä.D. 15 mm, Dämmdicke 20 mm				
		8,050	lfm	7,10 €	57,16 €
01.01.0030	Wiederholungsbeschreibung zu Pos. 01.01.0010, jedoch:				
		39,720	lfm	3,00 €	119,16 €
01.01.0040	Wärme- und Schwitzwasserdämmung an Verteilern und Sammlern, mit Mineralfaserlamellenmatten, einseitig mit Alumniumgitternetzfolie kaschiert, nicht brennbar nach DIN 4102 A2, Wärmeleitfähigkeit 0,04 W/(m * K), Ummantelung mit beiderseits verzinktem Stahlblech, fachgerecht ausgeführt. Verteiler DN 100, 1500 mm lang, Dämmdicke 100 mm				

Übertrag	176,32 €

Muster

AXA Krankenversicherung AG
Postanschrift 50592 Köln

AXA Krankenversicherung AG, 50592 Köln
H06 KVITS-LE H81527

1 Telefon: 0221 148-41002
Telefax: 0221 148-41913

12.06.2013, Seite 1 von 2

Herrn
Max Mustermann
Musterstraße 4
67112 Mutterstadt

Leistungsabrechnung
Kranken-/Pflege-Versicherung Nr.: 4926542384
Unsere Zeichen: KVITS-LE / H81527

Sehr geehrter Herr Mustermann,

für die eingereichten Unterlagen haben wir die tariflichen Leistungen errechnet. Wenn eine Erstattung nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, finden Sie Anmerkungen am Ende der Abrechnung.

2

Max Mustermann, 19.03.1950

KOSTENBELEGE

3 Leistungsart/Behandler	Tarif/Stufe	Beh-Jahr	An-zahl	4 Rechnungs-Betrag (EUR)	5 Ablehnungs-Betrag (EUR)	6 Erstattungs-Betrag (EUR)	7 Anmerkung
Arznei/Verbandmittel	Vital300-U	2013		50,10		50,10	
Dr.Arzt	Vital300-U	2013		80,04		80,04	1
Ihr Zahnarzt	Komf Zahn-U	2013		677,70		677,70	
stat. Behandlung ges.		2013	1	90,88			
Zweibettzimmer	Vital300-U	2013	1	90,88		90,88	
Selbstbehalt		2013				-90,88	
				898,72		807,84	

Der Rest-Selbstbehalt beträgt
für das Jahr 2013 209,12 EUR.

Erstattungsbetrag gesamt Max Mustermann 807,84

Mia Mustermann, 15.12.2012

KOSTENBELEGE

Leistungsart/Behandler	Tarif/Stufe	Beh-Jahr	An-zahl	Rechnungs-Betrag (EUR)	Ablehnungs-Betrag (EUR)	Erstattungs-Betrag (EUR)	Anmerkung
Ihr Arzt	EG035-U	2013		208,40		145,88	

AXA Krankenversicherung AG · Colonia-Allee 10-20, 51067 Köln · Postanschrift: 50592 Köln · Internet: www.AXA.de
Sitz der Gesellschaft Köln · Handelsregister Köln HR B Nr. 1012 · USt.-Ident-Nr. DE 122786679 · Vorsitzender des Aufsichtsrats: Gernot Schlösser
Vorstand: Dr. Thomas Buberl, Vorsitzender; Dr. Andrea van Aubel, Etienne Bouas-Laurent, Wolfgang Hanssmann, Jens Hasselbächer, Dr. Heinz-Jürgen Schwering

1 Ansprechpartner

Sollten Sie noch Fragen zu Ihrer Leistungsabrechnung haben, finden Sie hier die entsprechende Telefonnummer. Wir sind für Sie da.

2 Name des Versicherten

Über den Namen des Versicherten wird Ihnen angezeigt, um wessen Abrechnung der Behandlungskosten es sich handelt. Sollten Sie Rechnungen für mehrere Personen eingereicht haben, rechnen wir erst alle Belege vom Versicherungsnehmer und dann von allen weiteren versicherten Personen ab.

3 Leistungsart/Behandler

In der ersten Spalte Ihrer Leistungsabrechnung können Sie einsehen, welche Leistungen von uns bearbeitet wurden. Es könnten hier beispielsweise Ihre beanspruchten Arztbesuche, Arzneimittel oder Zahnersatzbehandlungen aufgelistet worden sein. In dieser ersten Spalte finden Sie auch die einzelnen Bestandteile, aus welchen sich die gesamte Behandlung zusammensetzt.

4 Rechnungsbetrag (EUR)

Die Spalte Rechnungsbetrag (EUR) ordnet Ihre Rechnungen den jeweiligen Belegen zu und addiert sie in der letzten Zeile zusammen. So haben Sie die Kosten für die komplette Behandlung als auch für einzelne Komponenten der Behandlung auf einen Blick.

5 Ablehnungsbetrag/Anmerkung

Der Ablehnungsbetrag (EUR) enthält die Summe aller Ablehnungen sowie für jeden Behandlungsbaustein den Betrag, welcher nicht erstattet werden kann. Unter Anmerkung in der letzten Spalte wird jedem einzeln abgelehnten Beleg eine Ziffer zugeordnet die Auflösung zu der jeweiligen Ziffer finden Sie am Ende der Leistungsabrechnung.

6 Erstattungsbetrag (EUR)

Ihr Erstattungsbetrag (EUR) ergibt sich aus der Verrechnung der Rechnungs- und Ablehnungsbeträge und wird ebenso wie diese den einzelnen Komponenten der Behandlung zugeordnet und schließlich in der letzten Zeile summiert. Der hier ausgewiesene Betrag wird Ihnen auf das rückseitig aufgeführte Konto überwiesen.

7 Anmerkung

Unter Anmerkung in der letzten Spalte wird jedem einzeln abgelehnten Beleg eine Ziffer zugeordnet die Auflösung zu der jeweiligen Ziffer finden Sie am Ende der Leistungsabrechnung.

Muster

AXA Krankenversicherung AG

Schreiben vom 12.06.2013
Seite 2 von 2

KOSTENBELEGE

Leistungsart/Behandler	Tarif/Stufe	Beh-Jahr	An-zahl	Rechnungs-Betrag (EUR)	Ablehnungs-Betrag (EUR)	Erstattungs-Betrag (EUR)	Anmerkung
Zahnbehandlung gesamt		2013		410,30			
Zahnersatz ZE	EG035-U	2013		410,30		123,09	
				618,70		268,97	
Erstattungsbetrag gesamt Mia Mustermann						268,97	
Erstattungsbetrag gesamt						1.076,81	
Auszahlungsbetrag gesamt						1.076,81	
Auszahlungsbetrag:						1.076,81 EUR	

Den Betrag haben wir auf folgendes Konto überwiesen:

Bankleitzahl: 11111111
Konto-Nummer: 0000000001
Empfänger: Max Mustermann

8 Anmerkung 1

Hier stehen Anmerkungen zu den von Ihnen eingereichten Belegen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Übrigens: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer **Leistungsabrechnung?**
Sagen Sie uns bitte Ihre Meinung unter www.KV-Umfrage.de

Bitte nutzen Sie die Zugangsnummer **7155**.

Freundlich grüßt Sie
Ihre AXA Krankenversicherung AG

8 Anmerkung

Unter Anmerkung finden Sie die jeweilige Information zu den aufgeführten Ziffern, weshalb wir Ihre Rechnung nicht oder nur teilweise tragen können. Wenn Sie Rückfragen zu einer Anmerkung haben, melden Sie sich bitte unter der aufgeführten Telefonnummer (siehe Ansprechpartner).

Aktuelle Aktionen

Auf unserer Leistungsabrechnung finden Sie übrigens alle zwei Monate einen neuen interessanten Hinweis zu aktuellen Aktionen.

Neuer Erstattungsantrag

Mit jeder Leistungsabrechnung, die wir Ihnen zukommen lassen, erhalten Sie von uns einen neuen Erstattungsantrag. Diesen können Sie nutzen, um bequem und übersichtlich Ihre Rechnungen aufzuführen.

Berechnung der Pflegeheimkosten

Die Kosten für den Pflegeheimplatz/Heimentgelt setzen sich zusammen aus

- Unterkunft und Verpflegung
- Investitionskosten
- Pflegekosten (pflegegradspezifischer Pflegesatz + Ausbildungskosten)

Die Pflegekosten, die sogenannten pflegebedingten Aufwendungen, werden entsprechend dem vorliegenden Pflegegrad von der Pflegekasse voll übernommen oder teilfinanziert, entsprechend dem Kostensatz der Einrichtung.

Der gesetzliche Leistungsbetrag der vollstationären Pflege beträgt im

Pflegegrad 2	770,00 EUR/monatlich
Pflegegrad 3	1.262,00 EUR/monatlich
Pflegegrad 4	1.775,00 EUR/monatlich
Pflegegrad 5	2.005,00 EUR/monatlich.

Die verbleibenden Pflegekosten bilden mit den Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie für Investitionen den Eigenanteil des Pflegebedürftigen.

Die Kosten für die vollstationären Pflegeeinrichtungen sind im Pflegenavigator zu finden

AOK Pflege-Navigator - Suchmaske der Pflegeeinrichtungssuche

Die Pflegekosten (Pflegesatz+Ausbildungskosten) werden ab dem 1. Januar 2022 aufgrund der neuen gesetzlichen Regelung zusätzlich zum oben genannten Leistungsbetrag mit einem Leistungszuschlag teilfinanziert.

Beispiel für die Berechnung des Leistungszuschlags anhand eines Kostensatzes einer vollstationären Pflegeeinrichtung:

Kosten für Unterkunft/Verpflegung	615,09 EUR/monatlich
Investitionskosten	218,11 EUR/monatlich
durchschnittlicher Eigenanteil der Pflegegrade 2-5 an den Pflegekosten (eeE*)	968,27 EUR/monatlich

*Der eeE umfasst den für diese Einrichtung festgelegten Eigenanteil für die pflegebedingten Aufwendungen für die Pflegegrade 2 bis 5 sowie die Ausbildungspauschale für das Personal.

		5%	25%	45%	70%
eeE/monatlich	968,27 EUR				
Leistungszuschlag monatlich		48,41 EUR	242,07 EUR	435,72 EUR	677,79 EUR

Entsprechend der Verweildauer in der Pflegeeinrichtung erfolgt die Zahlung des Leistungszuschlages automatisch von der Pflegekasse an die Pflegeeinrichtung.

Budenheld.de

Maklervertrag

Muster für einen einfachen Maklervertrag

Die wichtigsten Aufgaben für den Immobilienverkauf im Überblick

✓ Marktwert der Immobilie ermitteln	➢ kostenlose Online-Immobilienbewertung
✓ Immobilienanzeige schalten	➢ Online-Immobilienanzeige veröffentlichen
✓ Was ist besser: Mit oder ohne Makler verkaufen?	➢ Checkliste: Privat oder mit Makler verkaufen
✓ Verkaufsunterlagen vervollständigen	➢ Checkliste: Verkaufsunterlagen
✓ Tipps für den Immobilienverkauf	➢ Ratgeber zum Immobilienverkauf
✓ Immobilienkaufvertrag prüfen	➢ Checkliste & Muster: Immobilienkaufvertrag

Makleralleinauftrag

zwischen

_____

Herr | Frau | Eheleute | Firma

_____

Wohnhaft in [Straße, PLZ & Ort]

und

_____

Maklerunternehmen

_____

Anschrift

wird nachfolgender Maklervertrag geschlossen:

§ 1 Auftrag

1. Der Auftraggeber sichert zu, dass er der eingetragene Eigentümer des Auftragsobjekts ist und von anderen möglichen Miteigentümern oder Verfügungsberechtigten zum Abschluss dieses Maklervertrags bevollmächtigt ist. Eventuelle Vollmachten wurden nicht vorgelegt, aber können auf Verlangen des Auftragnehmers vorgezeigt werden. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit dem Verkauf des folgenden Objekts:

_____

Adresse [Straße, PLZ, Ort]

_____

Kurze Beschreibung der Immobilie

2. Das aufgeführte Objekt soll zu einem Preis von _____ € vermarktet werden und zu einem Mindestpreis von _____ € verkauft werden.

§ 2 Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sich intensiv um den Verkauf zu bemühen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einen schnellen Verkauf zum höchstmöglichen Preis zu realisieren.

1. Zu den Verkaufsmaßnahmen gehören insbesondere:

- ✓ Verkaufsberatung und Wertermittlung vor Verkaufsstart
- ✓ Erstellung eines aussagekräftigen und verkaufsfördernden Exposés
- ✓ Bewerbung des Objekts
- ✓ Telefonische und schriftliche Beantwortung von Anfragen von Kaufinteressenten
- ✓ Durchführung von Besichtigungen
- ✓ Verhandlungen führen über Kaufpreis und Vertragsmodalitäten im Interesse einer Einigung zwischen Käufer und Verkäufer
- ✓ Bei hoher Nachfrage: Eröffnung und Abwicklung eines Bieterverfahrens mit dem Ziel das höchste Angebot anzunehmen
- ✓ Prüft die Bonität von potenziellen Käufern (Finanzierungsbestätigung)
- ✓ Mitwirkung bei der Vorbereitung des notariellen Kaufvertrages sowie der Teilnahme am notariellen Beurkundungstermin
- ✓ Individuelle Vereinbarungen:

  _____

  _____

  _____

  _____

Alle aufgeführten Maßnahmen werden zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer sorgfältig abgestimmt und terminiert.

2. Der Auftragnehmer darf unter Umständen weitere Makler in seinem Partnernetzwerk einschalten. Dadurch entstehen dem Auftraggeber keine weiteren Kosten oder andere Verpflichtungen entstehen.

3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Aufraggeber in regelmäßigen Abständen über den Stand seiner Verkaufsbemühungen zu unterrichten.

4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, diesen Maklervertrag mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns durchzuführen. Mögliche Schadensersatzansprüche bei Schlechtleistung sind auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz beschränkt.

5. Die Kosten für alle Verkaufsbemühungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Das sind vor allem die Erstellung eines Exposés und das dazugehörige Bildmaterial, zeitlicher Aufwand für Besichtigungen und Rückfragen sowie die Vermarktung über Online-Anzeigen auf Immobilienportalen.

§ 3 Rechte und Pflichten des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber betraut dem Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit mit der Vermarktung des oben aufgeführten Objektes.

2. Erfolgt der Kaufabschluss aufgrund der Vermarktungsaktivitäten des Auftragnehmers erhält der Auftragnehmer die volle vereinbarte Provision. Der Auftragnehmer muss nachweisen, dass der Kaufabschluss durch seine Verkaufsaktivitäten zustande gekommen ist.

§ 4 Maklerprovision

1. Nach Abschluss des notariellen Kaufvertrags erhält der Auftragnehmer vom Käufer eine Maklerprovision in Höhe von_____ % des Kaufpreises (inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

   Zudem zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer nach Abschluss des notariellen Kaufvertrags eine Maklerprovision in Höhe von_____ % des Kaufpreises (inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

2. Der Provisionsanspruch des Auftragnehmers gilt auch dann, wenn der Abschluss des Kaufvertrages erst nach Beendigung des Maklervertrages, aber auf Grund der Tätigkeit des Auftragnehmers zustande kommt.

§ 5 Erläuterungen zur Maklerprovision

Makler und Verkäufer haben die am 23. Dezember 2020 in Kraft tretende Neuregelung der Maklerprovision besprochen. Nur bis zu diesem Datum kann der Makler für den Verkäufer provisionsfrei tätig werden und die Provision vollständig auf den Käufer abwälzen. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 23. Dezember 2020 ist dies nicht mehr möglich und der Makler kann entgeltlich nur dann tätig werden, wenn auch der Verkäufer einen Anteil der Maklerprovision zahlt.

Aus diesem Grund vereinbaren Auftraggeber und Auftragnehmer:
Verkäufer und Käufer tragen die Maklerprovision jeweils hälftig (50% Verkäufer, 50% Käufer). Der Verkäufer schuldet die Provision nur dann, wenn ein Grundstückskaufvertrag auf Nachweis bzw.

Eingaben löschen

Sie können dieses Formular am Computer ausfüllen: Bitte speichern Sie vorher das leere Formular auf Ihrem Computer und öffnen Sie es dort. Sie brauchen zum Ausfüllen die aktuelle Version des Adobe Reader (Gratis-Download: http://get.adobe.com/de/reader).

Hier Arbeitgeber/in mit Adresse eintragen

Hier Arbeitnehmer/in mit Adresse eintragen

Hier Monat und Jahr eintragen

Lohnabrechnung

AHV-Nummer

Hier Ort und Datum eintragen

Bitte beachten Sie die Hinweise zum Ausfüllen auf www.svazurich.ch/lohnabrechnung

Lohn

Grundlohn

Familienzulagen

Abzüge

AHV/IV/EO	5.3	Prozent von		
ALV	1.1	Prozent von		
NBU		Prozent von		
Steuerabzug		Prozent von		

Total der Abzüge

Nettolohn

Spesen

Total Auszahlung **CHF**

Überweisung am

auf Konto

Bei Fragen
kontaktieren Sie bitte:

Firma
Max Mustermann
Luxemburger Str. 1
45131 Essen

ista SE
Luxemburger Str. 1 | 45131 Essen
Postfach 103134 | 45031 Essen
ista.com

Sitz der Gesellschaft: Essen
Amtsgericht Essen HRB 33073
Steuer-Nr. 5112/5734/2099
USt-IdNr. DE350190920

Vorsitz des Aufsichtsrates:
Dr. Dieter Hackenberg
Vorstand:
Dr. Hagen Lessing (Vorsitzender)
Anke Dassler
Michaela Hitzberger
Oliver Schlodder

Max Mustermann | Luxemburger Str. 1 | 45131 Essen

Herrn/Frau/Firma
Max Mustermann
Luxemburger Str. 1
45131 Essen

Einzelabrechnung Energiekosten

1. Ihre Daten

Liegenschaft/Nutzer	15-997-3700/2 - 0001/0
Etage	EGL
Liegenschaftsadresse	Luxemburger Str. 1 45131 Essen
Abrechnungsdatum	14.01.2025
Abrechnungszeitraum	01.01.2024 - 31.12.2024

Bei Rückfragen zu Ihrer Abrechnung helfen diese Angaben zur schnellen Identifizierung Ihrer Wohnung weiter.

Ihre Abrechnung
Brutto

Ihre Gesamtkosten	1.103,74 €
Ihre Vorauszahlung	1.200,00 €
Ihr Guthaben	96,26 €

2. Ihre Ablese- und Verbrauchswerte

Lauf. Nr.	Raum	Geräte Nr.	Einheiten	Ablesewert - NEU	Ablesewert = ALT	Differenz x	Umr. = Faktor	Verbrauch
Heizkostenverteiler 1)								
01/0	K	219130994	Einh.	12.180,00 -	10.487,00 =	1.693,00 x	0,675 =	1.142,78
02/0	S	219131014	Einh.	9.342,00 -	8.523,00 =	819,00 x	0,925 =	757,58
03/0	W	219131038	Einh.	18.733,00 -	16.162,00 =	2.571,00 x	0,425 =	1.092,68
04/0	W	219131052	Einh.	26.687,00 -	22.966,00 =	3.721,00 x	0,425 =	1.581,43
05/0	B	219131021	Einh.	5.561,00 -	4.582,00 =	979,00 x	0,400 =	391,60
Verbrauchseinheiten (mit UF-Faktor)								4.966,07
Summe Verbrauchseinheiten für den Zeitraum 1.01.24 - 31.12.24								4.966,07
Warmwasserzähler								
01/0	B	27616574	m^3	20,80 -	5,71		=	15,09
Verbrauchseinheiten								15,09
Summe Verbrauchseinheiten für den Zeitraum 1.01.24 - 31.12.24								15,09

1) Die in Ihrer Wohnung/Nutzeinheit installierten Heizkostenverteiler sind (z.T.) auf die Einheitsskala 20 programmiert. Um unterschiedliche Heizkörperleistungen zu berücksichtigen, müssen die Ablese-/Differenzwerte im Rahmen der Abrechnung in Verbrauchseinheiten umgerechnet werden. Die Berechnung erfolgt unter Berücksichtigung eines Umrechnungsfaktors, der die Heizkörperbewertung gem. DIN EN 834/835 beinhaltet.
Berechnungsformel:
Ablesewert bzw. Differenzwert x Umrechnungsfaktor (UF) = Verbrauchseinheit je Gerät
(UF = Verbrauchsskala : Einheitsskala)

Bei Fragen
kontaktieren Sie bitte:

Firma
Max Mustermann
Luxemburger Str. 1
45131 Essen

Einzelabrechnung Energiekosten - Ihre Daten

Liegenschaft/Nutzer	**15-997-3700/2 - 0001/0**
Name	Max Mustermann
Abrechnungsdatum	14.01.2025
Abrechnungszeitraum	01.01.2024 - 31.12.2024

3. Ablese- und Verbrauchswerte der Allgemeinzähler

Lauf. Nr.	Raum	Geräte Nr.	Einheiten	Ablesewert - NEU		Ablesewert = ALT	Verbrauch
0000/0	ALLGEMEIN						
Wärmezähler				Wärmezähler für die WW-Bereitung			
01/0	HR	693829513	kWh	44.262,00	-	26.556,00 =	17.706,00

Die unter "Allgemein" zusammengefassten Zähler dienen in der Regel der Vorverteilung von Heizenergieverbrauch auf unterschiedliche Nutzergruppen oder der Trennung von Heizenergieverbrauch und Verbrauch für die Warmwasseraufbereitung. Hierbei kann es sich um Wärmezähler, Wasserzähler, Boilerzähler oder auch Gaszähler handeln. Sollten Sie Fragen zu deren Verwendung innerhalb der Abrechnung haben, sprechen Sie uns bitte an.

4. Aufstellung der Gesamtkosten

Brutto

Kostenart	Datum	Menge	Einheit	Teilbetrag	Gesamtbetrag
Brennstoffkosten					
Rechnung	31.12.2024	65.504	kWh Gas	6.540,63 €	
Darin enthaltene CO2-Menge: 11.881,8 kg und CO2-Kosten: 636,27 €					
Abzug CO2-Kosten Anteil Vermieter (Berechnung siehe Anlage)				-190,88 €	
Summe Brennstoffkosten		65.504	kWh Gas		6.349,75 €
Darin enthaltene CO2-Menge: 11.881,8 kg und CO2-Kosten: 636,27 €					
Heiznebenkosten					
Betriebsstrom	31.12.2024			341,89 €	
Wartungskosten	15.12.2024			292,87 €	
Kaminfeger	23.09.2024			88,25 €	
Geb.Verbrauchserfsg.				777,50 €	
Summe Heiznebenkosten					1.500,51 €
Summe Heizanlage (Brennstoff- und Heiznebenkosten)					7.850,26 €
Zusatzkosten Heizung					
Kosten Geräte Hzg				199,50 €	
Summe Zusatzkosten Heizung					199,50 €
Zusatzkosten Warmwasser					
Kosten Geräte WW				215,02 €	
Summe Zusatzkosten Warmwasser					215,02 €
Gesamtkosten der Liegenschaft					8.264,78 €

An dieser Stelle finden Sie alle vom Vermieter oder Hausverwalter angegebenen Brennstoffkosten wieder. Zusammen mit den etwaigen Haus- und Heiznebenkosten sowie weiteren Zusatzkosten ergeben sich die Gesamtkosten der Liegenschaft.

5. Ermittlung Heiz- und Warmwasserkosten
(lt. Heizkostenverordnung § 9 Abs. 1 und 2)

Kosten : Heizanlage		Gesamtwärme-menge	x	Wärmemenge = für Warmwasser		Anteil WW an Heiz- und WW-Gesamtkosten	
7.850,26 €	:	65.504,00 kWh	x	17.706,00 kWh	=	2.121,96 €	Brutto

Die Warmwasserkosten werden gemäß § 9 Abs. 2 Heizkostenverordnung ermittelt. Die Heizkosten ergeben sich dann aus der Differenz zwischen den Kosten der Heizanlage und den Warmwasserkosten.

.....

Name der Schule

.....

Adresse, Telefon, E-Mail-Anschrift

Schulbescheinigung

....., geboren am .....

Name, Vorname des Schülers, der Schülerin

Wohnanschrift:

.....

ist erstmalig

zum Schuljahr ..... in einen

der nachfolgenden Bildungsgänge eingetreten.

Im Schuljahr ..... befindet er/sie sich

☐ im Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe in der

..... Jahrgangsstufe.

☐ in einem zweijährigen Bildungsgang zum Erwerb der

Fachhochschulreife in Vollzeitform im ..... Jahrgang.

Dies ist sein/ihr Abschlussjahrgang: ☐ Ja

☐ Nein

Datum: .....

Schulleiter/in: .....

Zur Vorlage beim zuständigen Landkreis bzw. der zuständigen kreisfreien Stadt gemäß Brandenburgischer Ausbildungsförderungsverordnung

Reisekosten-Formular

Name d. Arbeitgebers: _____ ❒ Inlandsreise ❒ Auslandsreise

Name d. Mitarbeiters: _____

Reisebeginn: _____ (Datum, Uhrzeit) Reiseende: _____ (Datum, Uhrzeit)

Anlass: _____

Reiseziel(e): _____

Anlass d. Reise: _____

Steuerliche Zuordnung: _____
(z. B.: Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, Gewerbebetrieb, Arbeitnehmertätigkeit, Nebentätigkeit, Vermietung, Außergewöhnliche Belastungen)

Reisemittel: ❒ Dienstwagen ❒ Privater Pkw ❒ Bahn ❒ Flugzeug

Reisekosten			Brutto EUR
I. Fahrtkosten			
1. PKW im Betriebsvermögen (Dienstwagen) (keine Kilometerabrechnung nötig, bitte Tankbelege der Buchhaltung beifügen)			[Berücksichtigung bei Gewinnermittlung]
2. Privater PKW: km x € 0,30 €/km			€ 0,00
3. Öffentliche Verkehrsmittel (Belege beifügen)			
a) Taxi			€ 0,00
b) Flugzeug			€ 0,00
c) Bahn			€ 0,00
II. Verpflegungsmehraufwand[1]			
Inlandsreise			
Eintägige Reise:			
Tage (mehr als 8 Stunden abwesend)	x	€ 14,00	€ 0,00
Mehrtägige Reise			
Anreisetag (zeitunabhängig)	x	€ 14,00	€ 0,00
Zwischentag(e) (24 Stunden abwesend)	x	€ 28,00	€ 0,00
Abreisetag (zeitunabhängig)	x	€ 14,00	€ 0,00
Auslandsreise[2]			
Eintägige Reise:			
Tage (mehr als 8 Stunden abwesend)	x	€ 0,00	€ 0,00
Mehrtägige Reise			
Anreisetag (zeitunabhängig)	x	€ 0,00	€ 0,00
Zwischentag(e) (24 Stunden abwesend)	x	€ 0,00	€ 0,00
Abreisetag (zeitunabhängig)	x	€ 0,00	€ 0,00
III. Übernachtungskosten			
1. Tatsächliche Kosten (ohne Verpflegung) a) Gesonderter Ausweis der Verpflegung: Kürzung in tatsächlicher Höhe b) Gesamtpreis für Unterkunft und Verpflegung: Kürzung je Tag um 5,60 € für Frühstück und je 11,20 € für Mittag-/Abendessen bzw. 20 % bei Auslandsreise			€ 0,00
2. Pauschale (je nach Reiseland[2] - nur bei Auslagenersatz durch Arbeitgeber) Übernachtungen **x** € 20,00 nur bei Auslandsreise anpassen[2]			€ 0,00
IV. Reise-Nebenkosten			
Tatsächliche Kosten (Bitte Belege beifügen - ggf. Eigenbeleg) z. B. für Telekommunikation, Porto, Fachzeitschriften, Trinkgelder, Parkplatz Gepäckbeförderung und -aufbewahrung, Straßenbenutzung, Schadensersatzleistungen infolge von Verkehrsunfällen			€ 0,00
Abzugsfähige Reisekosten			€ 0,00

[1] Sorgt der Arbeitgeber - oder auf dessen Veranlassung ein Dritter - für die Verpflegung (z.B. bei einer Fortbildungsveranstaltung), sind die Verpflegungspauschalen zu kürzen (Frühstück: 5,60 €, Mittag- und Abendessen: je 11,20 €). Besonderheiten gelten insb. bei Zuzahlungen des Arbeitnehmers.

[2] Zusammenstellung besuchte Länder siehe **Länderlisten** auf unserer Website

_____
[Datum]

_____
[Unterschrift]

Buchungsvermerke:

Reisekostenabrechnung

Datum			
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Taxi von	nach	€ 0,00
	Trinkgelder		€ 0,00
	Parkgebühren		€ 0,00
	Gepäckkosten		€ 0,00
	Fahrtkosten Nahbereich		€ 0,00
	Fahrtkosten Nahbereich		€ 0,00
	Fahrtkosten Nahbereich		€ 0,00
	Sonstiges		€ 0,00
	Summe Reisenebenkosten		€ 0,00

Musterlohnabrechnung Stundenlohn

Herr Dr. med.
Muster Marcel
Bahnhofstr. 1
8000 Zürich

Musterbeispiel

			2025
		AHV	8.70%
		IV	1.40%
		EO	0.50%
Arbeitnehmerin	**Meier Monika**		10.60%
		ALV	2.20%
Geburtsdatum	26.12.1991	Total	12.80%
		Arbeitnehmerbeiträge	6.40%

Lohnabrechnung gültig per 01.01.2025

Periode

Ausbezahlte Stunden	Januar			20.00		
Ausbezahlte Stunden	Februar			19.50		
Ausbezahlte Stunden	März			22.00		
Stunden Total				61.50		
Stundenlohn brutto			CHF	25.00	CHF	1'537.50
Ferienentschädigung	Bei 4 Wochen Ferien: 8.33% Bei 5 Wochen Ferien: 10.63%			10.63%	CHF	163.44
Total Bruttolohn					**CHF**	**1'700.94**
Lohnabzüge	1. AHV / IV / EO	5.300%	CHF	90.15		
	2. ALV	1.10%	CHF	18.71		
	3. UVG (NBU)	1.018%	CHF	17.32		
	4. BVG		CHF	-		
	5. Krankentaggeld	0.405%	CHF	6.89		
	Lohnabzüge total				CHF	133.06
Monatslohn netto					CHF	1'567.87

Die Prämie ist abhängig von der Versicherungsgesellschaft

Die Prämie ist abhängig vom Alter Geschlecht und Vorsorgeplan

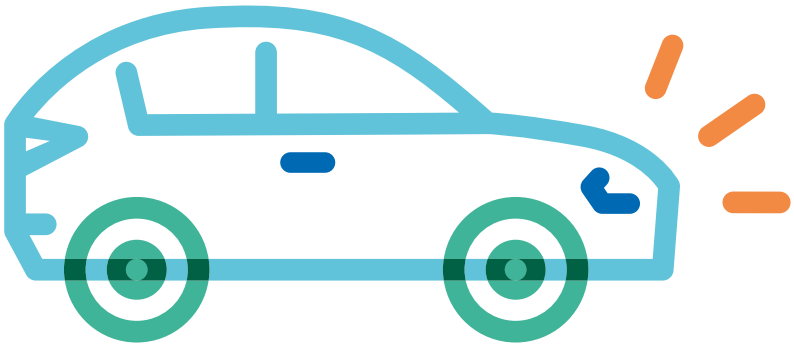
Die Prämie ist abhängig von der Versicherungsgesellschaft

Hinweis

zu Ziffer 3. UVG

Der Versicherungsschutz für Nichtbetriebsunfälle (NBU) besteht nur für Personen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 8 oder mehr Wochenstunden. Damit darf der Abzug auch nur für diese Personen vorgenommen werden. Die Abgabepflicht ist auf ein Jahreseinkommen von max. SFr. 148'200.00 beschränkt.

BGV
Badische Versicherungen



Verbraucherinformation zu Ihrer

Kfz-Versicherung

Stand 08/2024

Inhaltsverzeichnis

Seite

Informationsblatt zu Versicherungsprodukten 4

Wichtige Anzeigepflichten 5

Information zu Ihrer Kfz-Versicherung gemäß § 1 VVG-Informationspflichtenverordnung 6 - 7

Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung (AKB-P 2024) im Klassik-Tarif 8 - 26

A Welche Leistungen umfasst Ihre Kfz-Versicherung

A.1 Kfz-Haftpflichtversicherung – für Schäden, die Sie mit Ihrem Fahrzeug Anderen zufügen
A.1.1 Was ist versichert?
A.1.2 Wer ist versichert?
A.1.3 Bis zu welcher Höhe leisten wir (Versicherungssummen)?
A.1.4 In welchen Ländern besteht Versicherungsschutz?
A.1.5 Was ist nicht versichert?
A.2 Kaskoversicherung – für Schäden an Ihrem Fahrzeug
A.2.1 Was ist versichert?
A.2.2 Welche Ereignisse sind versichert?
A.2.2.1 Welche Ereignisse sind in der Teilkasko versichert?
A.2.2.2 Welche Ereignisse sind in der Vollkasko versichert?
A.2.2.3 ElektroPlus
A.2.3 Wer ist versichert?
A.2.4 In welchen Ländern besteht Versicherungsschutz?
A.2.5 Was zahlen wir im Schadenfall?
A.2.5.1 Was zahlen wir bei Totalschaden, Zerstörung oder Verlust?
A.2.5.2 GAP-Versicherung für Leasing- und kreditfinanzierte Fahrzeuge
A.2.5.3 Was zahlen wir bei Beschädigung?
A.2.5.4 Sachverständigenkosten
A.2.5.5 Mehrwertsteuer
A.2.5.6 Zusätzliche Regelungen bei Entwendung
A.2.5.7 Bis zu welcher Höhe leisten wir (Höchstentschädigung)?
A.2.5.8 Was wir nicht ersetzen und Rest- und Altteile
A.2.5.9 Selbstbeteiligung
A.2.6 Sachverständigenverfahren bei Meinungsverschiedenheit über die Schadenhöhe
A.2.7 Fälligkeit unserer Zahlung
A.2.8 Können wir unsere Leistung vom Fahrer zurückfordern, wenn Sie nicht selbst gefahren sind?
A.2.9 Was ist nicht versichert?
A.3 Schutzbrief – Hilfe für unterwegs als Service oder Kostenerstattung
A.3.1 Was ist versichert?
A.3.2 Wer ist versichert?
A.3.3 Versicherte Fahrzeuge
A.3.4 In welchen Ländern besteht Versicherungsschutz?
A.3.5 Begriffsdefinitionen
A.3.6 Hilfe bei Panne oder Unfall
A.3.7 Zusätzliche Hilfe bei Panne, Unfall oder Diebstahl ab 50 km Entfernung
A.3.8 Hilfe bei Naturkatastrophen
A.3.9 Hilfe bei Krankheit, Verletzung oder Tod auf einer Reise
A.3.10 Zusätzliche Leistungen bei einer Auslandsreise
A.3.11 Was ist nicht versichert?
A.3.12 Anrechnung ersparter Aufwendungen
A.3.13 Verpflichtung Dritter
A.4 Fahrerschutzversicherung - wenn der Fahrer verletzt oder getötet wird
A.4.1 Was ist versichert?
A.4.2 Wer ist versichert?
A.4.3 Versicherte Fahrzeuge
A.4.4 In welchen Ländern besteht Versicherungsschutz?
A.4.5 Welche Leistungen umfasst die Fahrerschutzversicherung?
A.4.6 Vorrangige Leistungspflicht Dritter
A.4.7 Bis zu welcher Höhe leisten wir?
A.4.8 Zahlung für eine mitversicherte Person
A.4.9 Verjährung
A.4.10 Wann kürzen wir die Leistung?
A.4.11 Was ist nicht versichert?
A.5 AuslandsschadenPlus
A.5.1 Was ist versichert?
A.5.2 Wer ist versichert?
A.5.3 Versichertes Fahrzeug
A.5.4 In welchen Ländern besteht Versicherungsschutz?
A.5.5 Inwieweit leisten wir?
A.5.6 Welches Recht gilt?
A.5.7 Was ist nicht versichert?
A.5.8 Verpflichtung Dritter, Anrechnung der Leistungen Dritter
A.5.9 Fälligkeit unserer Zahlung, Leistung für mitversicherte Personen, Übergegangene Ansprüche
A.6 BGV Family-Paket

B Beginn des Vertrags und vorläufiger Versicherungsschutz

B.1 Wann beginnt der Versicherungsschutz?
B.2 Vorläufiger Versicherungsschutz

C Beitragszahlung

C.1 Zahlung des ersten oder einmaligen Beitrags
C.2 Zahlung des Folgebeitrags
C.3 Nicht rechtzeitige Zahlung bei Fahrzeugwechsel
C.4 Zahlungsperiode
C.5 Beitragspflicht bei Nachhaftung in der Kfz-Haftpflichtversicherung
C.6 Beitrag bei kurzfristigen Verträgen
C.7 SEPA-Lastschriftverfahren

D Ihre Pflichten bei Gebrauch des Fahrzeugs und Folgen einer Pflichtverletzung

D.1 Welche Pflichten haben Sie beim Gebrauch des Fahrzeugs?
D.1.1 Bei allen Versicherungsarten
D.1.2 Zusätzlich in der Kfz-Haftpflichtversicherung
D.2 Welche Folgen hat eine Verletzung dieser Pflichten?

E Ihre Pflichten im Schadenfall und Folgen einer Pflichtverletzung

E.1 Welche Pflichten haben Sie im Schadenfall?
E.1.1 Bei allen Versicherungsarten
E.1.2 Zusätzlich in der Kfz-Haftpflichtversicherung
E.1.3 Zusätzlich in der Kaskoversicherung
E.1.4 Zusätzlich beim Schutzbrief
E.1.5 Zusätzlich in der Fahrerschutzversicherung
E.1.6 Zusätzlich beim AuslandsschadenPlus
E.2 Welche Folgen hat eine Verletzung dieser Pflichten?

F Rechte und Pflichten der mitversicherten Personen

G Laufzeit und Kündigung des Vertrags, Veräußerung des Fahrzeugs, Wagniswegfall

G.1 Wie lange läuft der Versicherungsvertrag?
G.2 Wann und aus welchem Anlass können Sie den Versicherungsvertrag kündigen?
G.3 Wann und aus welchem Anlass können wir den Versicherungsvertrag kündigen?
G.4 Kündigung einzelner Versicherungsarten
G.5 Form und Zugang der Kündigung
G.6 Beitragsabrechnung nach Kündigung
G.7 Was ist bei Veräußerung des Fahrzeugs zu beachten?
G.8 Wagniswegfall

H Außerbetriebsetzung, Saisonkennzeichen und Fahrten mit ungestempelten Kennzeichen

H.1 Was ist bei Außerbetriebsetzung zu beachten?
H.2 Welche Besonderheiten gelten bei Saisonkennzeichen?
H.3 Fahrten mit ungestempelten Kennzeichen

I Schadenfreiheitsrabatt-System

I.1 Einstufung in Schadenfreiheitsklassen (SF-Klassen)
I.2 Ersteinstufung
I.2.1 Ersteinstufung in SF-Klasse 0
I.2.2 Ersteinstufung in SF-Klasse 1/2, 1, 2 oder 3 bei Zweitfahrzeug
I.2.3 Sonderersteinstufung in SF-Klasse 1 aus einem Vertrag für ein Fahrzeug mit Versicherungskennzeichen (Mopedversicherung)
I.2.4 Sonderersteinstufung aus der Versicherung „Jung und Mobil“
I.2.5 Sonderersteinstufung für Carsharing-Kunden
I.2.6 Anrechnung des Schadenverlaufs der Kfz-Haftpflichtversicherung in der Vollkaskoversicherung
I.2.7 Gleichgestellte Fahrerlaubnisse
I.3 Jährliche Neueinstufung
I.3.1 Wirksamwerden der Neueinstufung
I.3.2 Besserstufung bei schadenfreiem Verlauf
I.3.3 Besserstufung bei Saisonkennzeichen
I.3.4 Besserstufung bei Verträgen mit SF-Klassen 5, 4, 3, 2, 1, 1/2, 0 oder M
I.3.5 Rückstufung bei schadenbelastetem Verlauf
I.4 Was bedeutet schadenfreier oder schadenbelasteter Verlauf?
I.4.1 Schadenfreier Verlauf
I.4.2 Schadenbelasteter Verlauf
I.5 Wie Sie eine Rückstufung vermeiden können
I.6 Übernahme eines Schadenverlaufs
I.6.1 In welchen Fällen wird ein Schadenverlauf übernommen?
I.6.2 Welche Voraussetzungen gelten für die Übernahme?
I.6.3 Wie wirkt sich eine Unterbrechung des Versicherungsschutzes auf den Schadenverlauf aus?
I.7 Einstufung nach Abgabe des Schadenverlaufs
I.8 Auskünfte über den Schadenverlauf
I.9 Rabattschutz

J Beitragsänderung aufgrund tariflicher Maßnahmen

J.1 Typklasse
J.2 Regionalklasse
J.3 Tarifänderung
J.4 Kündigungsrecht
J.5 Gesetzliche Änderung des Leistungsumfangs in der Kfz-Haftpflichtversicherung
J.6 Beitragsberechnung nach Ihrem Lebensalter

K Beitragsänderung aufgrund eines bei Ihnen eingetretenen Umstands

K.1 Änderung des Schadenfreiheitsrabatts
K.2 Änderung von Merkmalen zur Beitragsberechnung
K.3 Änderung der Regionalklasse wegen Wohnsitzwechsels
K.4 Ihre Mitteilungspflichten zu den Merkmalen zur Beitragsberechnung
K.5 Änderung der Art oder Verwendung des Fahrzeugs

L Gerichtsstände

M Abgabe Ihrer Anzeigen und Erklärungen

N Embargos

Anhänge 1 - 3 27 - 32

Anhang 1
Tabellen zum Schadenfreiheitsrabatt-System

1 Pkw
1.1 Einstufung von Pkw in Schadenfreiheitsklassen (SF-Klassen) und Beitragssätze
1.2 Rückstufung im Schadenfall bei Pkw
2 Krafträder, Leichtkrafträder, Trikes und Quads
2.1 Einstufung von Krafträdern, Leichtkrafträdern, Trikes und Quads in Schadenfreiheitsklassen (SF-Klassen) und Beitragssätze
2.2 Rückstufung im Schadenfall bei Krafträdern, Leichtkrafträdern, Trikes und Quads
3 Campingfahrzeuge
3.1 Einstufung von Campingfahrzeugen in Schadenfreiheitsklassen (SF-Klassen) und Beitragssätze
3.2 Rückstufung im Schadenfall bei Campingfahrzeugen
4 Übrige Fahrzeuge
4.1 Einstufung von übrigen Fahrzeugen in Schadenfreiheitsklassen (SF-Klassen) und Beitragssätze
4.2 Rückstufung im Schadenfall bei den übrigen Fahrzeugen

Anhang 2
Tarifgruppen

1 Tarifgruppe B
2 Tarifgruppe BKM
3 Tarifgruppe HOF
4 Tarifgruppe N

Anhang 3
Art und Verwendung von Fahrzeugen

1 Leichtkrafträder
2 Krafträder
3 Trikes
4 Quads
5 Pkw
6 Mietwagen
7 Taxen
8 Selbstfahrvermietfahrzeuge
9 Leasingfahrzeuge
10 Campingfahrzeuge
11 Werkverkehr
12 Landwirtschaftliche Zugmaschinen
13 Selbstfahrende Arbeitsmaschinen
14 Lkw bis 3,5 t zulässige Gesamtmasse
15 Lkw über 3,5 t zulässige Gesamtmasse
16 Zugmaschinen

Besondere Bedingungen für den Basis-Tarif bei Pkw 33
Besondere Bedingungen für den Exklusiv-Tarif bei Pkw 34
Besondere Bedingungen für den Oldtimer-Tarif 35
Bedingungen für die Kfz-Versicherung von Umweltschäden (KFZ-USV) 36 - 37
Merkblatt zur Datenverarbeitung 38 - 39

Muster

Dr. A. Arzt
Facharzt für Innere Medizin
Docstrasse 25
12345 Musterstadt

Herrn
B. Patient
Patientenweg 30
12345 Musterstadt

Rechnungsdatum: 24.10.2018
Rechnungs-Nr.:1425
Patientennummer: 222

Sehr geehrter Herr Patient,

für ärztliche Bemühungen bis 19.10.2018 erlaube ich mir zu berechnen: € 54,95
Behandelt wurde Versicherter Herr B. Patient, geb. 10.10.1969.

Diagnose(n):
Grippaler Infekt; Hepatopathie
Berechnet nach der Gebührenordnung für Ärzte / GOÄ (Stand 01.01.2002)

Datum	Nr.	Leistungsbezeichnung	Anzahl	Steigerungs-satz	Betrag
04.10.18	1	Beratung, auch telefonisch	1	2,3	10,72 €
	5	Symptombezogene Unter-suchung	1	2,3	10,72 €
	70	Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	1	2,3	5,36 €
19.10.18	1	Beratung, auch telefonisch	1	2,3	10,72 €
	5	Symptombezogene Unter-suchung	1	2,3	10,72 €
	3501	Blutsenkung	1	1,15	4,02 €
	3597.H1	Laktatdehydrogenase (LDH)	1	1,15	2,68 €
Rechnungsbetrag					**54,95 €**

Bitte überweisen Sie den Betrag unter Angabe der Rechnungsnummer und des Rechnungsdatums bis zum 14.11.2018 auf das unten angegebene Konto.

TECHNISCHE HOCHSCHULE MITTELHESSEN

Name, Vorname, Fachbereich / Abteilung _____ Telefon, E-Mail _____

An die
Weiterbildungsreferentinnen
Frau Bock (für Personal in der Lehre) **bzw.**
Frau Bendlin oder **Frau Damm** (für administrativ-technisches Personal)

Antrag auf Teilnahme an einer Weiterbildungsveranstaltung

Vom Teilnehmenden (Mitarbeiter/in) auszufüllen:

Ich beantrage hiermit die Genehmigung meiner Teilnahme an folgender Veranstaltung:

Titel und Art der Veranstaltung: _____

Datum: _____ Zeit: _____

Ort / Raum: _____

Voraussichtliche Kosten (falls inkl. Reisekosten, Rückseite vollständig ausfüllen!): _____

Veranstalter:

☐ Intern ☐ Zentrale Fortbildung des Landes Hessen (bitte zusätzlich Meldebogen in elektronischer Form zusenden)

☐ AGWW ☐ HDM

☐ HVSV ☐ sonstiger Veranstalter: _____

☐ Bitte melden Sie mich zu der Veranstaltung an ☐ Ich melde mich selbst an

Übernachtung gewünscht (nur bei AGWW-Veranstaltungen): ☐ ja, Anzahl: _____ ☐ nein

Die Veranstaltung ist für mich unter folgendem Gesichtspunkt von dienstlichem Interesse:

_____

_____
Datum, Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, dass – falls erforderlich – die Vertretung geregelt ist, bzw. ein Ersatztermin für die ausgefallene Lehrveranstaltung angesetzt wird.

Von dem Dekan / der Dekanin bzw. dem / der Vorgesetzten auszufüllen:

Der Antrag wird ☐ genehmigt ☐ nicht genehmigt

Mittel stehen in der **Kostenstelle** _____ zur Verfügung (bzw. siehe Rückseite)

Anrechnung auf Arbeitszeit: bei überwiegend dienstl. Interesse: ☐ Ja, ansonsten: ☐ Nein

Stellungnahme / Begründung **zur Genehmigung bzw. zur Ablehnung** des Antrags:

_____

_____
Datum, Unterschrift Dekan/in – Vorgesetzte/r
(bei **Reisekosten für Weiterbildungen im dienstlichen Interesse** bitte auch Rückseite unterzeichnen!)

Bitte beachten: Nicht unterschriebene Anträge können nicht berücksichtigt werden und sind zurückzugeben!

TECHNISCHE HOCHSCHULE MITTELHESSEN

Bei Fortbildungen <u>im dienstlichen Interesse</u>, für die Reisekosten geltend gemacht werden sollen, sind unbedingt folgende Angaben zu machen:

Voraussichtliche Reisedauer:

Beginn: Tag: _____ Uhrzeit: _____

Ende: Tag: _____ Uhrzeit: _____

Voraussichtliche Kosten:

Fahrtkosten: _____ Tage- und Übernachtungsgeld: _____

Nebenkosten (z.B. Teilnehmergebühren): _____

Fahrt mit:

☐ öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn, Bus, Flug, Taxi), mögliche Ermäßigungen müssen in Anspruch genommen werden (z.B. Bahncard, Spartarife, Gruppenermäßigungen, Mitfahrpreise etc.

☐ Dienstwagen (die Verfügbarkeit wurde geklärt)

☐ Mietwagen (gem. § 5, Abs. 3 – triftige Begründung)

☐ Privater PKW ☐ mit 0,21 € (Wegstreckenentschädigung ohne triftigen Grund)

☐ mit 0,35 € (Wegstreckenentschädigung mit triftigem Grund)

Triftige Begründung der PKW-Benutzung: _____

_____

Name/n der Mitfahrer/in/nen: _____

_____

Datum, Unterschrift Präsident / Vizepräsident / Dekan/in / Vorgesetzte/r

Die reisekostenrechtliche Genehmigung erfolgt bei Fachbereichsangehörigen durch den Dekan / die Dekanin, im Übrigen durch den / die Vorgesetzte/n bzw. den Präsidenten oder dessen Vertreter (siehe Organigramm). Fortbildungsreisen, die **länger als 5 Werktage dauern bzw. Auslandsreisen**, dürfen **nur durch den Präsidenten** oder dessen Vertretung genehmigt werden!

Bei beabsichtigter Inanspruchnahme von zentralen WB-Mitteln aus Kostenstelle: _____

_____

Datum, Unterschrift Frau Bock bzw. Frau Bendlin

Anhang 19

I Kapitalvermögen (Abgeltungsteuer)

☐ wurden für den Zeitraum ……..

folgende Kapitalerträge gezahlt/gutgeschrieben/gelten als zugeflossen:

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a EStG ……

> davon: Erträge, die dem Teileinkünfteverfahren unterliegen ……

> davon: Erträge im Sinne des § 19 Abs. 1 REITG ……

> davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger[6] ……

[6] Bei zusammengefasster Steuerbescheinigung entfallen die Erträge auf folgende Wertpapiere (weitere Zeilen ergänzbar):

Name Wertpapier	WKN/ISIN	Stückzahl	Zuflussdatum	Brutto-Kapital-ertrag	KapSt	Solz

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG …..……

> davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger[6] …..……

[6] Bei zusammengefasster Steuerbescheinigung entfallen die Erträge auf folgende Wertpapiere (weitere Zeilen ergänzbar):

Name Wertpapier	WKN/ISIN	Stückzahl	Zuflussdatum	Brutto-Kapital-ertrag	KapSt	Solz

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EStG ……..

Darin enthaltene Kapitalerträge, von denen der Steuerabzug in Höhe von **drei Fünfteln** vorgenommen wurde (§ 44a Abs. 8 EStG) ……..

Summe der darauf entfallenden Kapitalertragsteuer ……..

Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG

[Ab 1. Januar 2018: nach Berücksichtigung der teilweisen Steuerfreistellung im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 9 EStG] ……..

(ohne Kapitalerträge aus Lebensversicherungen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG)

Kapitalerträge aus Lebensversicherungen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG [Ab 1. Januar 2018: nach Berücksichtigung der teilweisen Steuerfreistellung im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 9 EStG] ……..

einbehaltene Kapitalertragsteuer ……..

Zeile 43 Anlage KAP

Solidaritätszuschlag ……..

Zeile 44 Anlage KAP

Kirchensteuer zur Kapitalertragsteuer ……..

Zeile 45 Anlage KAP

kirchensteuererhebende Religionsgemeinschaft …….….....

Gut zu wissen: Wir verarbeiten Ihre Daten zur Leistungsgewährung nach § 39 SGB XI. Die Daten werden für 6 Jahre gespeichert und anschließend wieder gelöscht. Hinsichtlich Ihrer Betroffenenrechte verweisen wir auf Art. 12 ff. DS-GVO.

BARMER

Pflegekasse

Absender

BARMER
73523 Schwäbisch Gmünd

Ihr Schreiben vom
Ihr Zeichen

Abrechnung der Leistung bei Verhinderung der Pflegeperson

(Bitte nach Beendigung der Verhinderungspflege zur Erstattung einreichen.)

Zeitraum der Verhinderung – Bitte wählen Sie nur eine der beiden folgenden Situationen aus:

☐ **Tageweise Verhinderungspflege:** Die Pflegeperson war täglich 8 Stunden und mehr abwesend, beispielsweise aufgrund Urlaub, Aufenthalt im Krankenhaus.

vom bis (Datum bitte im Format TTMMJJJJ angeben.)

_____ _____ _____ , __ Euro

_____ _____ _____ , __ Euro

☐ **Stundenweise Verhinderungspflege:** Die Pflegeperson war weniger als 8 Stunden täglich abwesend, beispielsweise für Einkäufe, Behördengänge oder Freizeitaktivitäten.

Insgesamt wurde die Verhinderungspflege an _____ Tagen (_____ Stunden insgesamt) durchgeführt.

vom bis (Datum bitte im Format TTMMJJJJ angeben.)

_____ _____ _____ , __ Euro

Angaben zur Vertretungskraft

Vorname der Vertretungskraft

Geburtsdatum

Name der Vertretungskraft

Straße

Nr.

PLZ

Ort

Bitte Unterlagen lose und nicht geklammert oder geheftet zurück schicken.

44113 V17
B1-4-A111111111-44113-BA99999

BARMER

Pflegekasse

Name

Ihr Zeichen

Die Vertretungskraft lebt mit mir in einem Haushalt oder ist mit mir bis zum 2. Grad verwandt oder verschwägert:

☐ Nein

☐ Ja _____

Art der Verwandtschaft oder Schwägerschaft (z. B. Tochter, Enkel, Schwiegersohn)

Fahrkosten und Verdienstausfall – nur bei Verwandtschaft oder Schwägerschaft[1])

[1]) Bitte nur ausfüllen, wenn die Vertretungskraft mit Ihnen bis zum 2. Grad verwandt oder verschwägert ist oder mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebt und Kosten entstanden sind.

☐ Fahrkosten mit einem öffentlichen Verkehrsmittel (Bitte Originalbelege beilegen.)

☐ Fahrkosten mit dem Privat-PKW

Fahrt(en) von: _____ nach: _____

Kilometer gesamt: _____ x 0,20 Euro = ____ , __ **Euro**

☐ Verdienstausfall (Bitte Bescheinigung des Arbeitgebers über Nettoverdienstausfall beilegen.)

Rechnungsbetrag gesamt ____ , __ **Euro**

Wurde der Rechnungsbetrag bereits an die Vertretungskraft gezahlt?

☐ **Nein** - Bitte erstatten Sie den Betrag direkt an die Vertretungskraft.

☐ **Ja** - Ich habe der Vertretungskraft den oben genannten Betrag gezahlt.

Bankverbindung für die Erstattung (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!)

| D | E | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Deutsche IBAN

Ausländische IBAN (falls auf diese IBAN erstattet werden soll)

BIC (nur bei ausländischer IBAN erforderlich)

Name und Anschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers

Straße

Nr.

PLZ

Ort

Unterschrift

Datum/Unterschrift der **Vertretungskraft**

Ich bin tagsüber erreichbar unter der Telefonnummer (Angabe ist freiwillig)

Datum/Unterschrift der/des **Versicherten bzw. der/des Bevollmächtigten**
(Entfällt bei Rückgabe über das Postfach in Meine BARMER)

Ich bin tagsüber erreichbar unter der Telefonnummer (Angabe ist freiwillig)

STADT STUTENSEE

Arbeitgeberbescheinigung zur Vorlage im Kindergarten

_____ _____

Name, Vorname des Kindes Geburtsdatum

Name und Anschrift von Arbeitgeber*in/ Firmenstempel

Hiermit bestätigen wir, dass

_____

Name, Vorname

_____

Anschrift

Bei uns mit folgender Wochenarbeitszeit tätig ist:

- ○ Vollzeit
- ○ Teilzeit mit _____ Stunden pro Woche
- ○ ist flexibel: _____

  (bitte Angaben zur Arbeitszeit ergänzen)
- ○ ist täglich von _____ Uhr bis _____ Uhr

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift des Arbeitgebers

ACHTUNG: Orangefarben markierte Felder sind Pflichtfelder. Sie müssen ausgefüllt werden.

Absender

Für Rückfragen: **Ihre Telefonnummer** **E-Mail**

badenovaNETZE GmbH
Tullastraße 61
79108 Freiburg im Breisgau

Rechnungsdatum
Rechnungsnummer
Steuernummer
Einspeisestelle

Jahresrechnung für die Stromeinspeisung gemäß EEG

für die o. g. Einspeisestelle ergibt sich im Zeitraum vom	bis	folgende Einspeise-vergütung:
Leistung der **badenovaNETZE GmbH**	Bruttobetrag	EUR
Einspeisevergütung		EUR
Summe		EUR
abzüglich geleisteter Teilzahlungen		EUR
Gutschrift (schwarz) *oder* **Rückzahlung (rot)**		**EUR**

Mit freundlichen Grüßen

Datum, Unterschrift

Rechnungsdatum:
Rechnungsnummer:
Steuernummer:
Einspeisestelle:

Mengenermittlung

Zählernummer	Abrechnungszeitraum	Zählerstand	Faktor (nur bei Wandlermessung)	Einspeisemenge
	von	Beginn		
	bis	Ende		0,00 kWh

Anlagen-Leistung in kW kW

Entgeltermittlung

Zeitraum von	bis	Einspeisemenge	Einzelpreis	netto
		kWh	EUR/kWh	0,00 EUR
Für Zubau weiterer Anlagen				
		kWh	EUR/kWh	0,00 EUR
		kWh	EUR/kWh	0,00 EUR
		kWh	EUR/kWh	0,00 EUR

Gesamtbetrag Einspeisevergütung 0,00 **EUR**

Ermittlung Rechnungsbetrag

	netto	MwSt. 19%	brutto
Gesamtbetrag Einspeisevergütung	0,00 EUR	0,00 EUR	EUR
Bereits erhaltene Teilzahlungen	**EUR**	0,00 **EUR**	**EUR**
Summe	**EUR**	**EUR**	**EUR**

Gutschrift (schwarz) ***oder*** **Rückzahlung (rot)** **EUR** **EUR** **EUR**

Muster II

.....
.....
.....

(Bezeichnung des Schuldners der Kapitalerträge)

Adressfeld
.....
.....
.....

Steuerbescheinigung

einer leistenden Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse oder eines Personenunternehmens oder eines Spezial-Investmentfonds oder eines inländischen Betreibers /einer inländischen Zweigniederlassung eines ausländischen Betreibers einer Internet-Dienstleistungsplattform

☐ Einzelsteuerbescheinigung

☐ Zusammengefasste Steuerbescheinigung für den Zeitraum .....
Wir versichern, dass Einzelsteuerbescheinigungen insoweit nicht ausgestellt worden sind.

[Alternative 1]
An
.....
(Name und Anschrift der Gläubigerin/des Gläubigers/der Gläubiger der Kapitalerträge)
wurden lt. Beschluss vom ..... am ..... für .....
(Zahlungstag) (Zeitraum)
folgende Kapitalerträge gezahlt/als ausgeschüttete oder ausschüttungsgleiche Erträge zugerechnet:

[Alternative 2]
Am ..... [Angabe des Handelstags] wurden von
.....
(Name und Anschrift der Gläubigerin/des Gläubigers/der Gläubiger der Kapitalerträge)

.... [Angabe der Anzahl] Spezial-Investmentanteile veräußert und folgende Kapitalerträge erzielt:

Landeshauptstadt
München
Referat für
Bildung und Sport

Kindertageseinrichtungsgebühren

Gut zu wissen!

kita

Liebe Eltern,

die Landeshauptstadt München bietet mit Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesheimen, Horten, Häusern für Kinder und Einrichtungen der Kooperativen Ganztagsbildung eine große Anzahl von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Zu den hierbei anfallenden Besuchs- und Verpflegungsgebühren haben viele Eltern Fragen, mit denen sie sich an die Zentrale Gebührenstelle im Geschäftsbereich KITA des Referats für Bildung und Sport wenden.

In der Neuauflage der Broschüre haben wir die Antworten auf die häufigsten Fragen für Sie zusammengestellt. Die Broschüre bietet unter anderem Informationen über die Höhe der Gebühren, Ermäßigungsmöglichkeiten, gegebenenfalls erforderlichen Einkommensnachweise sowie über die Zahlungsmodalitäten.

Was ist sonst noch neu? Insbesondere wurden die Änderungen der Kita-Gebührensatzung zum September 2024 eingearbeitet und die Besonderheiten der neuen vereinheitlichten und vereinfachten Verpflegungsgeldsystematik berücksichtigt.

Informationen zu Kinderbetreuungsangeboten und zur Gebührenstruktur finden Sie online unter muenchen.de/kita.

Allgemeine Fragen im Zusammenhang mit Anmeldung, Platzvergabe ... können Sie weiterhin über unser „Servicetelefon Kinderbetreuung“ klären: Telefon 089 233-96775.

Bei der Suche nach einem Kita-Platz für Ihr Kind berät Sie die Elternberatungsstelle im Referat für Bildung und Sport: Telefon 089 233-96771.

Mit herzlichen Grüßen

Florian Kraus
Stadtschulrat

Bei Fragen
kontaktieren Sie bitte:

Firma
Max Mustermann
Luxemburger Str. 1
45131 Essen

Einzelabrechnung Energiekosten - Ihre Daten

Liegenschaft/Nutzer	**15-997-3700/2 - 0001/0**
Name	Max Mustermann
Abrechnungsdatum	14.01.2025
Abrechnungszeitraum	01.01.2024 - 31.12.2024

5. Ermittlung Heiz- und Warmwasserkosten
(lt. Heizkostenverordnung § 9 Abs. 1 und 2)

		Kosten : Heizanlage	Gesamtwärme- x menge	Wärmemenge = für Warmwasser	Anteil WW an Heiz- und WW-Gesamt-kosten
Ermittlung der WW-Kosten		Brutto			
Anteil WW-Erwärmung		2.121,96 €			
Zusatzkosten Warmwasser	+	215,02 €			
Anteil Warmwasserkosten	=	2.336,98 €			
Ermittlung der Heizkosten		Brutto			
Kosten der Heizanlage		7.850,26 €			
Anteil WW-Erwärmung	-	2.121,96 €			
Zusatzkosten Heizung	+	199,50 €			
Anteil Heizkosten	=	5.927,80 €			

6. Aufteilung der Gesamtkosten

Brutto

Kostenart	**Gesamt- : betrag**	**Gesamteinheiten = der Liegenschaft**	**Betrag pro x Einheit**	**Ihre Ein- = heiten**	**Ihr Kosten-anteil**
Heiz- und Warmwasserkosten	8.264,78 €				
Heizkosten	5.927,80 €				
davon					
30% Grundkosten Heizung	1.778,34 € :	506,46 m² Wohnfläche =	3,511314 € x	61,63 =	216,40 €
70% Verbrauchsk.Heizung	4.149,46 € :	32.250,65 = HKV-Einheiten	0,128663 € x	4.966,07 =	638,95 €
Warmwasserkosten	2.336,98 €				
davon					
30% Grundk. Warmwasser	701,09 € :	506,46 m² Wohnfläche =	1,384295 € x	61,63 =	85,31 €
70% Verbrauchsk. Warmw.	1.635,89 € :	151,37 m³ Warmwasser =	10,807227 € x	15,09 =	163,08 €
Ihre Heiz- und Warmwasserkosten					1.103,74 €
Ihre Gesamtkosten					1.103,74 €
Ihre Vorauszahlung					1.200,00 €
Ihr Guthaben					96,26 €

Die Heiz-/ und ggf. Warmwasserkosten werden gemäß Heizkostenverordnung in Grund- und Verbrauchsanteile getrennt. Die Grundkosten entstehen durch die ständige Wärmebereitstellung sowie Leitungsverluste der Anlage. Die Verbrauchskosten werden entsprechend Ihrem persönlichen Wärme- und ggf. Warmwasserverbrauch verteilt.

Gxx/Gx 153869/22003/6

Abrechnung der Brutto/Netto-Bezüge für März 20xx

xx.xx.20xx Blatt: 1

Personal-Nr.	Geburtsdatum	StKl	Faktor	Ki.Frbtr.	Konfession	Freibetrag jährl. [1]	Freibetrag mtl. [1]	DBA	Gleitzone	St.-Tg.	VJ Url. üb.	Url. Anspr.	Url.Tg.gen.	Resturlaub
XXXXX	XX.XX.XX	X		X,0					X	XX				

SV-Nummer	Krankenkasse	KK % [8]	PGRS	BGRS	Um.	SV-Tg.	Anw. Tage	Urlaub Tage	Krankh. Tg.	Fehlz. Tage
XXXXXXXXXXXX	AOK	XX,XXXXX	XXXX	X	XX					

Eintritt	Austritt	Anw. Std.	Urlaub Std.	Krankh. Std.	Fehlz. Std.
XX.XX.XX					

Steuer-ID	MFB [7]	Zeitlohn Std.	Überstd.	Bez. Std.
XXXXXXXXXXXX				

Muster GmbH
Musterstraße 1
12345 Musterstadt

Pers.-Nr. xxxxx B/N xx

Hinweise zur Abrechnung

Herrn/Frau

Max Mustermann
Musterstraße 2
12345 Musterstadt

Brutto-Bezüge

Lohnart	Bezeichnung	Einheit [2]	Menge [3]	Faktor [3]	Prozentsatz	St [4]	SV [4]	GB [5]	Betrag
010	Gehalt					L	L	J	xxx,00

Gesamt-Brutto xxx,00

Steuer/Sozialversicherung

St [4]	Steuer-Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	Solidaritätszuschlag
L	xxx,00			

Steuerrechtliche Abzüge

SV [4]	KV-Brutto	RV-Brutto	AV-Brutto	PV-Brutto	KV-Beitrag	RV-Beitrag	AV-Beitrag	PV-Beitrag [6]
L	xxx,00	xxx,00	xxx,00	xxx,00	xx,00	xx,00	x,00	x,00

SV-rechtliche Abzüge xx,00

Netto-Verdienst xxx,00

Verdienstbescheinigung

Gesamt-Brutto	x.xxx,00	SV-Brutto	x.xxx,00
Steuer-Brutto	x.xxx,00	KV-Beitrag	xx,00
Lohnsteuer		RV-Beitrag	xx,00
Kirchensteuer		AV-Beitrag	xx,00
Solidaritätszuschlag		PV-Beitrag	xx,00
Steuerfreie Bezüge		VWL gesamt	
P. verst. Zuk.sich.		Kug-Auszahlung	
Pfändung Rest			
Darlehen Rest			

Netto-Bezüge/Netto-Abzüge

Nr.	Bezeichnung	Betrag

Bank	SV-AG-Anteil	Zus. AG-Kosten	Gesamtkosten
Konto	xx,00		

Auszahlungsbetrag xxx,00

[1] H = Hinzurechnungsbetrag
[2] Std = Stunden, T = Tage, Km = Kilometer, St = Stück
EUR = Euro, Tsd = Tausend Euro, Mio = Million Euro
[3] Gegebenenfalls Netto-Lohn/Netto-Stundenlohn
[4] L = Laufender Bezug, S = Sonstiger Bezug, F = Frei, E = Einmalbezug, P = Pauschalierung, A = Abfindung, M = mehrjährige Versteuerung, N = Nachberechnung V = Vorjahr, W = Entgeltguthaben
[5] J = Bestandteil des Gesamt-Bruttos
[6] Z = Einschl. Beitragszuschlag zur PV für Kinderlose
[7] MFB = Mehrfachbeschäftigung
[8] Maßgeblicher Beitragssatz zur KV inkl. Zusatzbeitrag

- Dies ist eine Entgeltbescheinigung nach § 108 Abs. 3 Satz 1 der Gewerbeordnung -

AFP Form.-Nr. LOGN14

DATEV

Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für 2018

Gxx/Gx XXXXXX/XXXXX

Nachstehende Daten wurden maschinell an die Finanzverwaltung übermittelt.

Muster GmbH
Musterstraße 1
12345 Musterstadt

Pers.-Nr. 00001 LStB Gx

Herrn/Frau

Max Mustermann
Musterstraße. 2
12345 Musterstadt

XXXXXXXXXXXXXXX
Datum: 00.00.20XX
eTIN: XXXXXXXXXXXXXXX
Identifikationsnummer: XXXXXXXXXXX
Personalnummer:
Geburtsdatum: XX.XX.19XX

Dem Lohnsteuerabzug wurden im letzten Lohnzahlungszeitraum zugrunde gelegt:

Steuerklasse/Faktor
1

Zahl der Kinderfreibeträge
x,0

Steuerfreier Jahresbetrag

Jahreshinzurechnungsbetrag

Kirchensteuermerkmale
--

Anschrift und Steuernummer des Arbeitgebers:

Muster GmbH
Musterstraße 1
12345 Musterstadt
XXXXXXXXXXXXX

Raum für weitere Angaben:

Bezeichnung	EUR	Ct

		EUR	Ct
1. Bescheinigungszeitraum		vom - bis 01.01.-30.12.	
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn Großbuchstaben (S, M, F, FR)		Anzahl "U" 00	
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.			
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.			
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.			
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.			
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 3. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
8. In 3. enthaltene Versorgungsbezüge			
9. Ermäßigt besteuerte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre			
10. Ermäßigt besteuerter Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigt besteuerte Entschädigungen			
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.			
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.			
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.			
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 9. und 10. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
15. (Saison-)Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag			
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	a) Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)		
	b) Auslandstätigkeitserlass		
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
18. Pauschalbesteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert wurden - in 3. enthalten			
20. Steuerfreie Verpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit			
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung			
22. Arbeitgeberanteil/-zuschuss	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung		
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
23. Arbeitnehmeranteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung		
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
24. Steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse	a) zur gesetzlichen Krankenversicherung		
	b) zur privaten Krankenversicherung		
	c) zur gesetzlichen Pflegeversicherung		
25. Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung			
26. Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung			
27. Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung			
28. Beiträge zur privaten Kranken- und Pflege-Pflichtversicherung oder Mindestvorsorgepauschale			
29. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu 8.			
30. Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns zu 8. und/oder 9.			
31. Zu 8. bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden			
32. Sterbegeld; Kapitalauszahlungen/Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen - in 3. und 8. enthalten			
33. Ausgezahltes Kindergeld			
34. Freibetrag DBA Türkei			

Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde **(Name und vierstellige Nr.)**
Musterstadt XXXX

KmID:
20XX-XXX-XXXXXXXXXXX -XXXXXXXX-XXXXXXXXXXXXX-XXXXXXXXXXXXXXXXX-XXXXXXXX-XXXXXX

AFP Form.-Nr. LO4719

DATEV

Wohnungsgeberbestätigung gemäß § 19 des Bundesmeldegesetzes (BMG)

Ich _____
Name des Wohnungsgebers oder der beauftragten Person

bestätige hiermit einen ☐ Einzug in bzw. ☐ Auszug aus folgender Wohnung

_____
Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer mit Zusatz

_____
Stockwerk, Wohnungs- bzw. Mietvertragsnummer bzw. Lagebeschreibung der Wohnung im Haus

am: _____

für folgende Personen

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____
6. _____
7. ☐ Für weitere Personen verwenden Sie bitte ein zusätzliches Formular.

Name und Anschrift des **Wohnungsgebers** lauten:

_____
Name des Wohnungsgebers

_____
Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort des Wohnungsgebers

☐ Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig **Eigentümer** der Wohnung oder

☐ Der Wohnungsgeber ist nicht Eigentümer der Wohnung
Name und Anschrift des **Eigentümers** lauten:

_____
Name des Eigentümers der Wohnung

_____
Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort des Eigentümers der Wohnung

Ich bestätige mit meiner Unterschrift den Ein- bzw. Auszug der oben genannten Person(en) in die näher bezeichnete Wohnung und dass ich als Wohnungsgeber oder als beauftragte Person diese Bescheinigung ausstellen darf. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass ich ordnungswidrig handele, wenn ich hierzu nicht berechtigt bin und dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung eines Wohnsitzes einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch einen Dritten weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt auch eine Ordnungswidrigkeit dar.

_____ _____
Ort, Datum Unterschrift des Wohnungsgebers oder der beauftragten Person

WBS SCHULEN

ANMELDEFORMULAR FÜR FORT- UND WEITERBILDUNGEN

Ja, ich möchte mich anmelden!

Titel der Weiterbildung* _____

Termin* _____

Preis* _____

Anmelde- und Prüfungsgebühren* _____

☐ Präsenzveranstaltung Ort: _____

☐ Online-Weiterbildung
- ☐ von zu Hause aus
- ☐ vom Standort aus
- ☐ Sonstiges: _____

☐ Selbstlernmodul

Teilnehmerdaten:

Vor- und Nachname* _____

Geburtsdatum* _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon* _____

Wie sind Sie auf uns aufmerksam geworden?

☐ WBS Homepage ☐ Social Media (z. B. XING, Facebook)

☐ Google-Suche ☐ KURSNET ☐ Empfehlung

☐ Kostenträger _____
(z. B. Arbeitgeber, Arbeitsagentur etc.)

☐ Sonstiges _____

Finanzierung

☐ Selbstzahler → Raten ☐ ja ☐ nein

☐ Arbeitgeber → Raten ☐ ja ☐ nein

☐ Förderung über QCG/Bildungsgutschein

☐ Andere Förderung
Welche? _____

Allgemeine Geschäftsbedingungen:

Die AGB stellen in Verbindung mit der verbindlichen Anmeldung den Fortbildungsvertrag mit der WBS TRAINING SCHULEN gGmbH dar. Ich habe die ABB (S. 1 - 5) gelesen und erkläre mich mit meiner Unterschrift mit den AGB einverstanden. Der Auftraggeber ist verpflichtet, den festgelegten Preis inkl. Anmelde- und Prüfungsgebühr unaufgefordert an die WBS TRAINING SCHULEN gGmbH zu entrichten. Sollten die Kosten durch Dritte übernommen werden, ist eine Kostenübernahmeerklärung schriftlich vorzulegen. Die Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten und die Prüfungsordnung habe ich zur Kenntnis genommen.

Wenn Sie sich zu einer Veranstaltung der WBS TRAINING AG oder der WBS TRAINING SCHULEN gGmbH anmelden, nutzt die Gesellschaft, die Ihr Vertragspartner geworden ist, Ihre E-Mail-Adresse für Werbung für eigene, ähnliche Veranstaltungen. Sie können hiergegen jederzeit Widerspruch einlegen, z. B. per E-Mail an info@wbs-schulen.de. Details entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung auf unserer Webseite wbs-schulen.de/datenschutz.

_____
Datum / Unterschrift Teilnehmer/-in

Anmeldung bitte an:

WBS TRAINING SCHULEN gGmbH

_____

_____

_____

* Pflichtfelder

WBS TRAINING SCHULEN gGmbH
Lorenzweg 5, 12099 Berlin
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg:
HRB 149909

Sitz der Gesellschaft: Berlin
Geschäftsführer:
Heinrich Kronbichler, Michael Grau
Steuer-Nr.: 29/125/60643

Bankverbindung:
GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE20 4306 0967 1225 3419 00

DQS-zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001:2015 Reg.-Nr. 015344 QM15
Zulassung nach AZAV Reg.-Nr. 015344 AZAV

KOSTENÜBERNAHMEERKLÄRUNG FORT-/WEITERBILDUNGSKOSTEN

WBS TRAINING SCHULEN gGmbH
Team Fort- und Weiterbildung

☐ Die AGB (Seiten 1 bis 5) wurden gelesen, insbesondere auch die Klauseln Gebühren/Kosten und Abtretungserklärung. Mit den AGB sind wir einverstanden und erkennen diese mit Unterschrift an.

☐ Ein Dritter/Kostenträger übernimmt die Fort-/Weiterbildungskosten für

Vorname, Nachname

Kurstitel | vom | bis

Möchten Sie in Raten zahlen?

☐ nein ☐ ja, monatlich ☐ ja, in 3 Raten ☐ ja, in 5 Raten

Bitte senden Sie die Rechnung an folgende Adresse:

Firma

Ansprechpartner/-in

Straße | PLZ, Ort

Tel. | E-Mail

Datum | Unterschrift Kostenträger

Entgeltabrechnung 4/2025

Seite: 1

Firmen-Nr.				99900
Firma	Muster-Firma GmbH & Co. KG			
Personal-Nr.				302
Eintritt/L-Eintritt	01.01.08	01.01.25	Geb.tag	18.03.1977
Austritt	30.04.25		SV-Nr.	02180377P498
			Steuer-ID	12345987651

Bescheinigung gemäß ...
- § 108 Abs. 3 S. 1 Gewerbeordnung
- Entgeltbescheinigungsverordnung

Bitte aufbewahren!

Muster-Firma GmbH & Co. KG
Musterstr. 1 * 99998 Körner

Herrn
Thomas Mustermann-Privat
Gondelsheimer Str. 104
99999 Musterstadt

ELStAM	Nein	Berufsgruppe	2
Steuerklasse	2	Pers-Gruppe	101
Steuerfaktor	0,000	mehrfachb. nein	0
Kfb	1,0	Midijob nein	0
Konf. AN / EG	rk	Berufsst. VE nein	0
Urlaub		Tage neu	
Tage VJ alt	2,00	Tage verfügbar	
Tage LJ alt	10,00	Vergütung VJ	
Genommen	12,00	Vergütung LJ	

Pfändung	Stand alt	Rate	Stand neu
S			
U			
AG-Darlehen			

Zeitkonten		Stand alt	Zu- /Abgang	Stand neu
ZK/AGK	STD			
	€			
Flexikonto	€			
Pool/Freizt.	STD			

Status

Info

Lohnart	Bezeichnung	St	SV	Anzahl	Satz	Faktor	Betrag
10	Gehalt	L	L				7.000,00
1047	Sachbez. Wo./Arbeit p.LSt	P	-	20,00	0,30	15,00	90,00
1047	Sachbez. Wo./Arbeit p.LSt	P	-	15,00	0,38	15,00	85,50
1053	Sachbezug PKW 1%	L	L	52.000,00		1,00	520,00
1054	Sachbezug PKW Whg./Arb.	L	L	52.000,00	35,00	0,03	370,50

620	Genommene Urlaubstage LJ	*	*	4,00			
726	Feiertage	*	*	2,00			

(S) = bAV-Steuerkorrektur

Gesamt-Bruttoentgelt				32.264,00
Steuer		**Monat**		**Jahr**
Freibetrag		0		0
Steuer-Brutto	30	7.890,50	120	31.562,00
davon einmalig		0,00		0,00
LSt		1.836,50		7.392,00
SoliZ		0,00		3,50
KiSt		120,04		484,16
Kammer		0,00		0,00
SV / Krankenkasse	71 - DAK-Gesundheit			
SV-Brutto		7.890,50		31.562,00
davon einmalig		0,00		0,00
KV-Brutto	0	0,00	0	0,00
RV-Brutto	30	7.890,50	120	31.562,00
AV-Brutto	30	7.890,50	120	31.562,00
PV-Brutto	0	0,00	0	0,00
KV	0	0,00		0,00
RV (18,60%)	1	733,82		2.935,28
AV (2,60%)	1	102,58		410,32
PV	0	0,00		0,00
Bau ZVK-Brutto				0,00
Bau ZVK-Beitrag				0,00

Summe der Brutto-Bezüge		**8.066,00**
Steuer*		1.956,54-
Sozialversicherung**		836,40-
Nettolohn		**5.273,06**
453	Sachbezug PKW	520,00-
454	Sachbezug FG Wohn./Arb.	370,50-
458	Abzug Wohn./Arb. p.LSt.	175,50-
8950	Ausbez. PV-AG-Anteil	16,35
8951	Ausbez. KV-AG-Anteil	325,00
Überweisung		**4.548,41**

* ggf inkl. Kammerbeitrag / ** ggf. inkl. See-SV und Winterbeschäftigungsumlage Bau

Bank	Commerzbank Pforzheim
BIC / IBAN	DRESDEFF666 / DE58 6668 0013 0735 8556 78

lohnexperte.de * 06842 Dessau

35-670

Angaben des/der Vermieters/in zum Wohnraum

(Die Verpflichtung des/der Vermieters/in zur Auskunft ergibt sich aus § 23 Abs. 3 Wohngeldgesetz)

Es wird um Auskunft gebeten über die Wohnraumnutzung von:

Herrn/Frau/Familie	Name, Vorname

wohnhaft in

PLZ, Ort Straße, Hausnummer	Anschrift

1. Mit welchen Personen wurde der Mietvertrag für die Wohnung abgeschlossen?

Herrn/Frau/Familie	Name, Vorname

2. Beginn des Mietverhältnisses: am (Datum) _____

3. Welche Gesamtfläche hat die Wohnung? _____ m²

4. Die Miete/das Nutzungsentgelt beträgt einschließlich der Betriebskosten *(siehe Rückseite)*, **Zuschläge und Ähnliches monatlich:** _____ €

und wird in dieser Höhe seit dem _____ (Datum) **entrichtet.**

In der Miete sind folgende Betriebskosten, Zuschläge und Ähnliches enthalten:

Heizkosten oder Kosten der eigenständigen gewerblichen Lieferung von Wärme ☐ bei Fernheizung hier zusätzlich ankreuzen	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
Kosten für die Erwärmung von Wasser oder Kosten der eigenständigen gewerblichen Lieferung von Warmwasser ☐ bei Fernwarmwasser hier zusätzlich ankreuzen	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
Vergütung für die Überlassung einer Garage	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
Vergütung für die Überlassung eines Stellplatzes/Carports	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
Kosten für Haushaltsenergie (ohne Allgemeinstrom)	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
Vergütung für die Vermittlung von Pflege- oder Betreuungsleistungen, Leistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung oder Notrufdienste	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€
……	☐ nein	☐ ja, in Höhe von monatlich	_____€

Werden von der Mieterin oder dem Mieter **neben der Miete** weitere Kosten/Gebühren (zum Beispiel Müll-, Kabel-, Wasser/Abwassergebühren oder Ähnliches) **an Dritte** (zum Beispiel Stadtwerke) direkt gezahlt? Wenn ja, welche:

……..

……..

5. Wurde die Wohnung mit öffentlichen Mitteln gefördert und unterliegt sie deshalb der Mietpreisbindung?

☐ nein
☐ ja, im Jahr: _____

6. Es bestehen Mietschulden in Höhe von:_____€ für den Zeitraum:_____

Mir ist bekannt, dass wissentlich falsche Angaben strafrechtlich verfolgt werden können (§ 263 StGB).

_____ Ort, Datum

_____ **Unterschrift/Stempel: Vermieter/in bzw. Verwalter/in**

Auszug aus der Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten (Betriebskostenverordnung – BetrKV)

§ 2 Aufstellung der Betriebskosten

Betriebskosten im Sinne von § 1 sind:

1. die laufenden öffentlichen Lasten des Grundstücks, hierzu gehört namentlich die Grundsteuer;
2. die Kosten der Wasserversorgung, hierzu gehören die Kosten des Wasserverbrauchs, die Grundgebühren, die Kosten der Anmietung oder anderer Arten der Gebrauchsüberlassung von Wasserzählern sowie die Kosten ihrer Verwendung einschließlich der Kosten der Eichung sowie der Kosten der Berechnung und Aufteilung, die Kosten der Wartung von Wassermengenreglern, die Kosten des Betriebs einer hauseigenen Wasserversorgungsanlage und einer Wasseraufbereitungsanlage einschließlich der Aufbereitungsstoffe;
3. die Kosten der Entwässerung, hierzu gehören die Gebühren für die Haus- und Grundstücksentwässerung, die Kosten des Betriebs einer entsprechenden nicht öffentlichen Anlage und die Kosten des Betriebs einer Entwässerungspumpe;
4. die Kosten
   a) des Betriebs der zentralen Heizungsanlage einschließlich der Abgasanlage, hierzu gehören die Kosten der verbrauchten Brennstoffe und ihrer Lieferung, die Kosten des Betriebsstroms, die Kosten der Bedienung, Überwachung und Pflege der Anlage, der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft und Betriebssicherheit einschließlich der Einstellung durch eine Fachkraft, der Reinigung der Anlage und des Betriebsraums, die Kosten der Messungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, die Kosten der Anmietung oder anderer Arten der Gebrauchsüberlassung einer Ausstattung zur Verbrauchserfassung sowie die Kosten der Verwendung einer Ausstattung zur Verbrauchserfassung einschließlich der Kosten der Eichung sowie der Kosten der Berechnung und Aufteilung **oder**
   b) des Betriebs der zentralen Brennstoffversorgungsanlage, hierzu gehören die Kosten der verbrauchten Brennstoffe und ihrer Lieferung, die Kosten des Betriebsstroms und die Kosten der Überwachung sowie die Kosten der Reinigung der Anlage und des Betriebsraums **oder**
   c) der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme, auch aus Anlagen im Sinne des Buchstabens a, hierzu gehören das Entgelt für die Wärmelieferung und die Kosten des Betriebs der zugehörigen Hausanlagen entsprechend Buchstabe a **oder**
   d) der Reinigung und Wartung von Etagenheizungen und Gaseinzelfeuerstätten, hierzu gehören die Kosten der Beseitigung von Wasserablagerungen und Verbrennungsrückständen in der Anlage, die Kosten der regelmäßigen Prüfung der Betriebsbereitschaft und Betriebssicherheit und der damit zusammenhängenden Einstellung durch eine Fachkraft sowie die Kosten der Messungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz;
5. die Kosten
   a) des Betriebs der zentralen Warmwasserversorgungsanlage, hierzu gehören die Kosten der Wasserversorgung entsprechend Nummer 2, soweit sie nicht dort bereits berücksichtigt sind, und die Kosten der Wassererwärmung entsprechend Nummer 4 Buchstabe a **oder**
   b) der eigenständig gewerblichen Lieferung von Warmwasser, auch aus Anlagen im Sinne des Buchstabens a, hierzu gehören das Entgelt für die Lieferung des Warmwassers und die Kosten des Betriebs der zugehörigen Hausanlagen entsprechend Nummer 4 Buchstabe a **oder**
   c) der Reinigung und Wartung von Warmwassergeräten, hierzu gehören die Kosten der Beseitigung von Wasserablagerungen und Verbrennungsrückständen im Innern der Geräte sowie die Kosten der regelmäßigen Prüfung der Betriebsbereitschaft und Betriebssicherheit und der damit zusammenhängenden Einstellung durch eine Fachkraft;
6. die Kosten verbundener Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen
   a) bei zentralen Heizungsanlagen entsprechend Nummer 4 Buchstabe a und entsprechend Nummer 2, soweit sie nicht dort bereits berücksichtigt sind,
   oder
   b) bei der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme entsprechend Nummer 4 Buchstabe c und entsprechend Nummer 2, soweit sie nicht dort bereits berücksichtigt sind, **oder**
   c) bei verbundenen Etagenheizungen und Warmwasserversorgungsanlagen entsprechend Nummer 4 Buchstabe d und entsprechend Nummer 2, soweit sie nicht dort bereits berücksichtigt sind;
7. die Kosten des Betriebs des Personen- oder Lastenaufzugs, hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms, die Kosten der Beaufsichtigung, der Bedienung, Überwachung und Pflege der Anlage, der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft und Betriebssicherheit einschließlich der Einstellung durch eine Fachkraft sowie die Kosten der Reinigung der Anlage;
8. die Kosten der Straßenreinigung und Müllbeseitigung, zu den Kosten der Straßenreinigung gehören die für die öffentliche Straßenreinigung zu entrichtenden Gebühren und die Kosten entsprechender nicht öffentlicher Maßnahmen; zu den Kosten der Müllbeseitigung gehören namentlich die für die Müllabfuhr zu entrichtenden Gebühren, die Kosten entsprechender nicht öffentlicher Maßnahmen, die Kosten des Betriebs von Müllkompressoren, Müllschluckern, Müllabsauganlagen sowie des Betriebs von Müllmengenerfassungsanlagen einschließlich der Kosten der Berechnung und Aufteilung;
9. die Kosten der Gebäudereinigung und Ungezieferbekämpfung, zu den Kosten der Gebäudereinigung gehören die Kosten für die Säuberung der von den Bewohnern gemeinsam genutzten Gebäudeteile, wie Zugänge, Flure, Treppen, Keller, Bodenräume, Waschküchen, Fahrkorb des Aufzugs;
10. die Kosten der Gartenpflege, hierzu gehören die Kosten der Pflege gärtnerisch angelegter Flächen einschließlich der Erneuerung von Pflanzen und Gehölzen, der Pflege von Spielplätzen einschließlich der Erneuerung von Sand und der Pflege von Plätzen, Zugängen und Zufahrten, die dem nicht öffentlichen Verkehr dienen;
11. die Kosten der Beleuchtung, hierzu gehören die Kosten des Stroms für die Außenbeleuchtung und die Beleuchtung der von den Bewohnern gemeinsam genutzten Gebäudeteile, wie Zugänge, Flure, Treppen, Keller, Bodenräume, Waschküchen;
12. die Kosten der Schornsteinreinigung, hierzu gehören die Kehrgebühren nach der maßgebenden Gebührenordnung, soweit sie nicht bereits als Kosten nach Nummer 4 Buchstabe a berücksichtigt sind;
13. die Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung, hierzu gehören namentlich die Kosten der Versicherung des Gebäudes gegen Feuer-, Sturm-, Wasser- sowie sonstige Elementarschäden, der Glasversicherung, der Haftpflichtversicherung für das Gebäude, den Öltank und den Aufzug;
14. die Kosten für den Hauswart, hierzu gehören die Vergütung, die Sozialbeiträge und alle geldwerten Leistungen, die der Eigentümer oder Erbbauberechtigte dem Hauswart für seine Arbeit gewährt, soweit diese nicht die Instandhaltung, Instandsetzung, Erneuerung, Schönheitsreparaturen oder die Hausverwaltung betrifft; soweit Arbeiten vom Hauswart ausgeführt werden, dürfen Kosten für Arbeitsleistungen nach den Nummern 2 bis 10 und 16 nicht angesetzt werden;
15. die Kosten
   a) des Betriebs der Gemeinschafts-Antennenanlage, hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms und die Kosten der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft einschließlich ihrer Einstellung durch eine Fachkraft,
   bis zum 30. Juni 2024 außerdem das Nutzungsentgelt für eine nicht zu dem Gebäude gehörende Antennenanlage sowie die Gebühren, die nach dem Urheberrechtsgesetz für die Kabelweitersendung entstehen, **oder**
   b) des Betriebs der mit einem Breitbandnetz verbundenen privaten Verteilanlage; hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms,
   bis zum 30. Juni 2024 außerdem die weiteren Kosten entsprechend Buchstabe a, sowie die laufenden monatlichen Grundgebühren für Breitbandanschlüsse **oder**
   c) des Betriebs einer gebäudeinternen Verteilanlage, die vollständig mittels Glasfaser mit einem öffentlichen Netz mit sehr hoher Kapazität im Sinne des § 3 Nummer 33 des Telekommunikationsgesetzes verbunden ist, wenn der Mieter seinen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten über seinen Anschluss frei wählen kann, hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms sowie ein Bereitstellungsentgelt gemäß § 72 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes;
16. die Kosten des Betriebs der Einrichtungen für die Wäschepflege,
   hierzu gehören die Kosten des Betriebsstroms, die Kosten der Überwachung, Pflege und Reinigung der Einrichtungen, der regelmäßigen Prüfung ihrer Betriebsbereitschaft und Betriebssicherheit sowie die Kosten der Wasserversorgung entsprechend Nummer 2, soweit sie nicht dort bereits berücksichtigt sind;
17. sonstige Betriebskosten,
   hierzu gehören Betriebskosten im Sinne des § 1, die von den Nummern 1 bis 16 nicht erfasst sind.

Für Anlagen, die ab dem 1. Dezember 2021 errichtet worden sind, ist Satz 1 Nummer 15 Buchstabe a und b nicht anzuwenden.

Wohnungsgeberbestätigung zur Vorlage bei der Meldebehörde
(§ 19 Bundesmeldegesetz – BMG)

Angaben zur/zum Wohnungsgeber*in:

Familienname/Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ/Ort: _____

Straße/Hausnummer/Adressierungszusätze: _____

Name der/des Eigentümer*in
(nur ausfüllen, wenn dieser nicht selbst Wohnungsgeber*in ist):

Name/Firmenname: _____

Angaben zu der von der/dem Wohnungsgeber*in beauftragten Person:

Familienname/Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ/Ort: _____

Straße/Hausnummer/Adressierungszusätze: _____

Angaben zur Wohnung in die eingezogen wird:

PLZ/Ort: _____

Straße/Hausnummer: _____

Zusatzangaben: (z. B. Stockwerk oder Wohnungsnummer) _____

In die oben genannte Wohnung ist/sind am _____ folgende Person/en eingezogen:
Datum Einzug

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

Familienname: _____ Vorname: _____

☐ weitere Personen siehe Rückseite oder Beiblatt

Es ist verboten, eine Wohnungsanschrift für eine Anmeldung anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, wenn ein tatsächlicher Bezug der Wohnung weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Einzugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

_____
Datum

_____
Unterschrift **der/des Wohnungsgeber*in** oder der von der/dem **Wohnungsgeber*in beauftragten Person;** bei Eigennutzung Unterschrift der/des **Wohnungseigentümer*in**

Löschen Drucken

Muster

Name und Adresse der Zahnärztin / des Zahnarztes ggf. Verrechnungsstelle

ggf. LOGO

Ggf. Titel, Vorname, Nachname, Straßenname Hausnummer, PLZ Ort

ggf. Angaben bei Verrechnungsstelle

Ggf. Beförderungsvermerke

Anrede Adressat
Ggf. Titel, Vorname, Nachname
Straßenname Hausnummer
PLZ Ort

Telefon: Vorwahl Rufnummer
ggf. Fax: Vorwahl Rufnummer
ggf. E-Mail: empfänger@dienst.de
ggf. Internet: www.internetadresse.de

RECHNUNG

Rechnungsnummer: XXXXXX
Abschlagsnummer: X (falls erforderlich)

Rechnungsdatum: tt.mm.jjjj
ggf. Steuernummer: xx/xxx/xxxxx

Behandelte Person: ggf. Titel, Vorname, Nachname
ggf. Geburtsdatum: tt.mm.jjjj

Ggf. FREITEXT (z.B. Einleitungstext, Hinweise, Angaben zur Diagnose, Angaben des Zahnarztes bei Verrechnungsstelle, etc.)

Datum	Region	Nr.	Leistungsbeschreibung/Auslagen	Bgr.	Faktor	Anz.	EUR
tt.mm.jj	xx ggf. - xx	xxxx	GOZ-Leistungsbeschreibung …	1)	x,xx	x	xxxxx,xx

Konto: Name der Bank / BLZ: xxx xxx xx / Kto.-Nr.: xxxxxxxxxx / IBAN: xxxx xxxx xxxx xxxx xxxx xx

Name und Adresse der Zahnärztin / des Zahnarztes ggf. Verrechnungsstelle

ggf. **LOGO**

Datum	Region	Nr.	Leistungsbeschreibung/Auslagen	Bgr.	Faktor	Anz.	EUR
tt.mm.jj	xx	Äxxxx	GOÄ-Leistungsbeschreibung ..		x,xx	x	xxxxx,xx
tt.mm.jj	xx	xxxxa	Beschreibung der analogen Leistung..		x,xx	x	xxxxx,xx
tt.mm.jj	xx	xxxx	ggf. Beschreibung der Verlangensleistung (anfügen: auf Wunsch) ggf. Angaben zur MwSt.		x,xx	x	xxxxx,xx
			Zwischensumme Honorar:				xxxxx,xx
tt.mm.jj		xxxxx	Material-Beschreibung … mit Mengenangabe etc.			x	xxxxx,xx

Ggf. Kosten für Auslagen nach §3, §4 GOZ und §10 GOÄ:	xxxxx,xx
Ggf. Auslagen nach § 9 GOZ gemäß Praxislaborbeleg:	xxxxx,xx
Ggf. Auslagen nach § 9 GOZ gemäß Fremdlaborrechnung:	xxxxx,xx
Ggf. Entschädigungen nach § 8 GOZ für Wegegeld/Reiseentschädigung:	xxxxx,xx
Ggf. abzgl. Minderungsbetrag für stationäre Behandlung:	xxxxx,xx
Ggf. abzgl. Vorleistung anderer Kostenträger:	xxxxx,xx
Rechnungsbetrag:	**xxxxx,xx**
Ggf. abzgl. Vorauszahlung:	xxxxx,xx
ggf. Offener Betrag:	**xxxxx,xx**

Ggf. Hinweise zu Zahlungsmodalitäten (z.B. Angaben zur Bankverbindung, Zahlungsziel)

Bgr. Weitere Ausführungen soweit in Spalte Begründungen (Bgr.) Kennzeichen gesetzt wurde

1) Begründungstext/Erläuterungen/Details …

Platzhalter für optionalen Aufdruck eines zwei- oder dreidimensionalen Barcode

Konto: Name der Bank / BLZ: xxx xxx xx / Kto.-Nr.: xxxxxxxxxx / IBAN: xxxx xxxx xxxx xxxx xxxx xx

Wohnungsgeberbestätigung

---

nach § 19 des Bundesmeldegesetzes (BMG)

Hiermit wird ein Einzug in folgende Wohnung bestätigt:

_____
Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer mit Zusatz

_____
Stockwerk, Wohnungsnummer bzw. Lagebeschreibung der Wohnung im Haus

In die vorher genannte Wohnung ist/sind am _____ folgende Person/en eingezogen:
(Einzugsdatum)

1._____

2._____

3._____

4._____

5. ☐ weitere Personen siehe Rückseite

Name und Anschrift des **Wohnungsgebers** lauten:

_____
Name des Wohnungsgebers

_____
Postleitzahl, Ort, Straße und Hausnummer, des Wohnungsgebers

_____
Ggf. Name der durch den Wohnungsgeber beauftragten Person

☐ Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig **Eigentümer** der Wohnung oder

☐ Der Wohnungsgeber ist nicht Eigentümer der Wohnung
Name und Anschrift des **Eigentümers** lauten:

_____
Name des Eigentümers der Wohnung

_____
Postleitzahl, Ort, Straße und Hausnummer, des Eigentümers der Wohnung

☐ **Selbsterklärung bei Eigentum**
Ich erkläre hiermit, dass ich der Eigentümer der oben genannten Immobilie bin,
die von mir und den oben aufgeführten Personen zu eigenen Wohnzwecken genutzt wird.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass die oben gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen. Mir ist bekannt, dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch diesen weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen das Verbot stellt ebenso eine Ordnungswidrigkeit dar, wie die Ausstellung dieser Bestätigung ohne dazu als Wohnungsgeber oder dessen Beauftragter berechtigt zu sein (§ 54 i. V. m. § 19 BMG).

_____ _____
Ort, Datum Unterschrift des Wohnungsgebers oder der beauftragten Person / des Eigentümers

Tagessätze ab 01.01.2023:

Pflegegrad 1	43,01 €
Pflegegrad 2	54,56 €
Pflegegrad 3	70,73 €
Pflegegrad 4	87,60 €
Pflegegrad 5	95,16 €
Umlage Pflegeberufegesetz 2023	5,09 €
Unterkunft	18,84 €
Verpflegung	14,51 €
Investitionskosten Z 1	17,19 €
Investitionskosten Z 2	16,07 €

Monatliche Pflegekassenanteile:

Pflegegrad 1	125,00 €
Pflegegrad 2	770,00 €
Pflegegrad 3	1.262,00 €
Pflegegrad 4	1.775,00 €
Pflegegrad 5	2.005,00 €

Musterrechnung der Bewohnerkosten gemäß § 43c SGB XI (für 1 Monat/ 30,42 Tage)

Der Zuschlag der Pflegeversicherung zu ihrem Eigenanteil an den Pflegeleistungen beträgt bei einer Dauer von bis zu 12 Monaten 5 Prozent; von 12-23 Monaten 25 Prozent, von 24-35 Monaten 45 Prozent und von mehr als 36 Monaten 70 Prozent.

Pflegegrad 2:

Pflegeleistungen	1.659,72 €
Umlagen	154,84 €
Summe	1.814,56 €
./. Pflegekassenanteil PG 2	-770,00 €
Zwischensumme	**1.044,56 €**
./. 5% Zuschlag	-52,22 €
Summe Pflege	992,34 €
Unterkunft und Verpflegung	1.014,51 €
Investitionskosten Z 2	488,85 €
Eigenanteil Gesamt Z 2	2.495,70 €
Eigenanteil Gesamt Z 1	2.529,77 €

© Katholische Hospitalgesellschaft Südwestfalen gGmbH Olpe

Pflegegrad 3:

Pflegeleistungen	2.151,61 €
Umlagen	154,84 €
Summe	2.306,45 €
./. Pflegekassenanteil PG 3	-1.262,00 €
Zwischensumme	**1.044,45 €**
./. 5% Zuschlag	-52,23 €
Summe Pflege	992,22 €
Unterkunft und Verpflegung	1.014,51 €
Investitionskosten Z 2	488,85 €
Eigenanteil Gesamt Z 2	2.495,58 €
Eigenanteil Gesamt Z 1	2.529,65 €

Pflegegrad 4:

Pflegeleistungen	2.664,79 €
Umlagen	154,84 €
Summe	2.819,63 €
./. Pflegekassenanteil PG 4	-1.775,00 €
Zwischensumme	**1.044,63 €**
./. 5% Zuschlag	-52,23 €
Summe Pflege	992,40 €
Unterkunft und Verpflegung	1.014,51 €
Investitionskosten Z 2	488,85 €
Eigenanteil Gesamt Z 2	2.495,76 €
Eigenanteil Gesamt Z 1	2.529,76 €

Pflegegrad 5:

Pflegeleistungen	2.894,77 €
Umlagen	154,84 €
Summe	3.049,61 €
./. Pflegekassenanteil PG 5	-2.005,00 €
Zwischensumme	**1.044,61 €**
./. 5% Zuschlag	-52,23 €
Summe Pflege	992,38 €
Unterkunft und Verpflegung	1.014,51 €
Investitionskosten Z 2	488,85 €
Eigenanteil Gesamt Z 2	2.495,74 €
Eigenanteil Gesamt Z 1	2.529,81 €

Die Korrektur von ggf. fehlerhaften o.g. Angaben bleibt vorbehalten (Stand: 11.01.2023).

© Katholische Hospitalgesellschaft Südwestfalen gGmbH Olpe

3

Bundesagentur für Arbeit

Bescheinigung

zur Übernahme von Beiträgen nach § 174 SGB III
- Kranken-/Pflegeversicherung -

- vom Leistungsträger bzw. Versicherungsunternehmen auszufüllen -

Bitte Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen.

Kundennummer der Agentur für Arbeit	
Leistungsbezieher/in	
Anschrift	
Geburtsdatum	
Beginn des Leistungsbezuges	

Bei unserem Versicherungsunternehmen besteht ein vertraglicher **Krankenversicherungsschutz**, dessen Leistung nach Art und Umfang denen der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem SGB V entsprechen, für

☐ den/die o. a. Leistungsbezieher/in ☐ die Familienangehörigen des/der o. a. Leistungsbeziehers/in

Bitte geben Sie die **Versicherungsnummer** an:

Bitte geben Sie den **Beitrag** an, der ab Beginn des Leistungsbezuges (siehe oben) für den/die Leistungsbezieher/in sowie ggf. seine/ihre Familienangehörigen zu zahlen ist:

Krankenversicherungsschutz für	Name [1], Vorname	Euro/Monat
Leistungsbezieher/in		
Ehegatten/in:		
1. Kind [2]:		
2. Kind [2]:		
3. Kind [2]:		
		Gesamtbetrag:

☐ Das Versicherungsverhältnis ist gekündigt zum:

Bei unserem Versicherungsunternehmen besteht ein vertraglicher **Pflegeversicherungsschutz**, dessen Leistung nach Art und Umfang denen der sozialen Pflegeversicherung nach dem SGB XI entsprechen, für

☐ den/die o. a. Leistungsbezieher/in ☐ die Familienangehörigen des/der o. a. Leistungsbeziehers/in

Bitte geben Sie die **Versicherungsnummer** an:

Bitte geben Sie den **Beitrag** an, der ab Beginn des Leistungsbezuges (siehe oben) für den/die Leistungsbezieher/in sowie ggf. seine/ihre Familienangehörigen zu zahlen ist:

Pflegeversicherungsschutz für	Name [1], Vorname	Euro/Monat
Leistungsbezieher/in		
Ehegatten/in:		
1. Kind [2]:		
2. Kind [2]:		
3. Kind [2]:		
		Gesamtbetrag:

☐ Das Versicherungsverhältnis ist gekündigt zum:

[1] Bitte angeben, wenn abweichend zum Namen des/der Leistungsbeziehers/in. [2] Bei Kindern, die beitragsfrei versichert sind, als Versicherungsbeitrag "0,00" eintragen.

Für die Überweisung der Beiträge ist unter Angabe der Versicherungsnummer und des Namens des Versicherten die folgende **Bankverbindung** zu nutzen:

Geldinstitut:

BIC:

IBAN:

Ort, Datum

Versicherungsunternehmen
(Stempel und Unterschrift)

Formular drucken Formular zurücksetzen

Anlage Unterhalt

Diese Anlage ist bei Zusammenveranlagung von Ehegatten / Lebenspartnern gemeinsam auszufüllen.

Für jeden unterstützten Haushalt bitte eine eigene Anlage Unterhalt abgeben.

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer** lfd. Nr. der Anlage

Angaben zu Unterhaltsleistungen an bedürftige Personen

Haushalt, in dem die unterstützte(n) Person(en) lebte(n)

4 Anschrift dieses Haushaltes

5 Wohnsitzstaat, wenn Ausland

Die Eintragungen in den Zeilen 6 bis 20 sind nur in der ersten Anlage Unterhalt je Haushalt erforderlich.

		Anzahl
6	Anzahl der Personen, die in dem Haushalt laut Zeile 4 lebten	

Aufwendungen für den Unterhalt

1. Unterhaltszeitraum

		vom	bis
7	Unterstützungszeitraum, für den Unterhalt geleistet wurde		
8	Zeitraum, in dem die Zahlungen für den Unterhalt geleistet wurden (Tag der ersten Zahlung bis Tag der letzten Zahlung)		
9	Höhe der Unterhaltszahlung (einschließlich Beiträge zu Basis-Kranken- und Pflegeversicherungen laut den Zeilen 43 und / oder 74, die von der unterstützten Person als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden, und einschließlich Unterhaltsleistungen an im Ausland lebende Personen laut den Zeilen 13 bis 19)	EUR	,—

2. Unterhaltszeitraum

		vom	bis
10	Unterstützungszeitraum, für den Unterhalt geleistet wurde		
11	Zeitraum, in dem die Zahlungen für den Unterhalt geleistet wurden (Tag der ersten Zahlung bis Tag der letzten Zahlung)		
12	Höhe der Unterhaltszahlung (einschließlich Beiträge zu Basis-Kranken- und Pflegeversicherungen laut den Zeilen 45 und / oder 76, die von der unterstützten Person als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden, und einschließlich Unterhaltsleistungen an im Ausland lebende Personen laut den Zeilen 13 bis 19)	EUR	,—

Weitere Angaben zu Unterhaltsleistungen an im Ausland lebende Personen

Unterhaltszahlungen durch Bank- oder Postüberweisung (in den Zeilen 9 und / oder 12 enthalten)

		EUR
13	Betrag	,—

Unterhaltszahlungen durch Übergabe von Bargeld (in den Zeilen 9 und / oder 12 enthalten)

	Einreisedatum	Übergabedatum	Mitgenommener Betrag EUR
14			,—
15			,—

Unterhaltszahlungen im Rahmen von Familienheimfahrten zum Ehegatten / Lebenspartner (in den Zeilen 9 und / oder 12 enthalten)

	Einreisedatum	Übergabedatum	Mitgenommener Betrag EUR
16			,—
17			,—
18			,—
19			,—

Nettomonatslohn der unterstützenden steuerpflichtigen Person

		EUR
20	Betrag	,—

202400319201

Steuernummer, Name und Vorname, lfd. Nr. der Anlage

Angaben zur 1. unterstützten Person

Allgemeine Angaben zur unterstützten Person

	Identifikationsnummer	Name, Vorname		
21				
	Geburtsdatum	Sterbedatum, wenn 2024 verstorben	Beruf, Familienstand	
22				
	Verwandtschaftsverhältnis zur unterstützenden Person			
23				
	Name, Vorname des im selben Haushalt lebenden Ehegatten / Lebenspartners der unterstützten Person			
24				

Lebensort / Unterhaltsberechtigung

			Falls „Ja“ (wenn nicht ganzjährig) vom	bis
25	Die unterstützte Person lebte in meinem inländischen Haushalt.	1 = Ja 2 = Nein		
26	Hatte jemand für die unterstützte Person Anspruch auf Kindergeld oder Freibeträge für Kinder?	1 = Ja 2 = Nein		
27	Die unterstützte Person ist mein geschiedener Ehegatte, Lebenspartner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft oder dauernd getrennt lebender Ehegatte / Lebenspartner (kein Abzug von Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG, keine Zusammenveranlagung).	1 = Ja 2 = Nein		
28	Die unterstützte Person ist mein nicht dauernd getrennt lebender und nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtiger Ehegatte / Lebenspartner.	1 = Ja 2 = Nein		
29	Die unterstützte Person ist als Kindesmutter / Kindesvater gesetzlich unterhaltsberechtigt (bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes).	1 = Ja 2 = Nein		
30	Die unterstützte Person ist nicht unterhaltsberechtigt, jedoch wurden oder würden bei ihr wegen der Unterhaltszahlungen öffentliche Mittel gekürzt oder nicht gewährt.	1 = Ja 2 = Nein		

Vermögen der unterstützten Person

31	Hatte die unterstützte Person im Unterhaltszeitraum Vermögen?	1 = Ja 2 = Nein	Falls „Ja“: Gesamtwert des Vermögens der unterstützten Person (z. B. PKW, Bargeld, Grundstücke mit Ausnahme eines angemessenen, selbst bewohnten Hausgrundstücks)	EUR ,—

Bei Unterhaltsempfängern im Ausland

32	Die von der Heimatbehörde und der unterstützten Person bestätigte Unterhaltserklärung über die Bedürftigkeit liegt mir vor.	1 = Ja 2 = Nein

Einkünfte und Bezüge der unterstützten Person

33	Die unterstützte Person hat Einkünfte, Bezüge und / oder öffentliche Ausbildungshilfen im Kalenderjahr erzielt.	1 = Ja 2 = Nein

Falls Sie Zeile 33 mit „Ja“ beantwortet haben, füllen Sie bitte die Zeilen 34 bis 42 aus.

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

	vom	bis	Bruttoarbeitslohn (ohne Einnahmen aus Minijobs) EUR	Werbungskosten zum Bruttoarbeitslohn (ohne Werbungskosten zu Versorgungsbezügen) EUR
34			,—	,—
35			,—	,—

	vom	bis	Versorgungsbezüge – im Arbeitslohn enthalten – EUR	Werbungskosten zu Versorgungsbezügen EUR	Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag EUR	Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns
36			,—	,—	,—	

Sonstige Einkünfte

	vom	bis	Renten EUR	steuerpflichtiger Teil der Rente EUR	Werbungskosten zu Renten EUR
37			,—	,—	,—
38			,—	,—	,—

Einkünfte aus Kapitalvermögen

	vom	bis	Einkünfte aus Kapitalvermögen (tarifliche Einkommensteuer) EUR	vom	bis	Kapitalerträge (Abgeltungsteuer) EUR
39			,—			,—

Übrige Einkünfte

	vom	bis	EUR
40			,—

2024AnlUnterhalt192NET

202400319202

Steuernummer, Name und Vorname, lfd. Nr. der Anlage

Sozialleistungen / übrige Bezüge (z. B. aus Minijobs)

	vom	bis	EUR
41			,—

Öffentliche Ausbildungshilfen (z. B. BAföG-Zuschüsse)

vom	bis	EUR
		,—

Kosten zu allen Bezügen

	vom	bis	EUR
42			,—

Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen

		EUR
43	In Zeile 9 enthaltene übernommene Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden	,—
44	In der vorstehenden Zeile enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—
45	In Zeile 12 enthaltene übernommene Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden	,—
46	In der vorstehenden Zeile enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—

Weitere zum Unterhalt beitragende Personen

47 Hat mindestens eine weitere Person zum Unterhalt der unterstützten Person beigetragen? (1 = Ja, 2 = Nein)

Falls Sie Zeile 47 mit „Ja“ beantwortet haben, füllen Sie bitte die Zeilen 48 bis 51 aus.

Zum Unterhalt der bedürftigen Person haben auch beigetragen (Name, Anschrift)

48

	vom	bis		EUR
49			Betrag	,—

		EUR
50	In Zeile 49 enthaltene Beiträge zur Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherung für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von der / den Person(en) laut Zeile 48 getragen wurden	,—
51	In Zeile 50 enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—

Angaben zur 2. unterstützten Person

Allgemeine Angaben zur unterstützten Person

	Identifikationsnummer	Name, Vorname
52		

	Geburtsdatum	Sterbedatum, wenn 2024 verstorben	Beruf, Familienstand
53			

	Verwandtschaftsverhältnis zur unterstützenden Person
54	

	Name, Vorname des im selben Haushalt lebenden Ehegatten / Lebenspartners der unterstützten Person
55	

Lebensort / Unterhaltsberechtigung

			Falls „Ja“ (wenn nicht ganzjährig) vom	bis
56	Die unterstützte Person lebte in meinem inländischen Haushalt.	1 = Ja, 2 = Nein		
57	Hatte jemand für die unterstützte Person Anspruch auf Kindergeld oder Freibeträge für Kinder?	1 = Ja, 2 = Nein		
58	Die unterstützte Person ist mein geschiedener Ehegatte, Lebenspartner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft oder dauernd getrennt lebender Ehegatte / Lebenspartner (kein Abzug von Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG, keine Zusammenveranlagung).	1 = Ja, 2 = Nein		
59	Die unterstützte Person ist mein nicht dauernd getrennt lebender und nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtiger Ehegatte / Lebenspartner.	1 = Ja, 2 = Nein		
60	Die unterstützte Person ist als Kindesmutter / Kindesvater gesetzlich unterhaltsberechtigt (bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes).	1 = Ja, 2 = Nein		
61	Die unterstützte Person ist nicht unterhaltsberechtigt, jedoch wurden oder würden bei ihr wegen der Unterhaltszahlungen öffentliche Mittel gekürzt oder nicht gewährt.	1 = Ja, 2 = Nein		

Vermögen der unterstützten Person

				EUR
62	Hatte die unterstützte Person im Unterhaltszeitraum Vermögen?	1 = Ja, 2 = Nein	Falls „Ja“: Gesamtwert des Vermögens der unterstützten Person (z. B. PKW, Bargeld, Grundstücke mit Ausnahme eines angemessenen, selbst bewohnten Hausgrundstücks)	,—

Bei Unterhaltsempfängern im Ausland

63 Die von der Heimatbehörde und der unterstützten Person bestätigte Unterhaltserklärung über die Bedürftigkeit liegt mir vor. (1 = Ja, 2 = Nein)

2024AnlUnterhalt193NET

Steuernummer, Name und Vorname, lfd. Nr. der Anlage

Einkünfte und Bezüge der unterstützten Person

64 Die unterstützte Person hat Einkünfte, Bezüge und / oder öffentliche Ausbildungshilfen im Kalenderjahr erzielt. 1 = Ja 2 = Nein

Falls Sie Zeile 64 mit „Ja“ beantwortet haben, füllen Sie bitte die Zeilen 65 bis 73 aus.

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

	vom	bis	Bruttoarbeitslohn (ohne Einnahmen aus Minijobs) EUR	Werbungskosten zum Bruttoarbeitslohn (ohne Werbungskosten zu Versorgungsbezügen) EUR
65			,—	,—
66			,—	,—

	vom	bis	Versorgungsbezüge – im Arbeitslohn enthalten – EUR	Werbungskosten zu Versorgungsbezügen EUR	Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag EUR	Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns
67			,—	,—	,—	

Sonstige Einkünfte

	vom	bis	Renten EUR	steuerpflichtiger Teil der Rente EUR	Werbungskosten zu Renten EUR
68			,—	,—	,—
69			,—	,—	,—

Einkünfte aus Kapitalvermögen

	vom	bis	Einkünfte aus Kapitalvermögen (tarifliche Einkommensteuer) EUR	vom	bis	Kapitalerträge (Abgeltungsteuer) EUR
70			,—			,—

Übrige Einkünfte

	vom	bis	EUR
71			,—

	Sozialleistungen / übrige Bezüge (z. B. aus Minijobs) vom	bis	EUR	**Öffentliche Ausbildungshilfen (z. B. BAföG-Zuschüsse)** vom	bis	EUR
72			,—			,—

Kosten zu allen Bezügen

	vom	bis	EUR
73			,—

Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen

		EUR
74	In Zeile 9 enthaltene übernommene Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden	,—
75	In der vorstehenden Zeile enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—
76	In Zeile 12 enthaltene übernommene Beiträge zu Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherungen für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von mir getragen wurden	,—
77	In der vorstehenden Zeile enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—

Weitere zum Unterhalt beitragende Personen

78 Hat mindestens eine weitere Person zum Unterhalt der unterstützten Person beigetragen? 1 = Ja 2 = Nein

Falls Sie Zeile 78 mit „Ja“ beantwortet haben, füllen Sie bitte die Zeilen 79 bis 82 aus.

Zum Unterhalt der bedürftigen Person haben auch beigetragen (Name, Anschrift)

79

	vom	bis		EUR
80			Betrag	,—

		EUR
81	In Zeile 80 enthaltene Beiträge zur Basis-Kranken- und gesetzlichen Pflegeversicherung für die unterstützte Person, die von ihr als Versicherungsnehmer geschuldet und von der / den Person(en) laut Zeile 79 getragen wurden	,—
82	In Zeile 81 enthaltene Beiträge, aus denen sich ein Anspruch auf Krankengeld ergibt	,—

2024AnlUnterhalt194NET

Wohnungs-Mietvertrag

Zwischen _____
(Vor- und Zuname)

und_____

wohnhaft in _____ als Vermieter/in

und _____
(Vor- und Zuname)

sowie_____

zur Zeit wohnhaft in _____ als Mieter/in

wird folgender Mietvertrag geschlossen.

§ 1

Mieträume

1. Zur Benutzung als Wohnung werden die im Hause

_____
(Ort, Straße und Hausnummer)

gelegenen Räume vermietet:

.....Zimmer,.....Küche/ Kochnische,.....Bad/ Dusche- mit WC,.....WC,.....Diele .....Balkon,.....Mansarde,.....Bodenräume.....Kellerräume,.....Garage, ...Auto/Abstellplatz,.....Gartenlaube,.....Garten.

2. Der Vermieter ist verpflichtet, Waschküche, Trockenboden oder Trockenplatz gemäß der Hausordnung zur Verfügung zu stellen.

3. Dem Mieter werden folgende Schlüssel ausgehändigt:

Haus-, Wohnungs-, Keller-, Boden- Garagenschlüssel

4. Die Wohnfläche beträgt _____ qm.

Die Wohnung ist frei finanziert öffentlich gefördert.

DITSCHUN

Nutzer 001
Musterweg 1
33333 Musterstadt

Auftraggeber

Herrn
Max Mustermann
Musterallee 1
33333 Musterstadt

Objekt

Musterweg 1
33333 Musterstadt

Aufstellung der für Sie entstandenen Kosten	/ Eur	**2021**
Heizung	1.038,96	
Warmwasser	186,85	
Betriebskosten	1.424,74	
Rechnungsbetrag	**2.650,55**	
Summe Vorauszahlung ./.	2.500,00	
fälliger Betrag		**150,55**

Heiz- und Betriebskostenabrechnung

Nutzer 001 EG

Abrechnung	01.01.2021 - 31.12.2021
Nutzung	01.01.2021 - 31.12.2021
Datum	21.01.2022
Objekt.Nummer	**t9053-001**
Nutzer.Nummer	**001.01**

bitte beachten

Zahlung. Bitte überweisen Sie den Forderungsbetrag
in den nächsten Tagen auf das Konto
Max Mustermann
IBAN DE12 3456 7890 1234 5678 90
Deutsche Musterbank, BIC MUSTERXXX

Hinweis zur Abrechnung

Die detaillierte Abrechnung entnehmen Sie bitte der Rückseite bzw. weiteren Anlagen.

Bei Rückfragen zu Art oder Höhe der Gesamtkosten wenden Sie sich bitte an den Auftraggeber.
Die Rechnungsbelege sind über den Auftraggeber einsehbar.

Bei etwaigen Rückfragen zur Verteilung und Berechnung der Kosten bzw. zur Ermittlung von Verbrauchswerten können Sie sich auch direkt an uns wenden.

Hinweis zur Abrechnung

Dies ist eine Musterabrechnung. Sämtliche Daten sind fiktiv und dienen ausschließlich zu Anschauungszwecken.

Abrechnung erstellt durch

DITSCHUN Wärmemesstechnik
Ludwig-Erhard-Allee 39
33719 Bielefeld

Telefon	0521 - 33 99 44
Telefax	0521 - 33 99 45
email	info@ditschun.com
Bürozeiten	9.00 - 12.00

DITSCHUN

Heiz- und Betriebskostenabrechnung

erstellt im Auftrag	Objekt
Herrn Max Mustermann	Musterweg 1 33333 Musterstadt

Wohnung / Nutzeinheit

EG	Nutzer 001
Abrechnung	01.01.2021 - 31.12.2021
Nutzung	01.01.2021 - 31.12.2021
Datum	21.01.2022
Objekt.Nummer	t9053-001
Nutzer.Nummer	001.01

Heizkosten

Aufstellung der Heizkosten

Heizung	Menge	Hi	Betrag Eur	Rechnung vom
Lieferung Erdgas	32735.000 KWh	1.000	2.081,45	18.01.2022

Nebenkosten	Art	Betrag Eur	Rechnung vom
Allgemein	Strom für Heizanlage	83,26	
Allgemein	Schornsteinfeger	38,08	25.06.2021
Allgemein	Immissionsmessung	51,17	25.06.2021
Allgemein	Wartung Heizanlage	153,27	27.10.2021
Allgemein	Abrechnung Heizkosten	129,00	30.11.2021
Allgemein	Miete Wärmezähler	95,20	03.01.2021
Heizung	Miete Heizkostenverteiler	61,88	03.01.2021
Warmwasser	Miete Warmwasserzähler	46,41	03.01.2021

Heizkosten gesamt Eur **2.739,72**

Energiekosten der Heizanlage	Eur	2.081,45
Verbrauch	KWh	32735.000
Nebenkosten der Heizanlage	Eur	658,27
Allgemein	Eur	549,98
Heizung	Eur	61,88
Warmwasser	Eur	46,41

Trennung der Kosten nach der Verwendung für Heizung und Warmwasser

Der Energiekostenanteil für die Brauchwassererwärmung berechnet sich gem. Heizkostenverordnung HKVO § 9 s.a. Erläuterung.

Heizung	76.60 %	aus Energie- /Nebenkosten	2.015,68
		Nebenkosten nur Heizung	61,88
Warmwasser	23.40 %	aus Energie- /Nebenkosten	615,76
		Nebenkosten nur Warmwasser	46,41

verteilt in Heizungs- und Warmwasserkosten

Heizkosten gesamt	Eur	2.739,72
Heizungskosten	Eur	**2.077,56**
Warmwasserkosten	Eur	**662,17**

Trennung der Kosten nach der Art ihrer Verteilung

Die Aufteilung in Grund- und Verbrauchskosten richtet sich nach den Bestimmungen der Heizkostenverordnung HKVO §§ 7,8, bzw. vertraglichen Vereinbarungen.

Grundkosten	Die Berechnung erfolgt nach festen Maßstäben
Verbrauchskosten	Die Berechnung erfolgt nach verbrauchsabhängigen Maßstäben

verteilt in Grund- und Verbrauchskosten

Heizung			2.077,56
Grundkosten	30.00 %	Eur	**623,27**
Verbrauch H1	70.00 %	Eur	**1.454,29**
Warmwasser			662,17
Grundkosten	30.00 %	Eur	**198,65**
Verbrauch W1	70.00 %	Eur	**463,52**

Berechnung der Preise

Art	Betrag	:	Gesamteinheiten	=	Preis je
Heizung					
Grundkosten	623,27		200.000		3.116333
Verbrauch H1	1.454,29		18535.941		0.078458
Warmwasser					
Grundkosten	198,65		200.000		0.993247
Verbrauch W1	463,52		65.750		7.049661

Ihr Verbrauch / Ihre Heizkosten

Anteil	x	Ihre Einheiten	=	Ihre Kosten
Heizung				**1.038,96**
qm fläche heizung		80,000		249,31
eh hkve		10064,691		789,65
Warmwasser				**186,85**
qm fläche ww		80,000		79,46
cbm wwz		15,234		107,39

Summe	Ihr Anteil	1.225,81

Rundungsdifferenzen möglich

DITSCHUN

Heiz- und Betriebskostenabrechnung

erstellt im Auftrag	Objekt
Herrn Max Mustermann	Musterweg 1 33333 Musterstadt

Wohnung / Nutzeinheit

EG	Nutzer 001
Abrechnung	01.01.2021 - 31.12.2021
Nutzung	01.01.2021 - 31.12.2021
Datum	21.01.2022
Objekt.Nummer	t9053-001
Nutzer.Nummer	001.01

Betriebskosten

Aufstellung der Kosten und Berechnung der Preise

Art	Betrag	: Gesamteinheiten	= Preis Eur	je	Anteil	x Ihre Einheiten	= Ihre Kosten
Betriebskosten							
Wasser Lieferung Rechnung vom 06.01.2022	**225,36**	190.844	1.180860		cbm wz	47,723	56,35
Wasser Rückführung Rechnung vom 06.01.2022	**233,84**	190.844	1.225294		cbm wz	47,723	58,47
Wartung - / Miete Wasserzähler Rechnung vom 07.01.2021	**46,10**	3.000	15.366667		anzahl kwz	1,000	15,37
Ablesung Wasserzähler Rechnung vom 30.11.2021	**10,71**	3.000	3.570000		anzahl kwz	1,000	3,57
Abrechnung Wasserkosten Rechnung vom 21.01.2022	**14,28**	3.000	4.760000		anzahl nutzer	1,000	4,76
Allgemeinstrom /Hauslicht Rechnung vom 06.01.2022	**123,54**	200.000	0.617700		qm fläche bk	80,000	49,42
Grundsteuer Rechnung vom 11.01.2021	**1.250,36**	200.000	6.251800		qm fläche bk	80,000	500,14
Niederschlagswasser Rechnung vom 11.01.2021	**239,21**	200.000	1.196050		qm fläche bk	80,000	95,68
Straßenreinigung Rechnung vom 11.01.2021	**34,65**	200.000	0.173250		qm fläche bk	80,000	13,86
Abfallentsorgung Rechnung vom 11.01.2021	**249,00**	200.000	1.245000		qm fläche bk	80,000	99,60
Gebäude-Versicherung Rechnung vom 03.01.2021	**1.250,00**	200.000	6.250000		qm fläche bk	80,000	500,00
Haftpflicht-Versicherung Rechnung vom 03.01.2021	**68,79**	200.000	0.343950		qm fläche bk	80,000	27,52

Betriebskosten	gesamt Eur	**3.745,84**

Summe	1.424,74
Betriebskosten	

Rundungsdifferenzen möglich

DITSCHUN

Erläuterung Abrechnung

erstellt im Auftrag	Objekt
Herrn Max Mustermann	Musterweg 1 33333 Musterstadt

Wohnung / Nutzeinheit

EG	Nutzer 001
Abrechnung	01.01.2021 - 31.12.2021
Nutzung	01.01.2021 - 31.12.2021
Datum	21.01.2022
Objekt.Nummer	t9053-001
Nutzer.Nummer	001.01

Geräteliste

Heizkostenverteiler H1

Raum	Nummer	stand alt	stand neu	faktor	ablesung
KÜ	90515151	0.000	375.000	2.536	06.01.2022
BAD	80515152	0.000	1426.000	1.236	06.01.2022
WZ	80051512	0.000	987.000	3.056	06.01.2022
SZ	80051513	0.000	564.000	2.877	06.01.2022
KI	80051514	0.000	1365.000	1.987	06.01.2022

Warmwasserzähler W1

Raum	Nummer	stand alt	stand neu	faktor	ablesung
KELL.	17600516	0.000	15.234	1.000	06.01.2022

Kaltwasserzähler K1

Raum	Nummer	stand alt	stand neu	faktor	ablesung
KELL.	17600517	0.000	32.489	1.000	06.01.2022

Summe Verbrauch

Ihre Einheiten	Bezeichnung	Verbrauch
951.000		
1762.536		
3016.272		
1622.628		
2712.255	**eh hkve**	**10064,691**

Ihre Einheiten		Verbrauch
15.234	**cbm wwz**	**15,234**

Ihre Einheiten		Verbrauch
32.489	**cbm kwz**	**32,489**

Energieverbrauch für Brauchwasser-Erwärmung

Der Anteil der Trinkwasser-Erwärmung am Gesamtverbrauch der Heizanlage ist berechnet aus dem Verhältnis der Energiemessungen für Heizung und Warmwasser.

gemessene Energie für Heizungsbetrieb	23788.000	kWh
gemessene Energie für Warmwasserbetrieb	5812.000	kWh
Summe der Energiemessung gesamt	29600.000	kWh
Warmwasser-Anteil an der Energiemessung	23.3955	%

Energieverbrauch		Anteil
25076.483 kWh	für Heizung	76.60 %
7658.517 kWh	für Warmwasser	23.40 %

Rundungsdifferenzen möglich

Wohnungs-Mietvertrag

Der (Die) Vermieter _____

_____

wohnhaft in _____

und der (die Mieter) _____

_____

_____

_____

schließen folgenden Mietvertrag:

§ 1 Mieträume

1. Im Hause _____
   (Ort, Straße, Haus-Nr., Etage)
   werden folgende Räume vermietet:
   _____Zimmer, _____Küche/Kochnische, _____Bad/Dusche/WC, _____Bodenräume / Speicher Nr._____ , _____Kellerräume Nr._____
   _____Garage / Stellplatz, _____Garten, _____gewerblich genutzte Räume
2. Der Mieter ist berechtigt, Waschküche, Trockenboden / Trockenplatz, _____ gemäß der Hausordnung mitzubenutzen.
3. Dem Mieter werden vom Vermieter für die Mietzeit ausgehändigt:
   _____Haus-, _____Wohnungs-,_____Zimmer-, _____Boden-/Speicher-, _____Garagen-Schlüssel.
4. Die Wohnfläche beträgt ca. ____qm.
5. Die Wohnung ist eine Eigentumswohnung. ☐ ja ☐ nein

§ 2 Mietzeit

Das Mietverhältnis beginnt am: _____, es läuft auf unbestimmte Zeit.

Die Vertragspartner streben ein längerfristiges Mietverhältnis an. **Der Vermieter verzichtet für einen Zeitraum von 3 Jahren und 9 Monaten ab Vertragsabschluss auf das Recht zur ordentlichen Kündigung (Kündigung wegen Eigenbedarf, als Einliegerwohnung, Teilkündigung und Verwertungskündigung §§ 573, 573a, 573b BGB). Die Kündigung kann somit frühestens zum Ablauf dieses Zeitraums ausgesprochen werden.** Die Kündigungsvoraussetzungen richten sich im Übrigen nach den gesetzlichen Vorschriften und den vertraglichen Absprachen (siehe §§ 8, 17 – 22 dieses Vertrages).

Hinweis: Die Mietvertragsparteien können unter § 22 dieses Mietvertrages auch einen dauerhaften oder längerfristigeren Kündigungsverzicht des Vermieters vereinbaren.

§ 3 Miete

1. Die Miete beträgt monatlich: _____ Euro.
   in Worten: _____ Euro.
   Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Miete für den Zeitraum von _____Jahren nicht erhöht wird.

Wichtiger Hinweis: Alle Eintragungen und Änderungen des Vertrages sind gleichlautend sowohl in dem für den Vermieter als auch in dem für den Mieter bestimmten Vertragstext vorzunehmen. An den mit einem ☐ bezeichneten Stellen ist das Gewünschte anzukreuzen.

lohnexperte.de

Musterauswertungen

Musterauswertungen ADDISON SBS Lohn

Lohnabrechnung und Gehaltsabrechnung

Als professionelles Lohnbüro und kompetentes Personalabrechnungszentrum bietet die Lohnexperte AG Unternehmen aller Größenordnungen bundesweit und branchenunabhängig eine kostengünstige Alternative.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen eine Auswahl typischer Auswertungen, Statistiken und Bescheinigungen für die laufende Lohn- und Gehaltsabrechnung vor.

- Arbeitnehmerbezogene Auswertungen
- Meldungen
- Arbeitgeberbezogene Auswertungen
- Sonstige Auswertungen

Sie haben Fragen zu den Musterauswertungen?

Wir sind Montag bis Freitag
von 8 – 16 Uhr für Sie da.

freecall Info-Nummer: 0800 / 81 000 81

Telefon: 0340 / 87 01 87-0
E-Mail: info@lohnexperte.de

Weitere Informationen zu unserem umfassenden Leistungsangebot finden Sie unter www.lohnexperte.de

Stand: 08.04.2025
Leistungen im Rahmen des § 6 Nr. 4 StBerG

Musterauswertungen ADDISON SBS Lohn

Inhaltsverzeichnis

Arbeitnehmerbezogene Ausdrucke

Gehaltsscheine/Lohnscheine	4 – 6
Meldebescheinigung SV	7

Meldungen

Ausdruck digitale LSt-Anmeldung	8
Ausdruck digitaler Beitragsnachweis	9 – 11
Erstattungsliste (AAG)	12

Arbeitgeberbezogene Ausdrucke

Monatslohnjournal	13
Finanzbuchungen (Prima-Nota)	14 – 15
Prima-Nota nach Kostenstellen	16
Kostenstellenliste (Auszug)	17
Kostenträgerliste	18 – 19
Lohnarten-Liste	20
Be- und Abzugsarten-Liste (Auszug)	21
Lohnüberweisungen	22
Begleitzettel SEPA (Zahlung)	23 – 24
Urlaubsauswertung	25

Sonstige Auswertungen (Beispiele)

Arbeitgeberkosten (Auszug)	26 – 28
Meldebescheinigung SV	29
Stand der Beschäftigten	30 – 31

Hausrat-Versicherung

Produktinformationsblatt Versicherungen

Mecklenburgische
VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT AUF GEGENSEITIGKEIT

Mecklenburgische Versicherungs-Gesellschaft a. G.
Deutschland

Dieses Informationsblatt gibt Ihnen einen ersten Überblick über eine Hausrat-Versicherung. Es ist beispielhaft und daher nicht vollständig. Die vollständigen Informationen und den für Ihren Vertrag vereinbarten Versicherungsumfang finden Sie in den Vertragsunterlagen (Versicherungsantrag, Versicherungsschein und Versicherungsbedingungen). Damit Sie umfassend informiert sind, lesen Sie sich bitte alle Unterlagen durch.

Um welche Versicherung handelt es sich?
Wir bieten Ihnen eine Hausrat-Versicherung. Diese schützt Sie vor den finanziellen Folgen der Zerstörung, der Beschädigung oder des Abhandenkommens Ihres Hausrats infolge eines Versicherungsfalls.

Was ist versichert?

Versicherte Sachen
Versichert ist der Hausrat Ihrer Wohnung. Dazu zählen alle Sachen, die dem Haushalt zur privaten Nutzung (Gebrauch bzw. Verbrauch) dienen. Dazu zählen beispielsweise:
- ✓ Möbel, Teppiche, Bekleidung;
- ✓ elektrische und elektronische Haushaltsgeräte (z. B. Waschmaschine, TV, Computer);
- ✓ Antennen und Markisen, die zu Ihrer Wohnung gehören;
- ✓ Bargeld und andere Wertsachen (z. B. Schmuck) in begrenzter Höhe.

Versicherbare Gefahren
- ✓ Brand; Blitzschlag; Explosion; Verpuffung; Implosion; Anprall oder Absturz eines Luftfahrzeugs seiner Teile oder Ladung; Fahrzeuganprall; Sengschäden; Rauch- und Rußschäden; Überschalldruckwellen sowie Schäden durch Kriegsmunition;
- ✓ Überspannungsschäden (bis 5 % der Versicherungssumme);
- ✓ Einbruchdiebstahl, Diebstahl, Vandalismus nach einem Einbruch sowie Raub oder den Versuch einer solchen Tat;
- ✓ Leitungswasser;
- ✓ Naturgefahren wie Sturm, Hagel;
- ✓ Weitere Naturgefahren, soweit diese gesondert vereinbart sind. Das sind die Elementargefahren Überschwemmung, Rückstau, Erdbeben, Erdsenkung, Erdrutsch, Schneedruck, Lawinen und Vulkanausbruch.

Versicherte Schäden
- ✓ Sachschäden durch Zerstörung, Beschädigung oder Abhandenkommen der versicherten Sachen infolge eines Versicherungsfalls.

Versicherte Kosten
Versichert sind folgende Kosten, die infolge eines Versicherungsfalls erforderlich und tatsächlich angefallen sind, z. B.
- ✓ Schadenabwendungs- und Schadenminderungskosten;
- ✓ Aufräumungskosten;
- ✓ Bewegungs- und Schutzkosten;
- ✓ Hotelkosten;
- ✓ Transport- und Lagerkosten;
- ✓ Schlossänderungskosten;
- ✓ Bewachungskosten;
- ✓ Kosten für provisorische Maßnahmen;
- ✓ Reparaturkosten für Nässeschäden;
- ✓ Reparaturkosten für Gebäudeschäden.

Diese Kosten können auf bestimmte Beträge oder Zeiträume begrenzt sein.

Versicherungssumme und Versicherungswert
- ✓ Die Versicherungssumme ist der vereinbarte Betrag, der dem Versicherungswert entsprechen soll. Ist das nicht der Fall, können Nachteile bei der Entschädigungsberechnung entstehen.

Sie können Ihren Versicherungsschutz auf Wunsch erweitern. Dazu zählen beispielsweise:

Komfortdeckung
Die Komfortdeckung umfasst Deckungselemente wie z. B.
- ✓ höhere Entschädigungsgrenzen;
- ✓ zusätzliche Einschlüsse und Kosten.

Diese Einschlüsse und Kosten können auf bestimmte Beträge oder Zeiträume begrenzt sein.

Optionale Zusatzleistungen
Als optionale Zusatzleistungen können vereinbart werden, z. B.
- ✓ Baustein „Fahrrad-Schutz“
  - – Fahrraddiebstahl
  - – Fahrrad-Schutzbrief (mobile Pannenhilfe vor Ort)
- ✓ Umwelt-Baustein „Mehrkosten plus“
  - – Mehrkosten für energetisch modernisierte Haushaltsgeräte
  - – Ausfall regenerativer Energieversorgung
  - – Mehrkosten für Umweltschutz und Nachhaltigkeit
- ✓ Baustein „Internet-Schutz“
  - – Vermögensschäden durch Identitätsdiebstahl aufgrund gefälschter E-Mails oder Web-Seiten (Phishing / Pharming)
  - – Vermögensschäden durch private Bestellungen in Internet-Shops
- ✓ Haus- und Wohnungsschutzbrief
  Er umfasst die Organisation von Dienstleistungen im Notfall z. B. für
  - – Schlüsseldienst;
  - – Notheizung;
  - – Bekämpfung von Schädlingen;
  - – Entfernung von Wespennestern.

Was ist nicht versichert?

- × vom Gebäudeeigentümer eingebrachte Sachen, für die dieser die Gefahr trägt;
- × Kraftfahrzeuge aller Art und Anhänger;
- × Luft- und Wasserfahrzeuge.

Gibt es Deckungsbeschränkungen?

Nicht alle denkbaren Fälle sind versichert. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind z. B.:
- ! Krieg;
- ! Innere Unruhen;
- ! Kernenergie;
- ! Schwamm;
- ! Sturmflut;
- ! Schäden, die Sie vorsätzlich herbeigeführt haben.

Horst Mustermann Hausverwaltung
Verwalterstr. 10, 80200 München
Tel. 089/4444, Fax 089/4445
EMail: info@hv-mustermann.de, Internet: www.hv-mustermann.de

Herrn Dr.
Horst Heinrich
Veilchenstr. 10
80200 München

Dillingen, den 22.06.2016

997 - Haus Veilchenstr. 10, 80200 München Wohnung 1 EG Links

Sehr geehrter Herr Dr. Heinrich,

anbei übersenden wir Ihnen die Betriebskostenabrechnung für den untenstehenden Zeitraum. Die dieser Abrechnung zugrunde liegenden Belege können innerhalb der nächsten 4 Wochen beim Verwalter eingesehen werden.

Betriebskostenabrechnung mit Heizkosten

Abrechnungszeitraum	01.01.2015 bis 31.12.2015	365 Tage
Ihr Abrechnungszeitraum	01.01.2015 bis 31.12.2015	365 Tage

Umlageschlüssel					Kosten	
Abrechnungsposten	Verteilt nach	Gesamt	Ihr Anteil	Einh.	Netto Gesamt	inkl. 19% Ihr Anteil
Hausmeister-Vergütung	Wohneinheit	3,000	1,000	Einh.	300,00 €	119,00 €
Hausreinigung	Wohneinheit	3,000	1,000	Einh.	610,00 €	241,96 €
Gartenarbeiten	Wohneinheit	3,000	1,000	Einh.	344,80 €	136,77 €
Verwaltervergütung	Wohneinheit	3,000	1,000	Einh.	500,00 €	198,34 €
Schornsteinfeger	Wohnfläche	230,000	60,000	qm	211,55 €	65,68 €
Wasser	Kaltw. Zähler	109,000	33,000	cbm	634,12 €	228,46 €
Kanal-Gebühren	Personen x Tage	1.898,000	365,000	PxT	343,40 €	78,59 €
Allgemeinstrom	Personen x Tage	1.898,000	365,000	PxT	121,51 €	27,81 €
Kabelgebühren	Kabelfernseher	3,000	1,000	TV	360,00 €	142,80 €
Müllbeseitigung	Personen x Tage	1.898,000	365,000	PxT	605,00 €	138,46 €
Grundsteuer	Wohnfläche	230,000	60,000	qm	411,20 €	127,65 €
Versicherung Brand	Wohnfläche	230,000	60,000	qm	95,00 €	29,49 €
Heizkosten siehe Heizk.-Abr.	Heizk. Abr.	4.759,440	1.442,770	€	3.999,53 €	1.442,77 €
				Gesamtkosten Haus:	**8.536,11 €**	
Ihr Anteil für den Abrechnungszeitraum: (Netto 2.502,34 €, 19,0% Ust. = 475,44 €):						**2.977,78 €**

Ihre Betriebskosten-Vorauszahlungen (Netto 1.109,24 €, 19,0% Ust. = 210,76 €):	**1.320,00 €**
Ihre Heizkosten-Vorauszahlungen (Netto 924,37 €, 19,0% Ust. = 175,63 €):	**1.100,00 €**
Ihre Nachzahlung:	**557,78 €**

(Netto 468,72 €, zzgl. 19% Ust. 89,06 € = 557,78 €)

Bitte überweisen Sie im Falle einer Nachzahlung den zu zahlenden Betrag auf das unten stehende Konto.
Wenn Sie am Lastschriftverfahren teilnehmen, wird die Nachzahlung mit der nächsten Miete eingezogen.

Gesamtausgaben Haus:	**9.428,89 €**	Davon Betriebskosten:	**4.457,90 €**	Heizkosten:	**4.970,99 €**

Ihre neue monatliche Betriebskosten-Vorauszahlung beträgt:	**123,00 €**
Ihre neue monatliche Heizkosten-Vorauszahlung beträgt:	**126,00 €**
Miete :	**850,00 €**
Ihre neue monatliche Zahlung beträgt:	**1.099,00 €**

Heiz- und Warmwasserkosten-Abrechnung

Erstellt von:
Horst Mustermann Hausverwaltung
Verwalterstr. 10, 80200 München
Tel. 089/4444 Fax 089/4445

Objekt Muster-Mietshaus
Einheit 1, EG Links
Veilchenstr. 10, 80200 München

Herrn/Frau/Firma

Dr. Horst Heinrich
Veilchenstr. 10

80200 München

Abrechnungszeitraum 01.01.2015 - 31.12.2015

Ihr Nutzungszeitraum 01.01.2015 - 31.12.2015

Abrechnung erstellt am 22.06.2016

Kostenaufstellung (detaillierte Aufstellung siehe Beiblatt)

Brennstoffkosten	4.759,44 €	+	Heiznebenkosten	0,00 €	=	Kosten Heizanlage	4.759,44 €
davon Heizung	2.886,13 €	+	Zusatzkosten Heizung	0,00 €	=	Heizkosten	2.886,13 €
Warmwasser	1.873,31 €	+	Zusatzkosten Warmwasser	0,00 €	=	Warmwasserkosten	1.873,31 €

Aufteilung der Kosten

Heizkosten:	2.886,13 €	davon 30,00% Grundkosten	=	865,84 €
		davon 70,00% Verbrauchskosten	=	2.020,29 €
Warmwasserkosten:	1.873,31 €	davon 30,00% Grundkosten	=	561,99 €
		davon 70,00% Verbrauchskosten	=	1.311,32 €

Erläuterung zur Ermittlung der Warmwasserkosten

$$\frac{2.5 * 91{,}00 \text{ cbm} * (60 - 10) \text{ Grad}}{10{,}00 \text{ kWh/Liter}} = 1.137{,}50 \text{ Liter}$$

wurden für die Wassererwärmung benötigt,
das entspricht 39,3600 % des Gesamtverbrauchs

Die Warmwasserkosten errechnen sich aus 39,3600 % der Brennstoffkosten zzgl. Heiznebenkosten

von 4.759,44 € = 1.873,31 € + Zusatzkosten Warmwasser 0,00 € = 1.873,31 €

Erläuterungen

Die Abrechnung wurde nach §9 der Heizkostenverordnung durchgeführt.

Ermittlung der Warmwasserkosten

$$\frac{2{,}5 \text{ x Wassermenge x (Warmwassertemperatur - 10)}}{\text{Heizwert des Brennstoffes}} = \text{Brennstoffverbrauch für die Wassererwärmung}$$

Der Anteil der Warmwasserkosten zu den Gesamtkosten ergibt sich aus dem Verhältnis des in der Formel ermittelten Brennstoffverbrauchs zum Gesamtverbrauch.

Aufteilung der Kosten bei Nutzerwechsel (Gradtage GT):

Monat	Anteil	Monat	Anteil
Januar	170	Juli	
Februar	150	August	40
März	130	September	30
April	80	Oktober	80
Mai	40	November	120
Juni		Dezember	160

Summe pro Jahr: 1000

Juni - Juli - August= 40 Tage

Ihre Abrechnung

	Betrag		Gesamteinheiten	Ihre Einheiten	GT (HK) /	Kosten je Einheit	Ihre Kosten
Heizung							
Grundkosten	865,84 €	Wohnfläche	230,000 qm	60,000 qm		3,764	225,87 €
Verbrauchskosten	2.020,29 €	Wärme Zähler	9,500 Einh.	3,000 Einh.		212,663	637,99 €
Warmwasser							
Grundkosten	561,99 €	Wohnfläche	230,000 qm	60,000 qm		2,444	146,61 €
Verbrauchskosten	1.311,32 €	Warmwas.	91,000 cbm	30,000 cbm		14,410	432,30 €

Ihre Heizkosten: 1.442,77 €

Horst Mustermann Hausverwaltung
Verwalterstr. 10
80200 München

Name und Anschrift des Verwalters/Vermieters

Herrn Dr.
Horst Heinrich
Veilchenstr. 10
80200 München

Name und Anschrift des Eigentümers/Bewohners

Anlage zur Jahresabrechnung für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015

In der Jahresabrechnung für das nachfolgende Objekt

997 - Haus Veilchenstr. 10, 80200 München Wohnung 1 EG Links

Hiermit wird bescheinigt, dass in der Jahresabrechnung/Nebenkostenabrechnung für das oben bezeichnete Objekt anteilig folgende steuerbegünstigte Aufwendungen enthalten sind:

A) Aufwendungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Privathaushalt (§ 35a Abs. 2 EStG)

Bezeichnung	Gesamtbetrag	Umlage nach	Anteil des Bewohners
Hausreinigung	185,39 €	Wohneinheit	61,80 €
		Summe:	61,80 €

B) Aufwendungen für die Inanspruchsnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen, Hilfe im Haushalt (§ 35a Abs. 2 EStG)

Bezeichnung	Gesamtbetrag	Materialkosten[1]	Arbeitskosten[2]	Umlage nach	Anteil des Bewohners
Hausmeister	300,00 €	185,34 €	114,66 €	Wohneinheit	38,22 €
				Summe:	38,22 €

Dillingen, den 22.06.2016

Ort und Datum

Unterschrift des Verwalters oder Vermieters

Hinweis der Finanzverwaltung: Zur Überprüfung der Bescheinigung kann das Finanzamt die Vorlage von Unterlagen und Zahlungsnachweisen vom Verwalter oder Vermieter verlangen.

1) Nicht zu berücksichtigende Materialkosten 2) Aufwendungen bzw. Arbeitskosten

Muster-Steuerbescheinigung
Amtlicher Teil

Für nähere Erläuterungen zum Jahresdepotauszug klicken Sie bitte auf die rotmarkierten Flächen.
Um zu dem Muster zurückzukehren klicken Sie bitte auf einen der blauen Pfeile.

Deka Investments
Seite 1

Steuerbescheinigung
Bescheinigung für alle Privatdepots
☐ Verlustbescheinigung im Sinne des § 43a Abs. 3 Satz 4 EStG für alle Privatdepots

Für

Markus Mustermann, 12345 Musterhausen, Beispielstr. 25

werden für das Kalenderjahr 2024 folgende Angaben bescheinigt:

	Betrag in EUR	Anlage KAP zur Einkommensteuer-erklärung
Höhe der Kapitalerträge	33,58	KAP: Zeile 7
davon: Gewinne aus der Veräußerung bestandsgeschützter Alt-Anteile im Sinne des § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG[1] (nach Teilfreistellung) [1] Die ausgewiesenen Gewinne sind nach § 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 InvStG steuerfrei, soweit die insgesamt ab dem 1. Januar 2018 eingetretenen und durch Veräußerung realisierten Wertveränderungen den persönlichen Freibetrag von 100.000 € nicht übersteigen. Die Steuerfreiheit kann nur im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung geltend gemacht werden.	0,00	KAP: Zeile 10
Ersatzbemessungsgrundlage im Sinne des § 43a Abs. 2 Satz 7, 10, 13 und 14 EStG nach Teilfreistellung und im Sinne des § 56 Abs. 3 Satz 4 InvStG Enthalten in den bescheinigten Kapitalerträgen	0,00	KAP: Zeile 11
Höhe des nicht ausgeglichenen Verlustes ohne Verlust aus der Veräußerung von Aktien	0,00	KAP: Zeile 12
Höhe des nicht ausgeglichenen Verlustes aus der Veräußerung von Aktien im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG	0,00	KAP: Zeile 13
Höhe des in Anspruch genommenen Sparer-Pauschbetrages	33,58	KAP: Zeile 16 oder 17
Kapitalertragsteuer	0,00	KAP: Zeile 37
Solidaritätszuschlag	0,00	KAP: Zeile 38
Kirchensteuer zur Kapitalertragsteuer	0,00	KAP: Zeile 39
Summe der angerechneten ausländischen Steuer	0,00	KAP: Zeile 40
Summe der anrechenbaren noch nicht angerechneten ausländischen Steuer	0,00	KAP: Zeile 41
nur nachrichtlich: Bei Veräußerung/Rückgabe von vor dem 1. Januar 2018 erworbenen Anteilen an ausländischen Investmentsfonds (Alt-Anteile im Sinne des § 56 Abs. 2 Satz 1 InvStG): Summe der als zugeflossen geltenden, noch nicht dem Steuerabzug unterworfenen Erträge aus Anteilen an ausländischen Investmentfonds im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InvStG 2004 in Verbindung mit § 56 Abs. 3 Satz 6 InvStG. (Diese Summe ist in der bescheinigten Höhe der Kapitalerträge enthalten und in der Anlage KAP von der Höhe der Kapitalerträge abzuziehen.)	0,00	

Fortsetzung auf Rück-/Folgeseite(n)

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Finanzgruppe

Depotservice
DekaBank Depot
60625 Frankfurt

Telefon: (0 69) 71 47 - 6 52
Telefax: (0 69) 25 46 - 24 83
www.deka.de

Handelsregister:
Amtsgericht
Frankfurt am Main
HRA 16068

USt-Id-Nr.:
DE 114103563

⇨ Grundlegende Hinweise zur Steuerbescheinigung.

Anlage N-AUS

☐ Steuerpflichtige Person / Ehemann / Person A

☐ Ehefrau / Person B

1 Name

2 Vorname

3 **Steuernummer** lfd. Nr. der Anlage

Ausländische Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

4 in (Staat)

(Für jeden Staat ist eine gesonderte Anlage N-AUS abzugeben.)

Allgemeine Angaben

5 Im Kalenderjahr 2024 habe ich steuerfreien Arbeitslohn bezogen ☐ 1 = nach Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) 2 = nach dem Auslandstätigkeitserlass (ATE) 3 = aufgrund eines sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommens (ZÜ)

6 Bestand neben dem Wohnsitz im Inland ein Wohnsitz im Ausland? ☐ 1 = Ja 2 = Nein
Falls „Ja“, bitte die Zeilen 7 bis 10 ausfüllen.

7 Straße und Hausnummer

8 Postleitzahl Ort

9 Staat

10 Haben Sie zu diesem Staat die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen (Mittelpunkt der Lebensinteressen)? ☐ 1 = Ja 2 = Nein
Falls „Ja“, bitte in gesonderter Aufstellung angeben.

Name und Anschrift des Arbeitgebers / Sitz der Geschäftsleitung

11 Name (Bezeichnung)

12 Straße und Hausnummer

13 Postleitzahl Ort

14 Staat

15 Wirtschaftszweig des Arbeitgebers (nur bei ATE)

16 Art des begünstigten Vorhabens des Arbeitgebers (nur bei ATE)

Im ausländischen Staat ausgeübte Tätigkeit

	Art der Auslandstätigkeit des Arbeitnehmers	vom	bis
17			
18			

19 Anzahl der Kalendertage im ausländischen Staat ☐ (siehe Anleitung)

Unterbrechung der Tätigkeit

	Grund	vom	bis
20			
21			

Die Tätigkeit erfolgte

22 ☐ im Rahmen eines Werkvertrags / einer Werkleistungsverpflichtung des Arbeitgebers.

23 ☐ im Rahmen einer gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung.

24 ☐ bei einem mit dem Arbeitgeber verbundenen Unternehmen.

25 ☐ für eine Betriebsstätte des Arbeitgebers i. S. d. DBA.

26 ☐ für einen ausländischen Arbeitgeber, mit dem ein Dienstverhältnis besteht / bestand.

27 ☐

202400326201

Angaben zum aufnehmenden Unternehmen (z. B. verbundenes Unternehmen / Betriebsstätte / Entleiher)

28 Name (Bezeichnung)

29 Straße und Hausnummer

30 Postleitzahl | Ort

31 Staat

Angaben zum Arbeitslohn

– Ohne besondere Lohnbestandteile laut Zeile 60 –

			EUR
32	Bruttoarbeitslohn laut Nr. 3 der Lohnsteuerbescheinigung(en)		,—
33	Bruttoarbeitslohn, von dem kein inländischer Steuerabzug vorgenommen worden ist (z. B. Bruttoarbeitslohn von einem ausländischen Arbeitgeber oder einer ausländischen Betriebsstätte)	+	,—
34	Steuerfreier Bruttoarbeitslohn laut Nr. 16 a / b der Lohnsteuerbescheinigung(en)	+	,—
35	Zwischensumme	=	,—
	abzüglich darin enthaltener nach ausländischem Recht steuerpflichtiger und nach deutschem Recht steuerfreier Arbeitslohn (ohne nach DBA oder ATE steuerfreien Arbeitslohn) Bezeichnung		
36		–	,—
	zuzüglich nicht enthaltener nach ausländischem Recht steuerfreier und nach deutschem Recht steuerpflichtiger Arbeitslohn (ohne nach DBA oder ATE steuerpflichtigen Arbeitslohn) Bezeichnung		
37		+	,—
38	Summe in- und ausländischer Arbeitslohn	=	,—

Aufteilung des Arbeitslohns laut Zeile 38

	abzüglich direkt zuzuordnender Arbeitslohn im Inland Bezeichnung		
39		–	,—
	abzüglich direkt zuzuordnender Arbeitslohn, der auf den ausländischen Staat laut Zeile 4 entfällt Bezeichnung		
40		–	,—
	abzüglich direkt zuzuordnender Arbeitslohn laut Zeile 40 der übrigen Anlage(n) N-AUS Bezeichnung		
41		–	,—
42	**Verbleibender Arbeitslohn**	=	,—

Ermittlung des nach DBA steuerfreien Arbeitslohns

43	Tatsächliche Arbeitstage im Kalenderjahr im In- und Ausland		Tage
44	davon entfallen auf die Tätigkeit, für die der ausländische Staat das Besteuerungsrecht hat		Tage
45	verbleibender Arbeitslohn (Zeile 42) × Auslandsarbeitstage (Zeile 44) / tatsächliche Arbeitstage (Zeile 43)	= verbleibender ausländischer Arbeitslohn	EUR ,—
46	direkt zuzuordnender Arbeitslohn laut Zeile 40	+	,—
47	Summe steuerfrei zu stellender ausländischer Arbeitslohn (Summe der Zeilen 45 und 46; Betrag übertragen in Zeile 24 der **Anlage N**)	=	,—

Hinweis: Der steuerpflichtige Arbeitslohn (Ergebnis aus Zeile 42 zuzüglich Zeile 39 abzüglich Zeile 45 sämtlicher Anlagen N-AUS) ist – ggf. abweichend von dem Wert laut Nr. 3 der Lohnsteuerbescheinigung(en) – in Zeile 5 der **Anlage N** einzutragen.

Hinweis bei Freistellung nach einem DBA:
Eine Freistellung der ausländischen Einkünfte nach einem DBA ist davon abhängig, dass Sie nachweisen, dass der Staat, dem nach dem Abkommen das Besteuerungsrecht zusteht, auf dieses Besteuerungsrecht verzichtet hat oder dass die in diesem Staat auf die Einkünfte festgesetzten Steuern entrichtet wurden. Zum Nachweis dieser Voraussetzungen reichen Sie bitte geeignete Unterlagen in Kopie ein. Sind Sie verpflichtet, im Ausland eine Steuererklärung abzugeben, reichen Sie bitte eine Kopie des ausländischen Steuerbescheids und des entsprechenden Zahlungsbelegs ein. Sofern der andere Staat ein Selbstveranlagungsverfahren vorsieht und daher keinen Steuerbescheid erteilt, reicht die Vorlage des Zahlungsbelegs und einer Kopie der Steuererklärung aus. Besteht im Ausland keine Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung, reichen Sie bitte eine behördliche Bescheinigung (z. B. der ausländischen Finanzbehörde) oder eine Bescheinigung Ihres zivilrechtlichen oder wirtschaftlichen Arbeitgebers ein, aus der sich die Dauer der Tätigkeit im Ausland, die darauf entfallenden Vergütungen und die Höhe der im Ausland abgeführten Steuerbeträge ergeben. Unter bestimmten Voraussetzungen wird dem anderen Staat die Höhe des in Deutschland steuerfrei erklärten Arbeitslohns mitgeteilt. Einwände gegen eine Weitergabe machen Sie bitte auf einem besonderen Blatt geltend.

2024AnlN-AUS262NET

202400326202

20240326203

Ermittlung des nach ATE steuerfreien Arbeitslohns

– Der Nachweis über die Höhe der Besteuerung im Tätigkeitsstaat ist in Kopie einzureichen. –

48 Tatsächliche Arbeitstage im Kalenderjahr im In- und Ausland _____ Tage

49 davon entfallen auf die Tätigkeit, für die der ausländische Staat das Besteuerungsrecht hat _____ Tage

50 $\frac{\text{verbleibender Arbeitslohn (Zeile 42) x Auslandsarbeitstage (Zeile 49)}}{\text{tatsächliche Arbeitstage (Zeile 48)}}$ = verbleibender ausländischer Arbeitslohn EUR _____ ,—

51 direkt zuzuordnender Arbeitslohn laut Zeile 40 + _____ ,—

52 Summe steuerfrei zu stellender ausländischer Arbeitslohn (Summe der Zeilen 50 und 51; Betrag übertragen in Zeile 25 der **Anlage N**) = _____ ,—

Hinweis: Der steuerpflichtige Arbeitslohn (Ergebnis aus Zeile 42 zuzüglich Zeile 39 abzüglich Zeile 50 sämtlicher Anlagen N-AUS) ist – ggf. abweichend von dem Wert laut Nr. 3 der Lohnsteuerbescheinigung(en) – in Zeile 5 der **Anlage N** einzutragen.

Steuerbefreiung aufgrund eines sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommens (ZÜ)

Auf welchem sonstigen zwischenstaatlichen Übereinkommen beruht die Tätigkeit?

53

Für welche Organisation erfolgt die Tätigkeit (genaue Bezeichnung)?

54

Art der ausgeübten Tätigkeit

55

56 Höhe des Arbeitslohns (Betrag übertragen in Zeile 24 der **Anlage N**, sofern das ZÜ den Progressionsvorbehalt vorsieht.) EUR _____ ,—

Werbungskosten zu steuerfreiem Arbeitslohn nach DBA / ATE / ZÜ

– Nur soweit vom Arbeitgeber nicht steuerfrei erstattet –

EUR

57 Werbungskosten, die dem steuerfreien Arbeitslohn direkt zugeordnet werden können _____ ,—

58 Werbungskosten, die dem steuerfreien Arbeitslohn nicht direkt zugeordnet werden können; diese sind im Verhältnis der steuerfreien Einnahmen zu den Gesamteinnahmen aufzuteilen + _____ ,—

59 Summe (Betrag übertragen in Zeile 84 der **Anlage N**) = _____ ,—

Besondere Lohnbestandteile

– mit Anwendung der sog. Fünftel-Regelung –

EUR

60 Entschädigungen, Vergütungen für mehrjährige Tätigkeiten (laut gesonderter Aufstellung) – nicht in Zeile 38 enthalten – _____ ,—

61 Werbungskosten zu Zeile 60 – _____ ,—

62 Verbleibender Betrag (Betrag übertragen in Zeile 26 der **Anlage N**) = _____ ,—

Hinweis: Sofern sich aufgrund DBA-Regelung die Steuerfreiheit im Inland ergibt, werden die Einkünfte i. S. d. § 34 EStG mit der sog. Fünftel-Regelung im Rahmen des Progressionsvorbehalts berücksichtigt. Aufgrund von DBA-Regelungen im Inland steuerpflichtige besondere Lohnbestandteile sind in die Zeilen 17 und / oder 18 der **Anlage N** einzutragen. Werbungskosten laut Zeile 61 dürfen **nicht** in die **Anlage N** eingetragen werden.

Steuerfreier Arbeitslohn nach DBA in Sonderfällen

(z. B. aus ausländischen öffentlichen Kassen)

EUR

63 Höhe des Arbeitslohns (Betrag übertragen in Zeile 24 der **Anlage N**) _____ ,—

64 Werbungskosten zu Zeile 63 (Betrag übertragen in Zeile 84 der **Anlage N**) _____ ,—

65 Staatsangehörigkeit(en) _____

Hinweis: Die Angaben zum Arbeitslohn laut den Zeilen 32 bis 62 sind nicht erforderlich.

2024AnIN-AUS263NET

Arbeitgeberbescheinigung zur Vorlage in der Kindertagesstätte Wirbelwind

_____ _____

Name, Vorname des Kindes Geburtsdatum

Name und Anschrift von Arbeitgeber*in / Firmenstempel

Hiermit bestätigen wir, dass

_____

Name, Vorname

_____

Anschrift

bei uns mit folgender Wochenarbeitszeit tätig ist:

☐ Vollzeit ☐ Teilzeit mit _____ Stunden pro Woche

☐ Der regelmäßige Arbeitszeitrahmen

ist täglich von _____ Uhr bis _____ Uhr

☐ ist flexibel: _____

bitte Angaben zur Arbeitszeit ergänzen

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift des Arbeitgebers

Stadtwerke Flensburg GmbH · Batteriestraße 48 · 24939 Flensburg

Herr
Max Muster
Musterstraße 2
12345 Musterstadt

So erreichen Sie uns:
service@stadtwerke-flensburg.de
Telefon: 0461 487 4440

Mo – Fr	8:00 – 20:00 Uhr
Sa	9:00 – 15:00 Uhr

Rund um die Uhr im Online-Kundenportal:
www.stadtwerke-flensburg.de/kundenportal

Datum: 02.07.2021

1 **Geschäftspartnernummer:** 150000370446 (Bitte bei Fragen angeben)

2 **Vertragskontonummer:** 200123456789

3 **Rechnungsnummer:** 012345678910

4 **Lieferanschrift:** Musterstraße 2, 12345 Musterstadt

5 **Leistungsempfänger:** Manfred Muster, Musterstraße 99, 12345 Musterstadt

6 **Vertragskontozusatz:** Objekt-Nummer 123

Stromrechnung für Max Muster

7	Abrechnungszeitraum	01.03.2020 bis 30.06.2021
8	Ihr Stromverbrauch	2.356 kWh
9	Ihre Verbrauchskosten	890,17 Euro
10	Ihre Zahlungen	1.385,40 Euro
11	Ihr Rabatt: Ökorabatt	50,00 Euro
12	**Ihre Rückerstattung**	**545,23 Euro**
13	Ihr bisheriger Abschlag	**61,00 Euro**
14	**Ihr neuer Abschlag**	**59,00 Euro**

Aus der Abrechnung ergibt sich eine Rückerstattung in Höhe von 545,23 Euro. Den Betrag werden wir am 15.07.2021 auf das Konto DE55 xxxx xxxx xxxx xxxx xx bei der Berliner Sparkasse überweisen.

Die monatliche Abschlagszahlung haben wir an Ihren Verbrauch und die aktuelle Kostensituation angepasst. Beginnend mit der nächsten Abbuchung am 15.07.2021 ziehen wir den neuen Abschlagsbetrag in Höhe von 59,00 Euro per Lastschrift von Ihrem Konto ein.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie weitere Informationen zur Verbrauchs- und Preisermittlung. Zunächst ermitteln wir anhand der übermittelten Zählerstände Ihren Verbrauch. Auf Basis des Verbrauchs berechnen wir dann Ihre Verbrauchskosten. Im Anschluss erhalten Sie Informationen zur Kostenzusammensetzung sowie Ihren neuen Abschlagsplan.

Sollten Sie noch Fragen haben, helfen wir Ihnen gern weiter: 0461 487-4440 oder service@stadtwerke-flensburg.de.

Es grüßt Sie

Ihr Team der Stadtwerke Flensburg

Sitz der Gesellschaft
Flensburg, Amtsgericht Flensburg HRB1283
USt-IdNr.: DE 134645304
Steuer-Nr.: 920 18 290 15

Geschäftsführer
Dipl.-Ing. Dipl. Wirt.-Ing. Maik Render
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Rolf Helgert

Nord-Ostsee Sparkasse
BIC: NOLADE21NOS · IBAN: DE17 2175 0000 0000 2720 00
Commerzbank AG Flensburg
BIC: COBADEFFXXX · IBAN: DE60 2154 0060 0212 2661 00

Ihr Stromverbrauch

Verbrauchsberechnung

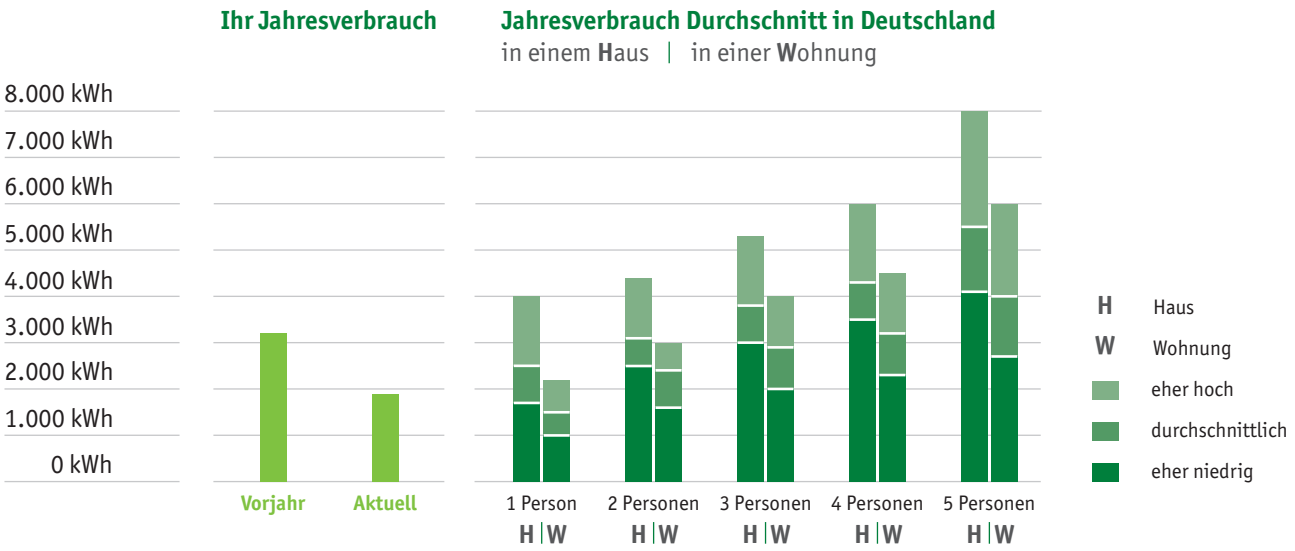
Ihr Produkt: Flensburg eXtra

Zählernummer	Zeitraum 16	Zählerstand alt	Zählerstand neu	Differenz	Faktor 17	Verbrauch
98715	01.03.2020 – 31.12.2020	4.480,800 kWh[K]	6.121,100 kWh[K]	1.640,300 kWh	1	1.640,300 kWh
98715	01.01.2021 – 30.06.2021	6.120,100 kWh[R]	6.836,200 kWh[R]	716,100 kWh	1	716,100 kWh
					Gesamtverbrauch	**2.356,400 kWh**

15 **K:** Kundenablesung · **N:** Ablesung durch den Netzbetreiber · **R:** rechnerisch ermittelt

Ihr Stromverbrauch im Vergleich

20.03.2019 – 28.02.2020	345 Tage	2.005,100 kWh
01.03.2020 – 30.06.2021	488 Tage	2.356,400 kWh



Hinweis: Dieser Vergleich dient nur als Orientierungshilfe. In einigen Fällen ist er nicht aussagekräftig, z. B. bei Elektroheizungen, Wärmepumpen, elektrischer Wassererhitzung oder gewerblicher Nutzung.

Quelle: Stromspiegel für Deutschland 2019

Sie möchten Ihren Jahresverbrauch weiter senken?

Energiesparen lohnt sich doppelt – für die Umwelt und für Sie. Deswegen halten wir für Sie auf unserer Website www.stadtwerke-flensburg.de/strom/energieberatung zahlreiche Tipps und Informationen bereit – von einfachen Maßnahmen über den Verleih von Messgeräten bis zur Liste von Energieagenturen.

Ein weiterer Anlaufpunkt ist die Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE). Sie führt unter www.bfee-online.de eine öffentliche Liste von Anbietern wirksamer Maßnahmen zur Energieeffizienzverbesserung und Energieeinsparung.

Ihre Stromkosten

18 Preisberechnung

Ihr Produkt: Flensburg eXtra

	Preisbestandteil	Zeitraum	MwSt.-Satz	Menge/Tage	X	Preis (netto)	=	Betrag (netto)
19	Arbeitspreis	01.03.2020 – 30.06.2020	19 %	778 kWh		25,83000000 Cent/kWh		200,96 Euro
20	Grundpreis	01.03.2020 – 30.06.2020	19 %	182 / 366 Tage		101,76000000 Euro/Jahr		50,60 Euro
						Zwischensumme 01.03.2020 –30.06.2020		**251,56 Euro**
						zzgl. 19 % MwSt.		47,80 Euro

Preisbestandteil	Zeitraum	MwSt.-Satz	Menge/Tage	X	Preis (netto)	=	Betrag (netto)
Arbeitspreis	01.07.2020 – 31.12.2020	16 %	801,4 kWh		25,18000000 Cent/kWh		201,79 Euro
Grundpreis	01.07.2020 – 31.12.2020	16 %	184 /366 Tage		99,19000000 Euro/Jahr		49,87 Euro
					Zwischensumme 01.07.2020 –31.12.2020		**251,66 Euro**
					zzgl. 16 % MwSt.		40,27 Euro

Preisbestandteil	Zeitraum	MwSt.-Satz	Menge/Tage	X	Preis (netto)	=	Betrag (netto)
Arbeitspreis	01.01.2021 – 30.06.2021	19 %	777 kWh		25,83000000 Cent/kWh		200,70 Euro
Grundpreis	01.01.2021 – 30.06.2021	19 %	181 / 365 Tage		101,76000000 Euro/Jahr		50,46 Euro
					Zwischensumme 01.01.2021 –30.06.2021		**251,16 Euro**
					zzgl. 19 % MwSt.		47,72 Euro
					Gesamtbetrag 01.03.2020 – 30.06.2021		**890,17 Euro**

Zusammensetzung Ihrer Kosten

	Steuern, Abgaben und Umlagen (45 %)	**396,06 Euro**
	Mehrwertsteuer (19 %)	95,52 Euro
	Mehrwertsteuer (16 %)	40,27 Euro
21	Stromsteuer	48,31 Euro
22	Konzessionsabgabe	37,47 Euro
	Umlagen (EEG, § 19 StromNEV, Offshore, KWKG, abschaltbare Lasten)	174,49 Euro
	Netz (44 %) 23 24 25 26 27	**395,64 Euro**
28	Netzentgelt	148,22 Euro
29	Messstellenbetrieb	164,95 Euro
	Messung	82,47 Euro
	Energieeinkauf, Vertrieb und Service (11 %)	**98,47 Euro**
		890,17 Euro

Ihre Zahlungen

Wir haben Ihre Zahlungen bis 10.12.2020 berücksichtig.

Ihre Zahlungen 01.03.2020 – 30.06.2020	(Nettobetrag 724,12 Euro zzgl. 19 % MwSt. 137,58 Euro)	**861,70 Euro**
Ihre Zahlungen 01.07.2020 – 31.12.2020	(Nettobetrag 451,47 Euro zzgl. 16 % MwSt. 72,23 Euro)	**523,70 Euro**
Ihre Zahlungen gesamt		**1.385,40 Euro**
Ihr Rabatt (Ökorabatt)		**50,00 Euro**
Ihre Rückerstattung		**545,23 Euro**

Ihre neue Abschlagszahlung

Wir buchen 12 Abschläge in Höhe von 59,00 Euro von Ihrem Konto ab.

Fälligkeitsdatum: 15.07.2021, 15.08.2021, 15.09.2021, 15.10.2021, 17.11.2021, 15.12.2021, 15.01.2022, 16.02.2022, 15.03.2022, 15.04.221, 15.05.2022, 15.06.2022

monatliche Abschlagszahlung 15.07.2021 – 15.06.2022 (Nettobetrag 57,98 Euro zzgl. 19 % MwSt. 11,52 Euro) **59,00 Euro**

Zusammenfassung Vertragsdaten

30 **Produkt:** Flensburg eXtra

Kündigungsfrist: Der Vertrag kann mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt werden.

Der nächstmögliche Kündigungstermin ist der 01.04.2021. 33

31 **Netzbetreiber:** Musternetz GmbH Musterstadt · **Codenummer des Netzbetreibers:** 9900080000007

32 **Messstellenbetreiber:** Musternetz GmbH Musterstadt · **Marktlokation:**

34

Die Marktlokation ist der Ort, an dem die Energie verbraucht wird. Es handelt sich dabei um ein rein bilanzielles und abrechnungstechnisches Konstrukt.

Unser Energiemix

	Unternehmensmix	Unternehmensmix Öko	Residual Mix	Energieträgermix Deutschland
Erneuerbare Energien, finanziert aus der EEG-Umlage	55,4 %	55,6 %	55,6 %	35,0 %
sonstige Erneuerbare Energien	6,2 %	44,4 %	1,7 %	3,2 %
Kohle	24,3 %	0,0 %	27,0 %	36,6 %
Erdgas	8,3 %	0,0 %	9,2 %	9,7 %
sonstige fossile Energieträger	1,6 %	0,0 %	1,8 %	2,5 %
Kernenergie	4,3 %	0,0 %	4,8 %	13,0 %

CO2-Emissionen	319 g/kWh	0 g/kWh	354 g/kWh	421 g/kWh
Radioaktiver Abfall	0,0001 g/kWh	0 g/kWh	0,0001 g/kWh	0,0003 g/kWh

Hinweise zur Rechnung

Unsere Leistungen umfassen die Lieferung von Strom inklusive der Abwicklung der Netznutzung.
Im Falle eines Stromversorgerwechsels setzen wir die nötigen Prozesse schnell und unentgeltlich um.

Falls wir mal nicht einer Meinung sind

Unser Ziel ist es bei jeder Meinungsverschiedenheit, gemeinsam mit unseren Kund*innen eine gute Lösung für beide Seiten zu finden. Wenden Sie sich daher in Streitfällen bitte immer zuerst an unseren Kundenservice.

Sollte dieser Weg tatsächlich einmal zu keinem Ergebnis führen, können Privatpersonen ein Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie beantragen:

Schlichtungsstelle Energie e. V. · Friedrichstr. 133 · 10117 Berlin · Telefon: 030 27 57 240-0
E-Mail: info@schlichtungsstelle-energie.de · Internet: www.schlichtungsstelle-energie.de

Weitere Informationen stellt der **Verbraucherservice der Bundesnetzagentur** zur Verfügung:
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Verbraucherservice
Postfach 8001 · 53105 Bonn · Tel.: 030 22480-500 oder 01805 101000 (Festnetzpreis 14 ct/min;
Mobilfunkpreise maximal 42 ct/min) · E-Mail: verbraucherservice-energie@bnetza.de
Internet: www.bnetza.de

MIELKE
WIR BERATEN EXPERTEN®

Versicherungsnehmer:

Beratung durch:

MIELKE Versicherungsmakler AG

Koogstraße 3 • 25541 Brunsbüttel
Tel.: 04852 / 54400
info@mielke-online.de
https://www.mielke-online.de

Rechnung

IK.Nr: 710437119 Datum: 01.09.2011 Seite 1 von 1
Debitor 53298

Abrechnungszeitraum vom

von	bis	Leistungsbeschreibung	Anzahl	Einzelpreis	Gesamtpreis
01.07.	31.07.	Pflegesatz Stufe 3	31	72,58 EUR	2.279,98 EUR
01.07.	31.07.	Unterkunft und Verpflegung	31	25,74 EUR	797,94 EUR
01.07.	31.07.	Investitionskosten	31	21,58 EUR	668,98 EUR
			Summe der Leistungen:		3.716,90 EUR
			Rechnungsbetrag:		**3.716,90 EUR**

Bitte geben Sie auf der Überweisung im Feld „Verwendungszweck“

Folgende Rechnungsdaten an: DNR: 21695 / RNR: 903316795294

Stationäre Behandlung Pflegestufe 3
durchschn. Dauer: 7 Jahre

MUSTER

Diese Beratungshilfe dient ausschließlich der allgemeinen Information und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann auch keine Gewähr für die Aktualität der Informationen übernommen werden.

Merkblatt

Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung

https://formular-server.de/KAAW_FS/findform?shortname=eltern_einkom_qrcode&formtecid=8&areashortname=Jugendamt_Kreis_Steinfurt

Dieses Merkblatt soll Ihnen einen Überblick über die Regelungen zur Erhebung der Elternbeiträge im Rahmen von Kindertagespflege gem. § 23 Achtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie im Rahmen der Inanspruchnahme eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung im Kreis Steinfurt verschaffen.

1. Wer muss einen Elternbeitrag zahlen?

Beitragspflichtig sind die Eltern oder diesen rechtlich gleichgestellten Personen. Lebt das Kind mit beiden Elternteilen zusammen, so sind die gesamten Einkünfte beider Elternteile maßgebend. Lebt das Kind bei nur einem Elternteil, so sind auch nur dessen Einkünfte maßgebend. Lebt das Kind bei Pflegeeltern, so treten diese an die Stelle der Eltern, wenn Ihnen der steuerliche Kinderfreibetrag gewährt oder das Kindergeld gezahlt wird. Pflegeeltern (Vollzeitpflege) sind von der Zahlung eines Elternbeitrags befreit.

2. Für welchen Zeitraum ist der Elternbeitrag zu zahlen?

Grundsätzlich ist der Elternbeitrag für jeden vollen Monat zu zahlen, in dem der Betreuungsplatz für Ihr Kind vertraglich zur Verfügung gestellt wird. Der Elternbeitrag wird unabhängig von der tatsächlichen Betreuung für die Bereitstellung des Platzes erhoben. Für Schließtage wegen Personalausfall gibt es darüber hinaus eine Regelung zur Erstattung einzelner Monate in der Elternbeitragssatzung.

Für ein Kind, das bis zum Beginn des 30. September vier Jahre alt wird, wird ab dem 01. August dieses Kalenderjahres bis zu dessen Einschulung kein Elternbeitrag erhoben (§ 50 Abs. 1 KiBiz). In diesem Fall müssen Sie keine verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen einreichen.

3. Berechnung des Elterneinkommens

Die Höhe des Kostenbeitrags richtet sich nach dem Jahresbruttoeinkommen. Maßgeblich ist das Kalenderjahr, in dem Sie den Kostenbeitrag entrichten müssen. Für alle Einkommensarten gilt: Angerechnet wird die Summe aller positiven Einkünfte. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkommensarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.

Steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, sowie Geldleistungen die dem Zweck der Kinderbetreuung dienen, sind hinzuzurechnen. Auch Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung (sog. Minijobs), sind als Einkommen anzurechnen. Ebenso sind Entgeltersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Mutterschaftsgeld, Krankengeld,..) und das Elterngeld als positives Einkommen hinzuzurechnen.

Wie berechnet sich das Einkommen

bei Nichtselbständigen?

Zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge oder Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden. Zu den Einkünften zählen insbesondere das monatliche **Bruttogehalt** inkl. Zuschlägen (z.B. für Überstunden), Versorgungsbezüge, vermögenswirksame Leistungen, Provisionen und einmalige oder laufende Zahlungen, wie z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmer-Pauschbetrag in Höhe von 1.230 € abzuziehen, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden. Bei Renteneinnahmen kann ein Pauschbetrag für Werbungskosten von 102 € abgezogen werden. Bei steuerfreien Einkünften werden keine Werbungskosten abgezogen.

bei Selbständigen?

Einkünfte sind bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten nach § 2 Abs. 1 EStG die Bruttoeinnahmen abzüglich der Werbungskosten. Als Nachweis dient der Einkommenssteuerbescheid des Finanzamtes.

bei Beamten und Mandatsträgern?

Bei Beamten oder Personen, die aufgrund ihres Beschäftigungs- oder Mandatsverhältnisses einen Altersversorgungsanspruch haben, ohne entsprechende Beiträge zur Altersversorgung zu leisten, wird dem Einkommen ein Zuschlag von 10 % hinzugerechnet. Mit dieser Regelung sollen die Bruttoeinkünfte von Beamten und Angestellten vergleichbar gemacht werden.

Was kann vom Einkommen abgezogen werden?

- Nachgewiesene Werbungskosten; ohne Nachweis wird der Pauschbetrag in Höhe von 1.230 € abgezogen; bei Einkünften aus geringfügiger Beschäftigung (sog. Minijobs) kann die Werbungskostenpauschale nicht abgezogen werden
- Kinderfreibeträge und Freibeträge für Betreuung, Erziehung und Ausbildung ab dem dritten Kind
- Kinderbetreuungskosten werden als Sonderausgaben berücksichtigt

Geben Sie bitte Ihre Kinder an, für die Kindergeld gezahlt, bzw. für die ein Kinderfreibetrag berücksichtigt wird. Grundsätzlich werden nur die Kinder berücksichtigt, die mit den Freibeträgen in Ihren Gehaltsnachweisen eingetragen sind.

Fortsetzung nächste Seite

Jugendamt des Kreises Steinfurt

KREIS STEINFURT

4. Festsetzung des Elternbeitrags

Für die Festsetzung des Elternbeitrages müssen Sie die Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen ausfüllen und an den Kreis Steinfurt (Kindertagespflege) oder Ihre zuständige Stadt-/Gemeindeverwaltung (Kindertageseinrichtung) schicken. Mithilfe einer Berechnungstabelle in der Erklärung können Sie selbständig Ihr Einkommen ermitteln und sich in die entsprechende Einkommensstufe einstufen. Das Formular finden Sie unter dem QR-Code auf der ersten Seite.

Die Festsetzung des Elternbeitrags erfolgt vorläufig und wird nach Ablauf der Betreuung bzw. nach Ablauf der Kalenderjahre, in denen ihr Kind betreut wurde, endgültig, unter Vorlage Ihrer Einkommensnachweise (i. d. R. der Steuerbescheid und die Dezember-Abrechnung des Kalenderjahres) festgesetzt. Es kann daher im Nachgang zu einer Nach- oder Rückzahlung kommen.

Meine Einkünfte haben sich im Vergleich zu den Angaben in der Verbindlichen Erklärung zum Einkommen verändert. Was muss ich tun?

Melden Sie sich bitte bei der Stelle, die Ihren Elternbeitrag festgesetzt hat.

Gibt es eine Ermäßigung für Geschwisterkinder?

Die Beiträge für ein zweites und jedes weitere Kind entfallen, wenn gleichzeitig mehr als ein Kind einer Familie eine Tageseinrichtung besucht oder das Angebot der Kindertagespflege in Anspruch nimmt. Der Beitrag für das Kind mit dem höchsten Betreuungsumfang wird erhoben.

Muss ich Beiträge zahlen, wenn ich Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, SGB XII, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld/Wohngeld-Plus oder Kinderzuschlag beziehe?

Sollten Sie eine der aufgeführten Leistungen beziehen, wird für die Dauer des Bezugs dieser Leistungen kein Elternbeitrag erhoben.

Es ist jedoch erforderlich, dass Sie dies in der Verbindlichen Erklärung angeben und durch Vorlage des vollständigen Bewilligungsbescheides nachweisen.

Kann mir der Elternbeitrag erlassen werden?

Auf Antrag werden die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen, wenn Ihnen und dem Kind die Belastung nicht zuzumuten ist. Ob die Belastung zumutbar ist, wird mit Hilfe der sozialhilferechtlichen Bestimmungen festgestellt. Den Antrag auf Erlass oder Ermäßigung des Elternbeitrages können Sie stellen, sobald Ihnen ein Festsetzungsbescheid vorliegt. Den entsprechenden Antrag erhalten Sie über Ihre Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung. Wenn der Antrag auf Erlass oder Ermäßigung erst nach Rechtskraft des Kostenfestsetzungsbescheides gestellt wird (später als einen Monat nach Erhalt des Festsetzungsbescheides), wird der Elternbeitrag erst ab Anfang des Monats erlassen, in dem der Antrag bei Ihrer Stadt/Gemeinde eingeht.

Was passiert, wenn ich keine bzw. keine vollständigen Angaben zu meinem Einkommen mache?

Wenn die geforderte Verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen auch nach Erinnerung nicht vorgelegt wird, oder keine Angaben zur Einkommenshöhe gemacht werden, wird der Höchstbeitrag für die maßgebliche Betreuungsart und die vereinbarte Betreuungszeit festgesetzt.

Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2025/2026 (01.08.2025–31.07.2026)

Stufe	Jahres-einkommen ab	Jahres-einkommen bis	wöchentliche Betreuungszeiten								
			10 Std.	15 Std.	20 Std.	**25. Std**	30. Std	**35. Std**	40 Std.	**45 Std.**	über 45 Std.
1	0 €	36.000 €	0 €	0 €	0 €	**0 €**	0 €	**0 €**	0 €	**0 €**	0 €
2	36.000 €	42.000 €	63 €	72 €	79 €	**85 €**	93 €	**100 €**	121 €	**141 €**	163 €
3	42.000 €	48.000 €	83 €	93 €	103 €	**111 €**	121 €	**130 €**	158 €	**184 €**	212 €
4	48.000 €	54.000 €	108 €	121 €	134 €	**145 €**	158 €	**168 €**	206 €	**239 €**	276 €
5	54.000 €	60.000 €	125 €	139 €	155 €	**166 €**	182 €	**193 €**	237 €	**275 €**	317 €
6	60.000 €	66.000 €	142 €	160 €	178 €	**191 €**	209 €	**223 €**	272 €	**316 €**	364 €
7	66.000 €	72.000 €	163 €	184 €	205 €	**220 €**	240 €	**256 €**	314 €	**363 €**	420 €
8	72.000 €	78.000 €	189 €	212 €	235 €	**254 €**	276 €	**295 €**	361 €	**417 €**	483 €
9	78.000 €	84.000 €	209 €	234 €	259 €	**280 €**	304 €	**324 €**	397 €	**460 €**	531 €
10	84.000 €	90.000 €	231 €	258 €	285 €	**308 €**	334 €	**357 €**	437 €	**506 €**	584 €
11	90.000 €	96.000 €	254 €	283 €	313 €	**340 €**	368 €	**393 €**	480 €	**557 €**	643 €
12	96.000 €	102.000 €	279 €	312 €	344 €	**373 €**	405 €	**432 €**	528 €	**614 €**	706 €
13	102.000 €	108.000 €	292 €	327 €	361 €	**391 €**	425 €	**453 €**	553 €	**644 €**	742 €
14	108.000 €	114.000 €	306 €	343 €	380 €	**411 €**	447 €	**476 €**	582 €	**676 €**	779 €
15	114.000 €	120.000 €	321 €	360 €	399 €	**432 €**	469 €	**499 €**	612 €	**709 €**	817 €
16	über 120.000,00 €		339 €	379 €	418 €	**453 €**	493 €	**524 €**	642 €	**746 €**	859 €

In einer Kindertageseinrichtung können lediglich 25, 35 oder 45 Stunden gebucht werden.

KREIS STEINFURT

Muster III

……..
……..
……..
(Bezeichnung der auszahlenden Stelle)

Adressfeld
……
……
……

Steuerbescheinigung

der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG**,** bei Einkünften im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen***, bei Einkünften von Körperschaften, Vermögensmassen und Personenvereinigungen*** sowie bei Einkünften eines Investmentfonds oder eines Spezial-Investmentfonds

☐ Einzelsteuerbescheinigung

☐ Zusammengefasste Steuerbescheinigung für den Zeitraum .....
Wir versichern, dass Einzelsteuerbescheinigungen insoweit nicht ausgestellt worden sind.

☐ Abstandnahme vom Steuerabzug nach § 43 Abs. 2 EStG

An
…….....
(Name und Anschrift der Gläubigerin/des Gläubigers/der Gläubiger der Kapitalerträge)

☐ wurden am ……
(Zahlungstag)

☐ *Die Steuerbescheinigung wird auf Antrag der/die …… (Name des ausländischen Kreditinstitutes, das in Vertretung des Anteilseigners den Antrag auf Ausstellung einer Einzelsteuerbescheinigung gestellt hat und die Gutschrift der Kapitalerträge erhalten hat) erteilt. Die Gutschrift der Kapitalerträge wurde an das _____ (Name des ausländischen Kreditinstituts) erteilt.*

für …….....
(Name und Anschrift des Schuldners der Kapitalerträge, bei Wertpapieren WKN/ISIN)

Bescheinigung einer Kindertageseinrichtung

Das Kind _____, geb. _____ besucht die
(Name, Vorname) (Geb.Dat.)

☐ die Kinderkrippe ☐ den Kindergarten ☐ den Hort an ___ Tagen pro Woche.

Die tägliche Buchungszeit beträgt _____ Stunden.

Es wird versichert, dass alle bestehenden Ermäßigungsmöglichkeiten berücksichtigt wurden. Die erforderlichen Anträge hierfür wurden gestellt. Die nachfolgenden Beträge sind seitens der Einrichtung nicht (weiter) reduzierbar. Im Elternbeitrag sind keine Kosten für Ferienmaßnahmen enthalten.

Grundbeitrag ab _____mtl. _____ €

Essensgeld mtl. _____€/tägl.____ €

Spielgeld mtl. _____ €

Werden bei Ein- bzw. Austritt während eines Monats die vollen Monatsbeträge gefordert?

☐ **ja** ☐ **nein** Wenn nein, welche/in welcher Höhe: _____

Werden die aufgeführten Entgelte auch im August berechnet?

☐ **ja** ☐ **nein** Wenn nein, welche/in welcher Höhe: _____

Es wird versichert, dass die erforderliche Genehmigung zum Betrieb der Einrichtung vorliegt:

Referat für Bildung und Sport (RBS) nach dem BayKiBiG ☐ ja

Sonstige Behörde: _____

Erhalten Sie Fördermittel des RBS nach der **Münchner Kitaförderung MKF** oder haben Sie diese beantragt?	☐ **ja**	☐ **nein**
Sind Sie eine vom RBS geförderte **Eltern-Kind-Initiative?**	☐ **ja**	☐ **nein**
Erhalten Sie Fördermittel des RBS nach **EKI-Plus** oder haben Sie diese beantragt?	☐ **ja**	☐ **nein**
Wird für das Kind ein **staatlicher Beitragszuschuss** von monatlich 100 € gewährt?	☐ **ja**	☐ **nein**
Wenn **ja**, wurde der Zuschuss bereits in Abzug gebracht?	☐ **ja**	☐ **nein**

_____
Name des Einrichtungsträgers

_____
Name der besuchten Einrichtung

_____
Anschrift des Einrichtungsträgers

_____
Anschrift der besuchten Einrichtung

_____
Tel. / E-Mail-Adresse

_____
Stempel der Einrichtung

_____
Datum, Unterschrift

<u>Wichtiger Hinweis:</u>
Die Zahlung eines von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe des Sozialbürgerhauses/Stadtjugendamtes zu übernehmenden Teilnahmebeitrags an die Einrichtung kann nur erfolgen, wenn nachfolgende Abtretungserklärung von den Personensorgeberechtigten **und** der Einrichtung unterzeichnet wurde.

Abtretungserklärung

Kind _____, geb. _____
(Name, Vorname) (Geb.Dat.)

Erklärung der Eltern/Personensorgeberechtigten

Hiermit trete ich/treten wir den Anspruch auf die Auszahlung des durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe des Sozialbürgerhauses/Stadtjugendamtes ermittelten Teilnahmebeitrags für die Dauer der Bewilligung an die umseitig genannte Kindertageseinrichtung ab.
Das Sozialbürgerhaus/das Stadtjugendamt wird gebeten, gemäß der Erklärungen den sich ggf. ergebenden Teilnahmebeitrag direkt an die Kindertageseinrichtung zu überweisen.

Von der Einrichtung wurde mir/uns eine Kopie der unterzeichneten Abtretungserklärung ausgehändigt.

_____ _____
Datum Unterschrift des/der Personensorgeberechtigten

Erklärung der Einrichtung

1. Wir sind damit einverstanden, dass die abgetretenen Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe des Sozialbürgerhauses/Stadtjugendamtes (WJH) an uns auf das unten genannte Konto überwiesen werden.
2. **Wir verpflichten uns, überzahlte Beträge** (z.B. wegen Austritt des Kindes aus der Einrichtung, dem Wegzug der Berechtigten aus dem Stadtgebiet München oder der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Berechtigten) **in einer Summe an die WJH zurückzuzahlen** (§ 53 Abs. 6 SGB I).
   Dies gilt auch, soweit Ermäßigungsmöglichkeiten nicht oder nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Fallen Kosten für das angebotene Mittagessen wegen Abwesenheit des Kindes nicht an, so wird dies der WJH halbjährlich bzw. bei Austritt des Kindes gemeldet. Die Kosten werden nach Mitteilung der Höhe durch die WJH von uns zurückerstattet.
3. Uns ist bekannt, dass der Rechtsanspruch auf Übernahme des Teilnahmebeitrags bei den Personensorgeberechtigten verbleibt und deshalb die Aufhebung der Bewilligung auch uns gegenüber wirkt. Wir sind hinsichtlich des abgetretenen Anspruchs Empfänger der erbrachten Leistung im Sinne des § 53 Abs 1 SGB X und haben überzahlte Beträge an die WJH zu erstatten.
4. Sämtliche Veränderungen, die auf die Dauer und Höhe des bewilligten Teilnahmebeitrages Einfluss haben, werden wir der WJH unverzüglich mitteilen.
5. In der Höhe des abgetretenen Leistungsanspruchs werden die Personensorgeberechtigten von ihrer Zahlungsverpflichtung uns gegenüber befreit.
6. Uns ist bekannt, dass nach § 53 Abs. 4 SGB I die WJH zur Auszahlung an uns nicht vor Ablauf des Monats verpflichtet ist, der dem Monat folgt, in dem die WJH von der Abtretung Kenntnis erlangt hat.
7. Den Personensorgeberechtigten wurde eine Kopie der unterzeichneten Abtretungserklärung ausgehändigt.

Die abgetretenen Beträge sollen auf folgende Bankverbindung der Einrichtung überwiesen werden:

Kreditinstitut: _____ Kontoinhaber: _____

IBAN: _____ BIC: _____

_____ _____
Datum Stempel und Unterschrift der Einrichtung

Vordruck 3e: Direktabrechnung Zahnersatz

Gültig ab 01.01.2022 für Pilotpraxen und ab 01.07.2022 für alle Praxen

Krankenkasse bzw. Kostenträger

Name, Vorname des Versicherten geboren

Kostenträgerkennung Versicherten-Nr. Status

Abrechnungs-Nr. Zahnarzt-Nr. Datum

Personalienfeld nach Vorgabe der Anlage 14b BMV-Z

Direktabrechnung Zahnersatz

Hinweis an den Versicherten:
Bitte reichen Sie dieses Formular bei Ihrer Krankenkasse zwecks Auszahlung der Festzuschüsse ein.

TP																
R																
B																
	18	17	16	15	14	13	12	11	21	22	23	24	25	26	27	28
	48	47	46	45	44	43	42	41	31	32	33	34	35	36	37	38
B																
R																
TP																

Antragsnummer	
Genehmigungsdatum	

Nachträgliche Befunde Befund-Nr.	Zahn/Gebiet	Anzahl

Rechnungsbeträge	Euro
ZA-Honorar BEMA	
ZA-Honorar zusätzliche Leistungen BEMA	
ZA-Honorar GOZ	
Material- und Laborkosten (gewerblich)	
Material- und Laborkosten (Praxis)	
Versandkosten Praxis	
Gesamtsumme	
Festzuschuss Krankenkasse	
Versichertenanteil	

	T	T	M	M	J	J
Eingliederungsdatum						
Herstellungsort bzw. Herstellungsland des Zahnersatzes						

Datum, Unterschrift und Stempel des **Zahnarztes**

Muster

Originalgröße: DIN A4